DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 1 Januar 1989 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bundesrepublik:
Die deutschen Bauern sind es endgültig leid

Immer stärker kontrolliert die Deutsche Bank die Wirtschaft – die Dummen sind die Kleinanleger

Gorbatschow:
Wie von Weizsäcker, Kohl und die Banken dem Sozialismus siegen helfen

Österreich:
Anschluß oder Neutralität

Naher Osten:
Szenario für Harmageddon

Technik:
Gehirnmanipulation durch Funkwellen



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.

CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland

6 Gebot der Gemeinnützigkeit
Schrankenlose »Selbstverwirklichung« und ständiger Mißbrauch der Freiheit muß den Ruf nach Wiederherstellung von Ordnung zur Folge haben.

7 Gipfel der Würdelosigkeit
Siegfried Lenz beendete seine Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels mit den Worten: »Ein Grabstein für diese Zeit könnte die Inschrift tragen: Jeder wollte das Beste – für sich.«

8 Weizsäcker und Kohl liefern Deutschland aus
Lenin kann sich freuen. Was der russische Revolutionär in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts prophezeite, daß der Westen sich nämlich selbst dem Sowjetkommunismus ausliefern wird, scheint sich in diesen Jahren zu bestätigen.



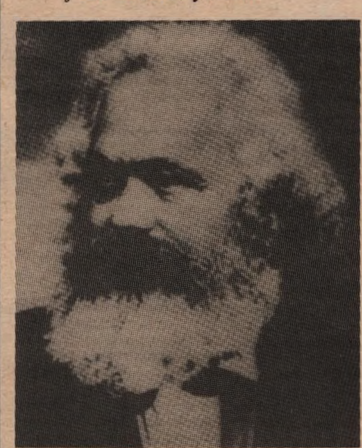
Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich mit Platitüden wie das »Eis ist gebrochen« in Moskau abspeisen lassen.

10 Eine neue Partei als Alternative für Nationale?

12 Die deutschen Bauern sind es endgültig leid
Mit Flächenstillegungen will Bonn die landwirtschaftliche Überproduktion eindämmen. Produktionsbeschränkungen und eine Umstellung der Erzeugung sollen mit Steuergeldern gefördert werden.

14 Die Gewerkschaften auf dem Weg in den Sozialismus

17 Die Gleichmacher und Weltbeglücker der One-World
Die weltweiten Umwälzungen der Kulturen und der Ordnungssysteme kennzeichnen die letzten fünfzig Jahre. Alle Veränderungen haben aber jedoch ein System.



Karl Marx fand die Formel, die die Weltbeglücker heute zur Umerziehung der Menschen anwenden.

21 Nicht alles darf im Bundestag beim Namen genannt werden

Finanzen

24 Die Dummen sind die Kleinanleger beim Klöckner-Deal
Skrupellose Machtpolitik hat die Deutsche Bank im Fall des Duisburger Handelshauses Klöckner & Co. betrieben. Die Sanierung des angeschlagenen Unternehmens erfolgte gänzlich auf Kosten der Kleinanleger.

25 So wird die deutsche Wirtschaft durch die Banken kontrolliert

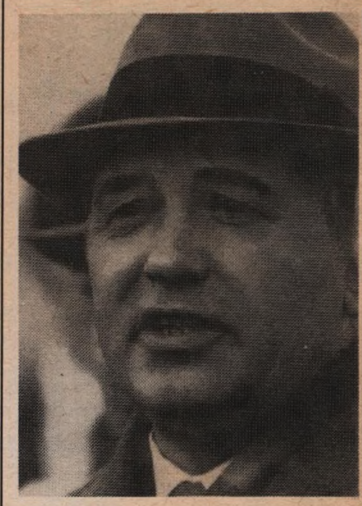
29 Der Druck des US-Dollar auf das Weiße Haus
Die Finanzmärkte machen fast überall weiterhin einen geschwächten Eindruck. Die Preise verhalten sich äußerst launenhaft, und das Handelsvolumen liegt weiter in den USA unter den normalen Werten.

30 Der Mythos der Metalle

31 Geldskandale immer nach dem gleichen Muster

Internationales

34 Anschluß oder Neutralität?
Die Österreicher haben es in diesem Jahrhundert nicht leicht. Erst wird ihnen der Sprung aus der Monarchie in eine Republik zugemutet, dann wird ihnen der »Anschluß« an das Reich definitiv untersagt. Als er dennoch stattfindet, stehen von 100 Österreichern 99 jubelnd am Straßenrand. Und heute geht es um den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.



Michail Gorbatschow, Medienstar und Kremlchef, der die Vokabel vom »gemeinsamen Haus Europa« ständig im Mund führt, ist gegen den Beitritt Österreichs zur EG.

36 Die Romanze des Jahrhunderts
Eine Geschichte sowjetischer Subversion des britischen Geheimdienstes ist gleichzeitig eine Verteidigung der sowjetischen Subversion des westlichen Geheimdienstes. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle des britischen Establishments in den Jahrzehnten der Spionage und des Verrats gegen Großbritannien.

41 Vor einem Sturm im Südatlantik
Burdwood-Bank taucht auf als ein Ölgebiet von weltweiter Bedeutung gleichbedeutend mit Kuwait und Saudi-Arabien. Die Ölgesellschaften warten jedoch den politischen Sturm, der in Argentinien losbrechen könnte, ab, bevor sie zu fördern beginnen.

Nr. 1 Januar 1989



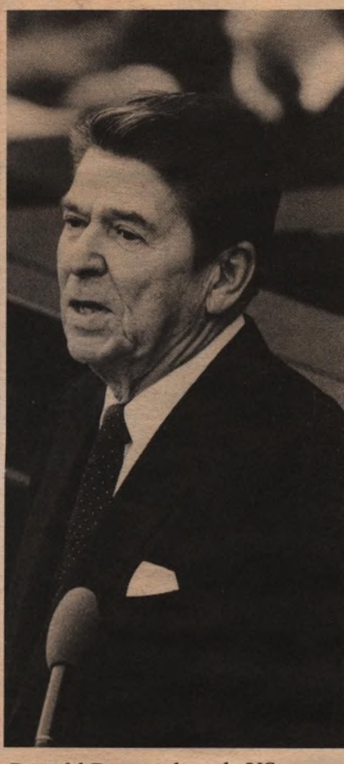
Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wußte, warum sie wegen der Falkland-Inseln in den Krieg zog.

43 Raoul Wallenberg wurde lebend gesehen

44 Die Spionage-Hauptstadt im Mittelmeer liegt auf Zypern

48 Szenario für Harmageddon
Wie geht es im Nahen Osten weiter? Wer setzt die Atombombe dort zum erstenmal ein? Auf welcher Seite stehen die Sowjets? Helfen die USA Israel und werden sie dann in einem kommenden Krieg dort verbluten? Diese Frage beantwortet Julian Snyder, ein anerkannter Schweizer Finanzberater.

50 Reagans Umschmeichelung durch Israel
Die Regierung von US-Präsident Ronald Reagan hat die Bindungen zwischen den USA und Israel so stark geknüpft, daß künftige amerikanische Regierungen es fast unmöglich finden werden, Amerika aus dem Netz von Militärvereinbarungen, Handels- und Geheimdienstabkommen zu befreien.



Ronald Reagan hat als US-Präsident für Israel alles getan, was der zionistische Staat von ihm verlangte.

51 Das Palästinenser-Problem vor die Vereinten Nationen

52 Wird Pakistan ein zweites Libanon?

Technik

54 Gehirn-Manipulation durch gepulste Funkwellen
Extreme-Low-Frequences sind von Bedeutung für die Wettermanipulation, psychische Informations-übermittlung, Veränderung physischer Vorgänge und für die Navigations- und Nachrichtentechnik.

Medizin

56 Sexualprobleme der Männer
Im deutschsprachigen Raum gibt es über fünf Millionen Männer mit sexuellen Problemen. Bei vier Millionen sind entweder organische Faktoren oder Nebenwirkungen bestimmter Arzneimittel die Ursache.

58 Regeneration statt Stahl und Strahl
In der Krebsforschung herrschen in den letzten Jahrzehnten Stagnation und Resignation. Günther Carl Stahlkopfs Therapie führt zur echten Ausheilung aller chronischen Krankheiten und ist damit die beste Krebs-Vorsorge.

62 Wenn es um die Schönheit geht
Nichts gegen Tabletten, aber müssen denn bei jedem Unwohlsein Schmerztabletten geschluckt werden? Es gibt eine neue Behandlungs-methode, die Schmerzen und ihre Ursachen ganz ohne Nebenwirkungen beseitigt.

Ständige Rubriken

22 Banker-Journal
Mubarak macht Propaganda gegen IWF; Malaysia und London unterzeichnen Waffengeschäfte; Ost-West-Stiftung eröffnet in Moskau; Treibt die Bundesbank die USA in den Ruin?; Sozialistische Internationale soll Kampf gegen Schulden übernehmen; UNICEF behauptet IWF tötet Kinder; Banker waschen Drogengelder; Banker warnen vor den Wolken im Nahen Osten.

32 Europa-Journal
EG-Parlament warnt vor Konkurrenz aus Fernost; EG-Handelspakt mit Moskau über Nahrungs-mittel; Schweden beherbergt IRA und andere Terroristen; Notstandsplan für Europas Meere; Dänemark darf Plastik-flaschen weiter verbieten; Mafia festigt ihr Opium-Geschäft; Gorbatschow will gute Beziehungen zu China; Dollar soll pro Jahr um 6,66 Prozent fallen.

46 Nahost-Journal
Man kann Israel nicht trauen; Keine Probleme mit israelischen Schuld-verschreibungen; Israel wartet US-Flugzeuge; Widersprechende Berichte über den Himmelspion; Kein Asyl für Vanunus Bruder; Ida Nudel kritisiert Zionismus; Schwierigkeiten in der UN stehen bevor; Reagan nominiert Rabbi für die UN; Marsch der Völker nach Harmageddon.

53 Zitate

61 Impressum

64 Vertrauliches
Selbstmord als Rollenspiel von Teenager in Sekten; Syrien ist für keine Aufteilung des Libanon; Henry Kissingers Informationen für den neuen US-Präsidenten; Amnesty International plant Rock-Konzert mit satanischer Musik; Philippinen wollen Aufnahme in den Kreis der Blockfreien; Soziale Unruhen in Ägypten wegen IWF-Forderungen; Chinas Einstieg in den inter-nationalen Waffenhandel.

66 Leserbriefe

Bundesrepublik

Gebot der Gemeinnützigkeit

Michael Brandegger

Schrankenlose »Selbstverwirklichung« und ständiger Mißbrauch der Freiheit muß den Ruf nach Wiederherstellung von Ordnung zur Folge haben. Wer das in seinem Familien- und Freundeskreis verständlich machen will, der lese nach, was der ehemalige französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, bereits im August 1948 in der Zeitschrift »Das Ufer« (heute: »Bunte«) schrieb.

»Der demokratische Parlamentarismus ist durch Demagogie und Unordnung bedroht. Der Totalitarismus frißt die letzte Freiheit des menschlichen Individuums. Man muß eine Synthese zwischen Demokratie und Zucht finden, zwischen Freiheit und Autorität, zwischen den Rechten des einzelnen und der Gesamtheit, zwischen nationalen Ansprüchen und den Erfordernissen eines internationalen Zusammenschlusses. Das ist die Aufgabe aller jungen Menschen, und in ihr müssen sie sich in Deutschland wie in Frankreich zusammenfinden.« Das schrieb François-Poncet im Jahr 1948.

Pflichtbewußter Einsatz für das Volk

Eine Synthese zwischen Demokratie und Zucht werden wir nur durch Wiederbelebung des Sinnes für das Gemeinnützige finden. Den Hinweis auf Zucht gab übrigens ein prominenter Franzose; ein Deutscher, der so etwas in unserem Vaterland über die Lippen brächte, würde wohl gesteinigt.

Was hat junge Menschen bewegt und erfüllt, als sie im Zweiten Weltkrieg ihre Pflicht taten? Wo immer es möglich ist, sollten wir uns ihre eigenen Aussagen ins Gedächtnis rufen, denn sie atmen den Geist der Gemeinnützigkeit und des pflichtbewußten Einsatzes für ihr Volk.

So erinnern wir uns an den Oberfeldwebel Hans Bächle, einen ehemaligen HJ-Führer, der auf seinem hundertachten Feindlfug am 25. August 1941 bei Orscha am Dnjepr abgeschossen wurde. Zuvor hatte er auf seinem Fliegerhorst in Ostpreußen einen Brief an seine Kameraden geschrieben und verfügt, ihn erst nach seinem Tode zu öffnen. Der Wortlaut dieses Briefes bedarf keines Kommentars:

»An Euch! In einer jener spannungsgeladenen Wochen vor einem großen Schlage, da das Kommando fast körperlich spürbar in der Luft hängt – noch fern der Front und noch geborgen in den Grenzen des alten Reiches – schreibe ich diesen Brief an Euch.

Ihr sollt ihn lesen, wenn ich nicht mehr unter den Lebenden sein werde – einfach abgerufen in das andere, das namenlose Geschwader.

Ihr werdet etwas ratlos die Nachricht aufnehmen, daß ich gefallen sei und werdet's nicht wahrhaben wollen; so wie wir den Tod aller der Kameraden nicht glauben konnten, die wir in diesem Krieg schon begraben haben, die eines Tages nicht wiederkehrten, die im Meere ruhen oder drüben auf der Insel.

Ihr, die Ihr mir Freunde ward, Brüder – ich weiß keine Grenze und weiß kein Maß – Ihr habt dann mehr von mir gewußt, als sonst jemand, neben dem Mädchen, das ich liebhatte. Ihr wißt auch, wie ich mich nach einem ganzen, vollen Leben gesehnt habe, wieviel ich träumte und an Plänen baute. Aber wenn es nicht sein soll, so wird mein Leben in dieser Form, so ausgelöscht auf halbem Wege, wohl seinen Sinn gehabt haben.

Und das ist es, was ich Euch zu sagen habe.

Aus der Not eine Tugend machen

Ich bitte Euch um eins: Laßt kein Wort der Klage, keine laute Trauer aus Eurem Kreise kommen! Und wenn einst im Frieden die Namen der Gefallenen in jener überschwenglichen, widerlichen Art herumgetragen werden, wie es die Überlebenden gerne tun – und wie es die Toten des Weltkrieges noch dulden mußten –, so wehrt ihnen, daß mein Name mitposaunt wird. Auch dem Gebiet verwehret solches. Als Name unter tausend Namen an einem grauen Steine angeschrieben – das sei die einzige Kunde von mir vor der Öffentlichkeit.

Ihr aber sollt Euch am Rheine treffen, hoch über dem Strom, wie der Binding'sche Rittmeister lebte, und wie wir's uns gelobten zu Kriegsbeginn, und sollt eine Flasche leeren auf mich. Und die Gläser sollt Ihr an die Wand schmettern, als wäre ich mitten unter Euch und teilte Eure Freude am Dasein. Denn unter Euch werde ich ja immer bleiben, über Zeiten und Räume hinweg.

Meinem Mädchen seid bitte Freund und Brüder, wie Ihr mir's gewesen seid, und helft ihr über das Schwere hinweg, das ich ihr nicht abnehmen kann.

Von meinen Sachen und Büchern nehme sich jeder von Euch etwas mit zum Angedenken. Ich habe meine Eltern schon angewiesen, und was Euch davon gefällt, soll Euch gehören.

Im kommenden Reich steht im Frieden als Männer, wie Ihr im Kriege bestanden habt. Helft das Erkämpfte zu wahren und das Erträumte zu bauen, wie mir's vorgeschwebt in diesen Jahren.

Ich grüße Euch noch einmal.
Euer Hannes«

Krasser Egoismus, das Fixiertsein auf den eigenen Vorteil, läßt sich allmählich abbauen, wenn wir das natürliche Solidaritätsbedürfnis unter den Menschen schon in unserem Alltag mobilisieren.

Dem Zeitgeist entgegenstemmen

Wie man aus der Not eine Tugend machen kann, lehren uns die Engländer. Sie haben unter der Last der auch hier steigenden Kriminalität sogenannte Nachbarschaftswachen (Neighbourhood Watches) gegründet, um in gegenseitiger Hilfe Haus und Eigentum gegen das Verbrecherunwesen besser zu schützen. Allein in London gibt es 8800 solcher Gruppen, und die Zahl der Briten, die sich in solchen Wachen engagiert haben, liegt über einer Million.

In solchen Stadtteilen, in denen sich Nachbarschaftswachen organisiert haben, ist die Zahl der Einbrüche und Straftaten drastisch zurückgegangen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist hervorragend und hat die Beziehungen zu den staatlichen Aufsichtsorganen vermenschlicht.

Wo werden solche Selbsthilfegruppen bei uns entstehen, nachdem, wie auf der Wiesbadener »Security«-Messe zu erfahren, von 4,4 Millionen Straftaten im letzten Jahr nur ein Bruchteil aufgeklärt werden konnte? Der Präsident des Bundeskriminalamtes Heinrich Boge rechnet mit weiterem Anwachsen der Kriminalität, nicht zuletzt durch hereinströmende Ausländer, die in Verbrecherorganisationen an Einbrüchen, Waffenhandel, Geldfälschungen, Scheckkartenbetrug und Drogenhandel den dominierenden Anteil haben.

Darum sollte jeder von uns nicht abwarten, bis er ein Opfer von Verbrechern wird, sondern bei Gründung solcher Nachbarschaftswachen Initiative ergreifen und mit der örtlichen Polizei zusammenarbeiten.

Geistige Führung der Nation, Bereitschaft, sich dem Zeitgeist entgegenzustemmen, Bewußtseinsänderung der Massen ist von der heutigen Parteien-Demokratie offenbar nicht zu erwarten. Darum muß der Protest jedes einzelnen, jeder Gruppe,

jedes Vereins im Sinne des Allgemeinwohls mobilisiert werden.

Ein Beispiel dafür ist der Pflegenotstand in Krankenanstalten und Altenheimen. Auf 100 Bundesbürger im Alter von 20 bis 60 Jahren kommen zur Zeit 38 Personen, die älter als sechzig sind. Im Jahr 2000 werden es 48 Personen über sechzig sein, im Jahr 2030 sogar 83.

Kaputte Ehen tragen dazu bei, daß immer mehr alte Menschen ihre letzten Lebensjahre nicht in der Obhut ihrer Familien, sondern in Heimen und Krankenanstalten zubringen. Die Krankenschwestern sind überlastet. 4000 von ihnen formierten sich in München, wo auf acht Patienten eine Schwester entfällt und das Nettogehalt 1500 DM beträgt bei 60 Wochenarbeitsstunden, zu einem Protestmarsch.

In Freiburg wurden für das Pflegepersonal mehr als 100 000 Überstunden registriert. 92 Prozent wurden laut einer DAG-Befragung an ihren freien Tagen zu Vertretungsschichten herangezogen. 60 000 Schwestern und Krankenpfleger fehlen.

»Diesen Job will niemand mehr haben«, stellt Christian Zahn vom DAG-Bundesvorstand fest. »Ganze Klassen der Pflegeschulen suchen nach drei Jahren Ausbildung erst gar keinen Job im Krankenhaus mehr«, stellt Lore Kronker, Geschäftsführerin des Berufsverbandes für Krankenpflege, resignierend fest. Sie satteln um.

»Der Wert des Helfens muß wieder öffentlich anerkannt werden. Wir brauchen eine neue Kultur des Helfens«, verlangt der Berliner Senator Ulf Fink. Recht hat er, wenn er – wenn er nur mehr noch als an Geld für höheres Schwesternsalär an die Bereitschaft denken würde, den Alten und Kranken mehr Zeit und Zuwendung zu schenken, und wenn aus Feigheit nicht das sich anbietende »soziale Jahr« für junge Mädchen gleich wieder verworfen würde.

Bundesjustizminister Engelhard hat ein solches Pflichtjahr abgelehnt, weil es »einer Rollenfixierung der Frau als dienendes Wesen im Sozialbereich Vorschub leisten« würde. □

Bundesrepublik

Gipfel der Würdelosigkeit

Michael Brandegger

Siegfried Lenz, nicht verdächtigt, ein Konservativer zu sein, beendete seine Dankesrede am 8. Oktober 1988 anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels mit den Worten: »Ein Grabstein für diese Zeit könnte die Inschrift tragen: Jeder wollte das Beste – für sich.«

Kardinal Lustiger in Paris erklärte Anfang Oktober 1988: »Frankreich darf nicht das heidnischste, das am wenigsten religiöse Land Westeuropas werden. Unsere Gesellschaft ist in Auflösung begriffen. Man muß etwas unternehmen.« Das war auch über den Rhein gesprochen.

Gipfel nationaler Würdelosigkeit

Zur Frage der Zeitung »Die Welt«, warum es in der DDR keine Bananen, aber bei olympischen Spielen immer so viele Goldmedaillen gäbe, sagte Willi Daume: ». . . außerdem liegt's an der Qualität der Führer. Unsere Jugend ist schwer zu begeistern. Uns fehlen Leute, die das schaffen.«

Ein Symposion der »Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen« anläßlich ihres 30jährigen Bestehens in Ludwigsburg förderte zutage, daß bis zum Ende des vergangenen Jahres 91 481 Ermittlungsverfahren gegen Tatverdächtige eingeleitet worden sind. So weit so gut.

Daß aber an dem Symposion polnische und tschechische Juristen mitwirkten und sich dabei beschweren konnten, daß bislang nicht genug Verurteilungen von Deutschen erfolgt sind, stellt einen Gipfel nationaler Würdelosigkeit der Veranstalter dar, weil es doch wohl in den Heimatländern dieser ausländischen Gäste keine solche »Zentralstelle« gibt, die wenigstens die millionenfachen Morde an Volks- und Sudetendeutschen aufklären und ahnden müßten, die nach Kapitulation und Untergang des Dritten Reiches begangen wurden. Vae victis!

Warum fordert unser Bundespräsident nicht im Interesse der »Vergangenheitsbewältigung« und der Versöhnung mit unseren Nachbarn die Einrichtung solcher Zentralstellen in Polen, der UdSSR, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien? Das wäre konsequent angepackte Perestroika!

RAF-Häftling Peter Jürgen Boocks, der in der Hamburger Strafanstalt Fuhlsbüttel seine Strafe verbüßt und dessen Gnadengesuch dem Bundespräsidenten vorliegt, redigiert hinter Gittern die Gefangenenzeitung »Blickpunkt«. In einem seiner Artikel zum Thema Sicherheitsverwahrung, erschienen im August 1988, heißt es: »Wer versucht, zu begreifen, was sich hinter diesem Wort verbirgt, muß sich zuerst einmal mit einigen anderen Begriffen befassen, die noch aus jener Zeit zu stammen scheinen, als deutsche Richter mit Hakenkreuzbinden an den Armen dem gesunden Volksempfinden vorzugsweise mit dem Fallbeil Ausdruck verliehen. Bei Sicherheitsverwahrten kommt man nicht umhin, zu vermuten, daß die Justiz in der Persönlichkeitszerstörung den eigentlichen Sinn dieser Maßnahme sieht.«

Finanzielle Selbstbedienung und Postenpatronage

An anderer Stelle heißt es dann: »Vor Zeiten wurde Dieben beim ersten Mal eine Hand abgehackt, beim zweiten Mal die zweite, beim dritten Mal der Kopf . . . Der Fortschritt im Justizbereich scheint darin zu bestehen, daß die Vollstrecker gelernt haben, auch ohne Beil und sichtbare Spuren zu verstümmeln.«

Der Erfolg der Resozialisierung ist in der Tat überwältigend. Man wird sich dieser Sätze erinnern, wenn die Nachricht kommt, dieser RAF-Terrorist sei vorzeitig aus der Haft entlassen.

Dem Jahresbericht '88 des Bundesrechnungshofes war zu entnehmen, daß mehr als 600 Millionen DM jährlich bei einer wirtschaftlicheren Arbeitsweise der Bonner Ministerien eingespart werden könnten. Dr. Weber, ehemaliges Mitglied des Rechnungshofes, macht in einem Leserbrief an die »Frankfurter Allgemeine« die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß selbst in solchen Fällen, in denen der Bundesrechnungshof eine haftungsbegründete Verfehlung feststellt, die betroffene Behörde selbst entscheiden kann, ob und wie sie darauf reagiert. Das sei »eine Schwachstelle der Demokratie«, wie Weber ferner feststellt: »Keine Partei fand sich bisher bereit, diese Regelung – Entscheidung in eigener Sache – zu ändern.«

Nach neunjähriger Tätigkeit als Deutschland-Korrespondent der »Neue Zürcher Zeitung« zog Reinhard Meier Bilanz mit der Feststellung: »Bei aller unstrittigen Notwendigkeit der Parteien für eine funktionierende Demokratie gehört deren ungebrochene Neigung zur finanziellen Selbstbedienung und zur Postenpatronage auf allen Ebenen zu den bedenklichen Entwicklungen der Bonner Republik.«

Kohl sieht das nicht. Im Gegenteil: »Die Lage in diesem unserem Lande ist ausgezeichnet.«

300 000 Kinder in der Bundesrepublik werden jährlich körperlich und seelisch mißhandelt, stellte Professor Klaus Hurrelmann auf einer Tagung der Aktion Jugendschutz in Recklinghausen fest: »Die tiefere Ursache liegt in der Regel im ›sozialen Streß‹ der Eltern und ihrer Probleme. Rund 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik sind heute von ernsthafter seelischer und sozialer Vernachlässigung betroffen.« □

Ostpolitik

Weizsäcker und Kohl liefern Deutschland aus

Karl-Heinz Grömlich

Lenin kann sich freuen. Was der russische Revolutionär in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts prophezeite, daß der Westen sich nämlich selbst dem Sowjetkommunismus ausliefern wird, scheint sich in diesen Jahren zu bestätigen. Und Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Richard von Weizsäcker und die deutschen Banken spielen dabei leider eine höchst unrühmliche, da nämlich führende Rolle.



Josef Stalin schüttelte nach Unterzeichnung des Nichtangriffspakts dem deutschen Außenminister von Ribbentrop die Hand, plante aber hinterrücks einen Angriff auf das Deutsche Reich.

Als besonders skandalös ist dabei die Laudatio zu werten, die von Weizsäcker anläßlich der Verleihung des Karlspreises an den französischen Präsidenten François Mitterrand und an Bundeskanzler Helmut Kohl hielt. Bei dieser forderte der Bundespräsident die westlichen Staaten eindringlich dazu auf, Moskaus Reformkurs zu unterstützen. Ziel der UdSSR sei es, durch die Schaffung einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaft ihre Weltmachtstellung zu erhalten.

Kohls Ergebnis: Platitüden

Wenn die westliche Welt dabei Hilfestellung leiste, so unterstütze sie nicht mehr das alte System »von Stalin bis Breschnew«, sondern den neuen Kurs. Dieser weise aber in eine Richtung, die »unseren Werten näher kommt, nämlich Eigenverantwortlichkeit und Mitsprache der Bürger statt zentrales Diktat, rechtlicher Rahmen statt Willkür«. Man hört es wohl, doch kann man es eigentlich nicht glauben, daß der deutsche Bundespräsident so über eines der auch heute noch menschen-verachtendsten Regime der Welt redet.

Einen weiteren Meilenstein in der Auslieferung Europas und



Michail Gorbatschow beschränkte sich beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers auf nichtssagende Floskeln und Platitüden.

Deutschlands an die Sowjets stellt auch der Besuch Kohls bei Michail Gorbatschow Ende Oktober 1988 dar. Wie lauten eigentlich die Ergebnisse dieses Besuchs? Konkretes gibt es leider nicht zu berichten, dafür aber nichtssagende Floskeln wie »das Eis ist gebrochen« und andere Platitüden, die die Wiedergabe nicht lohnen.

Das Eis war auch 1939 beim Hitler-Stalin-Pakt »gebrochen«. Dies hinderte die Sowjets aber nicht, hinter dem Rücken Deutschlands einen Angriff auf das Deutsche Reich zu planen, dem Hitler nur durch einen Präventivangriff zuvorkam. Auch Stalin, Churchill und Roosevelt schmierten sich in Jalta gegenseitig »Honig ums Maul«, um dann wenig später die erbittertsten Feinde zu werden. Was ist also von derartigen Floskeln zu halten: Nichts!

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Was hat Gorbatschows Perestroika- und Glasnostpolitik innersowjetisch und für den Frieden gebracht? Schauen wir uns nur einige Punkte an.

Stärkung des Warschauer Pakts

Der frühere Regierungssprecher Peter Boenisch schrieb in der »Bild am Sonntag« vom 30. Oktober 1988 hierzu einen Kommentar. Nachdem ein Russe ihm sagte, es habe sich viel geändert, meint Boenisch: »Hat es das? Ich schaue mich auf der Straße um. Die Menschen sind so ernst, so mürrisch wie vor Jahren. Die Schlangen – die Wartequalen vor den Geschäften – sind so lang wie früher. Bei Fleisch- und Milchprodukten scheinen sie mir noch länger geworden zu sein. Andererseits sind die Menschen besser gekleidet als früher. Junge Frauen sind viel schicker. Abends in der Disco sieht man sogar Minis und ausgefranste Jeans.« Wahrlich große Erfolge!

Bundeskanzler Kohl verkündete vor der Weltpresse, daß die Sowjets bis Ende 1988 alle politischen Gefangenen freilassen wollen – und die Welt jubelte auf. Jeder dachte in dem Moment an Sacharow, der kurz vorher erklärt hatte, in der UdSSR gebe es noch hunderte politischer Gefangener. Welcher Hohn war es dann, als sowjetische Offizielle bereits einen Tag später zuerst erklärten, in der UdSSR seien derzeit noch 24 Personen aus politischen Gründen inhaftiert. Einen weiteren Tag später wurde diese Zahl dann sogar weiter auf elf Personen korrigiert.

Auch kann man selbst beim besten Willen keine nennenswerten Verbesserungen seitens der Sowjets in der Rüstungspolitik erkennen. Ganz im Gegenteil: Sehr viel spricht sogar dafür, daß der Warschauer Pakt sich verstärkt auf eine kriegerische Auseinandersetzungen mit dem Westen vorbereitet.

Die DDR bekam jetzt von der UdSSR 19 der modernsten Abfangjäger des Typ MiG-29 geliefert. Nach westlichen Erkenntnissen ist die DDR damit im östlichen Militärbündnis der erste

Staat, der von den Sowjets mit diesem Super-Flugzeug ausgerüstet wurde. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 2,3 Mach fliegt die Maschine schneller als jedes westliche Flugzeug.

Die Ausstattung des Kampfjägers entspricht höchstem westlichen Standard. So ist beispielsweise das Radargerät der MiG-29 mit dem IRST-System ausgestattet, das mit seiner großen Reichweite und in Verbindung mit Raketen der neuesten Generation ein Ziel außerhalb der Reichweite des menschlichen Auges bekämpfen kann. Das robuste Fahrwerk des Flugzeugs mit seinen großen Rädern sowie die Fähigkeit, die weiten Triebwerkeinlässe weitgehend zu schließen, erlauben das Starten und Landen auch auf behelfsmäßig angelegten Pisten.

Der Norden Europas wird immer gefährlicher

Besonders aufschlußreich ist auch eine Meldung in der »Frankfurter Allgemeinen« unter dem Titel« Rätseln über Bedeutung neuer tschechischer Grenzstraßen«. Darin steht: »Der Bundesgrenzschutz, die amerikanische Armee und Militärexperten in der Bundesrepublik rätseln über 17 Betonstraßen, die die Tschechoslowakei an der 356 Kilometer langen bayerisch-tschechoslowakischen Grenze in den letzten Jahren gebaut hat. Der Pressesprecher des Bundesgrenzschutzkommandos Süd, Horndasch, sagte dazu: ›Wir können uns keinen rechten Reim darauf machen, was die Wege sollen. Einige führen im 90-Grad-Winkel bis unmittelbar zur Grenzlinie, andere wiederum enden einige hundert Meter vor der Grenze.‹

Die Betonplatten seien bis zu vier Meter breit und nach ihrer starken Befestigung auch für Panzer und andere schwere Fahrzeuge geeignet . . . Die Straßen, die in der Art von Aufmarschrampen angelegt wurden, sind nicht in einer großangelegten Aktion entstanden. Sie seien vielmehr allmählich angelegt worden. Ein System für die Anlage der Straßen sei nicht zu erkennen. ›Wir können nicht sagen, ob sie militärischen Zwekken dienen sollen oder möglicherweise nur eine militärische Teil-Komponente haben‹, fügte Horndasch hinzu. Um Forststraßen jedenfalls handle es sich nicht. Sie können nach Meinung von Experten für den Aufmarsch von Panzern, Artillerie- oder Raketenfahrzeugen benutzt werden. Die Bauarbeiten dauerten auch in der letzten Zeit an.«

Diese Meldung stimmt mit dem überein, was von oberschlesischen Aussiedlern zu erfahren ist. Daß nämlich in den vergangenen Jahren an mehreren Stellen der Oder breite Furten angelegt wurden, die so stabil seien, daß Panzern eine schnellstmögliche Überquerung des Flusses ermöglicht wurde.

Die »Privat-Depesche«, ein Bonner Hintergrundinformationsdienst, schrieb folgendes: »Der Norden Europas wird immer mehr gefährlich. Die Sowjetunion verstärkt gerade dort ihre Rüstung enorm. Der norwegische geheime Nachrichtendienst stellte erst vor kurzem fest, daß die Sowjets 50 Kilometer vor der Landesgrenze in den Felsen an der Küste Stollen treiben, die der Stationierung von U-Booten dienen. Dort sollen vor allem die U-Boote der Typhoon-Klasse mit 23 000 Tonnen Wasserverdrängung untergestellt werden. Jedes von ihnen trägt weitreichende 20 SS-N-20-Rakten mit insgesamt 120 atomaren Sprengköpfen.

In der Barentssee wurden erst kürzlich sowjetische U-Botte der Yankee-Klasse gesichtet, die zwar kleiner als die der Typhoon-Klasse sind, aber 30 bis 40 Raketen mittlerer Reichweite tragen, mit deren atomaren Sprengköpfen das ganze nördliche Europa bedroht werden kann

Bei der Rüstung wird nicht gespart

Auf der Kola-Halbinsel wurde die Zahl der Militärflughäfen inzwischen auf 16 erhöht. Die dort stationierten 850 Flugzeuge sind mit konventionellen wie auch mit Kernwaffen ausgerüstet. Die sowjetische Nordmeerflotte, die in Seweromorsk, südlich von Murmansk, ihren Stützpunkt hat, verfügt über 86 Überwasser-Kriegsschiffe und 146 U-Boote – von insgesamt 308 U-Booten, die gegenwärtig einsatzbereit sind.

An der ungefähr 200 Kilometer langen Grenze zwischen der Sowjetunion und Norwegen wurden in den letzten Jahren bereits die sowjetischen Waffen erheblich verstärkt. 1987 wurden in Oslo 250 Grenzverletzungen durch sowjetische Flugzeuge festgestellt. Zu diesen gehören I1-20-Aufklärungsflugzeuge und Su-27-Kampfflugzeuge, wie auch Flugzeuge des Typs I1-76, die zum sowjetischen Frühwarnsystem gehören. Gesichtet wurden auch einige Beagle-Bomber, die mit ihren Kernwaffen zu den effektivsten Waffen dieser Welt gezählt werden.«

Ende Oktober 1988 gab die sowjetische Führung erstmals kund, daß es in der UdSSR ein Haushaltsdefizit gibt, und zwar in einer Höhe von rund 36 Milliarden Rubel – etwa 108 Milliarden DM –. Verringert werden soll dies laut Finanzminister Boris Gostow unter anderem durch die Ausgabe von Wertpapieren, Aktien und Anleihen, aber nicht durch Auslandskredite. Einsparungen soll es auch im Staatsapparat geben, und Verlustbetriebe sollen »in die Kategorie rentabler Betriebe« überführt werden.

Gostow ließ aber kein einziges Wort darüber verlauten, daß auch bei den Rüstungsausgaben gespart werden soll. Diese machen auch heute noch, in einer Zeit, in der die UdSSR angeblich mehr Abrüstung will, rund 14 Prozent des sowjetischen Bruttosozialprodukts aus, gegenüber etwa sieben Prozent in den USA und knapp drei Prozent in der Bundesrepublik. Müßte dies den westlichen Politikern, die Gorbatschow schon fast enthusiastich zujubeln, nicht eigentlich zu denken geben?

Auch das Londoner »Internationale Institut für strategische Studien« (IISS) warnte jüngst vor zu viel Blauäugigkeit gegenüber der Sowjetunion: »Bis jetzt ist noch keine Änderung der Struktur, der Ausrüstung oder Ausbildung der sowjetischen Streitkräfte zu verzeichnen, die die sowjetischen Angaben über eine neue Defensivstrategie belegen würden.« Vielmehr gelte die alte Offensiv-Konzeption.

Das deckt sich mit den Erfahrungen des NATO-Oberbefehlshabers Europa, General Galvin: »Die Sowjetunion hat bislang noch keine Beweise für den Abbau ihrer Streitkräfte, wie etwa eine Herabsetzung der Panzerproduktion von 280 auf 180 im Monat erbracht . . . Die kommenden Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa (KRK) werden zur wahren Probe auf die Absichten der Sowjetunion. Es wird darum gehen, einen der größten militärischen Aufwände, die es je gab, in asymmetrischer Form abzubauen, bis echte Parität der verbleibenden Streitkräfte erzielt ist.

Kein Wandel in der Sowjetunion

Trotz einer wachsenden Neigung im Westen, die großen Veränderungen in der Sowjetunion durch eine rosige Brille zu sehen und zu meinen, der Frieden sei bereits eingetreten, muß ich als Oberster Befehlshaber harten Realismus zur Richtschnur nehmen: Denn da drüben steht eine gewaltige Übermacht von insgesamt 50 000 Panzern zwischen mir und einer ›guten Welt‹.

Die Sowjetunion hat erklärt, daß ihre Strategie vom Angriff auf reine Verteidigung übergehe. Sie ist aber den konkreten Beweis dafür schuldig geblieben. Ich sehe unentwegte Modernisierung aller ihrer Waffengattungen, ein unverändert, nach den klassischen Prinzipien raschen Angriffs angelegtes Dispositiv ihrer Truppen in der DDR.« So weit Galvin.

Vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch nicht das Geheimabkommen der Sowjetunion und des Vatikans, in dem dieser der UdSSR seine Unterstützung zur Vernichtung Amerikas erbietet. Alles zusammen deutet also auf eine immer größer werdende Kriegsbereitschaft der Roten Armee.

Doch was macht die Bundesrepublik? Richtig ist es zwar, Gorbatschow so weit wie nur irgend vertretbar zu unterstützen. Doch muß zumindest so lange ein harter Kurs »gefahren« werden, bis der KPdSU-Generalsekretär wenigstens einige seiner Versprechen erfüllt hat. Denn bis auf Kleinigkeiten ist kein Wandel in der UdSSR eingetreten.

Selbst der so pompös angekündigte Abzug der sowjetischen

Ostpolitik

Weizsäcker und Kohl liefern Deutschland aus

Streitkräfte aus Afghanistan ist doch angesichts der Wirklichkeiten nur Makulatur. Nach wie vor wird dort ein verbrecherisches Regime gestützt, kommen Tag für Tag viele Unschuldige zu Tode oder werden gefoltert. Die beiden deutschen Mediziner Benno Splieth und Lea Hackstedt, die lediglich Verwundeten helfen wollten, saßen jahrelang in Haft, bis sie vor einigen Wochen freigelassen wurden.

In der Deutschland- und Berlin-Frage hat Gorbatschow bis heute nicht um einen Deut nachgegeben. Doch die Welt und besonders die Bundesrepublik jubelt ihm zu.

Die Bundesregierung stellt großzügig alle möglichen Arten von Hilfe in Aussicht. Die deutschen Banken haben nun endgültig einen Kredit über drei Milliarden DM – ohne Absicherung durch eine Hermes-Exportkreditversicherung – an die UdSSR vergeben. Dieser Kredit soll dazu dienen, die bereits eingeleitete Modernisierung der Konsumgüterindustrie in der Sowjetunion, der sogenannten Leichtindustrie, in ihrer ersten Phase zu finanzieren.

Die Gefahr war nie so groß wie heute

Für die Lockerung der Cocom-Liste, die den Export sicherheitsrelevanter Dinge an die Sowjetunion verbietet, setzen sich besonders deutsche Firmen ein. Es kommt zu immer mehr Jointventures zwischen deutschen und sowjetischen Unternehmen, die der UdSSR die Möglichkeit bieten, so billig, wie sonst nicht möglich, an westliches Knowhow und an modernste Maschinen zu kommen. Zwar »garantierten« die deutschen Firmen, daß sie das Cocom-Abkommen einhalten. Gerade bei Gemeinschaftsunternehmen ist die Gefahr aber groß, daß diese Grenzen sehr weiträumig ausgelegt werden.

Im rüstungstechnischen Bereich stemmt sich besonders die Bundesregierung gegen die dringend notwendige Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen. Immer lauter wird der Ruf nach einer Umschichtung finanzieller Mittel heraus aus dem Rüstungsetat für andere, speziell soziale Notwendigkeiten. Nicht zuletzt wird dies mit dem immer mehr zunehmenden Strom deutscher Aussiedler aus dem Osten begründet.

Kein Mensch hat bislang jedoch gefragt, warum der Ostblock auf einmal so vielen Menschen die von deutscher Seite trotz der Belastungen zu begrüßende Übersiedlung erlaubt? Dabei ist die Antwort ganz einfach: Gorbatschow weiß um die vielen Probleme, die dies hier verursacht. Er weiß, daß Milliardenbeträge notwendig sind, um die Aussiedler zu integrieren. Er weiß, welche Belastung dieser Menschenstrom für den deutschen Arbeitsmarkt darstellt. Also schürt er dies alles immer weiter an und zwingt die Bundesrepublik, diese aufzubringenden Mittel irgendwo einzusparen. Und angesichts des »Friedenswillens« der Sowjetunion wird der öffentliche Druck immer größer, diese Gelder vom Rüstungsetat abzuzweigen.

Laut jüngster Umfrage der Zeitschrift »Stern« sind nur noch 24 Prozent der Befragten davon überzeugt, daß die Bundesrepublik von der UdSSR militärisch bedroht wird. 59 Prozent glauben dagegen, daß unserem Land keine Gefahr aus dem Osten droht. Gorbatschows Propagandatruppen haben also beste Arbeit geleistet.

Und »unsere« Bundesregierung versucht aus reinen wahlopportunistischen Gründen auch gar nichts, diesen gefährlichen Irrtum der Bundesrepublikaner zu stoppen. Denn als »kalter Krieger« würde man die nächsten Wahlen verlieren. Also hält man den Mund, macht die Augen zu und hofft, daß alles gutgeht. Doch tut es dies wirklich? Daran zu zweifeln ist angebracht.

Als Fazit ist festzuhalten, daß die Gefahr für den Westen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs niemals so groß war wie heute. Nicht trotz Gorbatschow, sondern gerade wegen Gorbatschow. □

Parteien

Alternative für Nationale?

Gerhard Lautershof

Als Partei für national denkende Deutsche präsentiert sich die am 17. September 1988 in Köln gegründete »Deutsche Autofahrer Interessengemeinschaft Bürgerpartei« (DAFIG). Das Parteiprogramm setzt dabei auch viele interessante Akzente, gibt aber doch auch in einigen Punkten Anlaß zur Kritik.

Was in der Schweiz innerhalb kürzester Zeit gelang, soll nun auch in der Bundesrepublik gelingen: der Sprung ins Parlament. Im Lande der Eidgenossen wurde nämlich vor nunmehr fast genau vier Jahren ebenfalls eine Autofahrer-Partei, die APS, gegründet. Wer die Partei als reine Interessenvertretung der Autolobby belächelte, sah sich bald getäuscht. Mit einer konservativ-nationalen Ausrichtung gelangen der Schweizer APS schnell die ersten Erfolge.

Durchaus Chancen für einen Erfolg

Bei den Wahlen im Oktober 1987 erreichte die APS zwei Nationalratssitze – der Nationalrat entspricht dem Deutschen Bundestag. Wenige Monate später brachten Wahlen in den ostschweizer Kantonen St. Gallen und Thurgau der APS sogar 17 Mandate. Daß es keine Eintagsfliegen waren, bewiesen die Wahlen im September 1988, als die APS in Fraktionsstärke in die Stadtparlamente von St. Gallen und Wyhl einzog. Das soll nun auch in der Bundesrepublik gelingen.

An der Europawahl im Juni 1989 nimmt die DAFIG nicht teil. Sie will, wie ihr zweiter Vorsitzender der Weyer erklärte, ihre Anfangserfolge auf Kommunalebene erzielen und darauf weiter aufbauen; so wie es auch die APS in der Schweiz getan hat.

Erster Prüfstein werden die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Herbst 1989 sein. Werner Ring, der erste Vorsitzende, schätzt die Chancen für Erfolge seiner Partei als positiv ein. Auch der Chef der Schweizer APS, Michael Dreher, gibt sich sicher, daß eine deutsche Autofahrer-Partei »ohne Probleme die Fünf-Prozent-Hürde nehmen« wird, wenngleich es keine Kooperation der DAFIG und der APS gibt.

Im übrigen gibt es eine zweite Autofahrer-Partei, die bereits seit dem 18. August 1988 als Partei anerkannte »Auto- und Bürgerpartei Deutschland« (ABD). Geführt wird diese von Wolfgang Obernolte, seines Zeichens Ministerialdirigent im Bonner Wirtschaftsministerium. Mit der DAFIG will Obernolte jedoch nichts zu tun haben, da ihm diese, trotz mancher Übereinstimmung, »zu deutsch« sei. Frage an Herrn Obernolte: Soll eine deutsche Partei etwa türkisch oder andersstaatlich sein?

Der Bürger im Mittelpunkt der Ziele

Das Programm der DAFIG besteht aus elf Punkten. Betont wird am Anfang folgendes: Für uns steht daher ausschließlich der deutsche Bürger im Mittelpunkt unserer politischen Ziele.«

In den ersten beiden Punkten des insgesamt sieben Seiten langen Programms fordert die DAFIG das sofortige Verbot der Abtreibung mit ihrem millionenfachen Mord an ungeborenen Kindern sowie eine umfassende Kindergeldreform. Neben der Beschränkung des Kindergeldes ausschließlich für deutsche Kin-

der, soll für jedes Kind deutscher Eltern monatlich einheitlich 500 DM gezahlt werden. Daneben will die DAFIG die Einführung eines Muttergehalts in Höhe von 1000 DM monatlich für die Dauer eines Jahres sowie ein entsprechendes Muttergehalt für Alleinerziehende, die wegen des Kindes nicht arbeiten können.

Die Wirtschaftspolitik soll in erste Linie sozial ausgerichtet sein, mit besonderem »Schutz klein- und mittelständischer Betriebe vor dem Zugriff der Großkonzerne und Multis«. Die Wirtschaftspolitik habe dabei der Wohlfahrt des Volkes und nicht dem Profit des einzelnen zu dienen. Daneben müßten die ungehemmte Kreditwerbung und -vergabe verboten und Möglichkeiten geschaffen werden, überschuldeten Bürgern zu helfen.

In der Arbeitsmarktpolitik fordert die DAFIG die Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes gegen weitere Ausländer. Bei Einführung neuer Technologien mit ihren Rationalisierungseffekten seien Maschinen so hoch zu besteuern, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ebenfalls wird eine Arbeitszeitverkürzung ohne jegliche Lohnkürzung befürwortet.

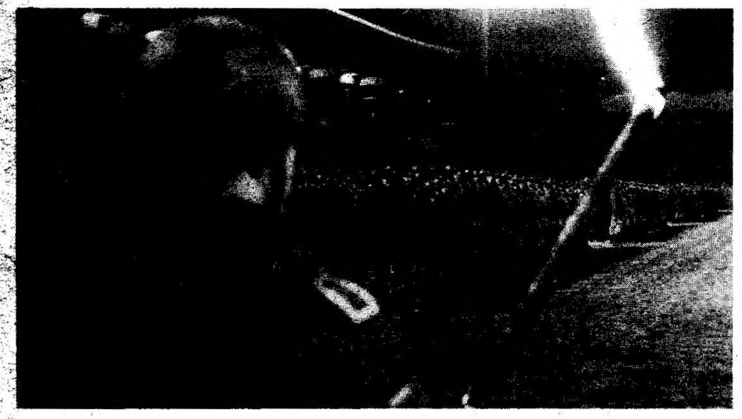
Bezüglich der Probleme in der Steuer- und Finanzpolitik spricht sich die DAFIG für den sofortigen Austritt der Bundesrepublik aus der EG sowie die Auflösung derselben aus. Die vielen Milliarden Mark, die jährlich nur für die EG zu Lasten der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden müßten, sollten dagegen dazu verwandt werden, die Steuersätze wie ganz allgemein die Verbrauchssteuern zu senken. Dazu müsse eine Umverteilung der Steuereinnahmen zugunsten familienpolitischer Maßnahmen und die Stärkung der sozial Schwachen kommen.

Ebenso müsse etwas gegen die wachsende Schwemme von Wirtschafts-Asylanten unternommen werden.

Wirtschaftshilfe ist keine Verschenk-Politik

Zu den Fragen der inneren Sicherheit fordert die DAFIG »die Entfernung aller Kindesmörder, Vergewaltigungsmörder und Massenmörder auf Lebenszeit aus der Gesellschaft«, wobei die Bosse der Drogenmafia ebenfalls zu den Massenmördern gezählt werden.

Zusätzlich zu einem Verbot der Pornographie und Gewaltverherrlichung müsse es zu einer umfassenden Personalverstärkung der Polizei kommen sowie zu einer strikten Anwendung des Bundesseuchengesetzes zur wirksamen Bekämpfung von Aids.



In der Verteidigungspolitik plädiert die neue Partei für eine Reduzierung der Wehrdienstzeit in der Bundeswehr.

In der Verteidigungspolitik plädiert die DAFIG für eine militärische Neutralität der Bundesrepublik sowie für einen Austritt aus der NATO. Neben dem Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden müsse es zu einer Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen, der Reduzierung der Wehrdienstzeit auf zehn Monate sowie zur Reduzierung der Militärausgaben auf das notwendigste Maß kommen.

Mittelfristig soll ein Berufsheer geschaffen werden. Nach Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht müsse ein »soziales Pflichtjahr« für Männer und Frauen »für die Aufgaben des Umweltschutzes, des Zivilschutzes und in den sozialen Bereichen« geschaffen werden.

Die DAFIG begründet diese Forderungen damit, daß »wir eine derartige Hochrüstung wie derzeit überhaupt nicht brauchen«. Denn »die Zeiten der Gefahr einer östlichen Invasion sind längst vorbei«.

In der Deutschland- und Außenpolitik spricht sich die DAFIG für eine Annäherung an die DDR und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion bei gleichzeitiger »Loslösung von der angeblichen Freundschaft zwischen unserem Volk und den Amerikanern, die letztlich sowieso nur ihre eigenen, imperialistischen Zeile verfolgen und uns mehr schaden als nützen« aus.

»Eine Neuvereinigung Deutschlands kann ausschließlich in freundschaftlicher Übereinstimmung mit unseren Landsleuten in der DDR sowie auf der Grundlage eines Interessenausgleichs mit dem Volke der Sowjetunion erfolgen.«

Wirtschaftshilfe an andere Staaten dürfe nicht zu einer Verschenk-Politik ausarten. Deshalb sei ein Austritt aus allen unnützen internationalen Organisationen notwendig, »denen wir nur als Geldquelle dienen«.

Der längste Punkt betrifft »Autos und Verkehr«, wobei sich die DAFIG für zahlreiche Verbesserungen für Autofahrer einsetzt. Beispiele hierfür sind die Forderungen nach einer zusätzlichen Fahrspur auf den Autobahnen, keinem generellen Tempolimit, mehr Umgehungsstraßen sowie der Einführung eines modernen Informations- und Leitsystems. Ebenfalls soll die Steuer auf unverbleites Benzin halbiert und die Steuer auf verbleites Benzin gesenkt werden.

Zum Schutz der Umwelt soll neben der dringenden Weiterentwicklung umweltfreundlicher Autos zur Entlastung der Straße der Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr eingeführt werden. Zusätzlich sei der Ausbau des Schienenverkehrs sowie eine Umkehrung der Stillegungspolitik auf den Nahverkehrswegen der Bahn vonnöten.

Dem Programm der DAFIG ist sicherlich in vielen Punkten eher zuzustimmen als der heute verwirklichten Politik der etablierten Parteien; doch ist es für eine wahrhaft nationale Politik zu lückenhaft und in einigen Punkten auch durchaus nicht ungefährlich – wenngleich sicherlich zugestanden werden soll, daß es im »freiesten Staat, den wir Deutschen jemals hatten«, so jedenfalls Bundeskanzler Kohl, aus taktischen Gründen nicht immer angeraten ist, alles zu sagen, was man erreichen will.

Für jede nationale Partei sollte das Hauptziel sein, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis der Grenzen vom 31. August 1939. Am 8. Mai 1945 kam es nur zu einer militärischen Kapitualation der Wehrmacht und nicht zur Kapitulation des Deutschen Reiches. Daran ändert auch die völkerrechtswidrige Absetzung der Regierung Dönitz und deren Verhaftung nichts.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbestehe, führt dabei an dem auch für Deutschland geltenden Völkerrecht vorbei. Eine Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland kann also nur die erste Etappe sein.

Die Annäherung der DAFIG an die UdSSR scheint sehr weitgehend zu sein, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Neutralität Deutschlands nach Ansicht der DAFIG ohne jede eigene atomare Bewaffnung erfolgen soll. Ein zwischen den Blöcken stehendes Deutschland muß aber stark genug sein, jeden Gegener – auch den atomar bewaffneten – zurückzudrängen beziehungsweise auf militärischer Stärke des Gegners basierende Erpressungen mit entsprechendem Nachdruck zurückweisen zu können.

Eine Vertiefung der Beziehungen zur Sowjetunion ist zwar vonnöten, doch darf diese auch nicht zu blauäugig erfolgen, da sich an der imperialistischen Grundeinstellung der UdSSR trotz Gorbatschows vordergründiger Glasnost- und Perestroika-Politik nichts Wesentliches geändert hat. □

Bundesrepublik

Die Bauern sind es leid

Hans W. Schimmelpfeng

Mit Flächenstillegungen will Bonn die landwirtschaftliche Überproduktion eindämmen. Insgesamt sollen rund 400 000 Hektar aus dem Ackerbau herausgenommen werden. Produktionsbeschränkungen und eine Umstellung der Erzeugung sollen ebenfalls mit Steuergeldern gefördert werden. Der Bundestag setzte damit einen Grundsatzbeschluß der Europäischen Gemeinschaft (EG) um.

Hiermit ist durch Gesetz dem in der Bundesrepublik Deutschland um seine Existenz kämpfenden Bauernstand und zugleich der Ernährungssicherung unseres westdeutschen Volksteiles ein schwerer Schlag versetzt worden. All das unter Aufwand von Steuergeldern und auf Beschluß der sogenannten »Europäischen Gemeinschaft«, die bekanntlich nicht europäisch, sondern eine Europa-Teilungsorganisation und bei ständigen schweren inneren Auseinandersetzungen alles andere als eine Gemeinschaft ist.



Die falsche Politik der Brüsseler Bürokratie hat die wirtschaftliche Stabilität der deutschen Bauernhöfe zerstört.

Es kostet Milliarden und das Selbstbestimmungsrecht

Weil sie nur den Westen Europas umfaßt, vermauert die EG die grundgesetzlich geforderte und von allen getrennten Teilen des deutschen Volkes gewünschte Neuvereinigung West- und Mitteldeutschlands durch immer stärkere Einbindungen der BRD in den Westen. Nur die Grünen haben gegen den volksschädigenden und das Grundgesetz verachtenden Beschluß gestimmt.

Als Begründung wird »landwirtschaftliche Überproduktion« behauptet. Das trifft auf die EG zu, ist aber insofern falsch, als die Landwirtschaft der BRD zwar infolge falscher Wirtschaftsberatung und -führung einzelne Produkte zur Zeit zuviel erzeugen kann, aber insgesamt außerstande ist, das durch eigene Bevölkerung und durch Massen angeblicher Asylanten hochbevölkerte Land notfalls auch nur einigermaßen ausreichend aus der eigenen Scholle zu ernähren.

Zum Beweis ein kurzer geschichtlicher Rückblick: Vor dem Ersten Weltkrieg war das Deutsche Reich, obwohl ihm die »Kornkammer« der Ostprovinzen zur Verfügung stand, auf Lebensmittel-Einfuhr angewiesen. Als Großbritannien völkerrechtswidrig mit Hilfe seiner übermächtigen Kriegsflotte den Krieg gegen die Zivilbevölkerung eröffnete, indem es die Lebensmittelzufuhr zur See sperrte, mußte das Volk hungern.

Auch im Zweiten Weltkrieg konnte trotz diesmal besserer Vorsorge und der Einfuhrmöglichkeiten aus dem Balkan die Ernährung nur durch Rationalisierung aufrechterhalten werden, obwohl damals im Reich die Bauernschaft ein geachteter und geförderter Berufsstand war mit hoher Leistungsfähigkeit.

Heute – bei offizieller Aufgabe des Bauernstandes und Masseneinfuhr von Lebensmitteln in die BRD und beim Fehlen der von Polen sowieso ruinierten Kornkammer des Ostens – würde bei eintretenden Notfällen – Aufruhr, Krieg, Katastrophen – Westdeutschland hungern müssen wie noch nie.

Das wäre europäische Politik

Sogar das Futter für das zur Zeit zuviel Milch und Butter erzeugende Rindvieh würde ausfallen, denn das wird aus den USA eingeführt. Wir würden bei diesen und sonstigen Ausfällen noch nicht einmal genug Milch und Butter für den eigenen Bedarf erzeugen können. Daß wir zur Zeit zuviel davon haben, liegt erstens an dieser von der USA geforderten Einfuhr von Futtermitteln und zweitens an dem unserer Landwirtschaft in der Nachkriegszeit erteilten grundfalschen Rat, von der früher üblichen und bewährten Vielfalt der Produktion abzuweichen und sich auf eines oder wenige Produkte zu spezialisieren.

Dieser falsche Rat hatte zur Folge, daß durch zuviel Spezialisierung auf Rindviehzucht zuviel Milch und Butter erzeugt wurde, und daß die von jeher auf Vielfältigkeit beruhende wirtschaftliche Stabilität der Bauernhöfe zerstört wurde. Die Öffnung der EG-Grenzen für jede unkontrollierbare Einfuhr zerstörte diese Stabilität gänzlich und überschwemmte uns mit der ungeregelten Übererzeugung anderer Staaten.

Also: Nicht wir erzeugen zuviel, sondern im Ernstfall zu wenig für die Volksernährung. Was in der EG an Überfluß vernichtet oder irgendwohin verschleudert wird, müssen wir mitbezahlen, weil wir ihr einen großen Teil unserer Souveränität bereits geopfert haben. Das kostet uns Milliarden, unser Selbstbestimmungsrecht, die Existenz unseres Nährstandes und verfestigt die Grenzen mitten durch Deutschland. Zugegebenermaßen sind die kommenden Steuererhöhungen zu einem guten Teil auf die Geldforderungen der EG zurückzuführen.

Es wäre Pflicht einer grundgesetztreuen Regierung, anstelle einer einseitigen Westbindung eine enge Zusammenarbeit mit Mitteldeutschland, also der DDR anzustreben, um durch gemeinsame Förderung der Landwirtschaft eine geregelte Ernährungsgrundlage für unser Volk herbeizuführen, statt sich den Erpressungsmethoden der Westmächte zu unterwerfen. In beiden wiederzuvereinigenden Teilstaaten muß die Wiederherstellung eines leistungsfähigen Bauernstandes zur neuen Grundlage der Wirtschaft und der Volksernährung werden.

Parteien ernten bei der Großindustrie

Ein gesunder gesamtdeutscher Kern ist Voraussetzung für eine notwendige und anzustrebende europäische Zusammenarbeit, die von Gibraltar bis zum Ural reicht. Das wäre europäische Politik.

Statt dessen muß man sich jetzt schon Gedanken darüber machen, wie man unsere Landschaft in Ordnung hält, wenn die Pflüge stillstehen. Es wird geradezu gespenstisch, daß man Teile der selbständigen und tapfer um ihre Existenz kämpfenden Bauern zu bezahlten Landschaftspflegern degradieren will, während der Bundesfinanzminister sich den Kopf darüber zerbrechen muß, wo die Milliarden herkommen sollen für die Aufrechterhaltung des Gesundheits- und Sozialwesens, für die Rentensicherung und die Unterbringung und Versorgung der wachsenden Asylantenmassen und Wirtschaftsflüchtlingen.

Als weitere Begründung für die Stillegung unserer Lebensmittelerzeugung dient die steigende



Nicht zuviel erzeugt der deutsche Bauer, sondern im Ernstfall zu wenig, weil er die früher übliche Vielfalt aufgeben mußte.

Verunreinigung der Flüsse und nun auch der Meere. Die künstliche Düngung unserer Äcker wird als abzustellender Grund der Umweltschädigung angegeben. In welchem Ausmaß das stimmt, ist eine offene Frage.

Es ist aber folgendes festzustellen: Die Verwendung künstlicher Düngemittel ist nichts Neues. Sie werden schon seit Beginn dieses Jahrhunderts in beträchtlichen Mengen angewandt und in den Bächen, die aus dieser Landschaft kamen, schwammen ungeniert viele gesunde Forellen, und von Giftkatastrophen in den Flüssen hörte man auch nichts, viel weniger von sterbenden Seehunden. Und das zu einer Zeit, als die Abwässer der Dörfer noch nicht durch Kläranlagen flossen, sondern ungeklärt in die Bäche liefen, soweit sie nicht im Dorf oder der Feldmark blieben.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß in der Landwirtschaft allenfalls ein kleiner Beitrag, aber keinesfalls ein Hauptgrund der Wasserverschmutzung zu suchen ist. Hätte man gegenüber der chemischen Industrie, die zweifellos ein Hauptverursacher der jetztigen Katastrophe ist, und gegen die Öltransporter, die die Meere und das Land verseuchen, rechtzeitig so rigorose Maßnahmen ergriffen, wie man sie jetzt gegenüber der Landwirtschaft an falscher Stelle ergreift, dann lebten die toten Seehunde noch und die Fischer hätten nicht so große Sorgen.

Aber unsere geld- und machthungrigen Parteien, die den Ton angeben, haben zuviel bei der Großindustrie geerntet, da kann die Landwirtschaft trotz Fleiß und Tüchtigkeit nicht mithalten.

Keineswegs soll hiermit gesagt werden, daß die Landwirtschaft nicht zur dringend notwendigen Umweltverbesserung herangezogen werden solle. Eine Verbesserung der Kläranlagen, um Wasserschädigung durch Stickstoff-Düngemittel und Phosphate zu vermeiden, kostet zwar Geld, aber was macht das aus im Vergleich zu den Milliarden, die zum Beispiel für die »Entsorgung« des menschheitsgefährdenden Atommülls laufend ausgegeben werden müssen?

Keine ernsthafte Förderung der Bauern

Zudem gäbe es Möglichkeiten stickstoffersetzender Düngung, wenn die technische Entwicklung und Weiterverbreitung bereits erprobter Anlagen auf den Bauernhöfen mit einem Bruchteil der an die Atomwirtschaft verschwendeten öffentlichen Mittel gefördert würde.

Es gibt aber keine ernsthafte Förderung unseres Bauerntums, denn der Bauer wird dem westlichen »freien Warenverkehr« des »gemeinsamen Marktes« (Artikel 38 der EWG-Verträge) unterworfen und damit den Interessen des internationalen Handelskapitals geopfert.

Die Folge ist die Verödung der Dörfer, die Abhängigkeit unserer Ernährung von ungesicherten Ernährungsquellen, zugleich aber auch die Aufgabe wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit der Bundesrepublik. Das von Hintergrundmächten angestrebte Ziel ist die menschliche Vermassung unter der anonymen Führung einer internationalen Kapitalistenclique. Ein Schritt zu diesem Ziel ist es auch die Erzeugung einer willenlosen Menschenmasse durch Erzwingung widernatürlicher Rassenmischung.

Gesucht sind nicht Menschen in ihrer natürlichen Vielfalt, sondern dirigierbare Einheitsverbraucher in einer internationalen Handelsgesellschaft. Diesem Ziel stehen die möglichen Maßnahmen zur Erhaltung des eigenständigen Bauernstandes und des Eigenlebens der Dörfer, also Dezentralisierung statt Vermassung, direkt entgegen.

Um so wichtiger ist die Förderung der zahlreichen Möglichkeiten, mit modernen technischen Mitteln das bäuerliche und dörfliche Eigenleben zu fördern, überall gibt es Beispiele erfolgreicher Selbsthilfe: Ein Bauernbetrieb hat eine Wärmegewinnungsanlage im Laufe von etwa fünf Jahren entwickelt, die dem im Betrieb anfallenden Mist die Wärme entzieht und damit den Heizungs- und sonstigen Wärmebedarf des Hofes deckt. Es ergibt sich eine Einsparung von 2000 bis 3000 Liter Heizöl im Jahr.

Das ist sowohl eine umweltfreundliche Maßnahme als auch eine Geldersparnis, die nach wenigen Jahren die Anlagekosten einbringt und dann die Rentabilität des Betriebes erhöht. Zusätzlich verbessert sich auch noch die Düngewirkung des in der Anlage verrotteten Mistes.

Ähnliche Anlagen zur direkten Einsparung von Stickstoff-Kunstdünger haben sich bereits bewährt. Aber auch andere Möglichkeiten der Modernisierung, die nicht nur die landwirtschaftliche Rentabilität erhöhen, sondern auch volkswirtschaftlichen Wert besitzen, sind längst möglich, werden aber eher verschwiegen als gefördert.

Abkehr von der Zentralisierung der Wirtschaft

Schon vor Jahren ging durch die Tagespresse die folgende Information: »Aus den Mangeljahren kurz nach dem Zweiten Weltkrieg weiß man, daß es möglich ist, aus Pflanzenabfällen – zum Beispiel Stroh, Kartoffelkraut, feste tierische Ausscheidungen – durch Vergärung unter Luftabschluß hochwertiges brennbares Gas – Biogas genannt – zu gewinnen. Bereits damals gab es in der Bundesrepublik Deutschland 48 solcher Gasanlagen, die schon über 18 Millionen Kubikmeter Biogas erzeugten. Das Gas wurde unter anderem zur Kraftgewinnung und als Treibstoff für die landwirtschaftlichen Zugmaschinen eingesetzt. Der einzige Nachteil war: Die Energie aus dem Erdöl war billiger, und daher bestand keine Veranlassung, dieser Art der Treibstoffgewinnung weiter nachzugehen.«

In Wirklichkeit besteht viel Veranlassung, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Das spart Öl-Import und -Transport, hilft den Dörfern und ist bei technischer Vervollkommnung bestimmt preiswert.

Ziel darf nicht die immer gefährlicher und unkontrollierbarer werdende Zentralisierung der

Bundesrepublik

Die Bauern sind es leid

Wirtschaft sein, sondern ihre Dezentralisierung.

Aus einer Fülle von Unterlagen ein anderes Zitat: »Durch Nutzung der tierischen Abfälle in der Landwirtschaft in Form von Biogas könnte pro Jahr eine Energiemenge entsprechend 8 920 000 000 Liter Heizöl gewonnen werden. Gleichzeitig fiele dabei als Reststoff der Biogasgewinnung hochwertiger organischer Dünger an. Durch eine kombinierte Nutzung des Strohs auf dem Weg Stalleinstreu-Biogasgewinnung-Dünger könnten weitere 4 800 000 000 Liter Heizöläquivalent gewonnen werden. Dies entspricht in Kernstrom umgerechnet rund zehn Kernkraftwerken.«

Hierzu paßt auch ein Hinweis, wonach sich die offizielle Prüfstelle für Energievorschläge im Kernforschungszentrum Jülich befände und keine andere Aufgabe habe, als die Atomenergie zu fördern und alles andere zu unterdrücken.

Beachtet man die vielen Versuche tüchtiger und erfindungsreicher Praktiker im landwirtschaftlichen Bereich und ihre Erfahrungen, so ergibt sich die Feststellung, daß bei gutem Willen und bei Ausschaltung von Quertreibereien von Kreisen, die aus politischen und geschäftlichen Gründen bremsen, die Möglichkeit besteht, die Bauernhöfe zur Rentabilität und beinahe wirtschaftlicher Autarkie zu entwickeln.

Zur Umweltverbesserung ist es möglich und erwünscht, die künstliche Düngung weitgehend durch Verbesserung der betriebseigenen Düngemittel zu ersetzen. Ferner brauchen Ländereien auch dann nicht stillgelegt zu werden, wenn man sie nicht für Nahrungsmittel-Erzeugung verwenden will. Sie können zum Anbau von Pflanzen dienen, aus denen nach bereits vorliegenden Versuchsergebnissen Kraftstoffe hergestellt werden, die dem eigenen Bedarf, aber auch sonstigen Zwecken dienen. Auch Chemie-Artikel können daraus gewonnen werden. Noch viel mehr kann auf Bauernhöfen geleistet werden.

Die Landwirtschaft wird verraten und verkauft

Die Entwicklung bis zur Großherstellung der modernen technischen Einrichtungen für alle landwirtschaftlichen Betriebe erfordert jedoch Kapitalien, die aus öffentlichen Mitteln – natürlich auch aus Mitteln der Industrie – bereitgestellt werden müssen. Für die Entwicklung der Atomstrom-Erzeugung, vor der früher vergeblich gewarnt wurde und die, wie inzwischen weitgehend anerkannt wird, als umweltzerstörend wieder eingestellt werden muß, sind Milliarden öffentlicher und industrieller Mittel aufgewandt worden.

Jetzt gilt es, zur Rettung des bäuerlichen Berufsstandes und damit der Dörfer, der Landschaft und der Ernährungsgrundlage die nötigen Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Das Geld ist vorhanden, wenn man in der BRD aufhört, riesige Summen für die wir geradezu erpreßt werden, in alle Welt hinauszuwerfen.

Es wäre ein Verbrechen, weiterhin so fortzufahren, gleichzeitig aber einen ganzen grundlegend wichtigen Berufsstand mit Aufwand von Steuergeldern und wegen eines Grundsatzbeschlusses der EG aufzulösen.

Bei zielbewußter Arbeit würde das Problem bald gelöst sein. Es wäre kein Hektar Land zuviel vorhanden und kein Bauer müßte hoffnungslos aufgeben. Es gibt behördliche Stellen, die den bisherigen Konstruktionsarbeiten bei Entwicklung moderner Einrichtungen auf Höfen, auch bei der Nutzung von Wasserläufen zur lokalen Stromerzeugung, gutwillig ihre Unterstützung gegeben haben, und kleinere landansässige Industriebetriebe haben mitgewirkt. Aber die gegenstrebenden Kräfte an höheren Stellen der Wirtschaft und der Politik sind stärker.

Wenn der Bauer und seine verantwortungsbewußten Helfer in Behörden und Industrie nicht mit der Faust auf den Tisch schlagen, werden Land und Landwirtschaft und damit wir alle verraten und verkauft. □

Gewerkschaften

Auf dem Weg in den Sozialismus

Alfred König

Unzweifelhaft ist, daß sich die Gewerkschaftsbewegung große Verdienste für die Arbeiter und später auch für die Angestellten erworben hat. Ohne sie wäre unser heutiger relativer Wohlstand für die Allgemeinheit nicht möglich oder wäre zumindest zu seiner Verwirklichung ein viel längerer Zeitraum notwendig gewesen. Heute jedoch entwickeln sich die Gewerkschaften immer mehr zu »Wohlstandsverhinderern« und zu Speerspitzen internationalistischer und sozialistischer Politik. Auch besonders der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geht diesen Weg.

In den sechziger Jahren lautete die Definition für Gewerkschaften: Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen, dienen zur Durchsetzung besserer sozialer Bedingungen – Tarifverträge mit Regelung der Löhne, des Urlaubs, der Arbeitszeiten, betrieblicher Mitbestimmung, Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik, Unterstützungseinrichtungen. Dies waren jedoch einmal die Hauptaufgaben einer Gewerkschaft. Wie sieht es heute aus?

Im Fahrwasser linker Weltveränderer

Heute sieht die Definition der Rolle der Gewerkschaften ganz anders aus: Gewerkschaften sind in allen parlamentarischen Demokratien ein politischer Machtfaktor, der vor allem in den angelsächsischen Ländern mitbestimmt, was politisch machbar ist. Damit haben sich die Gewerkschaften von einer Interessenvertretung oder modern ausgedrückt »Lobby« der abhängig Beschäftigten zu einer Instanz entwickelt, ohne die und vor allem gegen die eine Regierungspolitik praktisch nicht mehr möglich ist.

Parallel dazu ist auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften gewachsen, außerhalb ihres eigentlichen Tätigkeitsgebietes, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Einfluß auf die Entscheidungen der »Volksvertreter« in den Parlamenten zu nehmen.

Abtreibung, innere Sicherheit, Asylanten, Rüstung und sogar die Außenpolitik, was nicht das mindeste mit den Aufgaben einer Gewerkschaft zu tun hat, sind heute »ureigenste« Gebiete der Gewerkschaften und in der Bundesrepublik speziell des DGB, in dem fast acht Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert sind.

Dazu kommt noch, daß der DGB im Grunde selber eine »kapitalistische« Organisation ist, da er in nahezu allen wirtschaftlichen Bereichen mit eigenen Unternehmen vertreten ist, zum Beispiel »Neue Heimat«, Bank für Gemeinwirtschaft und Volksfürsorge.

Wegbereiter des Sozialismus

Wer aber nun geglaubt hatte, daß der DGB »überparteilich«, also die Interessen aller seiner Mitglieder, die oftmals auch Mitglied der Unionsparteien oder politisch zumindest zu ihnen tendierend eingestellt sind, vertritt, sieht sich getäuscht. Konnte das wenigstens in etwa noch für die fünfziger und Teile der sechziger Jahre gelten, so geriet der DGB später ab den Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre immer weiter ins Fahrwasser linker Weltveränderer.



Die Interessen der Arbeitnehmer sind den Gewerkschaften Nebensache, sie fühlen sich heute als die Sperrspitze internationalistischer Politik.

Und ab der sogenannten, tatsächlich aber niemals richtig stattgefundenen »Wende« 1982 hat sich der DGB trotz aller vordergründiger Abgrenzungsversuche nahezu untrennbar mit der SPD – und in Teilen auch führende DGBler mit Grünen und Kommunisten, beispielsweise der IG-Druck-Vorsitzende Hensche – verbunden.
Der DGB vertritt heute keine an Arbeitnehmerinteressen ausgerichtete Politik mehr, sondern hat sich ausschließlich dem Sturz der derzeitigen bürgerlich-liberalen Regierung, der Verhinderung einer wahrlich im nationalen Interesse liegenden Politik sowie einer so bald wie möglichen Einführung des Sozialismus verschrieben.

Die Gewerkschaften sollten normalerweise grundsätzlich jedem Bürger offenstehen, ganz gleich welcher politischen Gesinnung. Der DGB vertritt hingegen eine andere Ansicht. Ist ihm ein Mitglied der DKP oder anderer kommunistischer Parteien herzlich willkommen, so gilt dies für nationaldenkende Deutsche nicht. Wer einer Partei oder Gruppierung rechts von der Union angehört, wird heute beim DGB nicht mehr als Mitglied aufgenommen oder wird, sobald es bekannt wird, rausgeschmissen. Und dies, obwohl für jeden wirklich Nationalen die Interessen des Arbeiters und des Angestellten einer der wichtigsten Eckpfeiler seines Gedankengutes sind.

Da aber heute bei den Gewerkschaften nicht mehr der Nationalstaat, sondern das Weltbürgertum der Grundgedanke ist, wird dann eben von ihnen alles getan, um dieses rein internationalistische Ziel schnellstmöglich zu erreichen – ohne zu bedenken, daß dies gleichzeitig den Ausverkauf der Freiheit zugunsten einer kommunistisch geknebelten Welt bedeutet. Und zur Erreichung dieses Ziels wird auf volks- und betriebswirtschaftliche Erfordernisse keine Rücksicht mehr genommen. Vielmehr wird eine Politik betrieben, die ganz genau zum Gegenteil dessen führt, was eigentlich Sinn einer Gewerkschaft ist – nämlich zu Destabilisierung der Wirtschaft.

Die Entwicklung des DGB haben die Gewerkschaftsexperten Dr. Horst-Udo Niedenhoff vom Bundesverband der Deutschen Industrie sowie der Sozialwissenschaftler und Privatdozent an der Freien Universität Berlin, Professor Manfred Wilke, in ihrer Studie »Die Gewerkschaften nach dem Ende der Arbeiterbewegung« sehr gut beschrieben.

Ein fatales Bündnis mit der SPD

SPD-Mitglied Wilke zufolge ist derzeit ein heftiger Richtungsstreit innerhalb des DGB im Gange. »Auf dem rechten Flügel steht Rappe, auf dem linken Flügel – wir nennen ihn Volksfrontlager – steht Hensche; dazwischen der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler und die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies. Klar ist: Hensche versucht, den DGB immer mehr nach links zu treiben. Er will ein Bündnis mit Kommunisten und Grünen (wobei der Unterschied beider Gruppierungen oftmals nur partiell ist, der Verfasser) gegen die Union. Hensche setzt auf Konfrontation, will eine sozialistische Republik, während Rappe mit den Unternehmern den Industriestandort Bundesrepublik sichern will.«

Und der Einfluß der von der DDR finanzierten und gesteuerten DKP auf den DGB wird immer größer. Beweise hierfür seien beispielsweise, daß Hensche Kampagnen mit der DKP in den DGB hineintrage, Vertreter des »Volksfrontlagers« regelmäßig Interviews in den DKP-Organen gäben und mit dem Finanz- und Personalchef der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Peter Raane, erstmals ein Kommunist in die Führungsposition einer DGB-Gewerkschaft gelangt sei. Mittlerweile soll auch einer der führenden Männer der DGB-Gewerkschaft Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in die DKP eingetreten sein.

Sind dieses aber von Niedenhoff und Wilke anhand von Indizien noch angestellte Schlußfolgerungen und Prognosen, so ist aber das Bündnis des DGB mit einer sich immer weiter nach links entwickelnden SPD mittlerweile gegeben. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« kommentierte dies unter der Überschrift »Ein fatales Bündnis« wie folgt:

»SPD und Gewerkschaftsbund haben ein ›historisches Bündnis‹ bekräftigt. In einem Leitantrag an den Parteitag der Sozialdemokraten heißt es: Volkspartei SPD und Gewerkschaften müssen in zentralen Fragen gemeinsam handeln. Diese wenigen Worte haben mit solcher Ausdrücklichkeit politisches Gewicht. Wenn eine sozialistisch fixierte Partei sich der Einheitsgewerkschaft DGB zuwendet und diese Einheitsgewerkschaft sich in dieses Bündnis einschließen läßt, dann verschwimmt der Gedanke der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaft ins Zwielicht. Umgekehrt muß eine Volkspartei, die sich so vehement an eine große Interessengruppe bindet, den Gedanken fallenlassen, für alle Schichten der Gesellschaft wählbar zu sein.«

Es ist absolut natürlich, daß Gewerkschaften und Parteien quasi ein »Bündnis auf Zeit« abschließen, wenn beide gleichgerichtete Ziele verfolgen. Nur dürfen die Gewerkschaften auch in einem solchen Fall nicht ihre Überparteilichkeit aufgeben. Vielmehr ist es doch so, daß keine der Parteien über das ideale Programm verfügt.

Eine ideale Politik müßte sich in der Regel immer aus dem Zusammenschluß der jeweils richtigen Punkte der verschiedenen Parteien zu einem Ganzen und Verbrämung des ideologisch gefärbten Brimboriums zusammensetzen; was es aber leider nicht tut, da unsere »Volksvertreter« in Wirklichkeit »Interessenvertreter« sind.

Gewerkschaften

Auf dem Weg in den Sozialismus

Dieses sollte aber auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik das Ziel der Gewerkschaften sein, ist es jedoch leider nicht. Statt dessen wird eine rein ideologisch gefärbte Politik ihrerseits betrieben, die derart unternehmensfeindlich ist, daß sie sich nun sogar schon gegen sie selbst gewendet hat.

Lähmung der Unternehmensführung

Gemeint ist der Fall Volksfürsorge. Aus Finanznöten versuchte der DGB über seine Holding BGAG 75 Prozent der gewerkschaftseigenen Versicherungsgruppe für 2,25 Milliarden DM an die DG-Bank zu verkaufen. Dies scheiterte jedoch an den vollkommen überzogenen Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmervertreter im Unternehmen. So wichtig Mitbestimmung auch ist, so darf es dadurch aber doch nicht zu einer De-facto-Lähmung der Unternehmensführung kommen. Die DG-Bank wäre also neuer Eigentümer geworden, die Macht hätten aber auch weiter die Gewerkschaftsvertreter gehabt. Was war also logischer, als daß die DG-Bank von diesem für sie unakzeptablen Geschäft zurücktrat?

In der Regel ziehen heute in einen Betriebsrat keine Einzelpersonen mehr ein, sondern kandidieren sogenannte Listen, beispielsweise von der jeweiligen DGB-Einzelgewerkschaft, der DAG, dem Christlichen Gewerkschaftsbund. Genau wie für die im Bundes- oder Landtag beziehungsweise in den Kommunalparlamenten vertretenen Parteien gibt es auch bei den Betriebsräten de jure kein imperatives – also weisungsgebundenes – Mandat. Vielmehr ist jeder Betriebsrat nur seinem »Gewissen« verantwortlich.

Was aber passiert, wenn Gewerkschaftler sich das Recht erlauben, gegen die ureigensten Wünsche ihrer Gewerkschaftsführung zu handeln – wobei jetzt einmal ganz dahingestellt bleiben soll, ob ihre oder die Gedanken der Gewerkschaftsführung für das Unternehmen und die Volkswirtschaft besser waren –, deckte »Der Spiegel« unter der Überschrift »Hauskrach in der IG Chemie« auf.

Laut »Spiegel« ermunterte der stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats und Vorsitzender der gewerkschaftlichen Vertrauensleuteleitung (VLL) des Pharmawerks Boehringer, Michael Müller, in Mannheim seine Kollegen zur Kraftprobe. »Irgendwann muß einmal Schluß sein mit den Versuchen der Gewerkschaftsleitung, den Funktionären an der Basis Entscheidungen zu entziehen.«

Zu diesem Zeitpunkt war Müller noch Mannheimer Vorstandsmitglied der IG Chemie und Delegierter für den 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag. Kurze Zeit später seien er und die zehn anderen VVL-Funktionäre dann kurzerhand aus der IG Chemie ausgeschlossen worden.

Kein Demokratieverständnis im DGB

Wolfgang Schultze, seines Zeichens Mitglied im Hauptvorstand, soll die Säuberungsaktion wie folgt begründet haben: »Wir wurden vor eine Herausforderung gestellt und haben eine Grundsatzentscheidung getroffen.«

Die ausgeschlossenen Mitglieder hätten »planmäßig versucht«, die Stellung der Gewerkschaftsführung »zu unterlaufen«. Das »gewerkschaftsschädigende Verhalten« habe aus Satzungsverstößen und Illoyalität bestanden. So hätte der VVL-Elferrat unter anderem Wahlvorschläge aus Hannover – dort ist der Sitz der Gewerkschaftsleitung – für die Aufsichtsratswahlen zurückgewiesen und ein eigenes Vorschlagsrecht beansprucht, wofür es »keine Rechtsgrundlage« gebe.

Das einzige Vergehen der Gewerkschafter war also, daß sie die von der Gewerkschaftsleitung vorgeschlagenen Personen für die Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat ablehnten. Da sie nicht klein beigeben wollten, wurden sie eben herausgeschmissen.

Müller dazu: »Wir haben immer offen unsere Meinung gesagt, und die hat nicht immer hundertprozentig mit Hannover übereingestimmt. Aber das muß doch bei einer Gewerkschaft möglich sein, da muß man diskutieren.«

Müller und seine Mannschaft verwahrten sich lediglich dagegen, »daß aus einem Vorschlag des Hauptvorstandes ein Bestimmungsrecht wird«. Dadurch würden das »Demokratie-Bekenntnis der Gewerkschaft und auch Mitgliedsrechte berührt«. Wer redet jetzt noch von einem ausgeprägten Demokratieverständnis innerhalb des DGB?

Auch wird es mehr und mehr Mode, daß führende DGBler sich dem Motto der Herren Geißler, Blüm, Baum, Hirsch und der Frau Hamm-Brücher anschließen und wie diese nach dem Motto »am deutschen Wesen soll die Welt genesen« verfahren und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachten. IG-Metall-Vorsitzender Franz Steinkühler sah sich veranlaßt, sich im fernen Südafrika um die Kündigungsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen der Schwarzen bei dortigen Niederlassungen deutscher Unternehmen zu kümmern.

Mit einem 14-Punkte-Katalog reiste Steinkühler, unbehelligt von den Mächtigen dieses doch als so teuflisch und undemokratisch verschrienen Landes, durch die Gegend und drohte mehr oder weniger unverhüllt den Unternehmen an, sollten sie die DGB-Forderungen nicht erfüllen, würde dies Konsequenzen in der Bundesrepublik für sie haben. Wer handelte in diesem Fall eigentlich diktatorisch, die südafrikanische Regierung oder Herr Steinkühler?

Da die Meinung des Großteils der in der Regel über die wahren Verhältnisse in Südafrika nicht informierten deutschen Bevölkerung negativ gegen Südafrika ist, unterschrieben die betreffenden Unternehmen eben den Katalog und kündigten zumindest wohlwollende Überlegungen in diese Richtung an. Kommentar Blüms: »Franz, das hast Du gut gemacht!«

Unbehelligt durfte Mitte Juli auch DGB-Chef Breit in das ebenfalls nach einhelliger linker und oftmals auch christdemokratischer Meinung so unfreie Chile einreisen und in Santiago Sanktionen gegen Chile fordern. Sie seien »derzeit offenbar das einzige Mittel, die besorgniserregende Menschenrechtssituation in Chile zu beeinflussen«.

Verein für Klassenkampf

Keine Worte fand Breit dagegen gegen das nicht allzu weit von Chile befindliche Terrorsystem der Sandinisten in Nicaragua, das zwei Tage zuvor mit brutalsten Mitteln eine oppositionelle Demonstration aufgelöst hatte. Dabei wurden auch der Vorsitzende der Demokratischen Koordination, Carlos Huembes, und der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, Jarquin Anaya, verhaftet. Doch hierzu war von Breit nichts zu hören.

Dies ist nur ein kleiner Teil der Machenschaften der Gewerkschaften. Der Skandal um die Neue Heimat, die gesetzeswidrigen Straßen- und Brückenblokkaden der Rheinhausener Stahlarbeiter – sowie das dabei zutage getretene, den freien Rechtsstaat verhöhnende Verhalten der SPD und einiger der von dieser Partei gestellten Minister der nordrhein-westfälischen Landesregierung –, der Kampf um die konjunkturell schädliche 38-Stunden-Woche, die auf eine Meinungsdiktatur herauslaufenden Streiks der IG Druck in der Vergangenheit und vieles mehr wird der interessierte Leser noch bestens im Gedächtnis haben.

Die hier dokumentierten Vorfälle lassen nur einen Schluß zu, daß nämlich die Gewerkschaften und speziell der DGB sich immer stärker von einem demokratischen Regelfaktor zu einem klassenkämpferischen Verein, der sich die Verwirklichung des Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hat, entwickelt. Damit sind die Gewerkschaften aber für die national eingestellten Deutschen inakzeptabel geworden. Und dies, obwohl gerade das Arbeitertum einer der Hauptstützpfeiler jeder nationalen Politik ist und nur in einem auf nationalem Gedankengut aufgebauten Staat, und eben nicht in einem internationalistisch regierten Staat, am meisten gewürdigt wird. □

One World

Die Gleichmacher und Weltbeglücker

Günther Viercke

Die weltweiten Umwälzungen der Kulturen und der Ordnungssysteme kennzeichnen die letzten fünfzig Jahre unseres Jahrhunderts. Die Ereignisse überschlagen sich und die Zusammenhänge sind für den einzelnen kaum noch erkennbar. Und doch haben alle Veränderungen ein System. Die Menschheit, als Gesamtheit, und wohl erstmalig in der Geschichte, befindet sich in einem aufgezwungenen Umbruch. Die begleitende Umwelt liegt erschöpft und teilweise ausgeblutet am Boden, weil der ungezügelte Liberalismus die Welt aus dem Angeln gehoben hat.

ewige Frieden, die grenzenlose Freiheit und die gerechte Verteilung des Wohlstandes. Die Mauern sind durchbrochen, die Rassen, Klassen, Traditionen und Kulturen zerstört. Durch das gemeinsame hohe Ziel vereint, läßt die glückliche Menschheit sich willig von der »Zentralmacht« führen. Ob es die Zentrale Gottes oder die des Teufels sein wird, immer sind Menschen die »Stellvertreter«.

Wird die »Eine-Welt«, das gesellschaftliche Perpetuum mobile, die größte Kunstschöpfung aller Zeiten, die verheißungsvolle Zukunft? Oder ist die gewaltsame Erfüllung einer Utopie das größte Verbrechen an der Menschheit, an Gott, seinen Gesetzen und denen des Lebens?

Es ist ein Naturgesetz und damit Gottes

Unsere Kinder, die jetzt geboren werden, werden in ihrem

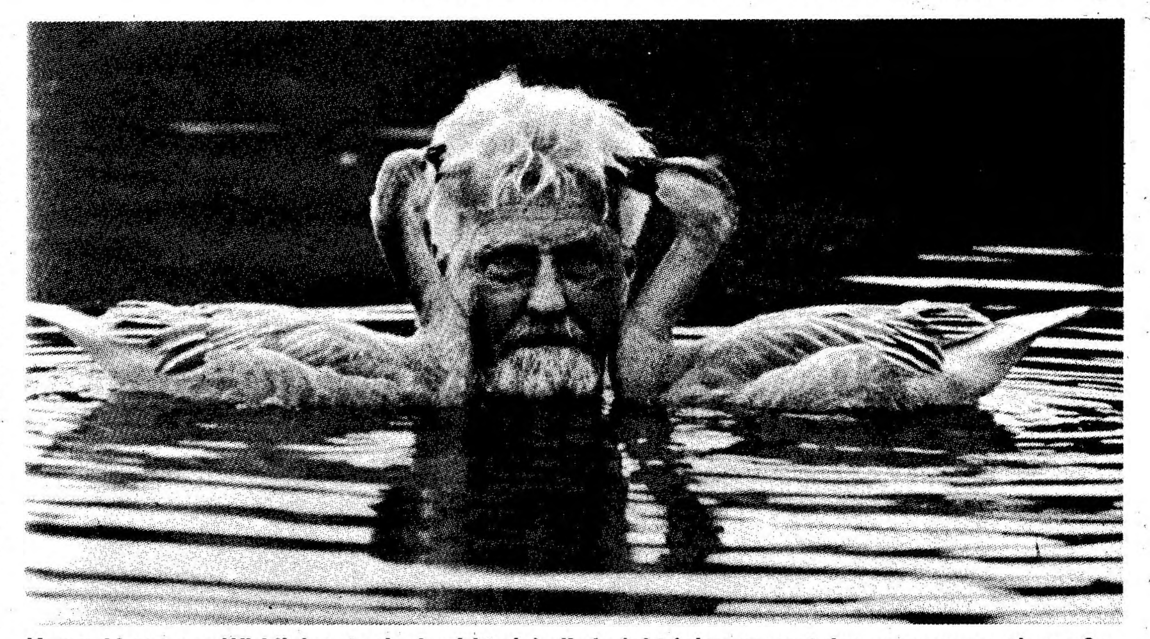
lassen und den inneren Frieden des einzelnen Individuums und den der Gemeinschaft gesichert.

Das von Gott vorgegebene Sozialsystem für Menschen und Herdentiere ist sich ähnlich und ist Ordnungssystem. Es regelt das Miteinander und sichert das Leben und Überleben der Gemeinschaft, nicht des einzelnen.

Die vom Instinkt gesteuerten Bindungskräfte, die die Gemeinschaften wie mit einer stählernen Klammer zusammenhalten, sind: Der autoritäre Führer und das System der Rangordnung; die Gemeinsamkeit der rassischen Merkmale der Tradition; die gleiche Sprache; der Glaube an gemeinsame Götter; der gemeinsame Feind, der den Lebensraum umgrenzt und bedroht, die gemeinsame Pflicht zum Leben und Überleben der Gemeinschaft, nicht des einzelnen.

Neben biologischen Merkmalen ist das »Sozialsystem« das ge-

Unaufhörlich dröhnt der »Zeitgeist« aus allen Lautsprechern der Erde: »Brüder hört die Signale und kämpft mit uns den ›heiligen Krieg‹ für die gerechte ›Eine-Welt‹. Kämpft gegen die Rassentrennung und gegen die Zwangsherrschaft. Freiheit den Unterdrückten, Wohlstand für die Schwachen!« So lauten die Sirenenklänge aus den gleichgeschalteten Lautsprechern in Ost und West; wenn auch die Begriffe »One World« – »Eine-Welt« sorgsam vermieden werden. Die Texte sind maßgeschneidert für alle Sprachen und Mentalitäten. Freud hätte seine Freude an diesen Leistungen, denn sie werden vom Unterbewußtsein empfangen.



Konrad Lorenz: »Wirklich satanisch wirkt sich die Indoktrinierung erst dann aus, wenn sie große Menschenmengen, ganze Kontinente, ja vielleicht die ganze Menschheit in einem einzigen bösen Irrglauben vereinigt.«

Meisterlich gewählte Komponenten zur Weltrevolution

Rücksichtslos wird alles zerstört, was der Welterlösung im Wege steht. Mit dem Universalschlüssel »Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte«, als ideologische Glaubensformel der westlichen Kampfesbrüder, knacken die Erlöser alle völkischen und kulturellen Grenzen. Der Schlüssel der östlichen Glaubensbrüder ist der gleiche, er tönt nur anders. Mit »Gleichheit, Brüderlichkeit und Frieden« öffnet er die Herzen der Schwachen, der angeblich, außerhalb des sozialistischen Lagers, Unterdrückten. Beide Schlüssel aktivieren die Glaubensbereiten, die Gierigen, die Neider und den Haß. Alle Komponenten zur Weltrevolution sind meisterlich gewählt, organisiert und aufeinander abgestimmt.

Die »Eine-Welt«, in der alle Menschen glücklich vereint und ohne Furcht leben können. Der letzten Lebensabschnitt die Antwort darauf erhalten haben.

Wir Nicht-Ideologen wissen, daß Nationalismus, Patriotismus und Abgrenzung die von Gott gewollten Eigenschaften der Seele, des Sozialsystems, und nicht nur für menschliche Gemeinschaften sind. Diese Gesetzmäßigkeit hat seit Urzeiten die menschlichen Horden, Stämme und Völker zusammengeschweißt, ebenso alle Tierarten leben und überleben meinschaftliche Erbe aus der Vorzeit, bevor wir zu Menschen wurden. Das allen Menschen angeborene Sozialsystem ist keine Leistung der menschlichen Kultur. Es ist Naturgesetz und damit Gottes.

Es ist vielleicht ein Hinweis auf den Ursprung des Menschen und ein Beweis dafür, daß wir Menschen, wie auch viele Tierarten, nur in der Gemeinschaft leben und überleben können. Die Ab-

One World

Die Gleichmacher und Weltbeglücker



Konrad Lorenz warnt vor dem mechanistischen Weltbild der Marxisten und mächtiger Geheimbünde, ihrer Ideologen und Zuhälter.

grenzung, der Patriotismus, der Nationalismus, die mit den Duftstoffen und ihren Funktionen vergleichbar sind, sind Beweis dafür, daß das göttliche Sozialsystem keine Einheitsmenschen, Einheitswölfe oder Ratten vorgesehen hat, sondern die Individualität in den Grenzen der Horde oder des Stammes.

Wohl als einzige Art des Lebens, haben sich die Menschen mehr vermehrt und sich zu Massengesellschaften entwickelt, als die Natur es vorgesehen hat.

Es gibt keine Einheitsmenschen

Die Vergrößerung der Lebensgemeinschaften von den Horden über den Stamm zum Millionenvolk ist ein Vorgang, der Jahrtausende angedauert hat. Es ist Gottesfrevel und Verhöhnung der Naturgesetze und ein Verbrechen an der Menschheit, wenn die ideologischen Weltbeglücker versuchen, in einem Jahrhundert oder mehr, den sogenannten Einheitsmenschen, vielleicht mit einem karierten Fell und der Demut eines Lammes, zu erschaffen.

Die Andersartigkeit der Rassen zueinander ist über Jahrtausende entwickelt und weitgehend erhalten geblieben. Die Vermischung der vier Rassenblöcke untereinander hat erstaunlich wenig stattgefunden. Die Andersartigkeit ist voll erhalten geblieben und läßt sich durch die Leistung des menschlichen Willens nicht beseitigen, auch wenn die Konstrukteure sich noch so göttlich fühlen mögen.

Es gibt keine Einheitsmenschen, so wenig wie es Einheitsfliegen gibt oder je geben wird. Das Leben auf der Erde hat sich in über 2,5 Milliarden Jahren in der großen Vielfältigkeit der Arten entwickelt, die sich zur Anpassung an den »besonderen« Lebensraum wieder in Unterarten geteilt haben, wie wir es vorzüglich bei den Fliegen und Stechmükken beobachten können. Das ist die göttliche Schöpfung und die Evolution ist Gottes. Wir sollten uns vor dem Leben und damit vor Gott in tiefer Ehrfurcht verneigen.

Unsere Erde ist von einem dichten Netz des vielartigen Lebens überzogen, und die Einhaltung der Naturgesetze ist zwingendes Gebot für das harmonische Gleichgewicht. Das göttliche Ökosystem funktionierte, bis der Mensch sich seiner Göttlichkeit bewußt wurde und glaubte, als der Stellvertreter Gottes, selbst Schöpfer sein zu dürfen.

In unserem so aufgeklärten Jahrhundert sollten die denkenden Menschen bereit sein, wie auch damals die Urmenschen, über das »Sein« nachzudenken. Vielleicht sind diese Menschen, nach dem neuesten Erkenntnisstand, bereit anzuerkennen, daß wir keine Sonderschöpfung Gottes sind, und auch nicht nach seinem Ebenbild geschaffen.

Erst wenn die Menschheit bereit ist, wie die Indianer anzuerkennen, daß sie nur eine Art des vielfältigen Lebens ist und keine besonderen Vorrechte hat, mag es vielleicht für die Menschheit und anderes Leben noch eine Zukunft geben.

Immerhin konnten wir uns der Logik nicht verschließen und müssen anerkennen, daß die menschlichen Horden vor einigen Jahrhunderttausenden die Erde mit ihren sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen besiedelt haben. Die Siedler mußten sich dem gewählten Lebensraum anpassen, und die Eskimos, als Beispiel führen es uns deutlich vor Augen.

Die Rasse mit ihren Merkmalen

Abgesehen von dem Sozialsystem, mußten sie sich zwangsläufig zu unterschiedlichen Rassen mit unterschiedlichen körperlichen und seelischen Merkmalen in der Mentalität und der Kultur entwickeln. Die Rasse mit ihren speziellen Merkmalen und Eigenschaften ist ein untrennbarer Bestandteil der ökologischen Nische, die ihr Heimat und Vaterland ist.

Rolf Kosiek schreibt dazu in seinem Buch »Marxismus – ein Aberglaube?«: »Dazu gehören auch die, während der Stammesgeschichte des Menschen in langen Zeiten gebildeten Sozialformen der Familie und des Volkes. Das Volk ist eine über lange Zeiten sich fortpflanzende Gemeinschaft, ein genetisches Sammelbecken (gen-pool), mit untereinander ähnlichen, gegen die Nachbarvölker aber deutlich abgesetzten Formen des Denkens und Fühlens und ist somit der Natur des Menschen gemäß. Seine Verneinung stellt einen Verstoß gegen die Naturgesetze dar.«

Im gleichen Buch wird H. Gradmann zitiert, der es trefflich so formuliert: »Daß neben den körperlichen Merkmalen auch geistig-seelische Eigenschaften, Fähigkeiten und Begabungen erblich bedingt sind, wird heute kein Naturwissenschaftler mehr bestreiten. Nach den Untersuchungen der Humangenetik hat eine Reihe von Hormonen Einfluß auf Haltung und Charakter, wirkt erregend oder beruhigend.

Diese Unterschiede sind aber erblich, ebenso die Triebe, die hinter unserem Handel stehen. Welche Rolle bei unserem Handeln Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis, Gewinnsucht, Hilfsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein spielen, hängt weitgehend von den erblichen Anlagen des einzelnen ab.«

Jeder von uns trägt die gesamte Entwicklungsgeschichte des Lebens, insbesondere aber die seiner Vorfahren, als seinen ganz persönlichen Stammbaum in sich. Menschen in gerader Blutsverwandtschaft sind sich im Aussehen, Fühlen und Handeln nun einmal ähnlicher als im Vergleich mit Menschen fremden Blutes. Warum eigentlich sollte es, auf Rassen und Völker übertragen, wohl anders sein?

Das Sozialsystem, die Rasse mit allen Merkmalen des Körpers und der Seele, ist nicht das Ergebnis einiger tausend Jahre in unserer Geschichte. Die menschliche Kultur und ihre Leistung könnten wir in viele Untergruppen teilen. Wir wollen hier jedoch nur die zwei Großgruppen sehen.

Die technische Kultur: Sie ist das Ergebnis des Kampfes um das nackte Überleben, der die Menschen zwang, die fehlenden körperlichen Waffen, Werkzeuge und Fertigkeiten mit Hilfe des übergroßen Gehirns und der Fingerfertigkeit künstlich zu erzeugen.

Die Zukunft heißt Unterdrückung der Massen

Vom Steinwerkzeug zur Weltraumrakete. Durch die Beobachtung der Naturgesetze mit dem schöpferischen Geist hat die Elite der Menschheit ihre Genialität bewiesen. Leider haben wir Menschen die Grenzen des »Erlaubten« überschritten, als irrationale Instinke überhand gewannen und anfingen, die Naturgesetze zu mißachten.

Die politische Kultur: Sie beginnt, als die Menschen versuchten, das von Gott gewollte Sozialsystem für Horden auf größere menschliche Einheiten zu

übertragen, in denen, und das ist das Neuartige und Dramatische, nicht jeder mehr jeden kennt. Mit der Seßhaftigkeit der Horden, mit Ackerbau und Viehzucht, dem größeren Nahrungsangebot und dem veränderten Begriff »Eigentum«, aus dem sich entwickelten bodenständigen Besitz und den Produktionsmitteln, beginnt eine völlig neue Phase für die davon betroffenen Menschen. Die Wehr- und Produktionsgemeinschaften verlangen nach mehr Nutzungseinheiten, und damit beginnt die Bevölkerungsexplosion auf begrenztem Raum.

Das von Gott gewollte System der autoritären Führung und das der Rangordnung gerät aus dem bisherigen festen Gefüge. Die vielen kleinen Merkmale des Körpers, des Geistes, der Seele und der Ehrwürdigkeit des Alters, die über den Rang in der Horde entschieden, wurden von den neuartigen Merkmalen des bodenständigen Besitzes, der Produktionsmittel und den berufsmäßigen Waffenträgern verdrängt.

Das natürliche System der Rangordnung ist im Instinkt verankert, und ihre Gesetzmäßigkeit wurde bis zu diesem Zeitpunkt nicht als Zwang empfunden. Die aufgeschriebene und gedeutete Geschichte, auch wenn sie voller Lügen ist, läßt erahnen, wie sehr die Führer der Horden, der Stämme und Völker bemüht waren, das Sozialsystem der Natur, und damit Gottes, unter den neuen Verhältnissen funktionsfähig zu erhalten. Oder sie versuchten ein angepaßtes System für die immer größer werdenden Massengemeinschaften zu finden. Die Germanen sind dafür ein gutes Beispiel.

Die Veränderung des Sozialsystems zur Anpassung an die von Gott nicht gewollten Massengemeinschaften, und den veränderten Kulturen funktionierte bis zum heutigen Tage nicht, weil ein entartetes System kein Ersatz sein kann. Machtgier, Habgier und Unterdrückung sind die Folge. Instinktiv wehrt sich der Mensch gegen gefälschte Autorität, und der Weg in die Zukunft ist die totale Unterdrückung der Massen.

Die Völker am Mittelmeer, um nur von diesen zu sprechen, waren das große Experimentierfeld. Despoten, Tyrannen, Heilige, Narren und sogenannte Philosophen basteln seit Jahrtausenden an den Modellen der Freiheit und der Versklavung gleichermaßen. Wir kennen ihre großen Namen aus der Geschichte bis in die jüngste Vergangenheit, nicht jedoch die Namen der Gegenwart, wenn wir von den kleinen »Sternchen« am Polithimmel einmal absehen.

Die Urangst war der Vater aller Götter

Moses war berufen oder fühlte sich berufen, die Menschen »seines« Stammes unter dem »Einzigen wahren Gott« zu versöhnen und zur Macht zu vereinen. Eine geniale Idee und ein göttlicher Auftrag, so müßte man meinen. »Ein-Gott« und »Eine-Welt«, das war die Lösung aller Probleme, und die Weltbeglücker der Gegenwart sind nach wie vor davon überzeugt.

Moses lehrte, daß sein Gott der wahre und einzige Gott ist, der die Kräfte aller kleinen, bisherigen Götter in sich vereint hat. Er ist künftig und für alle Zeiten die höchste Autorität über Menschen, die durch den Glauben und die gemeinsame Ursünde an ihn gebunden sind.

Die vielen kleinen Götter wurden abgeschafft und in dem großen »Ein-Gott« vereint. Hinter Gott versteckt, und nach dem Tod des barmherzigen und edlen Jesus Christus, übernahmen die selbsternannten »Stellvertreter Gottes« die Macht, und das gestürzte Rom wurde der Stammsitz der christlichen Ideologie.

Im »Lexikon der heiligen Päpste« von Chr. Fichtinger heißt es: »Das Papsttum gelangte bereits unter Innozenz III. (1198–1216) auf den ersten Höhepunkt der Machtentfaltung. Innozenz glaubte der ›principatus super omnen terram‹ – der ›Herr der ganzen Welt‹ – zu sein und beanspruchte die ›plenitudo potestatis‹, die ›ganze Fülle der Macht‹, für sich. Der irdische Gott – welch' ein Gegensatz zur Armut und Bescheidenheit Christi, über die uns die Evangelisten berichten.«

Die Glaubensbereitschaft an die Götter oder an Gott als das Unerklärliche in und um uns, ist wohl die einzige menschliche kulturelle Leistung, die in den Instinkt überführt, ein Bestandteil unserer Seelen wurde. Von der ständigen Urangst hin zu Göttern war es kein großer, aber notwendiger Schritt. Die Urangst war der Vater aller Götter, denn sie alleine können dem denkenden Gehirn helfen, die Urangst zu überwinden.

Der von Moses verkündete »Ein-Gott« hat die Menschheit nicht in der »Eine-Welt« vereinigt und ihr nicht die Erfüllung gebracht, die uns die neuen Propheten jetzt aber endgültig bringen wollen. Er hat die naturgesetzliche Ordnung zerstört, und im arabischen Raum erleben wir gegenwärtig das traurige Ergebnis. Der mosaische Gott hat die Menschheit nicht vereint, sondern gespalten und ist an allen Kriegen, bis in die jüngste Gegenwart hinein, fleißig beteiligt. Die Lehre von dem einen Gott war richtig. Die Lehre mit dem falschen Abbild Gottes jedoch wurde der Weg in den Abgrund, den wir heute plötzlich in aller Klarheit und voller Entsetzen vor uns sehen.

Der »Eine-Gott« zerstörte das natürliche Sozialsystem mit dem »einen Führer« und der Rangordnung, die keine Gleichheit kennt. Diese, so entscheidende Tatsache, die Zusammenhänge und die Folgen daraus werden in der Gegenwart kaum erkannt. Wir sprechen gerne und gedankenlos von der »christlichen Humanität« und von der Kultur des Abendlandes so, als wenn es ohne Christentum keine Humanität und keine Kultur gegeben hätte.

Die Geschichte der Mißachtung Gottes

Hinter dem breiten Rücken und dem »falschen Abbild« Gottes erhoben sich seine Stellvertreter zu Gesetzgebern und der Name Gottes feierte den Mißbrauch durch die Jahrhunderte.

Die Geschichte des Mittelalters, einiger Päpste und der irdischen Helfer und Helfershelfer, ist die Geschichte der Mißachtung Gottes, der Unterdrückung und des größten Völkermordes im Namen Gottes und für die »Eine-Welt«, wie schon Papst Innozenz III. sie sich vorgestellt hat.

Der edelmütige Jesus und seine Jünger handelten im guten Glauben und Gewissen. Ihr Erkenntnisstand entsprach dem ihrer Zeit – sie sind unschuldig – sie konnten nicht wissen.

So schreibt Heinrich L. Sanden: »Kein Vorwurf trifft den Philosophen, dessen Thesen durch spätere Erkenntnisse widerlegt werden. Unentschuldigt bleibt nur ein Denker, der nicht wissen will, was er wissen kann. Das aber genau ist die Klage, die heute ähnlich hart zu erheben ist wie einst zu Ende des Mittelalters.«

In der französischen Revolution 1789 glaubten fortschrittliche Revolutionäre, den ganzen Jammer der Welt in der Allmacht des entarteten Pfaffentums und der »Blaublütigen« zu erkennen, und sie stutzten sie auf ein Mindestmaß zurück, ohne aber damit die Zentrale in Rom berühren zu können.

Karl Marx, seine Mitstreiter und viele Intellektuelle waren der Meinung, daß das Christentum mit dem falschen Abbild Gottes und den Pfaffen an der Spitze wohl doch nicht der richtige Weg ist, der der Menschheit die »Eine-Welt« und die Erlösung nach idealistischer Machart bringt.

Die One-World-Welterlöser wollen die heuchlerische Gotteslehre durch ihre, ebenfalls heuchlerische Heilslehre ersetzen. Beide mißbrauchen die Glaubensbereitschaft der Menschen, und ein Wahnsinn löst den anderen ab, oder aber, sie vereinen sich.

Die Geburtsstunde der Welterlöser der neuen Generation, die wir pauschal als »Internationalisten« bezeichnen, fällt vielleicht mit der französischen Revolution zusammen. Aus den eklatanten Fehlschägen beim Bau der »Eine-Welt«, die ihre Vorgänger erleben mußten, haben sie scheinbar nichts gelernt. Oder waren es Siege und keine Fehlschläge?

Die Zündschnüre der Menschenfreunde

Gegenwärtig hat der Katholizismus seine überragende Machtstellung in Europa verloren. Seine blutige Geschichte verdrängt er und seine Missionare sind weiterhin unentwegt bemüht, die letzten noch »unterentwikkelten« Seelen für die Allmacht

One World

Die Gleichmacher und Weltbeglücker

Gottes zu gewinnen. Die christlichen Gottesvertreter, die in falsch verstandener Humanität, die von den Internationalisten »gewollte« Völkervermischung, aus brüderlicher Nächstenliebe, glauben befürworten zu müssen und bei der Rassenvermischung helfen, sind Gottesfrevler und Sünder, denn sie verstoßen gegen die Naturgesetze, die da Gottes sind. Die Vielfalt der Arten und die gegenseitige Abgrenzung sind Naturgesetz, denn sie erhalten das Leben und den Frieden.

Wir wollen nicht versuchen, die Seelen der »Internationalisten« zu ergründen. Scheinbar sind sie ein Gebräu, eine Mixtura, in die Gott und auch der Teufel einen Extrakt beigemischt haben. Die Führer der »Internationalisten« sind so modern wie unser Jahrhundert und gleichzeitig so befangen wie die Teufelsaustreiber im Mittelalter.

Was bringen die Menschen doch für sonderliche Sprößlinge hervor. Tiere wären dazu nicht befähigt.

Täglich und deutlich spüren wir, wie die Menschenfreunde im Untergrund arbeiten und ihre Zündschnüre legen. Wir sehen, wie sie in vielen Teilen der Erde das Erdreich bewegen und ihre Duftstoffe über die Menschheit verbreiten. Sie haben viele Namen, benutzen die gleiche Formel für den Umsturz und die eigene Machtergreifung. Diese Formel hat sich in den letzten 200 Jahren glänzend bewährt.

Alle »Internationalisten« sind durch ein gleiches Ziel verbunden. Die »Eine-Welt« der glücklichen Menschen, die in edler Selbstlosigkeit am Werk der Erlösung arbeiten. Brüderlichkeit, Gleichheit, Wohlstand und Frieden – wer von uns möchte diese so angeblich herrlichen Ideale nicht verwirklicht sehen?

Die mosaischen Gruppen glauben durch die Gleichheit vor Gott, dem gemeinsamen Band der Erbsünde, und durch Adam und Eva die brüderliche Gleichheit hinreichend zu beweisen. Die aufgeklärten Weltverbesserer dagegen halten nichts von der Schöpfungsgeschichte der Bibel und bekennen sich zur Lehre der Evolution. In freier Auslegung berufen sie sich auf die Naturgesetze. Leider haben auch sie nichts gelernt und nicht begriffen.

Karl Marx schreibt in seinen »Auserwählten Schriften«, Band 1, Seite 337: »Nicht das Bewußtsein der Menschen bestimmt ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein ihr Bewußtsein.«

Das ist die gesammelte Erkenntnis der Weltbeglücker und gleichzeitig die Formel für die Umerziehung der Menschen zum guten Menschen. So einfach ist alles, wenn man nur die Formel hat.

Der Zeitgeist verschweigt Tatsachen

Alles, was wir bisher über die Evolution, die Rassen und ihre unterschiedlichen Mentalitäten, das allgemein verbindliche Sozialsystem Gottes, über Vaterland, Heimat und Abgrenzung gesagt haben, ist nach Ansicht der »Internationalisten« reiner Unsinn. Sie werden uns als Neofaschisten, Rassisten und Gotteslästerer verdammen, an den Pranger stellen oder vielleicht in eines der Irrenhäuser stecken, so, wie sie es schon immer getan haben.

Der Lautsprecher des »Zeitgeistes« verschweigt ganz einfach Tatsachen, die nicht sein dürfen, so, wie es in der Sowjetunion keine Verbrechen und Flugzeugabstürze lange Zeit gab. Weil es nicht in das Konzept der ideologischen Weltbeglücker paßt, werden auch die neuesten und gesicherten Erkenntnisse der Wissenschaft einfach totgeschwiegen oder aber über den Haufen geworfen.

Gradmann irrt, weil er vorher behauptet hat, daß genetische Merkmale von keinem Wissenschaftler mehr bestritten werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die den »Internationalisten« nicht in den Kram passen, werden ganz einfach totgeschwiegen oder von der Gilde ihrer ideologischen Wissenschaftler und wissenschaftlichen Ideologen mit kurzatmigen Argumenten vom Tisch gefegt, und der Rest ist Schweigen.

Rolf Kosiek bringt ein Beispiel aus der Praxis, das mich tief erschüttert und sehr nachdenklich gemacht hat: »Daher stellte schon 1966 der amerikanische Nobelpreisträger Professor William Shockley von der Universität Stanford den Antrag, die Erforschung genetischer Einflüsse auf die Intelligenz der verschiedenen Rassen zu fördern. Damals wie auch in den folgenden Jahren, als sich eine Reihe namhafter Wissenschaftler diesem Antrag anschlossen, lehnte die Akademie ab. Am 1. Mai 1969 wurde der Antrag mit 200 gegen zehn Stimmen bei 640 Enthaltungen abgelehnt.«

Ich habe mir erlaubt, dieses fast unglaubliche Abstimmungsergebnis besonders hervorzuheben. Da muß sich jeder politisch denkende Mensch doch fragen, wer beherrscht die Akademie der Wissenschaften in dem angeblich so freien Amerika und wer sind die Opportunisten, die nicht den Mut haben, sich offen zu bekennen? Wer sind sie und an welchen »geförderten« Universitäten wurden sie für die »Eine-Welt« vorprogrammiert? Damit keine Zweifel aufkommen, wir haben eben nicht von der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion gesprochen. Vielleicht wird das Spiel mit den verteilten Rollen jetzt deutlich.

Es ist nicht, was nicht sein darf

Bewundernswert aufrichtig finde ich die Antwort des deutschen Anthropologen Walter Scheidt, der zur Mitarbeit aufgefordert wurde: »Ich kann keine Rolle bei Versuchen spielen, wissenschaftliche Fragen durch politische Manifeste zu lösen, wie es in der Sowjetunion und jetzt ebenso durch die UNESCO praktiziert wird.«

Es ist nicht, was nicht sein darf! Um die »Eine-Welt« errichten zu können, benötigen die Erlöser nun einmal die Kunstschöpfung des wunderbaren »Einheitsmenschen«, der die Krönung aller menschlichen Schöpfungen sein wird.

Fritjof Capras, ein Vorkämpfer des New Age, dem Zeitalter der positiven Werte der Seele, schreibt in »Zeitwende, Bausteine für ein neues Weltbild«: »Die Denker des 18. Jahrhunderts führten dieses Programm fort, indem sie die Grundsätze der Newtonschen Mechanik auf die Wissenschaft von der menschlichen Natur und den menschlichen Gemeinschaften anwandten. Die neugeschaffenen Sozialwissenschaften lösten große Begeisterung aus, und einige ihrer führenden Vertreter behaupteten sogar, sie hätten die Sozialphysik entdeckt.

Die beherrschende Persönlichkeit bei dieser Entwicklung war der Philosoph John Locke, dessen bedeutendste Schriften gegen Ende des 17. Jahrhunderts veröffentlicht wurden. Stark von Descartes und Newton beeinflußt, hatte das Werk entscheidende Wirkung auf das Denken des 18. Jahrhunderts.« Und das bis zum heutigen Tag!

Und einige Sätze weiter: »So versuchte Locke, die in der Gesellschaft beobachteten Strukturen auf das Verhalten ihrer Individuen zurückzuführen. Locke baute bei seiner Analyse der menschlichen Natur auf der eines früheren Philosophen, Thomas Hobbes, auf, der erklärt hatte, alle Erkenntnisse beruhen auf Sinneswahrnehmungen. Locke übernahm diese Theorie und verglich in einer berühmt gewordenen Metapher den menschlichen Geist bei der Geburt mit einer tabula rasa, einer vollständig leeren Tafel, auf der Wissen eingeprägt wird, sobald es durch Sinneswahrnehmungen erworben wird.

Nach Locke sind alle menschlichen Wesen bei Geburt gleich, und ihre Entwicklung ist völlig von ihrer Umwelt abhängig.«

Hier irrt der große Meister, denn nur in ihrer Nacktheit, während der Geburt, sind alle Babys der Welt gleich. Er würde sich heute noch im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was er der Menschheit mit diesem Satz angetan hat, der von Rousseau und anderen Philosophen, schlimmer aber von Weltbeglükkern angenommen wurde, die

ihn zum Dogma ihrer Heilslehre machten.

»Nach John Locke sollte es auch nicht die Funktion einer Regierung sein, den Menschen ihre Gesetze aufzuerlegen, sondern die Naturgesetze zu entdecken und anzuwenden, die schon vorher existierten, bevor jemals eine Regierung gebildet wurde. Für Locke gehört zu diesen Naturgesetzen die Freiheit und die Gleichheit aller Individuen wie auch das Recht auf Eigentum, welches man als die Früchte der Arbeit kennt.«

Mehr als die Summe von Einzelteilen und Funktionen

Die Träumer und die Ideologen waren von dem Begriff der »Gleichheit« besonders angetan, während der Begriff »aller Individuen« nicht besondere Beachtung fand. Die Naturgesetze wurden nur genutzt, wenn sie sachdienlich waren.

John Locke schrieb 1693 über die Erziehung »Some Thoughts concerning Education«: »Alle Menschen sind einzigartige Wesen und bedürfen der freien, gleichberechtigten Entfaltung unter den Gesichtspunkten von Vernunft und Toleranz. Die Religion hat eine dienende Funktion als sittliche, den Egoismus dämmende Funktion.«

John Lockes Lehren fanden Eingang in die amerikanische und französische Verfassung, und heute demonstrieren sie leider Schein und Wirklichkeit. Locke war, wie andere, ein Kind seiner Zeit, einem Jahrhundert, in dem die Wissenschaft in menschlicher Überheblichkeit glaubte, den Stein der Weisen gefunden zu haben, die Schöpfung mit ihren Methoden ergründen zu können.

Allen Denkern mag man verzeihen, nicht jedoch denen, die heute noch glauben, mit dem veralteten mechanistischen Weltbild die »Eine-Welt« errichten zu können. Locke und seine Anhänger irren. Der Mensch ist bei seiner Geburt kein unbeschriebenes Blatt, denn auf seiner Tafel steht sein ganz persönlicher Stammbaum geschrieben, die Erbmasse aus der Evolution – eine unendliche Aufzählung. Der einzelne Mensch und alles Leben auf Erden ist mehr als die Summe ihrer Einzelteile und Funktionen.

Mit dieser Erkenntnis muß die Menschheit das neue Zeitalter, das politische »New Age« einleiten, ebenso mit den Naturgesetzen, von denen Locke spricht, denn er meint, so glaube ich, das Sozialsystem für menschliche Gemeinschaften.

Keine Gen-Manipulation, sie wäre vielleicht der schnellere Weg. Nein, die Ideologen schaffen ganz einfach die Rassen, Klassen, Traditionen und Kulturen ab und setzen die immer noch gültigen Naturgesetze einfach außer Kraft. Und dann haben wir es vor uns liegen, das völlig saubere und unbeschriebene Blatt des Neugeborenen, auf dem wir jetzt alle Ideale aufschreiben können, die es zu einem guten und selbstlosen »Einheitsmenschen« machen.

Die christlichen Religionen haben die Menschheit und anderes Leben auf unserem Planeten bewußt und unbewußt an den Rand des Abgrundes getrieben, indem sie den Menschen eine Seele gaben, nicht jedoch den Tieren.

Geht es weiter in die Verdammnis?

Werden die neuen Erlöser, die »Internationalisten«, uns vor dem Abgrund retten oder werden sie es sein, die die Menschheit mit den Rezepten des vergehenden Zeitalters in die Verdammnis treiben?

Zum Schluß dieses Kapitels ein Satz des weltbekannten Nobelpreisträgers Professor Konrad Lorenz, in der Hoffnung, daß seine Worte uns immer in den Ohren klingen: »Wirklich satanisch wirkt sich die Indoktrinierung erst dann aus, wenn sie große Menschenmengen, ganze Kontinente, ja vielleicht die ganze Menschheit in einem einzigen bösen Irrglauben vereinigt. Eben diese Gefahr droht uns jetzt!«

Das mechanistische Weltbild der Marxisten und mächtiger Geheimbünde, ihrer Ideologen und wissenschaftlicher Zuhälter, ist falsch – denn das Leben ist mehr als nur die Summe seiner Einzelteile. □

Bundestag

Nicht alles beim Namen nennen

Michael Brandegger

Im »Bericht aus Bonn« der ARD-Sendung vom 12. November 1988 offenbarte der gerade zurückgetretene Bundestagspräsident Philipp Jenninger: »Nicht alles darf man beim Namen nennen – in Deutschland.«

Etwa, wenn der Bundestagspräsident zur Erklärung der Erfolge Hitlers in der Feierstunde zur Erinnerung an die 50. Wiederkehr der Progrome des 9. November 1938 im Bundestag die rhetorische Frage aufwarf: »Und was die Juden anging: hatten sie sich nicht in der Vergangenheit eine Rolle angemaßt, die ihnen nicht zukam? Mußten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden?«

Hatte Jenninger vielleicht vor dem Entwerfen seiner Ansprache die Erinnerungen (1945) des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker, des Vaters unseres Bundespräsidenten, gelesen, wo es heißt:

»Anfang der zwanziger Jahre hatten wir im Osten die Grenzen zu weit aufgemacht. Die Inflation hatte viele Juden angezogen. Als später die Währung in Frankreich einem ähnlichen Schicksal zuneigte, sagte man: Die Juden stehen zehn Kilometer vor Paris. Bei uns aber blieben sie tatsächlich hängen und entwickelten sich zu einer Großmacht. In den zwanziger Jahren waren Banken, Presse, Theater, Kunsthandel, Musik, Anwaltsberuf, größtenteils auch Universitäten, Ärzteschaft und Krankenhäuser so sehr unter jüdischer Kontrolle, daß es nachdenklichen Juden selbst unheimlich wurde. – Einsichtige Juden gaben schon vor 1933 beunruhigt zu, daß sie bei ihren großen Chancen in der Weimarer Republik ihr Konto überzogen hatten. Trotzdem war die Gefahr, die ihnen jetzt drohen sollte, nicht vorauszusehen.«

Hatte Jenninger, was man nicht darf, »beim Namen genannt«, wenn er offenbar dazu in seiner Ansprache die Sätze einflocht: »Die rasche Identifizierung mit den westlichen Siegern förderte die Überzeugung, letzten Endes – ebenso wie andere Völker – von den NS-Herrschern nur mißbraucht, ›besetzt‹ und schließlich befreit worden zu sein. Auch dies gehörte zu den Grundlagen, auf denen eine ungeheure Wiederaufbauleistung das von der Welt ungläubig bestaunte deutsche Wirtschaftswunder hervorbrachte. Man kann solche Verdrängungsprozesse heute mit einleuchtenden Gründen kritisieren.«

Zur mißglückten Vergangenheitsbewältigung leitartikelte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Es ist die ureigenste Aufgabe des Geschichtsforschers, sich in die Interessen, Motive und Gefühle der Handelnden vergangener Zeiten einzuleben, um der Nachwelt das Zustandekommen von Ereignissen verstehbar zu machen. Die Aufgabe des Politikers, zumal wenn er als Repräsentant von Volk und Staat spricht, ist das nicht.«

Mit anderen Worten: Unsere Politiker dürfen nicht alles beim Namen nennen, sie dürfen nur die Wirkungen betrauern; über die Ursachen eines Verbrechens dürfen allenfalls ein paar Historiker laut nachdenken.

Vergessen wir nicht, was die Londoner »Times«, also das führende Organ unseres einstigen Kriegsgegners, zum Eklat im Deutschen Bundestag schrieb: »Es ist schade, daß Jenningers unzeitiger Aufsatz zur deutschen Geschichte den Tag hinauszögern mag, an dem die Wahrheit, die er auszusprechen versuchte, öffentlich ausgesprochen werden kann: Die Wahrheit ist, daß Hitlers Aufstieg zur Macht keine unerklärliche Abweichung war, sondern auf der drückenden Bedrohung des Versailler Vertrages aufbaute sowie auf einer Reihe von populären, wenn auch kurzlebigen ökonomischen und nationalen Erfolgen.«

Solange man in Deutschland die Dinge nicht beim Namen nennen kann, sollte man der Erklärung heischenden Jugend wenigstens die »Times« in die Hand drücken. □

Banker-Journal

Mubarak macht Propaganda gegen den IWF

Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak will vor allem in Europa Unterstützung zusammentrommeln für die Entscheidung Ägyptens sich dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach mehr Sparmaßnahmen zu widersetzen. Mubarak hatte den Fonds heftig angegriffen, obwohl Unterhändler seiner Regierung gerade dabei sind mit Vertretern des IWF zu verhandeln. Der Währungsfonds hatte unter anderem eine Beendigung der subventionierten Lebensmittelpreise für die ärmsten Ägypter gefordert, eine Maßnahme, deren Durchführung die Regierung zu Fall bringen könnte. Frühere Versuche die Subventionen aufzuheben haben zu Unruhen geführt.

Ägypten wird offiziell vom IWF boykottiert und der hat von westlichen Gläubigern verlangt keine weiteren Kredite dem Land zu gewähren. Der Währungsfonds droht auch keine Neuplanung für Ägyptens Außenschuld in Höhe von 40 Milliarden Dollar zu machen.

»Niemand kann einen Preisanstieg von 40 Prozent überleben. Es wäre mörderisch«, sagte der ägyptische Präsident zu den Forderungen des IWF. Er verwies dabei auf einen Bericht über die ägyptische Wirtschaft, aus dem hervorgeht wie viele von den Forderungen des IWF er bereits durchgeführt hat. Dies hat zu Streiks in der Industrie geführt, besonders unter den Arbeitern in der Textilindustrie. □

Malaysia und London unterzeichnen Waffengeschäft

Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad hat während seines letzten Europa-Besuches mit Premierministerin Margaret Thatcher ein vorläufiges Abkommen über einen Waffenkauf Malaysias in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar unterzeichnet. In dem Geschäft geht es unter anderem um den Verkauf von 12 Tornado-Düsenkampfjägern, Flugabwehrraketen und Radargerät. Malaysia zahlt teils mit Öl und teils mit Waren.

Der Verkauf von Tornados, einem fortschrittlichen Kampfflugzeug, an ein asiatisches Land, ist beispiellos in der Geschichte. Die Vereinigten Staaten haben allerdings inzwischen auch zugestimmt F-16-Düsenkampfjäger an Malaysia zu verkaufen.

Frühere Gerüchte wiesen darauf hin, daß zu dem Geschäft mit London auch der Verkauf eines gebrauchten britischen U-Bootes gehören würde, doch in den späteren Berichten war hier von keine Rede mehr.

Wie die »Financial Times« berichtete hatte Mahathir zuvor in Bonn seine Befürchtungen über dem für das Jahr 1992 geplanten, gemeinsamen europäischen Markt zum Ausdruck gebracht. Bei einem offiziellen Essen mit Bundeskanzler Helmut Kohl sagte Mahathir: »Europas Schritt zu einer einzigen europäischen Union könnte den Kontinent in eine Festung gegen den Freihandel verwandeln.« □

Ost-West-Stiftung eröffnet in Moskau

Die erste »philanthropische« Stiftung in der Sowjetunion hat ihre Aktivitäten von ihrem Hauptsitz in Moskau aus begonnen. Die Internationale Stiftung für das Überleben und die Entwicklung der Menschen wird von reichen US-Bankern – unter anderem Armand Hammer und der Rokkefeller-Familie – finanziert. Im Vorstand sitzen führende Politiker aus 18 Ländern und sie wird von Michail Gorbatschow unterstützt.

Der Vorstand der Stiftung läßt wenig Zweifel darüber, daß es sich bei dieser neuen Institution um einen gemeinsamen Denktank für weltweites Krisenmanagement und Machtteilung zwischen den Oligarchien von Ost und West handeln soll.

Zu dem Vorstandsmitgliedern gehören: David Hamburg, Präsident der Carnegie-Stiftung; Jerome Wiesner, Präsident des Massachussetts Institute of Technology; der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister und Lucis (Luzifer) Trust Mitglied Robert S. McNamara; der Präsident der Notre Dame Universität Fr. Theodore Hesburgh; und Yevgeni Velikhov, Gorbatschows Top-Berater in wissenschaftlichen Fragen. □

Treibt die Bundesbank die USA in den Ruin?

Sich selbst als das »Offen-Markt-Schattenkomitee« des Federal Reserve Board bezeichnend, hat ein acht Mann starkes Komitee von Wirtschaftswissenschaftlern die amerikanische Öffentlichkeit informiert und dabei das Federal Reserve System (Fed) und deren Vorsitzenden Alan Greenspan beschuldigt, die Vereinigten Staaten in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben.

Das prominenteste Ausschußmitglied ist Beryl Sprinkel, der gegenwärtig »für staatliche Aufgaben beurlaubt« ist. Er ist der Vorsitzende des Rats der Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten.

Ironischerweise ist es Sprinkels Aufgabe in bestimmten Zeitabständen mit Stapeln von Tabellen und Schaubildern vor den Journalisten des Weißen Hauses zu erscheinen, um die »Schwarzseher« – wie er sie immer nennt – zu widerlegen und dem sogenannten – Reagan-Wiederaufschwung das Wort zu reden. Dies geschieht, obwohl seine harten Kollegen von der »düsteren Wissenschaft« im Schattenkomitee vor der Katastrophe warnen, wenn nicht ihre eigene Wirtschaftsformel auf die Tagesordnung der Fed gesetzt wird.

Da Sprinkel derzeit beurlaubt ist, wird die Gruppe von Professor Karl Brunner von der William E. Simon Graduate School von der Universität Rochester geleitet. Professoren und Bankenfachleute stellen den Rest der Gruppe dar. Einer von ihnen, Professor William Poole von der Brown University, hat bei seinem Angriff auf Greenspans Politik des monetären Krisenmanagements bei der Fed genau den Punkt getroffen.

Indem sie von Monat zu Monat operierten, um eine »Feinabstimmung« der amerikanischen Wirtschaft zu erreichen, sagte Poole, hat die Fed große Schwankungen in der Geldversorgung verursacht, die von einem Zuwachs von 11,7 Prozent im Juni 1988 bis zu 3,5 Prozent im August 1988 reichten.

»Das hat im In- und Ausland zu destabilisierten Erwartungen geführt«, meinte er. Er fügte hinzu, daß die US-Politik, die darauf hinausläuft »bereit zu sein die Volkswirtschaften ihrer Verbündeten zu destabilisieren«, indem höhere Zinssätze und Währungsabwertungen erzwungen werden, um die Wechselkurse zu manipulieren, »glücklos« und eine politische Zeitbombe sei.

All diese Kritik war zwar sicher zutreffend, so wie sie vorgebracht wurde, doch wirkungsvolle Lösungen anzubieten ist eine andere Sache, besonders bei diesem Grüppchen. Sie erwiesen sich als eine Versammlung entschiedener Geldfanatiker, die darauf beharren, daß das Übel der Hyperinflation nur dadurch bezwungen werden kann, daß das Anwachsen der Geldversorgung auf glatten drei Prozent gehalten wird.

Auf die Frage, welche Auswirkung eine solche Politik angesichts der geschätzten zehn Billionen Dollar an öffentlichen und privaten Schulden, die derzeit in den USA offen sind, auf die Volkswirtschaft haben würde, sagte Poole, »es gäbe keine Möglichkeit gewisse Anpassungen zu umgehen, doch die Alternativen sind, entweder entschieden zu handeln, um die Situation zu korrigieren oder die Bedingungen noch schlechter werden zu lassen.«

Kurz gesagt: Diese »Experten« haben die Unvermeidlichkeit eines weltweiten deflationären Crash akzeptiert. □

Sozialistische Internationale soll Kampf gegen Schulden übernehmen

Die wichtigste Figur der Sozialistischen Internationale, Carlos Andrés Pérez (CAP), wurde von Kubas Diktator Fidel Castro gebeten die Vereinigung der lateinamerikanischen Länder bei deren Schuldenverhandlungen mit den ausländischen Banken zu führen.

Das Gespräch zwischen Castro und CAP – wie er allgemein genannt wird – fand im August 1988 bei einem Treffen der lateinamerikanischen Führung der Sozialistischen Internationale in Quito statt. Einem Bericht in der in Venezuela erscheinenden Zeitung »El Nacional« zufolge, antwortete Pérez zurückhaltend, als Castro seinen Vorschlag machte. »Doch der Gedanke war ihm nicht unangenehm. Fidel Castro anerkannte damit CAPs Führungsposition in dieser speziellen Gruppe der führenden Politiker der Sozialdemokratie Lateinamerikas«, hieß es in dem Bericht.

Castro hat – was nicht überrascht – starke Kürzungen im amerikanischen Verteidigungshaushalt vorgeschlagen, damit die US-Regierung Gläubigern der lateinamerikanischen Ländern helfen kann, die zahlungsunfähig sind. CAP hat jedoch ein Schuldenmoratorium kategorisch ausgeschlossen. □

UNICEF behauptet IWF töte Kinder

Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) tötet Kinder und das ist amtlich. Anläßlich des letzten Weltkindertages im September 1988 hat der United Nations International Children's Education Fund (UNICEF) die Politik des IWF auf dem Entwicklungssektor angegriffen und behauptet, sie sei für die erhöhte Säuglings- und Kindersterblichkeit verantwortlich.

In einer Aussage des deutschen UNICEF-Komitees wird der ehemalige tansanische Präsident Julius Nyerere zitiert: »Müssen wir unsere Kinder verhungern lassen, um unsere Schulden zu bezahlen?«

Die UNICEF schreibt in ihrem jüngsten Bericht »Anpassung mit einem menschlichen Gesicht«, wie die IWF-Politik zu niedrigeren Löhnen, erhöhter Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln, Reduzierung von Regierungsausgaben auf dem sozialen Sektor und damit zur Verschlechterung der Gesundheitsfürsoge und der Erziehung sowie Ausbildung führt.

In der genannten Studie berichtet UNICEF über zehn Länder, in denen die Anzahl unterernährter Kinder steigt, wo Krankheiten sowie die Säuglings- und Kindersterblichkeit zunimmt und wo eine Politik der finanziellen Stabilisierung den menschlichen Faktor außer acht läßt. □

Banker waschen Drogengelder

Wie die britische Zeitung »Daily Telegraph« auf der Grundlage von Informationen der Polizei berichtete, wird ein altes internationales System asiatischer Banker im Untergrund mit dem Namen Hawala in Europa und Asien wiederbelebt, um Drogengelder reinzuwaschen. Diese Enthüllung ist dem Erfolg des Gesetzes über Drogenhandelsvergehen zu verdanken, aufgrund dessen der britischen Polizei und dem Zoll der »unorthodoxe« Zugang zu Banken möglich ist, um Gelder aus dem Drogenhandel ausfindig zu machen einzufrieren und zu beschlagnahmen.

Die Hawala sind Mitglieder alter Clans oder Familien von Geldverleihern, die als Tarnung oft legale Geschäfte haben. Das »Banken«-System arbeitet auf der Trust-Basis. Der Drogenhändler hinterlegt beispielsweise Bargeld bei einem Hawala in London, der ihm dafür ein Unterpfand oder »chiti« gibt – oft einfach nur eine zerrissene Karte oder die Hälfte einer Banknote. Der Hawala weist dann einen anderen Banker, zum Beispiel in Pakistan, an den »chiti« für seinen Kunden dort auszubezahlen – abzüglich einer hohen Provision.

Der Transfer von Geldern durch Hawala-Banker – bei dem Devisenkontrollen völlig umgangen werden – soll einen »Aderlaß« aus einigen Volkswirtschaften der dritten Welt verursachen. Einige Länder verlieren das Geld fast genauso schnell wie sie es drucken, sagte die britische Polizei.

»Das System fängt an die Steuerintegrität ganzer Länder zu unterminieren. Um große Geldsummen von Staatsbanken abzuziehen, die den Abgang von Geldern kontrollieren, erstellen die Hawalas oft falsche Konnossemente und Rechnungen für nicht existierende Waren im Namen eines Kunden für Kredite in Übersee. Der Wert dieses Geldes, das oft in Drogen oder Waffen repräsentiert ist, ist für immer verloren, sobald es einmal aus der Volkswirtschaft des Schwellenlandes genommen ist. Das Land muß weiteres Geld im Ausland aufnehmen, um das verlorene Kapital zu ersetzen und das Wachstum wird damit verlangsamt oder völlig gestoppt«, sagten Polizeiexperten. □

Banker warnen vor den Wolken im Nahen Osten

Eine unheilvolle Entwicklung nimmt in Nahost ihren Lauf, die seit langem schon der Alptraum jedes Bankers, Politikers und Militärstrategen ist. Der arabisch-israelische Konflikt droht jetzt nach Meinung internationaler Banker zu einer atomaren Auseinandersetzung zu werden und die USA können nur sich selbst dafür die Schuld geben.

Der ägyptische General Ahmed Nabil Ibrahim von der Nasser Higher Military Academy äußerte gegenüber der Zeitung »Al Itihad« aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, daß er die arabischen Staaten zur Kooperation beim Aufbau einer glaubwürdigen nuklearen Abschrekkung gegenüber Israel dränge, um einer – wie er es nannte – gewissen atomaren Bedrohung durch die Israelis entgegenzutreten.

Ibrahim zufolge »besitzt Israel mit Sicherheit Atomwaffen und da es in absehbarer Zukunft der Erzfeind der Araber bleiben wird, haben wir keine andere Wahl als eine atomare Abschreckung zu schaffen. Es ist äußerst wichtig für die Araber eine Atomindustrie zu schaffen, die nicht gekauft oder verkauft werden könne.«

Ibrahim versicherte, daß eine solche Waffe eine Abschreckung für Israels Atommacht darstellen würde und meinte kühl, wenn Israel ein solches arabisches Projekt angreifen würde, müßten die arabischen Staaten mit Waffen zurückschlagen, die das Herz Israels treffen könnten. Damit sind offensichtlich ballistische Raketen gemeint, die mehrere arabische Staaten vor kurzem erworben haben, um sich selbst gegen Israels kontinuierlichen militärischen Aufbau – der mit amerikanischer Hilfe finanziert wird – zu verteidigen.

Der Hinweis auf einen Vergeltungsschlag würde außerdem sehr wahrscheinlich in demütiger Erinnerung an den gemeinen Angriff der Israels gegen den irakischen Atomreaktor französischer Bauart gemacht, den die Israelis damit rechtfertigen, daß sie behaupteten, der Zweck des Reaktors sei es spaltbares Material zu produzieren, um eine Atombombe zu bauen, die gegen den zionistischen Staat eingesetzt werden solle. Israelische Vertreter ließen verlauten, daß sie einen solchen Schlag erneut führen würden, falls die Notwendigkeit dazu bestünde.

Wenn die Araber darauf beharren sich Atomwaffen zuzulegen, wäre die Folge äußerst schlimm. Die meisten Strategen sind sich darin einig, daß ein atomarer Konflikt nicht in regionalen Grenzen gehalten werden kann; daß die Supermächte unvermeidlich in den Kampf hineingezogen werden, sobald die ersten Bomben einmal gefallen sein werden.

Da die USA darin versagt haben die Entwicklung von Atomwaffen in Israel einzudämmen, sind die Araber jetzt erpicht darauf ihre eigenen Sprengköpfe und die Mittel sie einzusetzen selber herzustellen. □

Kleinanleger sind die Dummen

Günther Jansen

Das jüngste Beispiel der skrupellosen Machtpolitik, die die Deutsche Bank betreibt, ist der Fall des Duisburger Handelskonzerns Klöckner & Co. KGaA, der durch unrechtmäßige Spekulationsgeschäfte 600 bis 700 Millionen DM verlor und dadurch in ernsthafte Schwierigkeiten geriet. Die Sanierung des angeschlagenen Unternehmens erfolgt fast gänzlich durch die Kleinanleger. Die Familie Henle, die sich mit mehreren hundert Millionen DM daran beteiligen sollte, ist jetzt nämlich neuesten Börsengerüchten zufolge von der Deutschen Bank Luxemburg mit einem hohen dreistelligen Millionenbetrag abgefunden worden.

Was war geschehen? Anfang November 1988 mußte das Duisburger Unternehmen bekanntgeben, daß durch ohne Genehmigung durchgeführte Warentermingeschäfte eines mittlerweile aus der Firma ausgeschiedenen Prokuristen der oben erwähnte Verlust entstanden ist. Da dadurch auch ein großer Teil des Eigenkapitals aufgezehrt wurde, geriet Klöckner & Co. in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten, die dadurch aufgefangen wurden, daß das größte deutsche Bankhaus das Handelshaus für die als lächerlich gering bezeichnete Summe von 400 Millionen DM, davon 250 Millionen DM als Nennkapital und 150 Millionen DM als Reserven, übernahm.

Ein Schlag ins Gesicht der Kleinanleger

Der Rest sollte von den bisherigen Aktionären, der Peter-Klöckner-Stiftung, der Peter-Klöckner-Familienstiftung sowie Peter und Jörg Henle, der auch Vorstandsvorsitzender war und dessen Familie zu den Mitbegründern gehörte, sowie von den Genußscheininhabern getragen werden.

Dazu muß erläuternd hinzugefügt werden, daß die Genußscheine Klöckner & Co., obwohl sie wie ein festverzinsliches Papier verzinst wurden, als Risikokapital gelten und von daher bei finanziellen Schwierigkeiten voll haften.

Gläubiger sollen nicht durch einen Teilverzicht auf ihre Forderungen zur Sanierung beitragen. Nach erfolgter Sanierung soll Klöckner & Co. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und die Aktien dann an der Börse plaziert werden.

Das Bundeskartellamt genehmigte dann auch am 18. November 1988 die Übernahme Klöckners durch die Deutsche Bank, da es bei Klöckner »keine marktbeherrschende Stellung« gebe, die »durch die Finanzkraft der Deutschen Bank verstärkt werden könnte«. In allen untersuchten Geschäftszweigen hätten die Marktanteile der Fusionspartner unter 20 Prozent gelegen. Auch die mittelbare Beteiligung an der Metallgesellschaft habe sich als »kartellrechtlich nicht relevant« erwiesen. So jedenfalls das Kartellamt.

Schon diese Pläne konnte man nur als Schlag ins Gesicht der Kleinanleger, die den weitaus größten Teil der Genußscheininhaber stellen, bezeichnen. Viele Kleinsparer für die Aktien ein zu hohes Risiko darstellten, hatten, nicht zuletzt durch zahlreiche Empfehlungen von Banken und Börseninformationsdiensten, ihre mühsam ersparten Groschen dort inverstiert, in der Annahme, so gut wie kein Risiko einzugehen.

Um so härter traf sie dann der Schlag, als sie hören mußten, daß die Deutsche Bank »für einen Appel und ein Ei« von nur 400 Millionen DM ein Unternehmen mit einem Jahresumsatz von rund zehn Milliarden DM erwarb, das Genußscheinkapital, die einen Wert von rund 135 Millionen DM repräsentierten, aber voll zur Deckung der Verluste mit herangezogen werden, die Deutsche Bank aber nicht auf einen Pfennig ihrer, wie es heißt, riesigen Kredite verzichtete. Auch soll keiner der vielen Fonds der Deutschen Bank auch nur einen einzigen Genußschein in seinem Bestand haben. Sollte dies zutreffen ließe dies tief blikken, da die Deutsche Bank damals das Genußscheinkapital an der Börse plazierte.

Für einen Appel und ein Ei

Vor allem kam diese Ankündigung aus heiterem Himmel. Die Genußscheine notierten am Tag vor der Kurseinstellung mit 111 DM nur eine Mark unter ihrem Jahreshoch. Es tröstete sie auch nicht, daß die Deutsche Bank die Genußscheininhaber aufforderte, ihre Stücke zu behalten und nicht in der ersten Enttäuschung für ein paar Pfennige im Telefonverkehr zu verkaufen. Dies wird dahingehend interpretiert, daß bei der Plazierung an der Börse die Genußscheininhaber die Aktien zu einem günstigeren Kurs als die anderen Interessenten erwerben können sollen. Die Deutsche Bank werde dabei aber, so Schätzungen von Finanzexperten, einen Gewinn von mehreren hundert Millionen DM einstreichen.

Der eigentliche Skandal wurde dann allerdings erst Mitte November 1988 durch Europas größte Börsenzeitschrift aufgedeckt. Nach Informationen der Zeitschrift ist nämlich die Henle-Familie von der Deutschen Bank Luxemburg mit einem hohen dreistelligen Millionen-Betrag quasi abgefunden worden. Jörg Henle gehört übrigens auch dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank an.

»Wie es dazu jetzt auf dem Börsenparkett heißt, ist dabei ein ganz raffinierter Deal zwischen der Deutschen Bank und der Familie Henle abgewickelt worden. Dabei verweist man auf die Historie. Das Klöckner-Vermögen war nach dem Kriege von den Alliierten beschlagnahmt worden. Die Familie Henle erhob dagegen Einwände, weil der Großaktionär auch vor 1945 keine deutsche, sondern eine holländische Gesellschaft war. Daraufhin ist mit den Siegermächten folgender Kompromiß ausgehandelt worden. Das Vermögen wurde wieder freigegeben, aber es mußte in eine holländische Stiftung eingebracht werden. Die Familie Henle erhielt nur ein Prozent.

Der wirkliche Wert liegt in Milliarden-Höhe

Durch den jüngsten Verlust-Deal dürfte jetzt – so heißt es weiter – eine glänzende Möglichkeit geboten worden sein, das gesamte Klöckner-Vermögen wieder nach Deutschland zu überführen. Man hat einfach eine Kapitalzusammenlegung durchgeführt, und die Deutsche Bank übernahm zunächst das gesamte neue Kapital. Leidtragende sind zu 99 Prozent die holländische Stiftung und die Klöckner-Genußscheininhaber, jedoch nur zu einem Prozent die Familie Henle selbst. Ansonsten verlieren weder die Deutsche Bank noch die Familie Henle auch nur einen Pfennig, alles geht zu Lasten der holländischen Stiftung und der Genußscheininhaber.

Der wirkliche Wert von Klöckner & Co. wird aber in Milliarden-Höhe veranschlagt. Der Saldobetrag soll jetzt Börsengerüchten zufolge über die Deutsche Bank Luxemburg der Familie Henle gutgeschrieben worden sein. Dann plane die Deutsche Bank nach diesen Börsenversionen, Klöckner & Co. in eine reine Aktiengesellschaft umzuwandeln, die Aktien zu plazieren, wobei sich die Familie Henle danach mit ihrem Kapital wieder entsprechend an der künftigen Klöckner & Co. AG beteiligen kann und voraussichtlich Hauptaktionär wird. Die Deutsche Bank selbst zieht sich voll zurück und plaziert ihren Anteil bei ihr nahestehenden Kreisen und Kleinaktionären. Auf diese Weise gelangt die ganze Klöckner-Gruppe wieder nach Deutschland zurück.

Für die Klöckner-Genußscheininhaber sei dieser Tatbestand aber insofern interessant, heißt es weiter auf dem Börsenpar-

kett, als daß sie, wenn sie gerichtlich vorgehen, nur Herrnhausen (Vorstandssprecher der Deutschen Bank) und die Familie Henle gerichtlich unter Eid zur Aussage bewegen brauchen, dann erfahren sie die Wahrheit, wie auch immer diese lautet.«

Die Deutsche Bank hat sich bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht zu dem obigen Sachverhalt geäußert. Die Familie Henle dagegen dementierte der betreffenden Börsenzeitschrift gegenüber, daß man über Luxemburg abgefunden worden sei.

Eine neue Variante brachte nun »Der Spiegel« in seiner Ausgabe vom 28. November ins Spiel. Dem Hamburger Nachrichtenmagazin zufolge sollen die Klöckner-Werke neuer Großaktionär bei Klöckner & Co. werden. Die Deutsche Bank beabsichtige nämlich, sich so schnell wie möglich wieder von dem Duisburger Handelshaus zu trennen. Auch wäre es den Klöckner-Werken durch eine derart schnell durchgeführte Transaktion möglich, andere potentielle Interessenten an Klöckner & Co. abzuwehren.

Die Familie Henle soll den Informationen zufolge aber bereits mittel- und unmittelbar mit einem hohen zweistelligen Anteil an den Klöckner-Werken beteiligt sein, so daß die Industriellenfamilie dadurch praktisch wieder ganz den nach dem für Deutschland verlorenen Zweiten Weltkrieg von den Alliierten aufgespaltenen Klöckner-Konzern in ihren Besitz bringen könnte.

Das Verhalten der Schutzvereinigung

Grundsätzlich wäre den Plänen der Deutschen Bank, das Unternehmen wieder ganz zurück nach Deutschland zu holen, und damit den aus deutscher Sicht vollkommen ungerechtfertigten damaligen Bedingungen der Alliierten ein Schnippchen zu schlagen, vollkommen zuzustimmen, wenn nicht gleichzeitig die Kleinanleger ihr ganzes Geld verlieren würden beziehungsweise vielleicht irgendwann einmal in ein paar Jahren die Hälfte oder ein Drittel zurückerhalten. Die Deutsche Bank dagegen und die milliarden-schwere Henle-Familie kommen dagegen ohne einen Pfennig Schaden aus der ganzen Angelegenheit heraus. Und Jörg Henle soll Zeitungsberichten zufolge sogar wieder teuer bezahlter Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co. AG werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der »Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz« (DSW). In ihrer Zeitschrift »Wertpapier« schrieb die DSW am 1. November 1986: »Natürlich genügt dieser Genußschein heißen Spekulanten überhaupt nicht. Die aber will Klöckner & Co. auch gar nicht haben. Doch für Sparer, die gern ruhig schlafen und auch schon mal länger in Urlaub fahren möchten, bietet sich dieses Papier durchaus an.«

Und noch am 7. Oktober 1988, also nur rund drei Wochen vor der Wertloserklärung der Genußscheine, hieß es im »Wertpapier«: »Während bei den Klöckner-Werken die Hoffnung auf weiter steigende Kurse mit einem hohen Risiko erkauft werden muß, bietet der Klöckner-Genußschein eine beachtliche Chance bei einem Risiko, das durch die voraussichtlich zweistellige Ausschüttung eng begrenzt erscheint.«

Und so notierten dann die Genußscheine am Tag bevor die Börsennotiz eingestellt wurde mit 111 DM auch nur eine Mark unter ihrem Jahreshöchststand.

Die Kleinanleger kritisieren dabei besonders auch, daß die Familie Henle nicht auch auf einen Teil der von ihnen an Klöckner gegebenen Kredite verzichte beziehungsweise, warum sich der Vorstand des Unternehmens nicht nach einem Interessenten umgesehen habe, der mehr als die 400 Millionen DM der Deutschen Bank zu zahlen bereit gewesen wäre. Denn die habe es mit Sicherheit gegeben.

Wer aber nun erwartet hatte, daß sich die DSW vehement für die Klöckner-Genußscheininhaber, die sich ja auch zu einem nicht unwesentlichen Teil aus ihrer Mitgliedschaft zusammensetzen, einsetzen würde, sah sich getäuscht. So schrieb dann auch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Auf der Versammlung der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz in München haben Mitglieder die Haltung der Schutzvereinigung nach den Schwierigkeiten des Duisburger Handelshauses Klöckner & Co. KGaA kritisiert. Hans Peter Schreib, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung, kündigte eine Prüfung an, ob für die Genußscheininhaber rechtliche Ansprüche durchzusetzen seien, schränkte aber ein, daß es sich dabei um ›juristisches Neuland‹ handele. Die Linie gegenüber der Deutschen Bank sei zu ›versöhnlich‹, monierte ein Mitglied.

In »manierlicher Form« will Lambsdorff handeln

Ein anderer trat als Vertreter einer ›Interessengemeinschaft der Klöckner-Genußschein-Geschädigten‹ auf. Die Nachteile der Kleinanleger kämen der Deutschen Bank zugute, dies müsse die Schutzvereinigung stärker in die Öffentlichkeit rücken. Der Präsident der Vereinigung, der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, räumte ein, daß das bisherige Angebot nicht befriedigend sei, er sprach sich aber dafür aus, die Ansprüche ›in manierlicher Form‹ vorzubringen.«

Wie die »Frankfurter Allgemeine« schrieb, bereitet die Schutzvereinigung jetzt aber doch eine Musterklage gegen die Deutsche Bank vor (bei einer Musterklage brauchen die Geschädigten nicht einzeln zu klagen). Kritisiert wurde von der DSW, die von der Bank abgegebene Erklärung, sie werde zu gegebener Zeit die Interessen der Genußscheininhaber mit besonderter Sorgfalt behandeln. Dies sei nicht nur »bewußt unjuristisch« formuliert, sondern werde von den Betroffenen als Zumutung empfunden.

Wie weiter zu erfahren war, haben im Vorfeld Gespräche zwischen dem DSW-Präsidenten, Otto Graf Lambsdorff, und Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen stattgefunden. Die Aktionärsvereinigung erklärte dabei, Verhandlungen in »diplomatisch manierlicher« Form werde grundsätzlich Vorrang vor langwierigen Gerichtsverfahren gegeben. Wann die Klage eingereicht werden soll, sei noch unklar.

So positiv dies im Grunde zu werten ist, bleiben jedoch manche Fragen offen. Am 5. Dezember 1988 wurde nämlich die bislang nur ausgesetzte Börsennotierung der Klöckner-Genüsse gänzlich eingestellt. Von einem Versuch der Schutzvereinigung, dies zu verhindern, ist jedoch nichts bekannt (dagegen ist die Notierung der vor einigen Jahren im Handelsregister gelöschten Altbank-Aktien, gegen die sich mehrere Aktionäre wehren, bis heute nur ausgesetzt, aber nicht eingestellt). Auch wird eine Klage die Deutsche Bank wenig scheren, da sich diese über Jahre hinausziehen wird, die Bank aber (wie ja auch oben beschrieben) bereits im nächsten Jahr den Weiterverkauf des Duisburger Handelshauses plant. Und man sieht ja bei den Restquotenprozessen, die seit mittlerweile fünfeinhalb Jahren trotz Beschleunigungsversuchen der Opposition vor sich hinvegetieren, wie lange sich derartige Verfahren hinziehen. Interessant ist dabei, daß die DSW die Börsenzeitung, die die Vereinigung als »Pseudo-Verein des Großkapitals« bezeichnet hatte, anwaltlich aufforderte, diese Bezeichnung künftig nicht mehr zu verwenden. Hierzu erklärte der Herausgeber der Börsenzeitung:

»Zudem fließen der Schutzgemeinschaft regelmäßig riesige Geldsummen zu, und dies weniger durch Beiträge von Kleinaktionären, sondern durch Zuschüsse von Großunternehmen/Banken, das heißt von Aktiengesellschaften, gegen die sie ja gerade die Kleinaktionäre schützen beziehungsweise gegen die sie die Interessen der Kleinaktionäre verteidigen soll.

Es wird darum nachhaltig das anwaltliche Vorgehen der Schutzvereinigung begrüßt, denn auf diese Art und Weise würden die Hintergründe und Finanzierung der Schutzvereinigung rechtlich geklärt. Vor allen Dingen von Interesse dürfte dabei sein: Wer und in welcher Höhe finanziert die Schutzvereinigung mit Zuschüssen, wenn sie vom Großkapital nicht abhängig ist, wie sie meint, ja gerichtlich glaubt dokumentieren zu können. Da muß sie Zahlen offenlegen, und die dürften eine breite Öffentlichkeit brennend interessieren.« □



Banken

So wird die deutsche Wirtschaft kontrolliert

Günther Jansen

Nach der Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende September 1988 in Berlin ist die Macht der Banken wieder verstärkt in den Blickpunkt des Interesses gerückt. Nachfolgend wird aufgezeigt, mit welch einfachen und auf den ersten Blick auch vollkommen unverfänglichen Mitteln die Banken in der Bundesrepublik die gesamte Wirtschaft kontrollieren. Und der einzelne Aktionär unterstützt diesen Machtmißbrauch sogar noch.

Die Rede ist vom Depotstimmrecht. Gemäß Paragraph 135 Aktiengesetz können sich die Kreditinstitute für maximal 15 Monate vom Aktionär ermächtigen lassen, die auf seine Aktien entfallenen Stimmrechte in den Hauptversammlungen der Unternehmen »im Namen dessen, den es angeht« zu vertreten. Dabei sollen die Banken die Interessen der Aktionäre vertreten. Daß oftmals ganz genau das Gegenteil der Fall ist, daß nämlich die Banken die ihnen in die Hand gegebene Macht mißbrauchen, um in den Unternehmen ganz knallhart ihre ureigensten Interessen zu vertreten, hat der Bremer Diplom-Ökonom Arno Gottschalk jetzt in einer Studie erläutert. Und die mächtigste Bank ist demzufolge die Deutsche Bank.

Repräsentieren vier Fünftel der Stimmen

Gottschalk untersuchte aus dem Kreis der nach Wertschöpfung 100 größten Unternehmen der Bundesrepublik des Jahres 1984 diejenigen Aktiengesellschaften, die sich zu mehr als 50 Prozent im Streu- und Bankenbesitz befinden. Diese insgesamt 32 Gesellschaften repräsentierten 1986 mit einem Grundkapital von 29,5 Milliarden DM rund ein Viertel des nominalen Aktienkapitals aller bundesdeutschen Aktiengesellschaften. Gleichzeitig verkörpern diese AG's mit einem Börsenwert von rund 286 Milliarden DM – Stichtag 28. November 1986 – 56 Prozent des Marktwerts der amtlich notierten und im geregelten Freiverkehr gehandelten Aktien.

Für diese 32 Gesellschaften wertete der Bremer die in den Handelsregistern hinterlegten Teilnehmerverzeichnisse der Hauptversammlungen des Jahres 1986 und in wenigen Einzelfällen der von 1987 aus und ermittelte die Stimmrechtsanteile der einzelnen Bankkonzerne und Bankgruppen. Stimmrechte von Kreditinstituten und Investmentgesellschaften, die sich mehrheitlich im Besitz einer anderen Bank befanden, wurden dabei gänzlich letzterer zugerechnet. Auch wurden die von Holding-Gesellschaften vertretenen Stimmen – indirekte Beteiligung – der beteiligten Bank gemäß ihrer Anteilsquote zugerechnet.

Gottschalk kommt zu dem Ergebnis, daß die Banken zusammen im Durchschnitt vier Fünftel der auf den Hauptversammlungen vertretenen Stimmen repräsentieren und – mit einer einzigen Ausnahme (VW) – jeweils zumindest eine einfache Hauptversammlungsmehrheit erreichen. In diesen Fällen habe also niemand ohne Zustimmung seitens der Banken in den Aufsichtsrat, der den Vorstand kontrolliert, gewählt werden können.

Deutsche Bank hat den größten Stimmrechtseinfluß

Bei zwei Drittel der Unternehmen hätten die Banken sogar mehr als drei Viertel der Stimmen vertreten. Für die übrigen Hauptversammlungsteilnehmer habe damit nicht einmal mehr die theoretische Chance bestanden, wichtige Beschlüsse, die mindestens 75 Prozent der vertretenen Stimmen – die sogenannte qualifizierte Mehrzeit – benötigen, aus eigener Kraft zu blockieren.

Nach Bankengruppen aufgegliedert habe sich herausgestellt, daß durchschnittlich 90 Prozent des Stimmpotentials auf die privaten Banken entfallen seien. Sie allein verfügten bei 27 der 32 Unternehmen bereits über eine einfache und bei 20 Unternehmen sogar über eine qualifizierte Mehrheit.

Über den weitaus größten Stimmrechtseinfluß habe dabei die Deutsche Bank verfügt, die im Durchschnitt rund 21 Prozent der Hauptversammlungsstimmen – gut ein Viertel aller Bankenstimmen – repräsentiert habe. Allein die größte Bank der Bundesrepublik habe bei 25 Prozent der untersuchten Unternehmen über eine Sperrminorität von mindestens 25 Prozent und in einem Fall (Holzmann) sogar eine glatte Hauptversammlungs-Mehrheit repräsentiert.

Die Dresdner Bank sei auf rund 15 Prozent der Stimmen und die Commerzbank auf neun Prozent gekommen. Weit abgeschlagen folgten dann erst die Sparkassen, Landesbanken und Volks- und Raiffeisenbanken. Die drei

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V., Düsseldorf

Vorstand

Dr. Otto Graf Lambsdorff **Präsident**	Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, Bonn
Dr. Gerold Bezzenberger **Vizepräsident**	Rechtsanwalt und Notar, Berlin
Dr. Horst Klose **Vizepräsident**	Geschäftsführender Gesellschafter der MERO-Gruppe, Würzburg
Prof. Dr. Wolfram Engels	Herausgeber der „Wirtschaftswoche", Düsseldorf
Dr. Lois Erdl	Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, München
Dr. Wolfgang Händel	Geschäftsführender Gesellschafter der TRV Treuhand Vermögensverwaltung GmbH, München
Prof. Dr. Karl-Friedrich Hagenmüller	Geschäftsführer der MTS Technical Systems, Würzburg
Dr. Kurt Hohenemser	Dreieich
Dr. Hans Joachim Kay	Präsident der Hofkammer des Hauses Württemberg, Friedrichshafen
Dipl.-Ing. Gerhard Kienbaum	Staatsminister a. D., Düsseldorf
Hans-Jürgen Koppenberg	Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Reinhold Kreile	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, München
Prof. Dr. Norbert Loos	Steuerberater, Mannheim
Hartwig Lübbe	Rechtsanwalt, Hamburg
Prof. Dr. Marcus Lutter	Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht der Universität Bonn
Dr. Hermann-Siegfried Graf zu Münster	Mitglied des Verwaltungsrats der Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf
Dr. jur. Frank Niethammer	Vorsitzender des Vorstands der AGIV, Frankfurt
Dr. Jens Odewald	Vorsitzender des Vorstands der Kaufhof AG, Köln
Dipl.-Kfm. Karlheinz Portugall	Mitglied des Vorstands der VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund
Prof. Dr. Gerhard Prosi	Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik der Christian-Albrechts-Universität, Kiel
Ludwig Reichert	Mitglied des Vorstands der Bayerischen Handelsbank AG i. R., München
Wolfgang Reuter	Finanzberater, Bad Homburg
Dr. Roland Schelling	Rechtsanwalt und Notar, Stuttgart
Hans Peter Schreib	Rechtsanwalt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V., Düsseldorf
Herbert Singer	Vorsitzender des Vorstands der ALBINGIA Versicherungs-AG, Hamburg
Dipl.-Vw. Dr. Ludolf v. Wartenberg	Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Bonn
Heinrich Weiss	Vorsitzender des Vorstands der SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf
Dr. Christian Will	Rechtsanwalt, Krefeld
Dr. Carl Zimmerer	Geschäftsführender Gesellschafter der Interfinanz GmbH, Düsseldorf

Geschäftsführung

Rechtsanwalt Hans Peter Schreib	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Dipl.-Vw. Axel Haubrok	Geschäftsführer
Rechtsanwalt Ulrich Hocker	Geschäftsführer
Rechtsanwalt Hans-Richard Schmitz	Geschäftsführer

Kann die »Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz« ohne Interessenkollisionen die Intentionen der Klein-Aktionäre gegen die Industrie wahrnehmen?

Stimmrechtsanteile der Banken[1] auf den Aktionärsversammlungen von 32 Großunternehmen – 1986 –

1984 Rang	Unternehmen	HV-Präsenz	Stimmrechtsanteile der: Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerz-bank	Groß-banken	Bayr. Verein	Bayr. Hypo	Sonst. Kredit	LB's + Spark.	Genos. Banken	Alle Banken
1	Siemens[3]	60,64	17,64	10,74	4,14	32,52	7,27	3,00	27,25	7,58	2,21	79,83
2	Daimler Benz	81,02	41,80	18,78	1,07	61,66	0,81	0,63	4,41	1,16	0,59	69,34
	Mercedes-Hold[2]	*67,20*	*11,85*	*13,66*	*12,24*	*37,75*	*0,95*	*0,76*	*6,40*	*10,85*	*0,58*	*57,35*
3	Volkswagen	50,13	2,94	3,70	1,33	7,98	0,58	0,94	2,72	5,18	2,12	19,53
5	Bayer	53,18	30,82	16,91	6,77	54,50	3,95	3,34	24,85	7,33	1,79	95,78
6	BASF	55,40	28,07	17,43	6,18	51,68	5,46	3,98	23,52	9,44	2,55	96,64
7	Hoechst	57,73	14,97	16,92	31,60	63,48	3,61	3,25	18,48	7,57	1,94	98,34
9	VEBA[3]	50,24	19,99	23,08	5,85	47,92	3,07	2,42	23,94	17,09	3,73	98,18
11	Thyssen[2]	68,48	9,24	11,45	11,93	32,62	1,74	2,12	9,96	5,01	1,66	53,11
12	Deutsche Bank	55,10	47,17	9,15	4,04	60,36	2,42	2,29	26,31	4,71	1,15	97,23
13	Mannesmann	50,63	20,49	20,33	9,71	50,53	2,79	3,74	20,99	13,55	3,79	95,40
18	M.A.N. (GHH)[2]	64,10	6,97	9,48	13,72	30,17	1,47	3,51	12,42	3,72	1,57	52,85
21	Dresdner Bank	56,79	13,39	47,08	3,57	64,04	2,91	2,58	21,54	5,39	1,70	98,16
27	Allianz-Holding	66,20	9,91	11,14	2,35	23,41	10,69	9,53	15,15	0,91	0,39	60,08
28	Karstadt	77,60	37,03	8,81	33,02	78,86	0,70	1,08	4,83	2,31	0,26	87,27
29	Hoesch	45,39	15,31	15,63	16,73	47,67	4,16	4,46	9,10	14,97	12,02	92,39
34	Commerzbank	50,50	16,30	9,92	34,58	60,81	3,66	4,74	16,80	7,88	2,86	96,77
35	Kaufhof	66,70	6,29	13,33	37,18	56,80	0,38	0,59	37,54	2,69	0,45	98,45
36	Klöckner-Werke	69,13	17,30	3,78	3,55	24,63	1,01	3,50	14,87	5,84	3,15	53,00
37	KHD	72,40	44,22	3,82	1,50	49,54	0,75	1,66	29,35	2,54	1,44	85,29
41	Metallg'schaft[2]	90,55	16,42	48,85	0,35	65,62	0,26	0,29	9,23	0,40	0,14	75,95
44	Preussag[2][3]	69,58	11,15	5,60	2,59	19,34	1,06	1,51	5,67	66,90	5,20	99,68
51	Degussa[2]	70,94	6,86	33,03	1,89	41,79	2,15	2,11	15,81	3,02	2,22	67,09
52	Bayr. Vereinsbank	62,40	11,42	2,71	3,59	17,72	31,10	1,48	14,74	3,10	0,54	68,69
56	Continental[3]	35,29	22,77	9,99	6,04	38,81	6,20	3,49	25,27	12,75	9,03	95,55
57	Bayr. Hypobank	67,90	5,86	7,05	1,20	14,11	3,18	47,02	14,93	11,99	0,47	92,09
59	Deutsche Babcock	67,13	7,58	9,67	5,29	22,54	0,84	2,39	64,58	5,74	0,93	97,01
67	Schering	46,60	23,86	17,46	10,17	51,50	6,53	4,89	29,46	5,00	1,69	99,08
68	Linde	52,99	22,76	15,73	21,36	59,87	3,52	4,03	16,73	4,05	2,18	90,37
73	Ph. Holzmann	82,18	55,42	0,91	6,49	62,82	0,37	0,34	7,67	3,31	0,31	74,81
94	Strabag	83,02	6,80	19,15	1,37	27,32	0,63	0,54	62,39	4,24	0,12	95,24
96	Bergmann	99,12	36,89	–	–	36,89	25,60	–	–	–	–	62,15
98	Hapag-Lloyd	84,50	48,15	47,82	0,39	96,36	0,26	0,41	0,62	1,16	0,68	99,50
im Durchschnitt		64,49	21,09	15,30	9,05	45,44	4,35	3,84	19,10	7,79	2,15	82,67

nachrichtlich: Das Grundkapital der 32 untersuchten Aktiengesellschaften beträgt insgesamt 29 463 030 000 DM. Auf den Hauptversammlungen vertreten waren 17 564 906 950 DM = 351 298 139 Stimmen. Bei den Nichtbanken waren insgesamt 294 093 849 Stimmen präsent.

1) Banken einschließlich der bankkontrollierten Investmentgesellschaften; bei den namentlich aufgeführten Banken beinhalten die Stimmrechtsanteile die Stimmrechtsanteile der mehrheitlich kontrollierten (Tochter-) Banken und Investmentgesellschaften. – 2) einschließlich der über Holding-Gesellschaften gehaltenen Beteiligungen (umgerechnet auf Basis der vertretenen Stimmen). – 3) Hauptversammlung 1987.

Quelle: Hauptversammlungsprotokolle; eigene Auswertung und Berechnungen.

Die Banken repräsentieren vier Fünftel der auf den Hauptversammlungen vertretenen Stimmen.

Großbanken alleine hätten durchschnittlich über rund 45 Prozent der Hauptversammlungs-Stimmen und in knapp der Hälfte der Fälle sogar über die Hauptversammlungs-Mehrheit verfügt. Das heißt, ohne sie lief dort überhaupt nichts.

Mit ihren Stimmanteilen, die sie, um es noch einmal zu wiederholen, bei Erteilung der Generalvollmacht so ausüben können, wie sie wollen; sofern der jeweilige Aktionär zu einer bestimmten Hauptversammlung oder auch nur zu bestimmten Tagesordnungspunkten der Bank nicht etwas anderes vorschreibt. Diese Möglichkeit hat der Aktionär zwar, doch wird davon kaum Gebrauch gemacht.

Aktionärsvertreter sind die Banker

Die Banken wählen dann meistens eigene Vertreter in die Aufsichtsräte. Damit erlangen sie zusätzliche und vor allem noch weitergehende Einflußmöglichkeiten. Selbst wenn die Banken falsch abstimmten, hat dies keinen Einfluß auf die Entscheidung, denn Paragraph 135 Absatz 6 besagt, daß »die Wirksamkeit der Stimmabgabe wird durch einen Verstoß gegen Absatz 1 Satz 2, Absätze 2, 3 und 5 nicht beeinträchtigt«.

Dem widersprechen die Banken in der Hauptsache mit zwei »Argumenten«: Zum einen sagen sie, daß die Unternehmen die Banker wegen ihrer Fachkompetenz selbst in die Aufsichtsräte bäten. Damit handelten die Banken aber nicht mehr als Interessenvertreter der Banken. Und zum anderen befänden sich diese zahlenmäßig in einer deutlichen Minderheitsposition. Diese »Argumente« weist Gottschalk aber strikt zurück.

Da die Banken die Hauptversammlungen kontrollieren und damit selbst über die Zusammensetzung der Aufsichtsräte entscheiden, sei es letztendlich ihre ureigenste Entscheidung, ob und wen sie in das Kontrollgremium berufen. Um zu beweisen, auf welch tönernen Füßen das zweite Argument steht, untersuchte der Diplom-Ökonom aus dem Kreis der 32 Unternehmen die 27 Nichtbanken.

Bei diesen 27 Gesellschaften habe die Kapitalseite 1986 über insgesamt 256 Aufsichtsratsmandate verfügt, die von zusammen 166 Personen wahrgenommen worden seien. Jeder vierte dieser »Aktionärsvertreter« sei ein aktiver oder ehemaliger Banker gewesen. Mit insgesamt 69 Mandaten seien auf sie 27 Prozent aller Mandate entfallen – davon mit 50 Mandaten fast drei Viertel allein auf die drei Großbanken.

Doch es kommt noch besser: Da die Banken durch ihre Hauptversammlungs-Mehrheit den Schlüssel für die Besetzung aller Aufsichtsratsmandate besäßen, müsse berücksichtigt werden, daß die Großbanken häufig »befreundete Persönlichkeiten« in die Aufsichtsräte beriefen. Als »befreundete Persönlichkeiten« werden diejenigen bezeichnet, die von den Banken in ihren Aufsichtsrat oder in einen ihrer Beiräte berufen worden seien.

Dadurch erhöhe sich die Zahl der letztendlich von den Großbanken kontrollierten oder zumindest weitgehend beeinflußten Aufsichtsratsmandate um weitere 99 auf nunmehr 149. Dies sind rund 60 Prozent aller Aufsichtsratssitze der Anteilseigner in diesen 27 deutschen Unternehmen – ausgenommen Banken.

Jeder dritte »Aktionärsvertreter« gehört damit Gottschalk zufolge der Deutschen Bank an oder steht ihr nahe. Und wer weiß, daß Insider-Informationen zufolge die Rothschild-Gruppe die Deutsche Bank kontrolliert, ahnt welches Machtkartell sich hier hinter verbirgt.

Machtzentren der deutschen Wirtschaft

Berücksichtigt man zusätzlich jene aktiven Vorstandsmitglieder, die zwar keinem Beirat der drei Großbanken angehörten, aber von diesen beaufsichtigt werden, steigt die Zahl der von den Großbanken beherrschten Aufsichtsratsmandate um weitere 22 auf damit 171 beziehungsweise zwei Drittel aller Aufsichtsratsmandate der größten deutschen Unternehmen.

Damit sieht Gottschalk den Beweis erbracht, daß die bundesrepublikanischen Banken und insbesondere die Deutsche Bank »Machtzentren der deutschen Wirtschaft« darstellen. Er stellt dies auch anhand mehrerer Beispiele dar, so Siemens, die Großchemiekonzerne, VEBA, Allianz, aus Platzgründen soll hier jedoch auf eine Wiedergabe der Einzelheiten verzichtet werden.

So weit Arno Gottschalk. Im Mutterland des Kapitalismus, den USA, ist es dagegen so, daß jeder Aktionär vor der Hauptversammlung angeschrieben und um seine Entscheidung gebeten werden muß. Auch läuft das ganze Wertpapiergeschäft nicht über die Banken, sondern über eigens eingerichtete sogenannten Brokerhäuser, die aber zum überwiegenden Teil wieder irgendwelchen Banken gehören.

Auf ein Problem geht der Bremer in seiner Untersuchung aber nicht ein: nämlich auf die mehr und mehr um sich greifende Unsitte vieler Unternehmen, ein sogenanntes Höchststimmrecht einzuführen. Letztes Beispiel hierfür war der Düsseldorfer Feldmühle-Konzern, der am 12. Juni 1988 als 19. bundesdeutsches Unternehmen eine fünfprozentige Stimmrechtsbeschränkung einführte. Dies bedeutet, daß Anleger, die mehr

Banken

So wird die deutsche Wirtschaft kontrolliert

als fünf Prozent der Aktien halten, bei der Abstimmung den fünf Prozent übersteigenden Anteil quasi schlicht und einfach »verlieren«.

Gedacht ist dies in erster Linie als Abschreckung vor möglichen Übernahmeversuchen. Dem potentiell Interessierten soll das Unternehmen aufgrund der mannigfaltigen Nachteile dieser Stimmrechtsbeschränkung von vorneherein »madig« gemacht werden. Diese Stimmrechtsbeschränkung gilt auch für Tochter- und Beteiligungsgesellschaften des Übernahmewilligen.

Ein endgültiger Schutz vor »unfreundlichen Übernahmen«, wie gegen den Willen des Vorstands getätigte Übernahmen genannt werden, ist dies aber auch nicht, da Stimmrechtsbeschränkungen für wichtige Fälle nicht gelten, beispielsweise für den Antrag auf eine Sonderprüfung oder die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung.

Aber siehe da: das Depotstimmrecht der Banken fällt nicht unter das Höchststimmrecht. Die Banken, vor allem natürlich die Großbanken, bekommen damit einen noch übermächtigeren Einfluß. Also stimmen sie natürlich für eine derartige Regelung, obwohl damit die Rechte des einzelnen Aktionärs ausgehöhlt werden.

Um beim Beispiel Feldmühle zu bleiben. Zwar stimmten auf der Hauptversammlung am 12. Juni 1988 16,2 Prozent der vertretenen Stimmen gegen die Einführung der Stimmrechtsbeschränkung, doch die Deutsche Bank, die alleine mehr als 50 Prozent des anwesenden Grundkapitals vertrat, setzte diese dann durch. Und dies, obwohl sich die Deutsche Bank und speziell ihr früherer Vorstandsprecher Friedrich Wilhelm Christians sich immer für Stammaktien, die ein Stimmrecht beinhalten, und stets gegen Vorzugsaktien, die dafür eine höhere Dividende aufweisen, aussprach.

Dem »kleinen Mann« ist es im Grunde egal, ob er ein Stimmrecht hat oder nicht; mit seinen zehn oder 20 Stimmen kann er doch nichts ausrichten. Also steckt er lieber eine höhere Dividende ein. Doch wenn ein Unternehmen nur Vorzugs- und keine Stammaktien ausgibt, dann bedeutet dies auch, daß die Banken eines großen Teils ihres Einflusses beraubt sind.

So erklärte dann auch ein Familienmitglied eines großen deutschen Unternehmens, das vor einigen Jahren an die Börse ging, aber nur Vorzugsaktien ausgab, im kleinen Kreis sinngemäß folgendes: Die Familie hat das Unternehmen gegründet und möchte auch das Sagen behalten. Eine Stimmrechtsbeschränkung könnte zwar einen Außenstehenden abschrecken, aber dafür haben wir dann die Banken am Hals, die uns ihre Entscheidungen mehr oder weniger aufzwingen. Also haben wir uns entschlossen, nur Vorzugsaktien auszugeben.

Die Schutzvereinigung dient dem Großkapital

»Stop« werden jetzt manche Leser wahrscheinlich rufen. Es gibt doch Schutzvereinigungen, die die Interessen der Klein-Aktionäre vertreten, besonders die »Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW)«. Diese ist die größte, die anderen vertreten meist nur so wenige Aktionäre, daß ihr Einfluß gleich Null ist. Die DSW als mit Abstand größte Vereinigung ihrer Art verfügt zum Teil aber über recht beachtliche Prozentanteile. Doch sehen wir uns diese »Aktionärs-Schutzvertretung« einmal etwas näher an.

Präsident ist der frühere Bundeswirtschaftsminister und FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff. Die Vizepräsidenten sind Gerold Bezzenberger, der die drei Großbanken in den Altbankenprozessen vertritt, und Horst Klose, der geschäftsführende Gesellschafter der Würzburger MERO-Gruppe. Dem Vorstand gehören weitere 26 Personen an, darunter aber kein einziger Klein-Aktionär.

Dafür aber unter anderem der Vorstandsvorsitzende der Schloemann-Siemag AG, Heinrich Weiss, der Vorstandsvorsitzende der Albingia-Versicherung, Herbert Singer, das Vorstandsmitglied der VEW AG, Karlheinz Portugall, sowie Ludwig Reichert vom Vorstand der Bayerischen Handelsbank und Jens Odewald vom Kaufhof-Vorstand. Neben weiteren Vorstandsmitgliedern großer deutscher Unternehmen sind mehrere Rechtsanwälte, ein parlamentarischer Staatssekretär und so weiter im Vorstand der DSW vertreten.

Gewinner sind die Banker

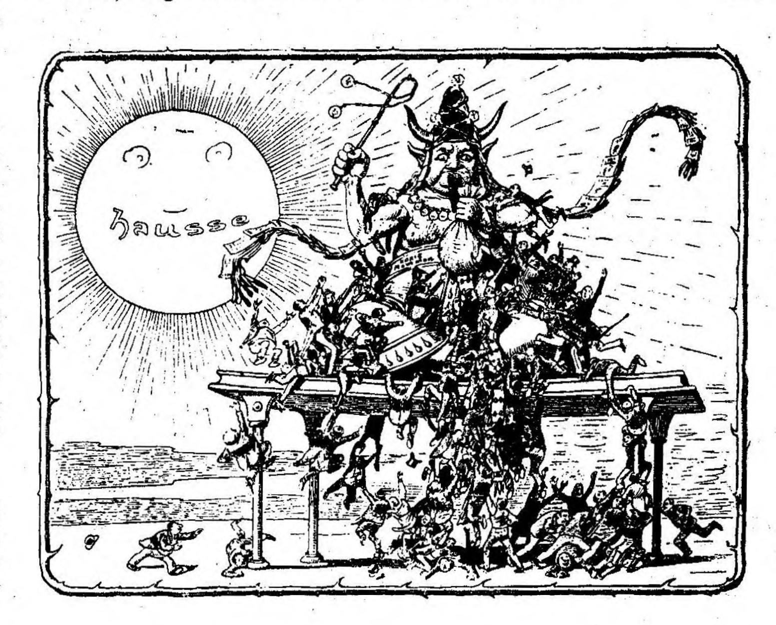
Damit liegt der Verdacht also mehr als nahe, daß die DSW nur vordergründig Aktionärsinteressen und in Wirklichkeit die Interessen des Großkapitals vertritt. Zwar stellt die DSW des öfteren mal Gegenanträge, kritisiert ab und an auch mal irgendwelche Vorstände recht heftig, spricht sich gegen die Stimmrechtsbeschränkung aus – wenngleich diese bei Feldmühle unterstützt wurde, angeblich um so den Einfluß der Neffen von Firmengründer Karl Friedrich Flick, Friedrich-Christian und Gert-Rudolf, die zwischenzeitlich einen Übernahmeversuch gestartet hatten, zurückzudrängen –, doch geht dies im Endeffekt wie das Hornberger Schießen aus, nämlich ohne jede Erfolgsaussicht für den Klein-Aktionär.

Vereinzelt wurde auch ab und zu mal Klagen gegen eine zu niedrige Abfindung oder wegen Versäumnisse von Banken vor einem Konkurs (Beton- und Monierbau) eingereicht und manchmal sogar auch gewonnen, doch waren dies meist kleinere Gesellschaften.

An laufenden Abfindungsverfahren ist die DSW beispielsweise bei Langenbrahm, Dortmunder Hansa und Paulaner-Salvator-Thomasbräu beteiligt – gegen die sowieso auch andere Aktionäre Klage erhoben hatten. Bezüglich AEG, bei denen Daimler den Klein-Aktionären ein geradezu als lächerlich gering zu bezeichnendes Angebot unterbreitet hat, machte die DSW aber nichts.

Ein weiteres Indiz für die Abhängigkeit der DSW vom Großkapital ist auch die von der DSW herausgegebene vierzehntägig erscheinende Zeitschrift »Wertpapier«. Die verkaufte Auflage liegt bei wenigen tausend Exemplaren – hauptsächlich Abonnements. Nach Insider-Aussagen trägt sich das Blatt lediglich durch die vielen Anzeigen von Großunternehmen, die einen hohen zweistelligen Prozentanteil am Gesamtheft ausmachen. Ohne diese Anzeigen müßte die Zeitschrift, so jedenfalls intime Kenner des Zeitschriftenmarktes, eingestellt werden.

Wie, so fragen sich viele, kann die DSW ohne Interessenkollisionen überhaupt die Intentionen der Klein-Aktionäre gegen die Industrie wahrnehmen, wenn sie gleichzeitig von den Anzeigen eben dieser Industrie abhängig ist? Der einzige Gewinner des allen ist das Großkapital und hierbei vor allem die Großbanken. Und auf der Strekke bleiben die Interessen des kleinen Mannes. □



US-Dollar

Der Druck auf das Weiße Haus

C. Gordon Tether

Die Finanzmärkte machen fast überall – auch in den Vereinigten Staaten – weiterhin einen geschwächten Eindruck; die Preise verhalten sich äußerst launenhaft, und das Handelsvolumen liegt weiter unter den normalen Werten.

Der große internationale Hausse-Markt der achtziger Jahre erreichte seine Bestzeit in der zweiten Septemberhälfte des Jahres 1987. Als der erste Jahrestag dieses Ereignisses »gefeiert« wurde, war das einzige Land von Bedeutung, das auf höhere Aktienmarktwerte verweisen konnte als zu jedem Zeitpunkt, Japan. Wenn man die Ausnahme der Japaner außer acht läßt, so zeigte der Weltindex für allgemeine Aktienpreise einen Fall in der Größenordnung von 25 Prozent.

Keine Aussicht auf Besserung

Bei dem Zusammenbruch, bei dem die Werte innerhalb von ein bis zwei Wochen von ihrem Rekordwert des Jahres 1987 in so spektakulärer Weise abfielen, kam es zu Verlusten zwischen 30 und 40 Prozent. Daraus folgt, daß ein Teil des damals verlorenen Bodens anschließend wieder gewonnen wurde. Doch diese Erholung fand größtenteils in den Monaten unmittelbar nach der Katastrophe statt.

Es stimmt weitestgehend, daß seither die meisten Märkte von einer derartigen Unsicherheit gekennzeichnet waren, die zeitweise einer totalen Lähmung glich. Das Preisgefüge hat eine hohe Empfindlichkeit entwickelt, die zu zwei unwillkommenen Folgen führte. Eine Folge sind die ungerechtfertigten hohen Preisschwankungen als Reaktion auf relativ unbedeutende Entwicklungen – zunächst in die eine, dann in die andere Richtung. Die zweite ist eine starke Eindämmung im Umfang des Marktverkehrs mit ungünstigen Auswirkungen für jene, die ihren Lebensunterhalt damit verdienen.



Wird der neue US-Präsident George Bush sich ernsthaft darum kümmern, die Schwächen der amerikanischen Wirtschaftsstrategie zu korrigieren?

Was dem Ganzen im Laufe der Monate einen besorgniserregenden Charakter verliehen hat, ist die Tatsache, daß fast nichts darauf hindeutet, daß Aussichten auf eine Besserung bestehen.

Die traurige Wahrheit ist, daß die Tendenz eine immer tiefere Verstrickung zeigt und zwar derart, daß Marktfirmen in vielen Ländern die Hoffnung aufgegeben haben, daß sich das Geschäft bald so erholen wird, daß sie genug Arbeit für ihr Personal haben, darum haben sie mit der Entlassung ihrer Mitarbeiter begonnen.

Ein Trost – und das ist durchaus von Bedeutung – ist, daß der Crash des Jahres 1987 bisher keine Anzeichen dafür gezeigt hat, daß er eine Reihe von Aktienpreis-Zusammenbrüchen der Art ausgelöst hat, wie er nach dem Wall-Street-Zusammenbruch des Jahres 1929 die Aktienmärkte bis auf die Grundmauern erschütterte. Eine Wiederholung dieser Geschichte müßte in einem weiteren starken Verfall der Aktienwerte im Frühjahr des Jahres 1988 ihren Ausdruck gefunden haben.

Das Vertrauen ist untergraben

Doch es läßt sich nicht leugnen, daß das Vertrauen in die Finanzmärkte durch das, was in den letzten Monaten des Jahres 1987 geschehen ist, dauerhaft untergraben wurde. Überaus klar ist auch, daß die Reparatur des Schadens, den diese Explosion angerichtet hat, viel länger dauern wird, als man zunächst allgemein annahm.

Man sollte jedoch darauf hinweisen, daß es zwei Faktoren gibt, die derzeit zu der Atmosphäre der »hoffnungslosen Verzweiflung« beitragen, durch die die Finanzmärkte charakterisiert werden und die in nächster Zukunft verschwinden sollten. Der eine ist der allgemeine Anstieg der Zinssätze, der in vielen führenden Industrieländern einschließlich der Vereinigten Staaten durch die wachsende Sorge über die Inflation hervorgerufen wurde. Steigerungen in den Zinssätzen dienen unter anderem der Eindämmung des Wirtschaftswachstums. Da dies der Fall ist, machen sie es den Firmen schwerer, Gewinne zu machen – mit anderen Worten, sie machen Aktien allgemein weniger attraktiv.

Sie können das gleiche in unmittelbarer und möglicherweise bedeutenderen Art tun durch Investitionen in festverzinsliche Wertpapiere, wie Staatsobligationen und ähnliches, die im Vergleich dazu dann attraktiver aussehen.

Der Erfolg der höheren Zinssätze in den USA hat die Aktienmärkte also unter einer Wolke verschwinden lassen. Sobald der Zufluß weiterer Dollarsummen wegen der hohen Zinsen erreicht ist, kann man auf sie verzichten. Dies wird hoffentlich spätestens Mitte des Jahres 1989 der Fall sein.

Das gleiche gilt für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Es ist allgemein anerkannt, daß durch das große Fragezeichen über die Zukunft fast aller Aspekte der amerikanischen Wirtschaftspolitik die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten mit Sicherheit eine dämpfende Wirkung auf die US-Finanzmärkte ausübt. Und da sich so viele andere Märkte in mehr oder weniger hohem Ausmaß immer noch an der Wall Street orientieren, ist das gleich weltweit die Folge.

Korrektur der US-Wirtschaftsstrategie

Der Logik nach könnte der Trübsinn im Zusammenhang mit den gerade stattgefundenen Präsidentschaftswahlen von der Sorge herstammen, daß sie das Ende der Schuldenwirtschaft bedeuten könnte und damit die Einführung einer Politik, die weniger nach dem Geschmack der Investment-Gemeinde sein wird. Wenn das der Fall ist, würde die Logik auch vermuten lassen, daß der Sieg von Vizepräsident George Bush das Signal für einen Aufschwung an der Wall Street darstellen könnte. Es wäre jedoch unklug, solchen Argumentationen zu viel Bedeutung beizumessen. Der neue Amtsinhaber im Weißen Haus wird mit Sicherheit unter Druck geraten – nicht zuletzt von seiten externer Kräfte – und gedrängt werden, erhebliche Änderungen in der amerikanischen Wirtschaftspolitik vorzunehmen.

Was sich mit Sicherheit jedoch sagen läßt, ist, daß eine Wende zum Besseren auf den Finanzmärkten mit Sicherheit gewährleistet wäre, wenn die künftige US-Regierung sich ernsthaft darum kümmern würde, die Schwächen in der amerikanischen Wirtschaftsstrategie zu korrigieren, die bei dem Crash des Jahres 1987 und der darauffolgenden Depression eine so große Rolle gespielt haben. □

Gold

Der Mythos der Metalle

C. Gordon Tether

Goldbergwerkaktien scheinen jetzt fast absurd billig geworden zu sein. Die feste Position, mit der der Goldmarkt des Jahres 1987 abschloß – zu diesem Zeitpunkt zeigte der Preis Anzeichen dafür, als wolle er die 500-Dollar-Barriere pro Unze durchbrechen – hat zu Beginn des Jahres 1988 nicht lange angehalten.

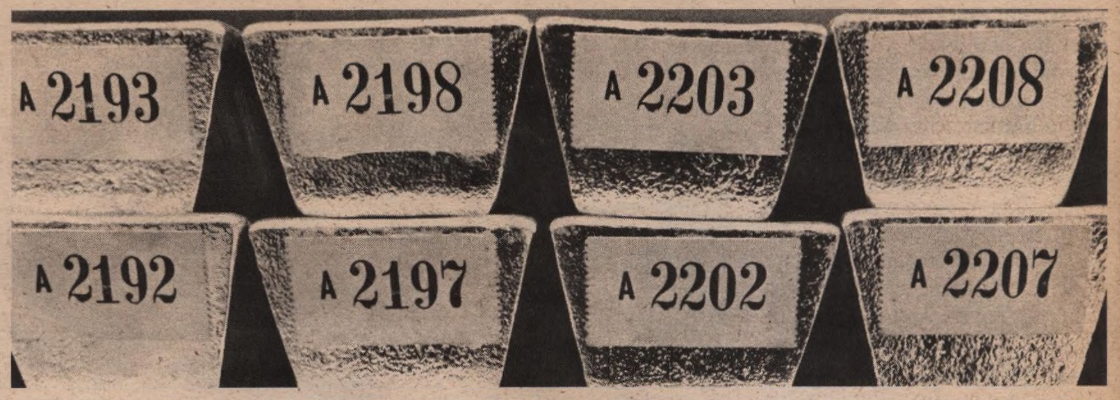
Man muß allerdings erkennen, daß in manchen Ländern – einschließlich solchen, die in dieser wirtschaftlichen Hinsicht schrittmachend sind wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien – der Preisanstieg durch den Inflationsdruck zwischen fünf und zehn Prozent liegen könnte. Selbst wenn also die neuen Gegenmittel, die kürzlich verabreicht wurden, ihre erhoffte Wirkung tun, könnte es dennoch sein, daß die Inflationsraten in großen Teilen der Welt einige Zeit weit über Null liegen werden.

Kurz gesagt: Es scheint unwahrscheinlich, daß der Enthusias-»Schalter« von 35 Dollar pro Unze Gold zu schließen, torpediert worden war. Doch wenn man das Preisverhalten der beiden Produkte seit jener Zeit untersucht, wird deutlich, daß sich keine bedeutende Verbindung erkennen läßt.

Die Aussichten sind etwas besser

Es ist also nicht schwer zu erkennen, daß das jüngste Verhalten der Edelmetallmärkte nur in dem Sinne ralistisch ist, daß sie dort aufeinander passen, wo sie sich berühren. Bis zu einem gewissen Punkt ist es irrational.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1988 fiel der Preis unter 450 Dollar pro Unze. Folglich hatten jene, die behaupteten, es bestünde kaum Hoffnung, daß der Preisabfall auf harten Widerstand trifft, bevor die 400-Dollar-Barriere erreicht ist, recht behalten.



Immer mehr Gold wird gefördert und auf den Weltmarkt gebracht, und drückt in den letzten zwei Jahren auf die Preise.

Rückgang der Nachfrage

Die Trendwende läßt sich in gewissem Maße auf einen Grund zurückführen, der sich nicht leugnen läßt. Es ist der erhöhte Zustrom von neu abgebautem Gold auf den Weltmarkt, der in den letzten ein bis zwei Jahren vonstatten gegangen ist. Doch der Hauptfaktor ist zweifellos ein Rückgang der Nachfrage, der in drei relativ neuen Gedankengängen begründet liegt.

Der erste ist, daß die Befürchtungen eines erneuten weltweiten inflationären Drucks jetzt als weniger gerechtfertigt betrachtet werden können, als man früher gedacht hatte, mit der Folge, daß das Argument des Hortens von Edelmetallen als bestes Mittel sich gegen eine solche Entwicklung zu schützen, viel von seiner Wirkungskraft verloren hat.

Der zweite ist, daß der jüngste weltweite Aufschwung bei den Zinssätzen die Attraktivität von Investitionsformen in Papiergeld im Verhältnis zu denen in Edelmetallen vergrößert hat – letztere hängen von Kapitalwerterhöhungen ab, wenn man damit Geld verdienen will. Und da – zumindest der Theorie nach – eine Verbindung zwischen den internationalen Ölpreisen und den Preisen für Edelmetalle besteht, herrscht zuguterletzt die Vorstellung, daß der jüngste Abfall in den Ölpreisen negative Auswirkungen auf das künftige Preisverhalten von Gold, Silber und Platin haben wird.

Es wäre dumm, würde man so tun, als ob diese Argumentationen völlig ohne Basis sind. Doch sie haben mit Sicherheit weniger Bedeutung für die Frage, was derzeit realistische Preise für die Edelmetalle wären, als man gemeinhin annahm.

Die Verbindung ist kein Mythos

Wenn man zuerst das Thema Inflation betrachtet, so kann kein Zweifel bestehen, daß der Anstieg bei den Zinssätzen auf die inflationären Preisbewegungen eher wie eine Bremse wirken wird, indem er auf die weltweite Wirtschaftskonjunktur eine eindämmende Wirkung ausübt. Das gleiche sollte für den Abschwung bei den Ölpreisen gelten, da das Öl für die Wirtschaft eine so weitreichende Bedeutung hat.

mus, seine Ersparnisse gegen die aushöhlenden Wirkungen der Inflation durch den Kauf von Edelmetallen zu schützen, lange Zeit unangebracht sein wird.

Wenn die Inflationsraten auch nicht deutlich einen Rückgang zeigen werden, scheint es auch gleichermaßen unwahrscheinlich zu sein, daß die besondere Attraktivität für die Investitionsformen in Papiergeld infolge höherer Zinssätze hoch genug bleiben wird, um die Investitionen von dem Edelmetallsektor wegzuziehen.

Was die »Verbindung« zwischen dem Verhalten der Ölpreise und dem der Edelmetallpreise angeht, so trat diese Vorstellung erstmals in der Ölpreisexplosion Anfang der siebziger Jahre zutage. Zu jener Zeit propagierte eine Schule die Vorstellung, es wäre sinnvoll, einen internationalen Währungsanker, basierend auf einem festen Verhältnis zwischen Ölpreis und Goldpreis, einzuführen, um die Gold-Dollar-Verbindung zu ersetzen, die durch die Entscheidung der USA im Jahr 1971 den Gold-

Wenn man davon ausgeht, daß dies nur eine vorübergehende Phase ist, so impliziert dies, daß die Aussichten für die Edelmetalle etwas besser sind, als es in letzter Zeit Mode war, sie zu skizzieren. Der Faktor der Irrationalität scheint allerdings noch deutlicher zu sein auf dem Markt der Goldaktien. Vor fünf Jahren, als der Goldpreis fast bei 400 Dollar lag, erreichten die Goldbergwerksaktien nie dagewesene Höchstwerte an den Börsen. Während der Goldpreis immer noch fast bei dem Wert von damals liegt, bringen die Goldaktien derzeit zwischen 20 und 25 Prozent von dem ein, was sie damals einbrachten.

Offensichtlich macht die anhaltende Sorge über die Zukunft von Südafrikas Apartheid-Kampf die Aktien der Goldminen in diesem Land weniger attraktiv, als es sonst der Fall wäre. Doch selbst wenn man diesem Faktor in hohem Maße Rechnung trägt, sieht es immer noch so aus, als ob Goldbergwerkaktien unheimlich billig wären. □

Geldskandale

Immer nach dem gleichen Muster

James Harrer

In der Türkei gibt es Schlagzeilen über die Entwicklung eines riesigen Goldschmuggelnetzes. In der Schweiz sind Journalisten Betrügereien, Amtsmißbrauch und Irreführung der Öffentlichkeit an hohen Stellen auf der Spur. In Washington gibt es Fragen über einen zwielichtigen Ausländer, der hinter den Kulissen ein Hauptmanipulator der nationalen Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten war.

Ein kenntnisreicher Wall-Street-Experte für einen weltweit operierenden Versicherungskonzern meint dazu: »Diese weit verbreiteten Mysterien bilden ein gewisses Muster, wenn man eine außergewöhnliche Familie etwas näher betrachtet: die Ikles.« In den letzten Monaten haben verschiedene Geheimdienst- und amerikanische Justizquellen zugestanden, daß es sich bei den Ikles um einen ungewöhnlichen Clan handelt.

Mrs. Hans H. Kopp, geborene Elizabeth Ikle, bekleidet ein hohes Amt als erste weibliche Justizministerin in der Schweiz. Doch ihr Aufstieg in das höchste Rechtsamt des traditionalistischen kleinen Landes, das von den Schweizern als ein Experiment in der Gleichstellung der Geschlechter angesehen wird, hat eine ganz andere dramatische Wende gezeigt.

In Washington konnte sich ihr Cousin Fred Ikle einer noch bemerkenswerteren Karriere rühmen. Als jemand, der nach dem Zweiten Weltkrieg aus Europa kam und mit einem deutlichen Akzent sprach, wurde Ikle kurz nach der Amtsübernahme Ronald Reagans zum Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium ernannt und hatte dieses Amt bis vor kurzem inne. Ikle soll Reagans Schlüsselberater im Hintergrund gewesen sein, was die Festlegung der Militärdoktrin und weltweiten Strategie der Vereinigten Staaten angeht.

Doch Ikles Fortkommen in den USA war lange begleitet von Fragen über seine angeblichen Verbindungen zu Israel.

»In den achtziger Jahren war Ikles Amt, im Pengaton bekannt unter dem Namen ›policy shop‹, der Mittelpunkt für die umfassende Durchdringung unserer gesamten nationalen Sicherheitsbürokratie durch die Israelis«, sagt ein junger amerikanischer Waffenexperte, der das Verteidigungsministerium im Jahr 1986 verlassen hat und jetzt für eine große Transportfirma arbeitet.

»Die älteren Offiziere erzählen sich in Kaffeeklatschmanier, daß sie niemals etwas Derartiges gesehen haben. Alles, was die Israelis haben wollen in Form von Unterstützung in Sachen Geheimdienst, Ausrüstung oder Wirtschaftshilfe haben sie bekommen. Wir pflegten zu sagen, Ikle war ihr Schutzpatron.«

Geheimdienstquellen sagen jetzt, obwohl es noch andere Israel-Freunde im amerikanischen Verteidigungsministerium gab, war doch »Ikle die Zentralfigur«, wie es ein ehemaliger Programmkoordinator der Defense Intelligence Agency nannte. Ikles Verbindungen zu den Israelis schienen nicht unnatürlich zu sein. Er ist nicht amerikanischer Abstammung, und wie ein Informant es nannte, »hat er nie eine amerikanische Uniform getragen und konnte sie wahrscheinlich nicht von einer mexikanischen unterscheiden, als er sein Amt im Pentagon übernahm«.

In einer Reihe von Interviews mit Geheimdienstexperten kam heraus, daß Ikle kurz nach Reagans Amtsübernahme im Jahr 1981 insgeheim ins Weiße Haus gerufen wurde und eine schwierige Aufgabe erhielt: Er sollte eine Studie entwerfen, die als die Blaupause für die US-Strategie in den achtziger Jahren dienen sollte.



Der Schweizer Anwalt Hans Kopp und seine Frau Elisabeth, geborene Ikle.

»Ikle brauchte zwei Monate, um dieses wichtige Papier zusammenzustellen«, berichtete eine Informantin, die jetzt Hausfrau in Washington ist, damals jedoch Sekretärin im Nationalen Sicherheitsrat der USA war. »Er ließ nur einen vertrauten Kollegen daran mitarbeiten. Es war Richard Perle, der neben Ikle an jenen Tagen am meisten Israel zugetan war.«

Im September 1981 wurden die Ikle-Perle-Direktiven für die Verteidigungsposition der USA dem Weißen Haus vorgelegt. Der Präsident unterzeichnete das Dokument, und es wurde als die »Nationale Verteidigungslinie« der Reagan-Regierung herausgegeben.

»Andere Beamte, andere Präsidentenberater kamen und gingen, doch Ikles seltsame Macht blieb konstant«, sagt ein Berufsoffizier der US-Armee, der ein Jahr als Wissenschaftler in einem Washingtoner Denktank arbeitet. »Dieser Entwurf von ihm ist eine weitere Reihe von Richtlinien für das Militär unseres Landes. Offiziell bekannt als der ›Spezifische Verteidigungs‹-Bericht soll er eine Blaupause für die Strategie und Doktrin darstellen, die wir in den nächsten Jahren entwickeln sollen.«

Das hohe Amt und die Macht seiner Cousine Elizabeth allerdings scheint weniger dauerhaft zu sein.

Die türkischen Behörden, die schon seit langem umgeben sind von Goldschmuggeleien in großem Umfang, die das Finanzamt um Millionen an Steuern und Abgaben bringt und das jedes Jahr, sollen fstgestellt haben, daß der größte Teil der Edelmetall-Kontrabande in der Türkei von einem Schweizer Schmuggelsyndikat stammt. Berichten zufolge soll es sich bei der Fassade des illegalen Goldhandels um die Shakarco Company handeln, eine in der Schweiz eingetragene Firma unter der Leitung von Hans Kopp, dem Ehemann der Justizministerin.

»Gibt unsere oberste Richterin Schmugglern Unterschlupf?« fragte der Schweizer Journalist Olivier Grivat. Andere Journalisten stellten noch peinlichere Fragen über die Angelegenheit – eheliche und persönliche – der strengen Schweizer Justizchefin.

Es gibt neue Berichte, daß sie verwickelt gewesen sei in die fragwürdige Förderung und den Bankrott eines Geldmarksyndikats mit dem Namen Trans-B-K Ltd.; daß die gemeinsame Steuererklärung mit ihrem Mann untersucht würde; daß sie in den ganzen Jahren eng zusammengearbeitet hat mit einem anderen umstrittenen Schweizer Anwalt, gegen den jetzt strafrechtlich ermittelt wird wegen seiner Rolle in dem großen Guinness-Aktienskandal.

»Die Geschichte der Familie Ikle war bisher eine außergewöhnliche Erfolgsgeschichte«, sagt der Versicherungsexperte. »Jetzt ist es an der Zeit, herauszufinden, was diese Gewinner zum Laufen bringt und wie sie so weit gekommen sind.« □

Europa-Journal

EG-Parlament warnt vor Konkurrenz aus Fernost

Nach Auffassung der Abgeordneten schenkt Europa der Entwicklung in Asien zu wenig Beachtung. Die zwölf EG-Mitgliedstaaten wären gut beraten, die technologische Entwicklung in den Ländern des Fernen Ostens und vor allem in Japan aufmerksam zu verfolgen.

In zahlreichen hochtechnologischen Industriesektoren haben Japan und die »neuen Industriestaaten« Südostasiens – Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong – inzwischen stattliche Erfolge vorzuweisen. Nach Angaben des britischen EG-Abgeordneten Amédée Turner wies die Gemeinschaft im Elektronikbereich 1987 gegenüber den zehn am weitesten entwickelten Ländern des Fernen Ostens – einschließlich China und Indonesien – ein Handelsdefizit in Höhe von rund 28 Milliarden ECU (ein ECU = 2,07 DM) auf. Dies entspricht ungefähr zwei Drittel des EG-Haushalts.

Besonders ungünstig schneidet die Gemeinschaft im Handelsaustausch mit Japan bei einer Reihe von gängigen Erzeugnissen der Elektronikindustrie ab. Hierzu zählen Fotoapparate, Fotokopierer, Telefone, Telexgeräte, Computer, Fernseh- und Radiogeräte, Videogeräte, Stereoanlagen, elektronische Musikinstrumente, Mikrowellenherde, Uhren sowie Rechner.

Bei 13 dieser Produkte weist die EG auch gegenüber Südkorea und Taiwan ein Handelsdefizit auf. Es wird darauf hingewiesen, daß jedoch hinter der Produktion in anderen Ländern Südostasiens vielfach japanische Investoren stehen.

Zudem hat es Japan längst nicht mehr nötig, westliche Technologie zu imitieren, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Vielmehr verfügt das fernöstliche Land über eigene – sorgfältig geplante und langfristig angelegte – Forschungsprogramme, die auf einer engen Zusammenarbeit zwischen privater Wirtschaft und staatlichen Forschungseinrichtungen beruhen. Dagegen läßt die europäische Forschung nach Aussage des EG-Abgeordneten Turner mehr Raum für die Intuition des Einzelnen. □

EG-Handelspakt mit Moskau über Nahrungsmittel

Lord Henry Plumb, Präsident des Europäischen Parlaments, hat in Moskau die Möglichkeit eines Agrar-Handelspakts zwischen den Sowjets und der Europäischen Gemeinschaft zur Spache gebracht.

Einem Bericht im Londoner »Daily Telegraph« zufolge führte Plumb die erste Delegation der Europäischen Gemeinschaft auf höchster Ebene in der Sowjetunion an, seit formale Beziehungen zwischen dem Comecon des Sowjetblocks und der EG im Juni 1988 aufgenommen wurden.

Während seines Besuchs argumentierte Plumb, daß eine solche Handelskooperation auf dem Nahrungsmittelsektor zu einer Lösung für viele Welternährungsprobleme führen kann. Gemeinsame Bemühungen der EG und der Sowjets können dazu beitragen die Hungersnot in vielen Ländern zu reduzieren, insbesondere in Zentralafrika.

Angesichts der Lebensmittelsituation in der Sowjetunion ist Moskau wahrscheinlich vor allem an Lebensmittellieferungen nach Moskau und nicht nach Afrika interessiert. □

Schweden beherbergt IRA und andere Terroristen

Der Leiter des schwedischen Anti-Terrorkommandos, Krister Hansen, äußerte gegenüber der schwedischen Tageszeitung »Svenska Dagbladet«, daß mehrere terroristische Gruppen aktive oder geheime Zellen in Schweden hätten, darunter Gruppen aus Nahost und Sikhs sowie baskische Separatisten.

Hansen meinte, daß es unmöglich sei, all ihre Aktivitäten zu überwachen: »Wir können nicht ihre Telefone abhören oder schauen wie sie atmen. Wir haben weder die Mittel noch die rechtlichen Möglichkeiten dies zu tun.«

Er wies darauf hin, daß sich in der Stadt Malmö im Süden des Landes eine große Anzahl von IRA-Terroristen befindet. Hansen zufolge wurde die Gruppe mehrmals von aktiven IRA-Mitgliedern besucht, die von anderen Orten Europas dorthin kamen. Terence McGeough zum Beispiel, der verdächtigt wurde der IRA anzugehören und vor einigen Wochen in der Bundesrepublik verhaftet wurde, nachdem er aus Holland über die Grenze gekommen war, hat zwischendurch unter falschen Namen fünf Jahre lang in Malmö gelebt.

»Als er hier noch unter seinem wirklichen Namen lebte, hatten wir nicht genügend Mittel zur Verfügung, um ihn ausfindig zu machen«, erklärte Hansen. Er meinte, die anderen IRA-Mitglieder, die in Schweden leben, »seien Leute mit den gleichen Überzeugungen und Aktivitäten wie McGeough.«

McGeough wurde verhaftet wegen des Verdachts britische Soldaten in Westdeutschland und Belgien ermordet zu haben.

Der Staatsanwalt von Malmö, Axel Richter, hat eine vollständige Untersuchung der Aktivisten der IRA in Malmö angeordnet. Richter: »Im Augenblick steht McGeough lediglich unter dem Verdacht sich illegal in Schweden aufgehalten zu haben, doch wir müssen untersuchen, ob er seine Wohnung in Malmö zur Vorbereitung von Terroranschlägen und als Depot für Waffen und Sprengstoffe benutzt hat.«

Die britische Polizei hat von der britischen Regierung verlangt, sie solle sich auf höchster Ebene mit den schwedischen Behörden in Verbindung setzen, um die Situation zu handhaben. In einem Kommentar des Londoner »Daily Mail« hieß es, Hansens Enthüllungen werden wahrscheinlich in Schweden »ein größeres Spektakel auslösen«, nach der ganzen Kontroverse um die Sicherheitsdienste wegen der Ermordung Palmes. □

Notstandsplan für Europas Meere

Seit April 1988 fallen in Nord- und Ostsee Tausende von Robben einer Viruserkrankung zum Opfer, deren Ursachen in der zunehmenden Verschmutzung der Meere zu suchen sind. In einer gemeinsamen Entschließung hat deshalb das Europa-Parlament von der EG-Kommission und den zwölf Mitgliedstaaten Sofortmaßnahmen zum Schutz der Gemeinschaftsgewässer gefordert. Nach Auffassung der Abgeordneten sollten Ableitungen von giftigen und gefährlichen Stoffen in die Gewässer künftig strengeren Kontrollen unterliegen.

Ferner befürworten die Parlamentarier die Einsetzung einer Nordsee-Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller an der Nordsee-Konferenz teilnehmenden Staaten. Die Gruppe soll zwischen den EG-Staaten und Drittländern für eine Koordinierung der Forschungsarbeiten über die Probleme der Norseeverschmutzung sorgen. Schließlich verlangen die Abgeordneten einen Notstandsplan für die bedrohten Robben, der deren fachgerechte Behandlung gewährleistet.

Nach Ansicht der Abgeordneten sollte die EG-Kommission möglichst bald Richtlinienvorschläge über Phosphor erarbeiten. Nur eine unabhängige europäische Kontrollbehörde kann, so das Parlament, die Phosphor-Einleitungen der Industrieunternehmen wirksam begrenzen. Gegenwärtig gelängen jährlich rund 25 000 Tonnen Phosphor allein in italienische Gewässer.

Außerdem appeliert das EG-Parlament an die italienische Regierung, eine internationale Konferenz über die Verschmutzung des Flusses Po und der Adria einzuberufen. □

Dänemark darf Plastikflaschen weiter verbieten

Der Umweltschutz gehört zu den »Hauptzielen der Gemeinschaft« und kann somit in gewissen Fällen eine Beschränkung des EG-weit geltenden Prinzips der Freizügigkeit für Waren rechtfertigen. Mit dieser Begründung hat jetzt der Europäische Gerichtshof eine Klage der EG-Kommission gegen die dänische Regierung zurückgewiesen. Dänemark hatte die Einfuhr von Bier oder sonstigen Erfrischungsgetränken in Einweg- und Plastikflaschen verboten. Nach Auffassung der Kommission verstieß Dänemark damit gegen den Grundsatz des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft. Das Verbot sei ein versteckter Versuch, die einheimischen Getränkehersteller vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

In Dänemark dürfen Getränke ausschließlich in Pfandflaschen verkauft werden. Zudem muß die Flaschenform einer bestimmten, staatlich festgelegten Norm entsprechen, damit das Leergut landesweit von jedem Händler zuückgenommen werden kann. Erst kürzlich hatte Dänemark diese Bestimmungen etwas gelockert und die Einfuhr anderer Getränkeverpackungen zugelassen. Allerdings muß der Importeur ein ausreichendes Netz von Rücknahmestellen für die Flaschen einrichten. Ferner dürfen ausländische Anbieter nicht mehr als 3000 Hektoliter pro Jahr einführen.

Nach Auffassung der EG-Richter trägt das dänische System in hohem Maß zum Schutz der Umwelt bei, da es die Wiederverwendung der Flaschen gewährleistet. Die Begrenzung auf 3000 Hektoliter für ausländische Hersteller ließe sich hieraus jedoch nicht rechtfertigen und sei somit unzulässig.

Mit ihrem jüngsten Urteil hat der Europäische Gerichtshof dem Umweltschutz absoluten Vorrang eingeräumt. Andere EG-Mitgliedstaaten könnten allerdings nach dieser Entscheidung in Versuchung geraten, ihre protektionistischen Betrebungen unter einem ökologischen Mäntelchen zu verbergen. □

Mafia festigt ihr Opium-Geschäft

Unter Vorsitz des Kriegsherrn der chinesischen Minderheit auf Burma, Khun Sa, hat die Triad Society oder chinesische Mafia in Hongkong ein Treffen abgehalten. Zweck dieses Treffens war die Umstrukturierung der finanziellen Seite des Drogenhandels, wie es in der italienischen Wochenzeitung » Europeo « heißt.

Die Drogenbehörden weltweit, so heißt es darin, beobachten Khun Sa und seine Shan United Army auf Burma genau, da allein in den vergangenen drei Monaten der Anteil der Shan-Mafia am Welt-Heroinmarkt von drei Prozent auf 40 Prozent gestiegen ist und sie sich mit der sizilianischen Mafia über die komplette Übernahme des Drogenhandels mitten in einem erbitterten Krieg befinden.

»Europeo« zufolge wollte Khun Sa ursprünglich gemeinsame Operationen mit einigen führenden Mafia-Familien in den Vereinigten Staaten – unter anderem den Bonnano- und Genua-Clan – durchführen. Doch jetzt, angesichts des Zusammenbruchs der sizilianischen Drogenhändler auf Sizilien und in den USA, sieht Khun Sa die Gelegenheit vollständig an ihren Platz zu treten.

Die Polizei in New York berichtet von toten Sizilianern, die aufgefunden wurden und chinesische Tätowierungen aufwiesen. Wie es in »Europeo« heißt, spekulieren der CIA und andere Quellen, daß der Grund für das Treffen in Hongkong gewesen ist, daß die Shan ihre Finanzoperationen wird umorganisieren müssen, sobald das kommunistische China die britische Kronkolonie im Jahr 1997 übernehmen wird.

Der letzte Punkt ist typisch für die politische Falschinformation, von denen der Artikel in »Europeo« durchsetzt ist. Es wird darin behauptet, daß es sich bei den Shan-Führern um die alten Kuomintang-Gefolgsleute des nationalistischen Generals Tschiang Kai-Tschek handelt und die Triad wird als die »Mafia Taiwans« bezeichnet.

Obwohl die amerikanische Drogenbehörde es wiederholt bestritten hat, arbeitet Khun Sa nach eigener Aussage tatsächlich mit der rotchinesischen und der Theodore-Shackley-Sektion des CIA zusammen, der »privatisierten« Sektion, die in Oliver North Iran-Contra-Operation von sich Reden machte.

Shackley war im »schmutzigen Krieg« in den sechziger Jahren CIA-Stationschef in Laos und finanzierte viele Nebenoperationen mit Hilfe von Khun Sas Opiumhandel.

Was weder »Europeo« noch offizielle Sprecher der US-Drogenbehörde zugeben ist, daß Sas Opium nicht in Burma angebaut wird, sondern in der Hunan-Provinz in der Volksrepublik China. □

Gorbatschow will gute Beziehungen zu China

Der chinesische Premierminister Li Peng hat auf die »diplomatischen Initiativen« scheinbar positiv reagiert, die Michail Gorbatschow im Herbst in Krasnoyarsk, Sibirien, dargelegt hat. Während er vorschlug, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen verlassen im Austausch dafür, daß die Sowjets Cam Ranh Bay verlassen, fordert Gorbatschow auch erneut einen baldigen chinesisch-sowjetischen Gipfel.

»Wir möchten unsere Beziehungen zu der Sowjetunion sehr gerne normalisieren«, soll Li Peng gesagt haben. »Unser Ziel ist es unsere Beziehungen wieder auf einen normalen Stand zu bringen, doch nicht auf den Stand, wie er in den fünfziger Jahren existierte. Wir werden nicht zu der Zeit zurückkehren, als wir mit der Sowjetunion verbündet waren.«

Er fügte hinzu: »Unsere amerikanischen Freunde sollten sich darüber nicht unbehaglich fühlen, denn die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen haben viel mehr Fortschritte gemacht als die zwischen Beijing und Moskau in letzter Zeit.«

Unterdessen hat die Sowjetunion zugestimmt China 82 Millionen Dollar zu leihen, damit eine Eisenbahn entlang der zentralasiatischen Grenze fertiggestellt werden kann. Durch diese Verbindung wird Chinas Nordwesten (Xinjiang) mit der Sowjetrepublik Kasachstan verknüpft und der Weg zwischen Europa und dem Fernen Osten wird kürzer. Der sowjetische Teil wurde in den fünfziger Jahren fertiggestellt, doch China stoppte die Arbeiten nach dem Abbruch der Beziehungen und nahm sie erst im Jahr 1985 wieder auf. □

Dollar soll pro Jahr um 6,66 Prozent fallen

Der Dollar wird nach den Worten des früheren Beraters des US-Präsidenten, Martin Feldstein, in den kommenden drei Jahren 20 Prozent an Wert verlieren. Dies ergibt einen jährlichen Wertverlust von 6,66 Prozent.

Interessant wird dies aber erst dann, wenn man weiß, daß die Zahl »666« den Eingeweihten die fast absolute Macht, die das Geld verleiht, versinnbildlicht. Diese Zahl, die schon in der Johannes-Offenbarung des Neuen Testaments auftaucht und den am Ende der Zeiten stehenden Weltstaat kennzeichnet, ist die Zahl der die Welt lenkenden Hintergrundmächte.

Verdeutlicht wird dies auch durch die Computerkennzeichnungen,die auf allen Markenartikel im Handel angebracht sind. Alle diese Streifen sind unten durch Zahlen identifiziert, außer dem ganz linken und rechten, manchmal auch den in der Mitte. In den USA wurde dieser Computercode entziffert. Diese nicht identifizierten Streifen ergeben die Zahl 666.

In der Bibel steht bereits: »Das Gewicht des Goldes, das für Salomon innerhalb eines Jahres einging, betrug 666 Goldtalente.« Als Nachfolger Salomons verstehen sich bekanntlich die Päpste. Bezeichnend ist, daß die Quersumme beider Inschriften in der Tiara der päpstlichen Krone, 666 ergeben.

Die Zahl 666 zieht sich derart häufig durch die Jahrhunderte, daß ein Zufall vollkommen ausgeschlossen ist. □

Anschluß oder Neutralität

Karl Richter

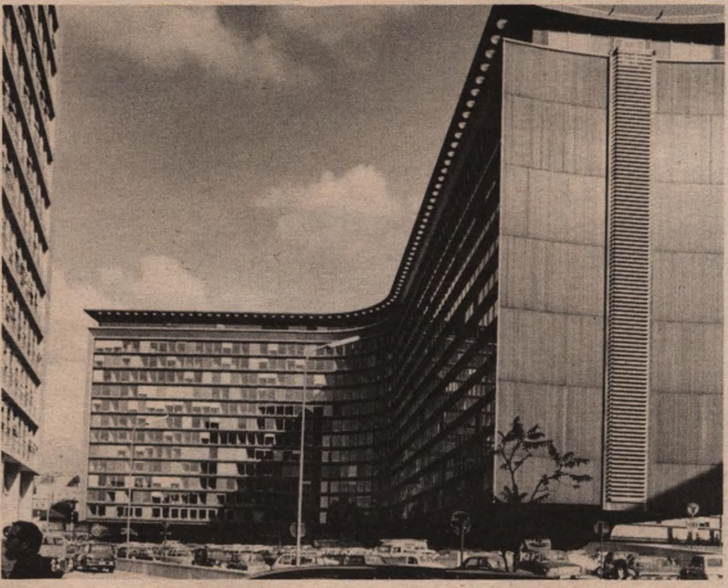
Die Österreicher haben es in diesem Jahrhundert nicht leicht: Erst wird ihnen der Sprung aus der Monarchie in eine Republik zugemutet, die sich als nicht lebensfähig erweist; dann wird ihnen der »Anschluß« an das Reich definitiv untersagt. Als er dennoch stattfindet, stehen von 100 Österreichern 99 jubelnd am Straßenrand – aber schon sieben Jahre später hat ihn keiner gewollt.

Heute ist die Alpenrepublik ein souveräner Staat, außenpolitisch zur Neutralität verpflichtet, der einzige deutsche Staat, auf dessen Territorium gegenwärtig keine fremden Truppen stehen. Um so verwunderlicher will es erscheinen, daß die Initiative zu einem neuen »Anschluß«, an die Europäische Gemeinschaft (EG) nämlich, heute von den Österreichern selbst ausgeht.

Suche nach einem gangbaren Mittelweg

Die prinzipiellen Vor- und Nachteile des für 1992 anvisierten europäischen Binnenmarktes zu erörtern, ist dies nicht der Rahmen. Daß aber gerade von bundesdeutscher Seite berechtigte Vorbehalte gegen die »Einigung« anzumelden wären, dürfte kaum jemand bestreiten. Die erst unlängst angekündigte Erhöhung der Verbrauchssteuern etwa – in erfreulicher Offenheit mit bundesdeutschen EG-Verpflichtungen begründet – gehört hierher, aber auch die Dauerkrise der Stahl-, Werft- und Agrarindustrie hierzulande.

Das alles müßte in der benachbarten Alpenrepublik wohlbekannt sein. Auch daß ihr Land, das in den letzten Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von rund zwei Prozent jährlich für sich verbuchen konnte, nicht mit den Beitragsleistungen Spaniens oder Portugals davonkommen dürfte, wird den Wiener Beitrittsbefürwortern vermutlich klar sein.



Ein eventueller Beitritt Österreichs zur Brüsseler Europäischen Gemeinschaft stößt in Moskau auf wenig Verständnis.

Es sind denn in der Tat gewichtige wirtschaftliche Gründe, die das Land dennoch die Ankoppelung an den angestrebten EG-Binnenmarkt suchen lassen. Allein 1986 bezog Österreich 67 Prozent seiner Importe aus EG-Ländern, in der Export-Spalte lag der EG-Anteil immerhin bei 60 Prozent, während im gleichen Zeitraum die Einfuhren aus Ostblockländern um 26 Prozent zurückgingen; der österreichische Exportsaldo mit RGW-Ländern liegt ohnehin chronisch im Minusbereich.

Es ist die »normative Kraft« dieser Fakten, die österreichische Politiker schon seit längerem nach einem gangbaren Mittelweg zwischen EG-Vollmitgliedschaft und staatsvertraglich verpflichtender Neutralität Ausschau halten läßt. Gangbar und akzeptabel für den Kreml, für den eine definitive Einbindung Österreichs in den westeuropäischen Wirtschaftsraum aus naheliegenden Gründen nicht in Frage kommt.

Die stille Wirtschaftsgemeinschaft der Deutschen

Dabei sind die Argumente, die die Sowjets gegen die österreichischen Ambitionen vorbringen, von sehr unterschiedlicher Qualität. So ist der Hinweis auf eine mögliche Erweiterung der Gemeinschaft in ein Militärbündnis – was mit der Neutralität der Alpenrepublik in der Tat unvereinbar wäre – kaum mehr als hanebüchen.

Schwerer schon wiegt die Argumentation, daß sich Österreich ausdrücklich zur »immerwährenden« Neutralität verpflichtet habe; diese aber wäre mit einer Vollmitgliedschaft des Landes in der EG hinfällig, gingen doch im Beitrittsfalle eine ganze Reihe von Kompetenzen, etwa im Bereich des Außenhandels, auf den Brüsseler Rat über. So könnte Österreich beispielsweise über die EG gezwungen werden, in ein kriegführendes Land wichtige Industriegüter zu exportieren, obwohl die Vorgabe der dauernden Neutralität dies strikt untersagt.

Bei alledem ist nicht auszuschließen, daß die sowjetische Polemik eine ganz andere Stoßrichtung verfolgt. Artikel 4 des österreichischen Staatsvertrages legt – wie bereits Artikel 88 des Diktatfriedens von St. Germain aus dem Jahr 1919 – das Verbot eines Anschlusses an Deutschland fest.

Im Wortlaut: »Erstens, die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiet und wird keine wie auch immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen. Zweitens, um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich keinerlei Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen.

Österreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.«

Schilling sklavisch an die DM gekettet

Nun ist die Argumentation zwar haltlos, die EG sei identisch mit einem ihrer Mitgliedsstaaten, in diesem Fall der Bundesrepublik Deutschland, so daß ein österreichischer Beitritt eben doch die Vereinigung mit Deutschland in sich schlösse. Dennoch attackierte der Kreml im Sommer 1984 genau mit dieser Behauptung die engen Wirtschaftsverflechtungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland und kritisierte den

»ökonomischen Anschluß«, der da auf kaltem Wege vollzogen werde.

Die »stille Wirtschaftsgemeinschaft« der Deutschen, auch mit denen in der DDR, ist freilich Tatsache: Von den 67 Prozent seiner Einfuhren, die Österreich aus EG-Ländern bezieht, entfallen allein 44,1 Prozent auf die Bundesrepublik und 31 Prozent aller österreichischen Exporte gehen dorthin. Und daß der Schilling geradezu sklavisch an die D-Markt gekettet ist, liegt ohnehin offen zutage.

Vor diesem Hintergrund gewänne der EG-Beitritt der Alpenrepublik eine ganz neue Dimension. Knapp 70 Millionen Bürger der Gemeinschaft sprächen dann deutsch, was unversehens Gewichtungen herbeiführen könnte, die heute noch außerhalb jeder Spekulation liegen.

ÖVP-Fraktionschef König, der unlängst in Brüssel sondierte, widersprach zwar indirekt solchen Überlegungen, indem er unterstrich, sein Land würde sich »selbstbewußt in den Club der Kleinen« einreihen, um eine wirksame Interessenvertretung gegenüber den größeren Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Aus der Welt geschafft wird das Faktum der wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit der Bundesrepublik damit aber nicht.

Die Österreicher selbst wollen sich mit dem neuen »Anschluß« offenbar Zeit lassen. Die endgültige Entscheidung über einen Antrag soll nach Angaben von Bundeskanzler Vranitzky erst 1989 fallen.

Tatsächlich könnte der Beitritt des neutralen Landes schon mittelfristig eine kleine Lawine im politischen Gefüge Europas »nach Jalta« lostreten. Auch das ebenfalls neutrale Schweden liebäugelt mittlerweile mit dem europäischen Binnenmarkt, von der beitrittswütigen – und so gar nicht abendländischen – Türkei ganz zu schweigen.

Für Moskau bedrohlicher dürfte sich allerdings die Ausstrahlung der Gemeinschaft auf die eigenen Satellitenstaaten im westlichen Vorfeld auswirken. Daß Österreich in diesem Kontext eine besondere Rolle zufiele, wissen die Kreml-Herren vermutlich selbst am besten. Moskau wird also weiterhin mauern, trotz »Glasnost« und Gorbatschow, aber eine Strategie auf Dauer ist das schwerlich.

Auch im östlichen Machtbereich gewinnt die Idee »Habsburg« gegenwärtig unversehens Konturen, ob das den sozialistischen Statthaltern in Budapest, Prag oder Belgrad paßt oder nicht. So formulierte der Ungar György Konrád 1985 aus der Perspektive seines Landes: »Als Präsent von Jalta und Potsdam hat es sich ergeben, daß wir die Organisationsform Rußlands erhalten haben. Wir haben uns aus dem autoritären Apparat des mitteleuropäischen österreich-deutschen Reiches herausgeschlängelt und sind in die autoritäre Organisation des östlichen Reiches hineingeschlittert.«

Auf die Deutschen kommt es an

Daß sich in jüngster Zeit gerade ungarische Politiker für den Schutz der deutschen Minderheit im benachbarten Rumänien stark gemacht haben, dürfte den meisten Bundesbürgern kaum zu Bewußtsein gekommen sein.

Neben dem Tschechen Milan Kundera ist es vor allem der hochbetagte Montenegriner Milovan Dijlas, der die vormalige Habsburger-Monarchie ausdrücklich in seine Überlegungen zum Thema Mitteleuropa miteinbezieht. Die im Diktatfrieden von St. Germain und Trianon zu Grabe getragene Staatsidee eines mittel- und südosteuropäischen Machtgefüges unter deutscher Leitung gewinnt unvermittelt an Aktualität, wenn Dijlas mit Blick auf die Zweite Republik schreibt: »Für das Volk, für die ›gewöhnlichen Menschen‹, zumal für jene aus den einstigen österreichischen imperialen Ländern, die unter die Vorherrschaft des neuen militärischen und totalitären Imperiums geraten sind – für sie ist das heutige demokratische und prosperierende Österreich ein Vorbild und eine gute Hoffnung.«

Müssen schon diese Gedankengänge einigermaßen beunruhigend auf die professionellen Verfechter des »Status quo« in Ost und West wirken, so war es doch ausgerechnet SPD-Vordenker Peter Glotz, der 1986 die alte Reichsidee wieder ins Gespräch brachte und für »Mitteleuropa« als gangbaren Weg vorschlug. Damit war erstmals die Erkenntnis verbunden, daß jede Europa-Konstruktion, die die Deutschen unberücksichtigt läßt, eine Fehlgeburt ist.

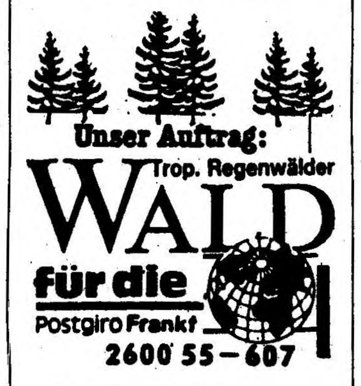
»Auf die Deutschen kommt es an«, lautete der Titel eines italienischen Sachbuch-Bestsellers der letzten Jahre; die Feststellung gilt gerade für die Diskussion um jede Form einer europäischen Einigung.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Daß Glotz, Kundera, Dijlas und Konrád »Linke« sind, mithin nicht gut als Kronzeugen für ein »Europa der Vaterländer« angerufen werden können, liegt auf der Hand. Auch daß die alte Habsburger-Monarchie gerade in ihrem übernationalen Charakter Jahrhunderte vor St. Germain und Trianon den Keim zur Auflösung in sich trug, dürfte heute zu den gesicherten historischen Erkenntnissen gehören. Es kann heute weder darum gehen, etwa im Sinne der »Paneuropa«-Ideologie eine konservativ-bürgerliche Staatenunion in Europa zu rekonstruieren, noch einen egalitär-liberalen Staatenbund nach amerikanischem Vorbild zu fordern.

Der Grundriß des gemeinsamen Hauses

Aber als operative Handhabe könnte sich die »Idee Mitteleuropa«, das habsburgisch-österreichische Modell, heute als überaus wertvoll erweisen. Es böte die Möglichkeit, dem Osten im Krieg der Parolen und Worte wieder die Initiative zu entreißen, dem vom Kreml inszenierten Abrüstungstaumel der Westeuropäer ein realistisches außenpolitisches Konzept entgegenzusetzen.

Dabei wäre Medienstar und Kremlherr Gorbatschow, der die Vokabel vom »gemeinsamen Haus Europa« beständig im Mund führt, lediglich beim eigenen Wort zu nehmen. Die Formel »Europa« ließe sich jederzeit in ein offensives Konzept gegen den östlichen Machtblock verwandeln, für das die Völker Ost- und Südosteuropas nach vier Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft nur allzu offen wären. □



Geheimdienste

Die Romanze des Jahrhunderts

Peter Blackwood

Ein passenderer Untertitel für das Buch von Anthony Glees »The Secrets of the Service: A Story of Soviet Subversion of Western Intelligence« (»Die Geheimnisse des Geheimdienstes: Eine Geschichte sowjetischer Subversion des westlichen Geheimdienstes«) wäre »Eine Verteidigung der sowjetischen Subversion des westlichen Geheimdienstes«. Das ist der Kernpunkt dieser parteiischen Intervention in die Debatte um die Eindringung sowjetischer »Doppelagenten« wie Kim Philby, Anthony Blunt, Guy Burgess in den britischen Geheimdienst – insbesondere der Kampf, der seit den siebziger Jahren um den ehemaligen MI-5-Chef Roger Hollis wütet.

War Roger Hollis ein Doppelagent? Anthony Glees bringt folgende Beurteilung mit ins Spiel: »Es besteht absolut kein Grund zu der Annahme, daß Roger Hollis selbst in irgendeiner Form des Verrats schuldig war, obwohl er eindeutig Fehler gemacht hat.« Glees' Urteilsspruch über den Fall Hollis ist nicht überraschend. Er behauptet, daß selbst wenn Doppelagenten existieren, so richten sie in Wirklichkeit keinen großen Schaden an, und vielleicht gibt es so etwas wie »Subversion« überhaupt nicht. Das ganze historische Material in seinem Buch, von dem einiges interessant ist, ist dem Zweck der Verteidigung der mächtigen Gruppen des britischen Establishments unterworfen, die sich einer siebzigjährigen Liebesaffaire mit der sowjetischen Diktatur hingegeben haben. Glees bestätigt die Hilfe von Mitgliedern aller Establishment-Familien wie Cecils, Astors und Balfours.



Donald Maclean (mit Fliege) sitzt auf Sir John Balfours Schreibtisch. Rechts von Balfour Botschafter Sir Nicholas Henderson. Links außen: W.D. Allen.

Zur Verteidigung des Verrats

Vor seinem kürzlichen Tod behauptete ein sich erhebender Stimmenchor im Vereinigten Königreich, der frühere MI-6-Beamte Kim Philby – obwohl er ein General im sowjetischen KGB war – sei entweder ein britischer »dreifacher« Agent oder er habe zumindest Großbritannien niemals wirklichen Schaden zugefügt. In beiden Fällen, so fügten sie hinzu, sei es klar, daß Philby »auf unserer Seite« war, da er jetzt für den großen Reformer Gorbatschow arbeite.

Am lautstarksten in diesem Chor war dabei eine Gruppe von Philbys ehemaligen Kollegen im MI-6, die erklären, sie glauben noch immer daran, daß er des Verbrechens des Verrats nicht schuldig sei. Glees schlägt sich auf deren Seite mit seinem Kommentar über eine Aktennotiz des Außenministeriums, in dem Philby gelobt wird:

»Diese Art von Aussagen hat manche Autoren zu der Überzeugung veranlaßt, daß Philby in der Tat gute Arbeit für den MI-6 geleistet hat, während er auch mit Volldampf für die Russen arbeitete.«

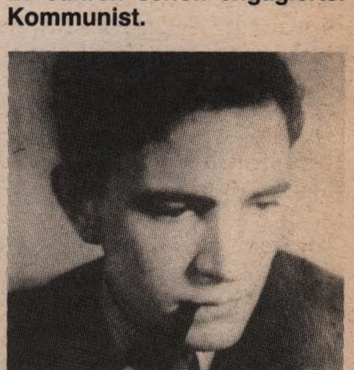
Glees' Entschuldigungen gehen noch weiter in dem Vorwort über seine Feststellungen: »Wir werden sehen, daß im allgemeinen der Umfang des Schadens, den die Doppelagenten verursacht haben, bei weitem übertrieben worden ist. Ihre Aktivitäten waren zwar ernster Natur, doch es gibt keinerlei Beweise, die darauf hindeuten würden, daß – außer in sehr vereinzelten Bereichen – die Sache sich sehr anders verhalten hätte, wenn die Doppelagenten loyal der Krone gedient hätten und nicht Stalin.

Keinen Einfluß auf die große Politik

Wenn gezeigt werden kann, daß die Doppelagenten die wahre Natur des Stalinismus und die Rolle nicht kannten, die der von den Sowjets ausgehende Kommunismus im Nachkriegs-Europa spielen sollte, dann wird es schwierig, Stalins Engländer und Engländerinnen als böse und schlimme Subversive zu verurteilen. Die Subversion selbst wird dann sogar zu einem strittigen Begriff.

Es wäre nicht leicht, sie des Verrats zu überführen, wenn sie beweisen können, daß sie nicht gewußt haben, daß Stalin und die Krone nicht miteinander zu vereinbarende Meister sind und daß

Donald Maclean war 1934 mit 21 Jahren schon engagierter Kommunist.



Kim Philby 1934 als stiller und wenig auffallender Student in Cambridge.

sie, indem sie dem ersteren dienten, nicht gleichzeitig auch dem letzteren hätten dienen können. Hat nicht Anthony Blunt behauptet, er sei in der Zeit seines Dienstes für Stalin mit ganzem Herzen der Sache Großbritanniens verschrieben gewesen?«

Die Doppelagenten haben nach Ansicht von Glees keinen Schaden angerichtet, weil »nur am Rande der großen Politik« Veränderungen den Gesamtkurs der Ereignisse verändert hätten. Die »große Politik« allerdings war verankert in einem anglo-sowjetischen Bündnis, das im Mai 1942 durch einen Vertrag kodifiziert wurde, der 20 Jahre dauern sollte; die Doppelagenten

»klopften also lediglich an Türen, die bereits offen waren«.

Mit Bezug auf Hollis sagt Glees: »Eine Vertuschung hätte nur zwei Ziele: das britische Establishment zu schützen oder eine tiefe und weitverbreitete kommunistische Verschwörung in Großbritannien zu verdecken. Für letzteres gibt es nicht einmal den Schatten eines Beweises.«

Damit kommen wir zum Kernpunkt der Sache: Die Rolle der Gruppen des britischen Establishments in Jahrzehnten der Spionage und des Verrats gegen die Staaten-Nation Großbritanniens selbst.

Das wahre Thema, darauf besteht Glees zu Recht, ist die große Politik. Wer hat sie gemacht und was waren die Motive und der Wissensstand? Resultierte die umfangreiche Unterstützung, die der britische Premierminister Winston Churchill, das Außenministerum und andere an der Spitze des Establishments Stalin angeboten haben, lediglich aus der Notlage des Krieges heraus? Wo diese Hilfe wahrhaft ungeheuerlich war, wie die Konzession an Stalin hinsichtlich Osteuropas in Jalta, war es wegen »fehlendem Wissen« über Stalins Absicht?



Anthony Blunt 1933, mit 27 Jahren. Drei Jahre zuvor hatte er promoviert.

»Es wird viele geben«, sagt Glees, »die von vornherein das Schlimmste annehmen werden. ›Ah ja‹, werden sie sagen, ›die gesamte britische Außenpolitik im Hinblick auf Rußland war unterwandert.‹ Sie können sogar annehmen, daß jedermann von Roger Hollis im MI-5 bis zu Winston Churchill in der Downing Street ein Sowjetagent gewesen ist.«

Man hätte den Krieg stoppen können

Die Verbindung Churchill-Hollis – nur durch die große Politik wohlgemerkt – ist ein wichtiger Punkt für Glees, wie seine wiederholte Nebeneinanderstellung der beiden Namen unterstreicht.

wenn die Briten für einen Coup ihre Zustimmung gegeben hätten. Churchill bestätigte: »Es bestand keine Möglichkeit für ein Hindernis. Alles, was für einen völlig erfolgreichen Coup nötig gewesen wäre, war Hitlers Anwesenheit in Berlin.«

Der zweite Versuch Bonhöffers hätte den Krieg in den Jahren 1942/43 beenden können, in diesem Falle hätten Stalins Armeen Deutschland niemals erreicht und die Landkarte Europas der Nachkriegszeit hätte ganz anders ausgesehen.

Glees überschlägt sich fast in seiner Verteidigung der Entscheidung Churchills. Eine Entschuldigung, die er vorbringt, ist die,



Kim Philby (Mitte) und George Blake bei einem Lunch im Garten der Datscha Philbys und seiner Frau außerhalb Moskaus.

Einer der berüchtigsten solcher »Fehler« der großen Politik war Churchills Entscheidung, die deutsche Anti-Hitler-Opposition nicht zu unterstützen, als ihn der Vertreter des deutschen Generalstabs Ewald von Kleist-Schmenzin, vor dem Krieg wegen der britischen Unterstüzung eines Militärcoups gegen Hitler ansprach und erneut dann im Jahr 1942, als Kreise des Widerstandes um den deutschen Führer, Pastor Dietrich Bonhöffer zum Beispiel, an London herantraten.

Die früheren Kontakte, zu denen Sir Robert Vansittart und Lord Lloyd ebenso wie Churchill gehörten, hätten den Krieg stoppen können bevor er begann,

daß Kim Philby die Bedeutung der deutschen Opposition heruntergespielt hat. An dieser Stelle widerlegt Glees seine eigene Behauptung, daß die sowjetischen Doppelagenten in Großbritannien keinen großen Unterschied machten.

Glees streift andere Gelegenheiten nur, die die Gruppierungen des Establishments, die er verteidigt, in Verruf bringen würden wie die militärisch unkluge Entscheidung, eine Front in Nordafrika zu öffenen, anstatt auf dem europäischen Kontinent. Das half ebenfalls, den Krieg zum Nutzen Stalins zu verlängern.

Nachdem Glees diese gewichtigen Entscheidungen der großen Politik ignoriert oder nur gestreift hat, besitzt er die Unverschämtheit zu behaupten, das Abkommen von Jalta vom Februar 1945, das Stalins Gegenwart in Osteuropa und in der Hälfte Deutschlands legitimierte, sei kein Ausverkauf gewesen, weil die Rote Armee die Hälfte Europas erobert hatte und außerdem der Westen »wirklich nichts« über Stalins Diktaturpläne in dem an ihn abgetretenen Territorum »wußte«.

Das Kennzeichen des Verrats

Der ehemalige Beamte der Gegenspionage von MI-5, Peter Wright, und andere haben Jahre damit verbracht, das Netzwerk von »Doppelagenten« aus Philbys Kreisen und seinen Protektoren nachzuvollziehen. Wrights Memoiren mit dem Titel »Spycatcher« machen jedoch deutlich, daß selbst eingeweihte und begabte Gegenspionage-Experten wie Wright und seine Kollegen in hundert Jahren nicht alle Doppelagenten fassen könnten, die das Establishment des britischen Geheimdienstes durchziehen. Das Problem ist nicht die Anzahl, sondern die Methode.

Wright und die anderen haben begonnen, mit den Zeugenaussagen sowjetischer Überläufer, abgefangenen Geheimdienstinformationen und anderen Quellen, aus denen hervorgeht, daß ständig Staatsgeheimnisse in den Händen der Sowjets aufgetaucht sind. Aus diesen Beobachtungen ziehen sie drei Schlußfolgerungen im Stile von Sherlock Holmes, die ihre Untersuchungen seit dem Flug von Burgess und Maclean nach Moskau im Jahr 1951 geleitet haben.

Erstens: Eine Anzahl einzelner Doppelagenten ist verantwortlich für diese Aktivität, und es könnten ein oder mehrere »Superdoppelagenten« existieren, deren Aufgabe es nicht ist, Geheimnisse zu stehlen, sondern eine Deckung für jene zu liefern, die dies tun.

Zweitens: Da eine große Mehrheit jener, die bisher gefaßt wurden in den dreißiger Jahren, begannen für Moskau zu arbeiten – vor allem in Oxford und Cambridge –, ist jene Zeit der früheste, relevante Beginn für Untersuchungen.

Geheimdienste

Die Romanze des Jahrhunderts

Drittens: Da der Feind die UdSSR ist, die den »Kommunismus« predigen, ist der »Kommunismus« – attraktiv wie er für die Jugend zur Zeit der Depression und dem Aufstieg des Faschismus gewesen ist – das Kennzeichen des Verrats, der wichtigste ideologische Faktor, nach dem man zu schauen hat.

Aus dieser verunglückten Reihe von Axiomen hat sich eine »unendliche Suche« entwickelt, die Suche nach dem »fünften Mann«, dem »zwanzigsten Mann«, dem »einhundertfünfundzwanzigsten Mann« und so weiter, von denen jeder ein praktizierender oder studierter Kommunist sein sollte.

Der Schlüssel für die Enthüllungen

Wenn Wright und seine Mit-Denker nur diese Art »Von-der-Pike-auf«-Methode verwenden, werden sie niemals die sowjetische Subversion säubern können. Doch wenn wir, wie Edgar Allen Poes C. Auguste Dupin »von oben nach unten« mit der Frage der großen Politik beginnen, die von Glees für seine eigenen tückischen Gründe so betont wurde, werden wir anfangen, Erfolg zu haben. Denn er hat angesetzt, sich nicht für die einzelnen Doppelagenten zu entschuldigen, sondern für die große Politik des Establishments, die die Doppelagenten geschützt hat. Glees schenkt den Politikern in den höheren Ebenen des Establishments große Aufmerksamkeit, die tatsächlich den Schlüssel liefern zur Enthüllung des Geheimnisses um die Doppelagenten.

Über Whitehall und die Geheimdienstgemeinde schreibt Glees: »Es gab, so schien es, etwa ein halbes Dutzend führende Figuren im britischen Geheimdienst, die sich mit russischen Angelegenheiten befaßten. Der übergeordnete unter ihnen war wahrscheinlich Robert Bruce Lockhart, der den Rang eines stellvertretenden Staatssekretärs im Außenministerium hatte und von Daltons Weggang im Jahr 1942 bis zum Februar 1944 Generaldirektor der politischen Kriegsführungs-Exekutive war; danach wurde er Botschafter bei der tschechoslowakischen Exilregierung. Doch er blieb politischer Berater des Außenministers in der politischen Kriegsführungs-Exekutive und deren Mitglied bis zum Ende des Krieges.

Eine Gruppe der »Apostel«, 1933. Dritter von rechts: Anthony Blunt.

Die nächstwichtigste Person war vielleicht Brigadier George ›Pop‹ Hill, ein langjähriger britischer Agent, der im Jahr 1941 nach Moskau geschickt worden ist.« Später fügt Glees hinzu: »Es scheint, als ob bei der anglosowjetischen Kooperation der Ton angegeben wurde von Bruce Lockhart, dem hochrangigen russischen Experten.«

Glees gibt zu, daß sowohl Lockhart wie Hill beide entschieden pro-bolschewistisch waren, doch er schreibt ihre Haltung dem Bündnis Großbritanniens mit Stalin im Zweiten Weltkrieg zu. Wenn gezeigt werden kann, daß Lockharts und Hills Pro-Bolschewismus schon lange vor dem Kriege existierte und daß dieser frühe Bolschewismus auch getreu die Politik des Establishments widerspiegelte, dann bricht die gesamte Argumentation von Glees' Buch zusammen, und wir werden auch bestimmte Markierungspunkte für eine tüchtige britische Gegenspionagepolitik gesetzt haben.

Die Untersuchung, so betonen wir, muß weit vor die dreißiger Jahre und vor das Jahr 1917 zurückreichen, dem Jahr, in dem das britische Establishment dabei geholfen hat, den Weg für die Machtübernahme der Bolschewisten zu pflastern.

Am Anfang der Karriere von Lockhart und Hill begegnen wir dem, was als erfolgreichste sowjetische Geheimdienstoperation aller Zeiten gilt, der »Trust«-Organisation, die in den zwanziger Jahren vom sowjetischen Chef der Geheimpolizei (Cheka), Feliks Dzerzhinsky, geleitet wurde. Jene, die damit zu tun hatten, wie Lockhart, Hill, deren enger Freund Sidney Reilly und eine Menge weniger bekannter Spione, waren Agenten des britischen SIS oder der Cheka oder – ganz sicher im Falle von Reilly – von beiden.

Die Rolle des Round Table

Lockhart entstammte dem Kern des Establishments, das für die britische große Politik verantwortlich war. Im Ersten Weltkrieg war er ein Geheimdienstoffizier, der unter einer kommerziellen Deckung im britischen Konsulat für Rußland zuständig war. Seine Aufgabe war es, Kontakt mit der anti-zaristischen Opposition aufrechtzuerhalten, die sich um einen Teil des alten russischen Adels herum gruppierte, der den Zarenstaat und die Dynastie der Romanows schon immer gehaßt hatte.

Mit diesem Adel hatte die mächtige Old-Believer-Gemeinde



Victor Rothschild, Angehöriger der Banker-Familie, während seiner Studentenzeit im Trinity College, wo er erstmals Guy Burgess begegnete.

(Raskolnik) ein Bündnis, die den Staat als den Antichristen betrachtete. Die Old-Believer-Handelskreise in Moskau wurden angeführt von A. I. Guchkow, Sproß einer führenden Familie der radikalsten, »priesterlosen« Raskolniks. In der Not und Verwüstung des Ersten Weltkrieges hat diese Opposition ihre Kräfte für einen Coup gesammelt.

Lockhart teilte die revolutionären Gefühle dieser beiden Gruppen, einerseits aus persönlicher Neigung und weil das seine Aufgabe war. Im Januar 1917 reiste Lord Milner, der Führer der Round-Table-Gruppe und Hauptfigur in Lloyd Georges Kriegskabinett, nach Rußland.

Lockhart arrangierte Treffen für Milner mit Oppositionsführern wie Prinz Lvov und Schelnokow, dem Bürgermeister von Moskau. Beide Männer erklärten sich in eben diesem Monat öffentlich für die Revolution, und im Februar 1917 wurde Prinz Lvov Leiter der ersten provisorischen Regierung.

Milner gab den britischen Startschuß für den Coup. Sein Biograph schreibt dazu: »Er machte deutlich, daß seine Sympathien völlig Prinz Lvov und dem Bürgermeister galten.«

Die britischen Verbindungen zu den Verschwörern waren vielfäl-

tiger Natur. Sir Bernard Pares, bekannt als der Vater der provisorischen Regierung: »Von den zwölf neuen Ministern waren sieben tatsächlich Mitarbeiter meiner Russian Review in Liverpool. Offen gesagt, es war eine der größten Freuden meines Lebens.«

Die informiertesten Kreise in Rußland und Großbritannien waren sich sehr wohl darüber im klaren, daß der »liberale« Coup vom Februar nur eine Übergangsphase darstellte und daß die Beseitigung des Zaren ziemlich sicher eine Revolution zu ihrem logischen Schluß treiben würde, dem Triumph des radikalsten Flügels der Aufrührer, der Bolschewisten.

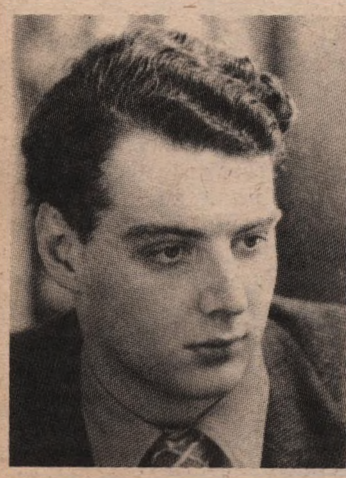
Milner war der Leiter der Round-Table-Gruppe, die um das Jahr 1890 herum um das Vermögen des südafrikanischen Gold- und Diamantenmagnaten Cecil Rhodes gruppiert wurde. Hinter Milner stand eine noch größere Macht. Einer seiner engsten Freunde war ein Politiker des Royal Household, der Historiker Carroll Quigley, genannt der »wichtigste Berater der Königin Victoria, König Edward VII. und König George V. in politischen Angelegenheiten«, und Lorst Esther (Reginald Baliol Brett).

Das neue Mittelalter des Round Table

Neben der Familie Cecils kamen mehr und mehr große Namen des britischen Establishments zum Round Table hinzu – Astor, Rothschild, Balfour und andere –, deren Namen immer wieder auftreten in den Geschichten von Kim Philby, Burgess, Blunt und der anderen Doppelagenten.

Die strategische Perspektive des Round Table, wie sie aus den Schriften und Lehren von John Ruskin hervorgeht, bestand darin, daß die Welt in ein »neues Mittelalter« gebracht werden sollte. Im Round-Table-Denken waren »Sozialismus« und »Kommunismus« Synonyme für antiindustriellen, totalitären Feudalismus. Deshalb gaben die Round-Table-Persönlichkeiten dem fabianischen Sozialismus ungeheuere Unterstützung, der wiederum die Kommunistische Partei in Großbritannien gegründet hat.

Anthony Blunt, Kustos der Gemälde der Königin, mit Ihrer Majestät der Königin 1959 im Courtauld Institut, dessen Direktor er war.



Guy Burgess stieß erst relativ spät zur kommunistischen Bewegung der Universität.

Milner selbst schrieb im Jahr 1923 ein Siegeslied auf »eine Verfassung für ein sozialistisches Commonwealth Großbritannien« der Fabianer Sidney und Beatrice Webb. Sein Mitarbeiter Lord Lothian (Philipp Kerr), Gründer und Herausgeber des Round-Table-Magazins, war im Ersten Weltkrieg Lloyd Georges Privatsekretär und selbst ein berüchtigter Pro-Bolschewist.

Der Weg in dieses neue Mittelalter führte über den Ersten Weltkrieg und den Zusammenbruch der politischen, industriellen und kulturellen Macht Deutschlands. Er führte auch über eine Revolution in Rußland.

Nach der bolschewistischen Revolution sandte Lord Milner Lockhart als seinen persönlichen Gesandten nach Rußland zurück, um Verbindungen zum Regime der Bolschewisten zu knüpfen und wenn möglich die Sowjets wieder in den Krieg hineinzuziehen, um die Ostfront gegen Deutschland erneut zu öffnen.

Während sich Lockhart täglich mit dem einen oder anderen hochrangigen sowjetischen Politiker traf, diente Captain George Hill vom britischen SIS als Berater für den Kriegskommissar Leon Trotzky. Hill traf Trotzky beim Aufbau des sowjetischen militärischen Geheimdienstes GRU. Er trainierte auch den Kern der künftigen Gegenspionageeinheit der Cheka, den KRO, der bald die Spionageorganisation des Trust sein sollte.

Als sich der Rauch gelichtet hatte

Im Sommer 1918 erreichte die Kollaboration dieser beiden und deren Freund Sidney Reilly mit den Bolschewisten einen Höhepunkt im sogenannten »Lockhart-Komplott«. Zu dieser Zeit sah sich das bolschewistische Regime einer Vielzahl interner Feinde gegenüber, die mit der richtigen Unterstützung von außerhalb eine Gelegenheit hatten, das neue Regime zu stürzen. Lockhart, Hill und Reilly – letzterer hatte sich einen Job bei der Cheka gesichert – haben sich angeblich angeschickt, dieses Ziel zu verfolgen, doch sie erzielten sehr unterschiedliche Ergebnisse.

Als sich der Rauch gelichtet hatte, wurde der Aufstand brutal niedergeschlagen; das amerikanische Geheimdienstnetzwerk unter Xenophon Kalamatiano wurde zerschlagen und Kalamatiano verhaftet. Lenin, der gegen einen Wiedereintritt in den Krieg gewesen war, lag verwundet durch die Kugel eines Mörders danieder. Trotzky und Dzerschinsky, die für die britische Haltung des Wiedereintritts in den Krieg waren, waren ungeheuer gestärkt.

Lockhart wurde kurz »verhört« vom stellvertretenden Chef der Cheka, Jacob Peters, einem langjährigen Bürger Londons, der mit seiner Frau und seinem Kind dorthin Kontakt hielt durch Briefe, für die Captain George Hill Kurierdienste leistete. Lockhart wurde bald freigelassen.

Reilly und Hill, die angeblichen Anführer des großen Komplotts gegen die Bolschewisten, entgingen der Gefangennahme trotz massiver Jagd auf sie durch die Cheka; beide wurden in dieser Zeit, wie es heißt, häufig in aller Öffentlichkeit beim Dinieren in Moskauer Restaurants gesehen.

Kalamatiano und der amerikanische Konsul Dewitt C. Poole gehörten zu jenen, die mit hinreichenden Beweisen beschuldigt wurden, daß Reilly als wissentlicher Provokateur für die Cheka gehandelt habe, was Lockhart heftig bestritt.

Diese umfangreichen Verdächtigungen hatten seltsamerweise kaum Einfluß auf Reillys Karriere im SIS. Anfang der zwanziger Jahre war er der Chefberater des ersten Leiters des britischen SIS, Mansfield Cumming (»C«), in russischen Angelegenheiten und war anwesend nahezu bei allen SIS-Besprechungen über »antisowjetische« Operationen.

Robin Bruce Lockhart, der Sohn von Robert und Autor der Schrift über Reilly, schrieb, daß Reilly nach seinem Verschwinden in die Sowjetunion im Jahr 1925 überlebte und ein Cheka-Topberater über das Eindringen in den westlichen Geheimdienst wurde. Walter Kriwitzky, Stalins

Geheimdienste

Die Romanze des Jahrhunderts

GRU-Chef für Westeuropa, der im Jahr 1938 überlief, sagte vor seiner Ermordung: »Kennen Sie den Agenten Reilly? Es waren seine Informationen, die es uns ermöglichten, in das britische Netzwerk einzudringen.«

Der Beginn der Moskau-London-Kooperation

Etwa drei Jahre nach dem Lockhart-Komplott des Jahres 1918 fanden sich viele der daran Beteiligten in der viel größeren Provokation, bekannt unter dem Namen Trust, wieder zusammen.

Glees hebt George Hill in seinem Buch hervor, was einen Bruch mit der üblichen Praxis in der Geheimdienstliteratur Großbritanniens und Rußlands der letzten 70 Jahre darstellt, die seine Existenz praktisch ignoriert hat. Doch Glees versucht zwischen Hill und Reilly zu unterscheiden.

Glees schreibt: »Hill war auf seinen berüchtigten Kollegen Sidney Reilly ziemlich wütend; besonders gefiel ihm nicht Reillys Plan, die bolschewistischen Führer zu verhaften und sie ›ohne Hosen‹ durch die Moskauer Straßen marschieren zu lassen, ›um sie dann – in aller Öffentlichkeit lächerlich gemacht – zu töten‹. Hills eigene Memoiren ›Go Spy the Land‹ (1937) erzählen da eine andere Geschichte: ›Ich sah Reilly täglich und er hielt mich darüber auf dem laufenden, was er tat und über seine Pläne bezüglich eines Staatsstreichs gegen die Bolschewisten. Reillys Plan war kühn und meisterhaft ausgedacht.‹«

Glees hält hinterlistig fest, daß George Hill »wußte«, daß »die Bolschewisten zusammen mit der Dritten Internationalen eine neue und mächtige Geheimdienstorganisation aufgebaut haben, die eine herausragende Rolle in internationalen Intrigen spielt und die das brillanteste Gegenspionagewerk auf seiten der Länder verlangt, die sie angreifen«.

Natürlich wußte Hill das, denn er selbst hat viel dafür getan, um diese Geheimdienste ins Leben zu rufen. Es war eindeutig das und nicht so sehr die angeblichen anti-bolschewistischen Aktivitäten Hills, an die sich die Sowjets im Zweiten Weltkrieg erinnerten, als sie speziell verlangten, daß die Moskauer Verbindung von der britischen Sonderoperations-Exekutive (SOE) zu ihrer eigenen Geheimpolizei, dem NKVD, niemand anderer sein solle als Brigadier George Hill.

Somit beginnt die britisch-bolschewistische Kollaboration eindeutig weitaus früher als in den dreißiger Jahren, dem üblichen Beginn für die Untersuchungen des Philby-Kreises. Die Verbindungen basierten nicht auf dem modernen »Kommunismus« und existierten nicht hauptsächlich auf der Ebene der »Doppelagenten«, sondern über solche Figuren wie Hill und Lockhart, auf offizielle Ernennung durch die höchsten politischen Kreise Großbritanniens.

Unter diplomatischer Deckung massive Expansion

Diese anglo-sowjetische Kollaboration ist von Anfang an nicht völlig bekannt. Wie es ein Vertreter des britischen Geheimdienstes vor kurzem formulierte, gibt es bis zum heutigen Tage »gemeinsame KGB-SIS-Operationen. Es gibt eine Abteilung im SIS mit dem Namen ›sowjetische Verbindungseinheit‹, die ›SL-Einheit‹ im SIS. Es hat sie seit Jahrzehnten gegeben.«

Vom Standpunkt dieser jahrzehntelangen britisch-bolschewistischen Kollaboration müssen alle empirischen Daten, die von Peter Wright und anderen zusammengetragen wurden, und bestimmte einzelne Geschehnisse einer erneuten Bewertung unterzogen werden.

Was ist mit der außerordentlichen Unterstützung der Doppelagenten selbst, nachdem sie als Sowjetagenten verdächtigt wurden? In die Kategorie fällt die Ernennung des offenkundig anti-amerikanischen Donald Maclean zum Leiter der wichtigsten Abteilung im Außenministerium, der amerikanischen Abteilung, als er bereits als Sowjetagent unter Verdacht stand. Oder Philbys Ernennung zum Leiter der soeben gegründeten Sektion IX, der sowjetischen Gegenspionageeinheit des SIS im Sommer 1944?

Selbst Glees muß fragen: »Warum hat der MI-6 genau zu diesem speziellen Zeitpunkt entschieden, seine anti-sowjetischen Aktivitäten wieder neu zu beleben, und unbeabsichtigt einen kommunistischen Doppelagenten zum Leiter dieser Bemühungen gemacht?«

Sobald Philbys Sektion IX etabliert war, war es seltsamerweise Robert Cecil von der Round-Table-Cecil-Familie, der unter diplomatischer Deckung dessen massive Expansion in ganz Europa erlaubt hat.

Und warum und auf wessen Genehmigung hin wurde Philby dann im Jahr 1947 als Chef der vielleicht größten und wichtigsten MI-6-Sektion losgeschickt, um lediglich einen Feldposten in Istanbul zu führen? Hat der Chef des MI-6, Sir Stewart Menzies, Philby die Genehmigung erteilt, auf diesem Posten als Sowjetagent zu handeln, denn, wie Philip Knightley im Jahr 1968 schrieb: »Philby hatte die Erlaubnis bekommen, das volle Doppelspiel mit den Russen zu spielen, ihnen gegenüber vorzugeben, er sei ein britischer Agent, der bereit ist, für sie zu arbeiten.«

Steht diese Zustimmung vielleicht in Zusammenhang mit Menzies' eigener Rolle, die vor kurzem dokumentiert wurde von Anthony Cave Brown in dem Buch »›C‹: The Secret Life of Sir Stewart Graham Menzies«, bei der Finanzierung des Trusts in den zwanziger und dreißiger Jahren und dessen Überresten bis in die fünfziger Jahre hinein?

Ein weiteres Fragezeichen, womit sich Glees ein ganzes Kapitel lang befaßt, ist der berüchtigte Fall der Sonderoperationen-Exekutive, die von Churchill im Jahr 1940 als Sabotageabteilung und irreguläre Kriegsabteilung mit der Aufgabe gegründet wurde, »Europa in Flammen zu setzen«. Die SOE, deren Moskauer Bindeglied zum NKVD George Hill war, hat ihre Arbeit getan – wobei Stalin ein großer Teil der Erfolge zuzuschreiben ist.

Glees hat es schwer, die SOE zu entschuldigen: »Wie allgemein bekannt ist, hat es eine Fülle von Ereignissen gegeben, in die die SOE und ihre Interessen an der künftigen politischen Landkarte Europas verwickelt waren, die sowohl vor als auch nach Hitlers Angriff auf die UdSSR äußerst falsch liefen. Soweit wir sagen können, hatten alle Geschehnisse eines gemeinsam: Sie hatten mit der Schaffung der potentiellen politischen Führungselite im Nachkriegs-Europa auf dem Wege des Widerstandes zu tun und sie erzeugten eine Situation, die schlecht war für die britischen Interessen, aber auf jeden Fall gut und nicht schlecht für den Kreml.«

Die Geschichte über Churchill ist noch nicht geschrieben

Zu guter Letzt, was die Frage der großen Politik anbelangt, was ist mit ihrer Hauptfigur, dem Kriegs-Premierminister Winston Churchill? Die endgültige Geschichte über Churchills Motivationen ist noch nicht geschrieben, aber das folgende wird dabei berücksichtigt werden müssen.

Glees nennt einige entscheidende Dienste, die Sir Winston Churchill der Diktatur Stalins geleistet hat: seine Ablehnung, die Opposition gegen Hitler zu unterstützen; seine Unterzeichnung der Verträge von Jalta, mit denen die besetzten Territorien an Stalin abgetreten wurden, und sein Befehl vom Juni 1941, mit dem die ganze Überwachung der Sowjets durch den britischen Geheimdienst effektiv beseitigt wurde, indem angeordnet wurde, daß keine abgefangenen sowjetischen Funkübermittlungen entschlüsselt werden dürften.

Glees schreibt zu dieser außergewöhnlichen Entscheidung: »Churchills Interesse am Geheimdienst, das kürzlich von Sir Jock Colville bestätigt wurde, und sein Interesse an Geheimdienstinformationen über die UdSSR, das ebenfalls vor kurzem von Christopher Andrew bestätigt wurde, lassen es um so eigenartiger erscheinen, daß am 22. Juni 1941 beschlossen wurde, daß der Funkverkehr der Russen nicht mehr länger als Quelle für Geheimdienstinformationen benutzt werden dürfe. Warum?

Auf jeden Fall mußte die Entscheidung, die den Funkverkehr betraf, gewichtige Konsequenzen haben, von denen die entscheidendste war, daß die beste Quelle für die Aufdeckung von sowjetischen Geheimplänen im Krieg und in der Tat für die Entlarvung sowjetischer Subversion als Ganzes dem britischen Geheimdienst jetzt versagt war. Es war eine Entscheidung, die selbstverständlich die natürliche Folge von Churchills hoher Politik in Richtung Sowjetunion darstellte. Doch war es auch eine törichte Entscheidung?«

Churchill war der einflußreichste Mäzen

Erneut macht Glees hier akrobatische Verrenkungen, um die Entscheidung zu verteidigen. Dennoch werden diese Dinge der »großen Politik« weniger unbegreiflich, wenn man sie im Angesicht weniger bekannter Tatsachen anschaut.

Erstens: Churchill war der einzige einflußreichste Mäzen von Sidney Reilly und Reillys Cheka-Kollegen Boris Sawinkow Anfang der zwanziger Jahre. Der Reilly-Biograph Edward Van Der Rhoer schreibt: »Reilly konnte von Churchill die Kenntnisse über hochrangige offizielle Kontakte bekommen, die wichtig waren, um finanzielle und logistische Unterstützung in Europa zu gewinnen.«

Und das lange nachdem die Gerüchte herumgingen, daß Reilly ein Sowjetagent sei. Über Sawinkow schrieb Churchill – selbst nachdem dieser offen zu den Sowjets übergelaufen war –: »Wenn alles gesagt und getan wird, wird es einige Männer geben, die mehr versucht haben, mehr gegeben haben, mehr gewagt und mehr gelitten haben für das russische Volk.«

Zweitens: Churchill, über den es beharrliche Gerüchte bezüglich »Oscar-Wilde-Tendenzen« in seiner Jugend gab, hatte als langjährigen persönlichen Sekretär Sir Edward Marsh, einen berüchtigten Homosexuellen und Mitglied der Geheimgesellschaft der Apostel von Cambridge, aus der Blunt, Burgess, Victor Rothschild und viele andere bekannte oder verdächtige Sowjetagenten hervorgingen. Jahrzehntelang kamen Mitglieder dieser Apostel in führende Universitäten, künstlerische und Beamtenpositionen hinein dank Marshs Einfluß.

Und dem Schriftsteller Richard Deacon zufolge: »Indem er sich Churchills Ohr und Vertrauen sicherte, diente ihm (Sidney Reilly) Churchills Privatsekretär Eddie Marsh als Mittelsmann.«

Drittens: Marsh öffnete anderen Sowjetagenten die Tür zu Churchill. Einer von Reillys engsten Kollaborateuren im Trust war der oben genannte Old-Believer-Führer Alexander J. Guchkow, der zusammen mit seiner Tochter und seinem Schwiegersohn eine Hauptstütze des »eurasischen Elements« des Trusts in der Cheka geworden war.

Deacon schreibt über Guchkow: »Es war der Guchkow-Kreis, der direkt zu vielen von Churchills Fehlvorstellungen über die Politik Sowjetrußlands geführt hat.«

Zu der Korrespondenz zwischen Guchkow und Anatoli Baikalow, einem führenden Sowjetagenten in Großbritannien zwischen den Kriegen, die im Bakhmetew-Archiv in New York aufbewahrt wird, gehört das Schreiben Guchkows an Baikalow vom 6. Dezember 1932: »Ich weiß, daß Churchill mir immer mit großem Vertrauen und Wohlwollen gegenüberstand.«

Am 25. Mai 1933 schrieb Guchkow an Baikalow: »Es gehen Gerüchte, daß Churchill das Amt des britischen Premierministers übernehmen könnte, das wäre zu schön, um wahr zu sein!«

Nachdem Glees über diesen Beweis berichtet hat, gibt es kaum Grund zu der Annahme, daß der Trust-Vertreter Guchkow, der vor Churchills Ernennung zum britischen Premierminister starb, enttäuscht worden wäre. □

MI-5 ist die Abkürzung für britische Gegenspionage, MI-6 bedeutet britischer ausländischer Geheimdienst und SIS ist die Abkürzung für den britischen staatlichen Geheimdienst.
Das Buch von Anthony Glees »The Secrets of the Service: A Story of Soviet Subversion of Western Intelligence« ist im Verlag Carroll & Graf Publishers, New York, erschienen.

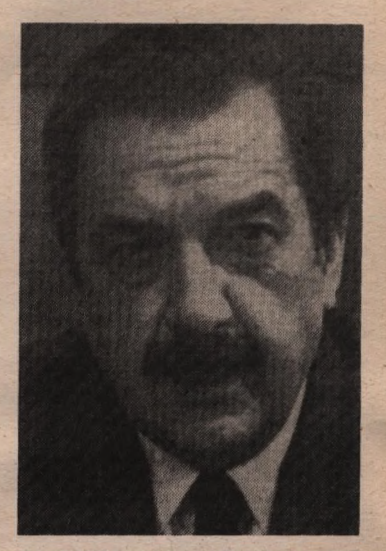
Öl

Vor einem Sturm im Südatlantik

Alec de Montmorency

Burdwood Bank, ein sandiger, seichter Ozeanteil südlich der westlichen Falkland-Inseln taucht auf als ein Ölgebiet von weltweiter Bedeutung gleichbedeutend mit Kuwait und Saudi-Arabien. Das ist der sensationelle Bericht, der in »Siete Dias«, einer führenden argentinischen Wochenzeitschrift aus Buenos Aires erscheint.

Der Bericht folgte der Entdekkung von reichen Öl- und Gasvorkommen rund 200 Seemeilen weiter südlich und westlich gegenüber der Meeresbucht des Rio Grande vor Feuerland, jener kriegsgeschüttelten Gegend des Südatlantik, wo Argentinien und Großbritannien im Frühjahr 1982 einen kurzen, doch blutigen, bewaffneten Zusammenstoß ausfochten.



Raul Alfonsin wird den Argentiniern bei den kommenden Wahlen keinen Reichtum aus den Ölvorkommen versprechen können.

Die Kriegsspiele der Briten

Dem Bericht in »Siete Dias« zufolge sind in den Jahren 1986 und 1987 in dem Gebiet geheime Untersuchungen mit ultramodernem Gerät von Schiffen und Flugzeugen sowie von Satelliten aus durchgeführt worden, die »positive Ergebnisse« zeigten und frühere Annahmen bestätigten, daß dort riesige Kohlenwasserstoffvorkommen im starken, hoch gesättigten Gefüge der Sedimentsbecken existieren, die unter der Burdwood Bank und weiter nördlich liegen.

Der Bericht, der inmitten einer Ölpreiskrise erschien, die dazu führte, daß das Rohöl in West-Texas – das Barometer für die Ölpreise auf der ganzen Welt – von seinem lange gehaltenen Preis von 20 Dollar pro Barrel auf fast 15 Dollar abgefallen ist, wird die internationale politische Atmosphäre sicherlich weiter anheizen. Er wird sicher eine Auswirkung in Argentinien haben, wo eine schwere Wirtschafts- und politische Krise, die sich in einer dreistelligen Inflation manifestiert, Verwirrung auf dem Verwaltungssektor und eine fast beispiellose Not unter den armen Klassen das Land derzeit am Rande des Chaos treiben läßt.

Der argentinischen Zeitschrift zufolge bereitet sich Shell Oil zusammen mit anderen multinationalen Ölgesellschaften darauf vor, für das ölreiche Gebiet vor Falkland, den Malvinas, zu bieten, insbesondere auf der Seite der Inselgruppe auf der Mittellinie, die zwischen der britischen Kolonie und dem Mutterland Argentinien verläuft.

Die letztendliche Ausbeutung des schwarzen Goldes unter und vor den Falkland-Inseln ist seit mehr als einem Jahrzehnt in Betracht gezogen, und die politi-

Öl

Vor einem Sturm im Südatlantik

schen Realitäten haben es bisher verzögert, während weitere Untersuchungen mehr oder weniger im geheimen weitergingen.

Billiger als Öl aus der Nordsee

Im Jahr 1981 vergab die staatliche Ölgesellschaft Argentiniens, Yacimientos Petroliferos Argentinos, Öl-Pachtverträge vor den Falkland-Inseln an große Ölkonzerne, die von der Rockefeller-Familie kontrolliert wurden, mit dem Ergebnis, daß die britische Regierung Anzeigen im Londoner »Petroleum Economist« und in der internationalen Ausgabe der New Yorker »Herald Tribune« erschienen ließ, in denen es hieß, daß die argentinischen Verträge von der Regierung »Ihrer Majestät in London« als illegal angesehen würden.

Die Invasion auf die Falkland-Inseln durch die Regierung des damaligen Präsidenten Leopoldo Galtieri folgte innerhalb weniger Monate und wurde gekontert von einem britischen Sonderkommando, das die umstrittene Inselgruppe innerhalb von 75 Tagen wieder besetzte. Doch der Streit existiert weiter, da Argentinien es abgelehnt hat, Frieden zu schließen, es sei denn, Großbritannien ist bereit, die Souveränität über das umstrittene Land – die Falkland-Inseln, South Georgia und die South Sandwich Islands – auf Buenos Aires zu übertragen.

So sieht die Situation derzeit in politischer und diplomatischer Hinsicht aus. »Siete Dias« zufolge befinden sich allerdings in militärischer Hinsicht statt 40 bis 80 Mitgliedern der Königlichen Marine, die bisher auf der Inselgruppe stationiert waren, jetzt 1500 britische Militärs dort plus ein großer Militärflughafen, der bei jeder Witterungslage die weltgrößten Flugzeuge aufnehmen kann. Außerdem haben die Briten im letzten Frühjahr Kriegsspiele abgehalten und demonstrierten dabei, daß der entfernte Außenposten innerhalb von 18 Stunden nach einem weiteren argentinischen Invasionsversuch verstärkt werden kann.

Die großen multinationalen Ölgesellschaften, die sich bisher zurückgehalten haben von dem Versuch, sich das wünschenswerte Ölgebiet zu sichern, da eine Verpflichtung seitens der britischen Regierung existiert, durch die Garantie der fortgesetzten britischen Souveränität über das Gebiet, ihre Investitionen zu schützen, haben die Zusage der britischen Premierministerin Margaret Thatcher an die »Kelpers« (die Bewohner der Falkland-Inseln) auf britischen Schutz für die kommenden Jahre offenbar als definitiv akzeptiert.



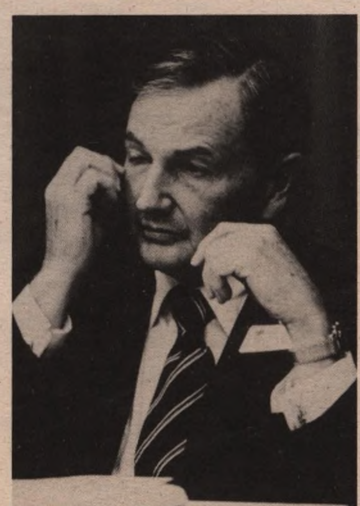
Margaret Thatcher führte auf den Falkland-Inseln gegen Argentinien Krieg, um sich für ihr Land die Ölvorkommen zu sichern.

Finanzielle Garantien gegen Feindaktivitäten

Im Hintergrund existieren die Berichte, die die Ölindustrie aus dem Gebiet erreichen. Einer davon lautet, daß die Nutzung des Kohlenwasserstoffreichtums billiger und sicherer wäre als gegenwärtige Operationen in der Nordsee. Im Südatlantik ist das Ölgebiet unter Wasser flacher, nur etwa 60 Meter unter der Ozeanoberfläche. Obwohl stark, sind die Winde doch konstant und haben nicht die Hurricane-Geschwindigkeiten, wie sie oft in der Nordsee auftreten.

Was jedoch am wichtigsten ist: Die Verteidigungseinrichtungen auf dem Luftwaffenstützpunkt Mount Pleasant können jeder möglichen Militäraktion von seiten Argentiniens begegnen. Zu ihnen gehört ein Radarsystem, das bis zu den Anden und das Amazonasbecken reicht sowie den Ozean zwischen den Falkland-Inseln und dem Mutterland Argentinien. Es sind auch Raketen dort, die jedes feindliche Flugzeug oder Schiff oder auch andere Raketen mit Ziel auf die Inselgruppe abfangen können. Es gibt auch finanzielle Garantien gegen Beschädigung durch Feindaktionen.

Was die Zuverlässigkeit der geologischen und geophysischen Berichte angeht, die die Ölgiganten von dem Gebiet bekommen haben, so stellen diese ihre geringste Sorge dar. Man erinnert sich sehr gut an die Lektion, die die Aktivitäten von British Petroleum vor 15 Jahren im Norden Alaskas gelehrt haben, wo BP den Einatz von Sensoren bei Ölbohrungen einführte und sich 52 Prozent des Ölreichtums des Prudhoe-Bay-Gebiets sicherte, wobei lediglich drei Prozent des Geldeinsatzes für das Angebot nötig waren. Die gleichen aktualisierten und verbesserten Mittel wurden »Siete Dias« zufolge bei den Untersuchungen im Südatlantik eingesetzt.



David Rockefeller und sein Clan bekam 1981 von Argentinien Öl-Pachtverträge für die Falkland-Inseln.

Unterdessen gärt es in Argentinien weiter, und das Faß droht politisch gesehen jeden Augenblick überzulaufen. Im April 1982 hat man dem argentinischen Volk erzählt, daß dank des neuen Ölreichtums, das man mit den Falkland-Inseln erworben hat, jeder ein Millionär würde. Es war tatsächlich eine bittere Erfahrung für die Menschen, als die Briten die Inselgruppe wieder einnahmen. Neue Ölvorkommen werden der Regierung in Buenos Aires – welcher Couleur sie auch sein mag – jetzt oder nach den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht helfen.

Wie bald wird das schwarze Gold aus dem Südatlantik tatsächlich auf den Weltmarkt kommen, und warum diese ganzen zeitlichen Verzögerungen, wenn die Öl- und Gasvorkommen unter der Burdwood Bank tatsächlich so reich sind wie berichtet wird?

Die Furcht vor dem Aufruhr

Ein Grund ist der intensive Wettbewerb unter den Ölgiganten. Wahrscheinlicher noch ist ein Hinweis in den britischen Medien, daß die Ölgesellschaften auf einen Preisanstieg warten, bevor sie die nötigen großen Investitionen für ein neues Feld machen.

Die Südamerikaner meinen hingegen, daß der Hauptgrund politischer Natur sein könnte: die Furcht vor dem Aufruhr, den das Ereignis mit Sicherheit in Argentinien hervorrufen wird. Gegenwärtigen Geheimdienstberichten zufolge werden die kommenden Wahlen wohl die Peronisten und ihren Führer, Carlos Menem, einen Araber, an die Macht bringen, der versprochen hat, die Zahlung von Argentiniens Außenschuld in Höhe von über 50 Milliarden Dollar zurückzuweisen und die großen Landsitze im Besitz der englischen und schottischen Familien in den Pampas im Süden zu beschlagnahmen.

Die Ölgesellschaften warten auf den Ausbruch des politischen Sturms und sein anschließendes Versiegen, bevor sie ihre Schritte unternehmen, so meinen Südamerika-Experten. □



Zweiter Weltkrieg

Wallenberg wurde lebend gesehen

Richard Scales

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß ein schwedischer Diplomat, der Tausenden von ungarischen Juden im Zweiten Weltkrieg bei der Flucht geholfen hatte, auf einer von den Sowjets besetzten amerikanischen Insel 160 Meilen von Alaska entfernt von der UdSSR gefangengehalten werde.

In dem Artikel wurde geschildert, daß Raoul Wallenberg in einem sowjetischen Arbeitslager auf der Insel Wrangel gefoltert und Experimenten sowjetischer Wissenschaftler ausgesetzt werde. Der Artikel weckte das internationale Interesse in einem Fall, der von den westlichen Establishment-Medien bis dahin weitgehend ignoriert wurde.

Stillschweigen war die Devise

Im Jahr 1944 schickte die schwedische Regierung Wallenberg auf Verlangen der Vereinigten Staaten nach Budapest und gab ihm die Aufgabe, ungarischen Juden bei der Flucht zu helfen. Schweden war während des Zweiten Weltkrieges ein neutrales Land.

Wallenberg, der einer prominenten schwedischen Banker- und Industriellenfamilie entstammt, gab an die ungarischen Juden 20 000 schwedische Arbeitspapiere aus, wodurch sie die Möglichkeit bekamen, aus dem von den Deutschen besetzten Land zu fliehen.

Als sowjetische Truppen im Januar 1945 nach Budapest einmarschierten, verhafteten sie Wallenberg und sperrten ihn schließlich auf der Insel Wrangel ein.

Die Establishment-Presse veröffentlichte erst drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges einen Artikel über Wallenberg. Die Zeitschrift »Readers Digest« brach das Schweigen der Medien durch Veröffentlichung eines vier Seiten langen Artikels über Wallenberg in der Ausgabe vom Juli 1947 und fünf Jahre später berichtete die »New York Times«, daß die schwedische Regierung Wallenberg durch eine Ordensverleihung geehrt habe.

In den fünfziger Jahren erschienen insgesamt fünf Artikel über Wallenberg in der Establishment-Presse; in den sechziger Jahren und den größten Teil der siebziger Jahre hindurch wurde dagegen nicht ein einziger Bericht über Wallenberg veröffentlicht.

Das änderte sich erst, als wir uns mit dem Fall Wallenberg beschäftigten. Innerhalb eines Jahres nachdem unser Artikel erschienen war, wurden zwei Artikel über Wallenberg in den Establishment-Medien veröffentlicht. Es folgten drei Wallenberg-Geschichten im Jahr 1980 einschließlich eines fünfseitigen Artikels über den Fall im »Sunday New York Times Magazine«. Ein Jahr später erschienen drei weitere Berichte über den schwedischen Diplomaten.

In den letzten Jahren hat die Establishment-Presse davon berichtet, daß Wallenberg in sowjetischen Gefängnissen gesehen worden sein soll, was unseren Bericht bestätigt, daß Wallenberg tatsächlich am Leben ist.

Behandlungen wegen Erfrierungen

Jetzt hat der bekannte schwedische Geschäftsmann Kenne Fant, der den Fall Wallenberg sechs Jahre lang untersucht hat, weitere Beweise dafür aufgedeckt, daß Wallenberg noch am Leben ist. Fant sagte, ein sowjetischer Informant habe ihm gesagt, Wallenberg sei im Dezember 1986 in einem sowjetischen Gefangenenlager wegen Erfrierungen medizinisch behandelt worden.

»Ich bin inzwischen davon überzeugt, daß Wallenberg im Dezember 1986 noch am Leben gewesen ist«, sagte Kenne Fant, der in Großbriannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten 63 russische Emigranten bezüglich des Falles Wallenberg interviewt hat. »Ich denke, daß er wahrscheinlich noch immer am Leben ist.«

Fant berichtete, auch andere Zeugen hätten bestätigt, daß ein Mann, auf den die Beschreibung Wallenbergs paßt, Anfang des Jahres 1978 in einem sowjetischen psychiatrischen Krankenhaus nahe der Grenze zu Rotchina gesehen worden ist.

Leider lehnt es die Sowjetunion ab, Wallenberg freizulassen, und die sowjetische Regierung behauptet weiterhin, Wallenberg sei im Jahr 1947 in einem sowjetischen Gefängnis an einem Herzanfall gestorben. In Beantwortung amerikanischer Anfragen über Wallenberg sagte ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums vor kurzem, daß Wallenbergs Leichnam verbrannt wurde, ohne daß eine Autopsie vorgenommen worden sei.

Die meisten Berichte in der Establishment-Presse stellen die Vermutung auf, daß die Sowjets Wallenberg verhaftet hätten, weil sie vermuteten, er sei ein amerikanischer Spion. In keiner der Establishment-Geschichten wird jedoch erklärt, warum die Sowjets den schwedischen Diplomaten, der jetzt 75 Jahre alt ist, noch immer festhalten.

In unserem ersten Beitrag über Wallenberg veröffentlichten wir, daß Wallenberg von seinen beiden Cousins und Milliardären Marcus und Jakob Wallenberg mit Absicht in sowjetische Hände gespielt wurde.

Stalin ließ Wallenberg verhören

Der Sowjetdiktator Josef Stalin wollte, daß Wallenberg verhört wird, da er glaubte, der schwedische Diplomat habe Informationen über Amerikas Pläne nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im Sommer 1940, als Frankreich aus dem Krieg austrat, als Marschall Petain einen Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnete und England allein dastand, waren die beiden reichen Wallenbergs zufällig an zwei wichtigen Orten: Marcus in London und Jakob in Berlin. Zusammen kontrollierten sie eins der größten Kapitalvermögen der Welt, mit Zweigstellen auf jedem Kontinent.

In Amerika machte die Wallenberg-Familie Roosevelt ausfindig. Marcus reiste in die USA und schaute bei Bernard Baruch vorbei, ebenso wie er ein Magnat und Freund Churchills war. Er hatte ein Angebot für Baruch, einen hochangesehenen jüdischen Führer der Banker in New York.

Marcus erklärte, daß Stalin die USA und England durch Erpressung dazu zwang, ihm die Gewalt über das nördliche Drittel der skandinavischen Halbinsel, das reich an Eisenerz ist, zu überlassen. Wenn Baruch jedoch Roosevelt davon überzeugen könnte, Stalins Pläne zu durchkreuzen, würde Marcus als Gegenleistung anbieten, die Juden Ungarns zu retten – selbst auf die Gefahr hin, das Leben seines Cousins Raoul möglicherweise zu opfern.

Der Vorschlag war elektrisierend und führte zu sofortigen Ergebnissen. Roosevelt begrub Stalins Plan in bezug auf die skandinavischen Gebiete, während Raoul, der junge Nachkomme der Familie Wallenberg, schnell von seinem Posten beim schwedischen Militär nach Budapest geschickt wurde als Attaché der schwedischen Botschaft. □

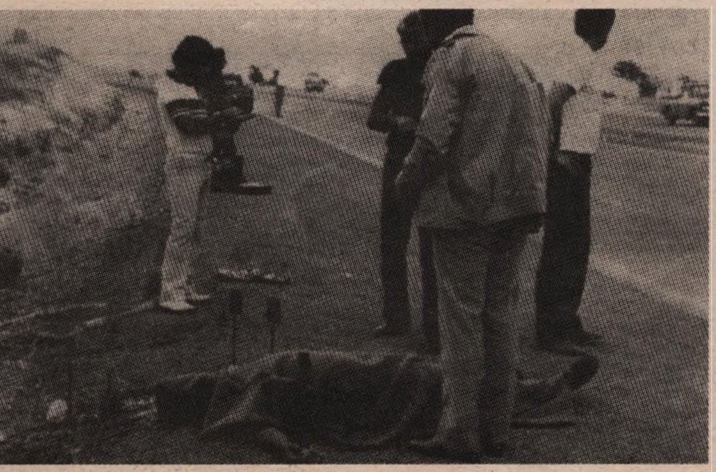
Zypern

Spionage-Hauptstadt im Mittelmeer

Juan Carlos Gumucio

Zypern war immer ein Land der Romantik, der Schönheit und der Geheimnisse – von der Zeit der alten Griechen, die behaupteten, ihre Göttin Venus sei dort auf den Schaumkronen der Meereswellen treibend aufgetaucht, über die Herrschaft von Richard Löwenherz von England vor 700 Jahren bis hin zu den Reisebroschüren nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute gibt es die Geheimnisse zwar immer noch, doch statt griechischer Göttinnen oder fahrender Ritter treffen wir auf Geheimdienstagenten, Terroristen und Drogenhändler, für die die Instabilität der Insel aufgrund der Feindseligkeiten zwischen Griechen und Türken ideal ist, um ihre Geschäfte zu betreiben. Der spanische Journalist Juan Carlos Gumucio besuchte die Insel und schrieb einen Bericht darüber in der Madrider Wochenzeitung »Cambio 16«, den CODE auszugsweise nachdruckt.

George Vassiliou erbt die Präsidentschaft eines schwierigen Landes, deren Gemeinden von Griechen und Türken nach über 14 Jahren immer noch geteilt sind durch Minenfelder und Stacheldrahtzäune. Seine Herrschaft ist vielleicht dennoch besonders interessant durch die Tatsache, daß der joviale Millionär die Regierung einer besonderen Hauptstadt übernommen hat: dem Zentrum nahöstlicher Spionage.



Die Leiche eines ermordeten Palästinensers auf der Straße zwischen Nikosia und Limassol.

Willkommen auf der Terror-Insel

Zypern, eine verschlafene Insel in der Sonne, deren Strände jährlich über eine Million Touristen anziehen, ist heute voll von internationalen Intrigen, Geheimagenten, Waffen- und Drogenhändlern. Nostalgische Verbrecher könnten es als das neue Casablanca bezeichnen.

Wenn die alte Boeing 707 nach einem zwanzigminütigen Direktflug von Beirut vor dem Terminal in Larnaka zum Stillstand kommt, braucht man nur aus dem Fenster zu schauen, um eine der Manifestationen der zunehmenden Malaise auf Zypern mitzuerleben.

Zwei gepanzerte Fahrzeuge der Nationalgarde gehen rechts und links vom Flugzeug in ihre Position. Polizisten in Zivil halten sich mit ihren Ferngläsern in einer gewissen Entfernung und halten nach »bekannten Gesichtern« Ausschau.

»Willkommen auf unserer Terror-Insel«, begrüßt mich ein Kollege, ohne daß dies eine Übertreibung wäre. »Sie kommen gerade rechtzeitig. Auf dem Flughafen Limassol ist soeben eine Bombe explodiert.«

Die spektakulärste friedliche Unternehmung der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) ist sabotiert worden und das »Schiff der Rückkehr«, die »Sol Phryne«, wird nirgendwohin fahren.

Einen Tag zuvor wurden drei PLO-Führer durch eine Bombe in Stücke gerissen, die in ihrem Volkswagen mitten im Hafen von Limassol explodiert ist. Einer der Palästinenser hatte offenbar Kontakt zur »Sol Phryne« aufgenommen, um dafür zu sorgen, daß 100 deportierte Palästinenser wieder nach Israel gebracht wurden.

»Wir sind ein Kriegsschauplatz«

Die PLO beschuldigte Israel sofort der Bombardierung des Wagens und des Schiffes. Man behauptete sogar auch, es sei die extremistische Jewish Defense League gewesen, die von keinem Geringeren als Meir Kahane, dem wütendsten Feind der Araber, gegründet worden ist.

Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO, warnte von Tunis aus, daß die PLO in und außerhalb Israels als Vergeltungsmaßnahmen zu den gleichen Methoden greifen könnte.

Die Zyprioten waren unterdessen mit der aufregendsten Wahlkampagne in den 28 Jahren ihrer Unabhängigkeit von Großbritannien beschäftigt. Die Tageszeitungen brachten zornige Proteste über die zypriotischen Beamten. »Wir sind zum Kriegsschauplatz geworden zwischen dem israelischen Geheimdienst Mossad und Arafat«, beklagte sich ein politischer Experte.

Wenn es nicht den Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel gäbe, hätte es George Vassiliov lediglich mit dem griechisch-türkischen Problem zu tun.



Ein türkischer Soldat macht ein Siegeszeichen nach dem Waffenstillstandsabkommen des Jahres 1974.

In einer offiziellen Erklärung, die von den Wahlversprechen der vier Kandidaten gleichermaßen übertroffen wurde, hieß es: »Die Regierung verurteilt diesen Terrorakt entschieden und bringt ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die Übeltäter vor ein reguläres Gericht zu stellen.«

Doch das war eine Pro-forma-Erklärung, die wahrlich nicht zu wirklichen Taten führen wird. Niemand sagt es, aber auf Zypern denken viele, daß es leichter ist, den Streit mit den Türken

zu schlichten, die Souveränität über die britischen Stützpunkte zu konfrontieren oder den Herausforderungen der Wirtschaft des Landes ins Auge zu sehen als den gewalttätigen Realitäten des Nahen Ostens zu entkommen.

Zypern, durch das im Laufe der Geschichte die Phönizier, Assyrer, Ägypter, Perser, Griechen und Römer gezogen sind, ist erneut in ein Netz des Hasses aus der Antike und der Mißstände der Moderne verstrickt. Hier befinden sich palästinensische Freiheitskämpfer auf der Rückkehr in den Libanon und in entgegengesetzter Richtung Haschisch und Heroin auf ihrem Weg nach Europa und in die Vereinigten Staaten. Die Insel ist der Schlüsselhorchposten für den ganzen Nahen Osten.

Idealer Schauplatz für James Bond

Spione und Drogenhändler haben in Nikosia, Larnaka und Limassol ihre Stützpunkte gefunden – viele von ihnen unter dem Deckmantel von industriellen Führungskräften, Diplomaten oder Playboys.

»Die Eingangshalle des Hilton-Hotels wäre ein idealer Schauplatz für einen Roman von Le Carre«, sagte ein Einwohner von Nikosia. »Schlendern Sie einmal dort hindurch und hören Sie auf das Geflüster in Arabisch, Englisch, Französisch, Hebräisch, Deutsch, Italienisch und sogar Persisch.«

Noch geeigneter als Drehschauplatz für einen James-Bond-Film ist die Babylon-Bar im zweitältesten Bürohaus der Welt und der beliebteste Nachtclub, unter dessen Dach im Kolonialstil die besten Bloody Marys im östlichen Mittelmeer gemixt werden.

In einer Hauptstadt, in der die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine Menge Personal sitzen haben, wo sich die diplomatischen Missionen von Israel, Libyen und der PLO nur wenige Häuserblocks voneinander entfernt befinden, gehört Mißtrauen bereits zur zypriotischen Persönlichkeit.

Und das aus gutem Grund. Die Ankunft von Legionen von Ausländern, vor allem nachdem Beirut als die Metropole der Wahl in der Region für die internationalen Jet-Setter sowie Bösewichte verschlossen wurde, hat unweigerlich Gewalttätigkeiten mit sich gebracht.

Im Jahr 1985 zerstörten starke Bomben das Haus eines PLO-Angestellten und der Regionalmanager der irakischen Fluglinie wurde ermordet. Im September des gleichen Jahres wurden drei Israelis an Bord ihrer Yacht ermordet – angeblich von pro-palästinensischen Extremisten –, was zu dem verheerenden israelischen Angriff auf das allgemeine Hauptquartier der PLO in Tunis führte.

Im August 1986 wurde der britische Luftwaffenstützpunkt in der Akrotiri-Bay durch Geschosse beschädigt, die von nicht identifizierten Kommandos abgefeuert worden sind. Es gab keine Opfer, doch der Angriff zeigte neben dem ungeheueren Arsenal, das sich offenbar im Besitz der Extremisten auf Zypern befindet, daß sie zudem sehr gut vorbereitet sind.

Fünf Monate später fand die zypriotische Polizei in einem Apartment in Nikosia die Leiche eines siebzigjährigen »Cabaret-Königs«, dessen Mädchen, häufige Besucher eines britischen Militärstützpunktes, zu einem sowjetischen Spionagering gehörten. Der »Cabaret-König« war erhängt worden.

Gleichermaßen gewalttätig war das Ende mehrerer Araber gewesen, die sich in dem schmutzigen Krieg des Nahen Ostens verfangen hatten.

Spionage auf Zypern ist nicht neu

Die Polizei hatte sich sehr darum bemüht, das komplizierte Netz der Waffenhändler zu durchbrechen, doch dazu ist Kontrolle der Tausenden von Containern nötig, die jährlich auf ihrem Weg in das östliche Mittelmeer durch die Häfen Zyperns gehen, und das ist fast unmöglich. Bei vielen ihrer Empfänger handelt es sich um die Kriegsherren des Libanon und sie enthalten nicht unbedingt Möbel und Haushaltsgegenstände.

Der Flughafen Larnaka war auch ein Stützpunkt für die erste geheime Lieferung israelischer Waffen an den Iran im Jahr 1981. Es dauerte Jahre, bis diese Transaktionen ans Licht kamen, und sie wären wahrscheinlich nie aufgedeckt worden, hätte es nicht einen Unfall in den entlegenen Bergen an der türkisch-sowjetischen Grenze gegeben – am 18. Juli 1981 – und wenn es fünf Jahre später nicht zu dem Irangate-Skandal in den USA gekommen wäre.

An jenem Tag des Jahres 1981 stürzte eine argentinische Turboprop-Frachtmaschine ab, nachdem sie sich auf ihrer Route Tel Aviv–Teheran verirrt hatte. Das Flugzeug war beladen mit 36 Tonnen Ersatzteilen und Munition für iranische Panzer, die Teil eines geheimen Geschäftes im Wert von 27,9 Millionen Dollar waren.

Die Einzelheiten dieser Operation stehen in einem Buch des ehemaligen amerikanischen nationalen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. Doch derjenige, der tatsächlich den Alarm gegeben hat in dieser Angelegenheit, war ein Angestellter der zivilen Luftfahrtbehörde Zyperns.

Das argentinische Flugzeug war zuvor viermal in Larnaka zwischengelandet.

Die Geschichte der Spionage auf Zypern ist nicht neu. Sie geht zurück auf die letzte Phase des Zweiten Weltkrieges, als der britische Geheimdienst Stützpunkte für den Horchfunk eingerichtet hat. Im Jahr 1947 begannen die Briten ihre wertvollen Geheimnisse mit den Amerikanern zu teilen und versorgten Washington mit dem, was später zur Säule amerikanischer Spionagetätigkeit und Überwachung in der ganzen Region werden sollte.

Berichten zufolge, die nach dem Angriff auf den britischen Stützpunkt in Akrotiri veröffentlicht wurden, dient der Stützpunkt als Heimat nicht nur für die SR-71-Fotoaufklärungsflugzeuge, sondern auch für die U-2-Spionageflugzeuge, die jedes Signal von Militär- und Zivilfunk in Iran, Libyen, Syrien und Irak aufgreifen und Tastfühler fast eine Meile weit mit sich ziehen können. Diese Informationen entstammen britischen Geheimdienstinformationen, die von der »UK-Ayos-Nikolaos«-Abhörstation kommen.

Mit anderen Worten: Die Vereinigten Staaten und Großbritannien und wahrscheinlich auch deren Verbündeten können mit unmittelbaren Informationen rechnen über jede Bewegung auf dem Kampffeld des Nahen Ostens.

Die Liste der Intrigen ist endlos

Larnaka ist auch der einzige Eingangspunkt für die wenigen Menschen aus dem Westen, die noch in den Libanon reisen, oder für die libanesischen Christen, deren Ankunft auf dem internationalen Flughafen in Beirut, auf moslemischem Territorium, sie ihre Freiheit oder ihr Leben kosten kann.

Jede Nacht verläßt eine Fähre den christlichen Hafen Jounieh, nördlich der Hauptstadt des Libanon; doch sie ist für die normalen Leute. Das wichtigste Beförderungsmittel zwischen Zypern und dem christlichen Sektor Beiruts ist der Hubschrauber.

Militärhubschrauber landen häufig in dem Bunker, wo sich die US-Botschaft im christlichen Sektor befindet. Es war das System, das vom amerikanischen Oberst Oliver North und auch von dem anglikanischen Unterhändler Terry Waite benutzt wurde, der sich jetzt in den Händen von Terroristen befindet.

Die Liste der Intrige ist endlos und viele Zyprioten haben Angst davor, was jeder neue Tag in »Neu-Casablanca« bringen wird. Die kommunistische Partei AKEL führt die Opposition an gegen die ausländischen Militärstützpunkte und unterstützt Vassiliou. Doch die ausländischen Militärstützpunkte sind nicht vorrangig auf der Prioritätenliste der neuen Regierung.

Wie zu erwarten ist, gehen bereits Gerüchte, daß der KGB die Kampagne gegen die Stützpunkte aktiv unterstützt. Während die Debatte weitergeht, um die Aufmerksamkeit abzulenken, verlassen mit Haschisch beladene Yachten und Motorboote weiterhin die illegalen Häfen des Libanons in Richtung Zypern, eine gefährliche Überfahrt, die wie alle dunklen Machenschaften auf Zypern immer eine Konsequenz haben wird. □

Man kann Israel nicht trauen

Viel ist im Laufe der Jahre über die »besonderen Beziehungen« zwischen den USA und Israel gesagt und geschrieben worden und in der letzten Zeit wurde viel geredet über die Schaffung einer »strategischen Beziehung« zwischen den beiden Ländern. Wenn man die Israel-Freunde darüber sprechen hört, könnte man denken, der kleine zionistische Staat sei bereits Amerikas »bester Verbündeter«.

Doch während viele – zu viele – US-Vertreter sich leichtgläubig diesem Mythos verschrieben haben, haben andere in der Geheimdienstgemeinde die enge offizielle Beziehung schon seit langem mit einer gesunden Skepsis betrachtet und danach gehandelt.

Aus den Trümmern der Übernahme der US-Botschaft in Teheran durch die Iraner im Jahre 1979 kommen weitere Beweise dafür, daß der CIA und andere amerikanische Geheimdienstbehörden nach der Annahme operierten, daß den Israelis nicht zu trauen ist.

Die CIA-Station in der Botschaft diente zu der Zeit auch als die regionale Basis der Behörde in Nahost. Tel Aviv wäre vielleicht ein praktischerer Ort für die regionale Basis gewesen, doch der CIA glaubte offensichtlich, daß Teheran sicherer ist, das heißt, sicher vor den stets forschenden Argusaugen der israelischen Geheimdienste. Somit war die CIA-Station in Teheran das Lager für eine große Anzahl streng geheimer Akten, die sich auf Geheimoperationen in der Region bezogen.

Als die radikalen Kräfte des Ayatollah Khomeini plötzlich die Botschaft überrannten, griffen sie sich diese heiklen Akten bevor sie völlig zerstört werden konnten. Die zerrissenen Überbleibsel sind von den Iranern wieder zusammengesetzt und in rund sechzig Bänden veröffentlicht worden. Der Satz streng geheimer Dokumente ist nun zu einem Preis von 350 Dollar auf dem offenen Markt erhältlich.

Eine der interessanteren Enthüllungen aus den gekaperten Dokumenten ist ein 47 Seiten langer Bericht aus dem Jahr 1979 mit dem Titel »Israel: Ausländischer Geheimdienst und Sicherheitsdienste«.

Unter anderem wird in dem Bericht enthüllt, daß dem CIA bekannt war, daß der israelische Geheimdienst in den USA sehr aktiv ist und eine Vielzahl von Operationstechniken anwendet, um die Spionagebehörde und andere Ziele in der amerikanischen Regierung zu durchdringen. Dazu gehörten Rekrutierungen unter »falscher Flagge« – bei denen israelische Beamte und deren amerikanische Agenten sich als Vertreter der NATO-Länder ausgaben –, Erpressung und Bestechung.

In dem Bericht heißt es auch, die Israelis hätten eine Vorliebe für Operationen mit »unerlaubtem Eintritt«, sprich Einbruch.

Am interessantesten ist jedoch, daß der Bericht ein Organisationsschaubild von Israels prahlerischem Geheimdienst Mossad aufweist einschließlich Namen, Fotografien und Gehälter seiner Top-Beamten.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, daß Umfang und Tiefe des Gegenspionageberichts deutlich zeigt, daß der CIA zu seinem eigenen Schutz auch schon lange die Israelis ausspioniert hat. □

Keine Probleme mit israelischen Schuldverschreibungen

Der Verkauf von israelischen Schuldverschreibungen hat durch den Aufstand der Palästinenser nicht gelitten, sagen Regierungsvertreter. Es wird erwartet, daß die Verkäufe in diesem Jahr noch über dem Rekord des letzten Jahres von 604 Millionen Dollar liegen. Doch der Nettogewinn für das Schatzamt wird aufgrund der im vergangenen Jahr eingelösten Anzahl von Schuldverschreibungen nur etwa die Hälfte davon betragen.

Um im Vergleich zu anderen attraktiven Investitionen wettbewerbsfähig zu sein, werden die Obligationen immer zu einem halben Prozentpunkt niedriger als die Prime Rate verkauft. Seit dem Jahr 1951 wurden Obligationen in Höhe von neun Milliarden Dollar verkauft; davon sind vier Milliarden Dollar bis jetzt noch nicht zurückgezahlt worden.

In Amerika sind israelische Schuldverschreibungen neben Privatpersonen auch von Pensionsvereinen, Banken, Gewerkschaften, Versicherungsgesellschaften und verschiedenen Unternehmerorganisationen gekauft worden. □

Israel wartet US-Flugzeuge

Die Israel Aircraft Industries (IAI) gründet mit Ramco American International in New Jersey ein Joint-Venture-Unternehmen, um Flugzeugmotoren zu warten. Es wird erwartet, daß die neue Firma, Bedav Turbine Support Inc., bald die Genehmigung von der US-Bundesraumfahrtbehörde erhalten und vom Ramco-Betriebsgelände aus operieren wird.

Bedav wird Flugzeuge in Nordamerika, Europa und Israel warten. Man wird sich zunächst auf Pratt & Whitney-Motoren konzentrieren, wie sie von Boeing und McDonnell-Douglas eingesetzt werden. Durch die Gründung von Bedav kann die IAI gegenwärtige amerikanische Gesetze umgehen, nach denen es amerikanischen Fluglinien verboten ist, ihre Flugzeuge von ausländischen Firmen warten zu lassen. □

Widersprechende Berichte über den Himmelspion

In einem plötzlichen Ausbruch von Nationalstolz hat Israel von einem geheimen Stützpunkt in der Negev-Wüste aus im Herbst einen kleinen Satelliten, Ofek 1 (Horizont), in Äquatornähe in die Erdumlaubahn geschossen. Der Zweck des Satelliten wird durch einander widersprechende Berichte von verschiedenen israelischen Beamten der höchsten Ebene im unklaren gehalten. Einige behaupten, es handele sich um ein Raumfahrzeug, das »technologischen Forschungszwecken« diene, andere deuten an, daß er »militärische Funktionen« ausüben werde. Im ganzen gesehen deuten Beweise jedoch auf einen Spionagesatelliten oder möglicherweise ein Atombombensystem in der Erdumlaufbahn hin.

Unter der Andeutung, daß es sich um einen Spionagesatelliten handelt, sagte Meir Amit, Chef der General Satellite Corporation und früherer Leiter des Mossad: »Wenn Sie sich von den Brotkrumen anderer (dem US-Geheimdienst) und nach deren Launen füttern lassen, so ist das sehr unpraktisch und schwierig. Wenn Sie Ihre eigene selbständige Fähigkeit besitzen, klettern Sie eine Stufe höher und Sie sind nicht mehr von der Güte anderer abhängig.«

Yuval Neeman, Chef der israelischen Weltraumbehörde und Atomphysiker, der auch die extrem rechte Tehiya-Partei anführt, die zum Likud-Block gehört, sagte, es handele sich bei dem 7,5 Fuß langen und 343 Pfund schweren Satelliten um einen Test.

»Es gab zwei Hauptdinge, die wir mit Ofek 1 testen wollten«, sagte Neeman. »Die eine Sache war, zu sehen, ob wir ihn in die Umlaufbahn würden schicken können, in die wir wollten. Das war ein voller Erfolg. Der zweite Zweck von Ofek ist, sich selbst zu testen. Wir wollen sehen, wie er funktioniert, wie er mit uns kommuniziert und wie er auf unsere Befehle vom Boden reagiert. Bisher arbeitet er genau so wie wir wollen.«

Über diese Hinweise hinaus war kein Vertreter Israels bereit, die militärischen Implikationen des Satelliten offen zu diskutieren. Doch einige der an dem Projekt beteiligten Raumfahrtexperten gaben zu, daß eine übermäßige Sicherheitsstufe um den Abschuß von Ofek 1 existierte. Sie sagten, der Raketenmotor, mit dem der Satellit in den Welt-

raum transportiert werden sollte, wurde 15 Minuten lang während des Abschusses »gestoppt«, um zu verhindern, daß ein amerikanischer oder sowjetischer Aufklärungssatellit die Operation lokalisieren würde. Nachdem der ausländische Satellit vorüber war, begannen die Israelis erneut mit der Abschußprozedur.

Die Lebenserwartung von Ofek 1 beträgt nur etwa einen Monat. Doch es gibt Pläne in naher Zukunft einen zweiten Satelliten in die Umlaufbahn zu schicken, der viel länger existieren kann. Das Projekt soll die israelische Regierung bisher schätzungsweise 200 Millionen Dollar gekostet haben.

Einige amerikanische Satellitenexperten meinen, daß – falls Ofek 1 ein Spionagesatellit ist – er wahrscheinlich ausgestattet ist mit amerikanischem optischen Gerät, da man nicht glaubt, daß Israel die Fähigkeit besitzt die hochtechnischen und komplizierten Kameras herzustellen, die für die Satellitenaufklärung notwendig sind.

Andere Experten sind jedoch weiter besorgt darüber, daß es sich bei dem israelischen Satelliten um ein Atomwaffensystem handeln könnte. So sagte ein Experte: »Wenn Sie einen Satelliten in die Umlaufbahn schießen können, können Sie eine Nuklearladung überall in der Welt deponieren.« Und er meinte, Israel hat Atomsprengköpfe entwikkelt, die weit weniger wiegen als der 343 Pfund schwere Ofek 1. □

Kein Asyl für Vanunus Bruder

Meir Vanunu, dem Bruder von Mordechai Vanunu, dem israelischen Techniker, der der Welt über eine britische Zeitung in London vor zwei Jahren von dem Atomwaffenarsenal des zionistischen Staates erzählt hat, ist von der britischen Regierung politisches Asyl verweigert worden. Nachdem er seine sensationelle Geschichte preisgegeben hatte, wurde Mordechai von einer weiblichen Mossad-Agentin von London nach Rom gelockt, wo er vom Geheimdienst entführt und nach Israel zurückgebracht wurde, um vor Gericht gestellt zu werden.

Derzeit sitzt Mordechai Vanunu in einem israelischen Gefängnis eine 25jährige Haftstrafe ab »wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen«. Meir, der bei seinem Besuch im Gefängnis von Mordechai erfuhr, wie er entführt worden war, suchte zunächst Hilfe für seinen Bruder in den Vereinigten Staaten und später in Großbritannien. Die Israelis haben gegen Meir einen Haftbefehl erlassen, weil er die Einzelheiten über die Entführung seines Bruders enthüllt hat. Wenn er nach Israel zurückkehren muß, würde Meir ebenfalls »wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen« vor Gericht gestellt. □

Marsch der Völker nach Harmageddon

»Napoleon soll es gesagt haben: Die Weltgeschichte wird nicht im Occident (Abendland), sondern im Orient (Morgenland) entschieden werden.« So beginnt Fritz Hubmer das Kapitel »Harmageddon« in seinem Buch »Weltreich und Gottesreich in Prophetie und Erfüllung«, das Anfang 1989 im Hänssler-Verlag, Neuhausen bei Stuttgart, erscheint.

In der durch die Bibel vorausgesagten Zeit, in der die Juden wieder nach Palästina zurückkehren und sich ein europäisches Großreich bilde, werde Israel durch zwei Gruppen bewohnt sein: Durch jene, die dem Sabbat verpflichtet und nach Matthäus »in Judäa sind« und »den Greuel der Verwüstung (Entheiligung) stehen sehen an heiliger Stätte« und jene, die mit dem dannzumaligen Weltherrscher, dem Antichristen (Anstattchristus) im Bunde sein werden. Die Heere des Antichristen würden nach der Prophetie nach Harmageddon marschieren, während auch Juda »wider Jerusalem streiten« werde, wie Sacharia (14.14) vorausschaute.

Der Bund mit dem »andern Israel« werde vom Weltherrscher jedoch plötzlich gebrochen, was Daniel (9.27) prophezeit. Dann werde wohl die schwerste Welle des antisemitischen Völkerhasses über Israel ergehen. In diesem Höhepunkt des letzten Weltsturmes hinein geschehe nach dem einhelligen Zeugnis des Alten und Neuen Testaments der Geschichtsdurchbruch der Herrschaft Gottes auf Erden. □

Schwierigkeiten in der UN stehen bevor

Der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Johana Bein, weissagt: »Die UN ist heute im Kampf um die Weltmeinung die Hauptbühne. Als solche wird die Versammlung in diesem Jahr das Kampffeld zwischen Israel und den Palästinensern sein im Hinblick auf die Beeinflussung der Weltmeinung und der Darstellung eines weltweiten positiven Image.« □

Reagan nominiert Rabbi für die UN

US-Präsident Reagan nominierte den orthodoxen Rabbi Arthur Schneier, Präsident der Stiftung »Appell an das Gewissen«, als alternativen US-Vertreter für die Sitzung der UN-Generalversammlung. Der 58 Jahre alte und in Wien geborene Rabbi ist ein Mitglied des Council of Foreign Relations (CFR). Schneier hat oft Osteuropa, die Sowjetunion und das kommunistische China besucht, um Menschenrechtsfragen mit den führenden Politikern dieser Länder zu besprechen. □

Shamir weicht Fragen aus

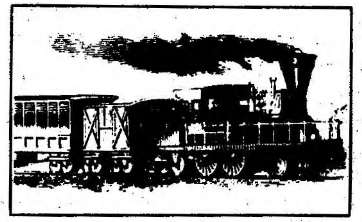
Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir, einst der Führer der Stern-Gang, die für die israelische Unabhängigkeit gekämpft hat, ist Fragen über seine Rolle bei dem Mord an dem schwedischen Friedensunterhändler der Vereinten Nationen, Graf Folke Bernadotte, vor 40 Jahren, die ihm in der letzten Zeit immer wieder gestellt wurden, ausgewichen. Die schwedische Regierung brachte Schokkiertheit und Entrüstung zum Ausdruck über Israels Schweigen, nachdem zwei ehemalige Führer der Stern-Gang ihre Beteiligung an der Ermordung des Friedensunterhändlers im Jahr 1948 zugegeben hatten.

Auf die Frage nach seiner Beteiligung dabei sagte Shamir den Journalisten: »Ich glaube nicht, daß ich in alle Einzelheiten gehen muß bezüglich der Dinge, die in der Zeit des Untergrunds geschahen oder nicht geschahen. Ich stimme mit dem Wunsch der Journalisten nicht überein, alle diese Dinge wieder wachzurufen.« □

Ida Nudel kritisiert Zionismus

Als Antwort auf Forderungen, sie solle in die Sowjetunion zurückkehren, wenn es ihr in Israel nicht gefällt, sagte Ida Nudel, die Dissidentin, die einst viel von sich reden machte, sie habe vor zu bleiben, doch sie stellt Fragen: »Haben wir die wertvolle Idee verloren, die uns als eine Nation Tausende von Jahren hinweg erhalten hat? Warum hat jeder kleine Beamte ein ›Recht einem neuen Bürger – im Namen des Volkes – zu sagen ›niemand hat Sie gebeten hierher zu kommen, Sie können dorthin zurückkehren, woher Sie gekommen sind‹? Warum legitimieren die Menschen eine solche Haltung, indem sie schweigen? Warum haben wir hunderttausende unserer Bürger ins Ausland gehen lassen, um dort Arbeit zu suchen?«

Und Ida Nudel sagt: »Ich bin nicht zu Besuch nach Israel gekommen. Als ein israelischer Bürger habe ich ein Recht das zu kritisieren, was mir an der israelischen Gesellschaft nicht gefällt und als ein Zionist habe ich ein Recht dagegen zu protestieren, daß der zionistische Gedanke beiseitegeschoben wird.« □



Naher Osten

Szenario für Harmageddon

Julian Snyder

Julian Snyder, ein anerkannter Finanzberater aus der Schweiz gibt die »International Moneyline« heraus, aus der der folgende Beitrag stammt. Snyder, eine Stütze in der Finanzszene des Establishments, überrascht seine Kollegen und Leser mit der neuen Richtung, die er bei seiner Analyse der internationalen Szene eingeschlagen hat.

Albert Einstein schrieb in seinem Buch »Aus meinen späteren Jahren«: »Ich würde viel lieber eine vernünftige Einigung mit den Arabern auf der Grundlage eines Zusammenlebens sehen als die Gründung eines jüdischen Staates. Abgesehen von den praktischen Überlegungen widersetzt sich mein Bewußtsein von dem Wesen des Judentums dem Gedanken an einen jüdischen Staat mit Grenzen, einer Armee und einem gewissen Maß an weltlicher Macht, egal, wie bescheiden diese auch sein mag. Ich fürchte den inneren Schaden, den das Judentum dadurch erleiden wird.«



US-Außenminister George Shultz hat alles für eine dauerhafte amerikanische Unterstützung Israels getan.

Der Weg nach Harmageddon

Ein israelischer Nuklearangriff auf eine größere arabische Stadt irgendwann innerhalb der nächsten Jahre – oder eher – läßt sich voraussagen. Der Angriff wird wahrscheinlich ohne Warnung kommen und anschließend erklärt werden als eine Defensivhandlung, um einen größeren Angriff der Araber auf Israel zu verhindern. Israel hat diese Art der Strategie bereits bei der Bombardierung des Atomreaktors Osirak im Irak im Jahr 1981 praktiziert.

Hunderttausende von Arabern werden in dem atomaren Angriff der Israelis getötet, und der nukleare Fallout wird ein großes Gebiet bedrohen.

Die US-Regierung wird verkünden, daß sie die Aktion der Israelis mißbilligt. Jeder größere arabische Staat mit Ausnahme Saudi-Arabiens wird Israel den Krieg erklären und sich in einem islamischen Jihad gegen den »großen Satan«, auch bekannt unter dem Namen Vereinigte Staaten, zusammenschließen.

Die Sowjetunion wird von den Vereinigten Staaten verlangen, ihre Bündnisse mit Israel sofort aufzuheben. Rußland wird den arabischen Staaten seine volle militärische Unterstützung im Krieg gegen Israel anbieten. Man wird berichten, daß Rußland die arabischen Länder mit Atomwaffen versorgen wird.

Mit der Erklärung, daß es die amerikanischen Interessen in Nahost verteidigt und gegen den Kommunismus kämpft, wird Israel die Vereinigten Staaten um Hilfe bitten.

Mit der Erklärung, daß er die Freiheit und die Demokratie verteidigt, wird der amerikanische Präsident verkünden, daß die Vereinigten Staaten Israel atomare Unterstützung liefern werden, falls die Araber wegen der Zerstörung einer ihrer Städte einen Vergeltungsschlag führen sollten.

Die Araber haben keine Rechte

Mit der Unterstützung der Mehrheit im US-Kongreß wird der Präsident die sofortige Entsendung von US-Bodentruppen in den Nahen Osten verfügen. Israelische und amerikanische Armeen werden gemeinsam in Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien einfallen und zum Persischen Golf vorstoßen, um die Ölfelder zu besetzen, die anschließend den Israelis übergeben werden.



Julian Snyder, ein Schweizer Bankberater, wagt eine Analyse der internationalen Szene im Nahen Osten.

Der Widerstand der Araber wird rasch zusammenbrechen, doch die sowjetischen Truppen und Panzer werden, unterstützt durch Flugzeuge, über Iran und andere Zugangswege in den Nahen Osten einströmen.

Die amerikanischen und israelischen Versorgungslinien werden überspannt und verwundbar, während der amerikanische Kongreß erkennt, daß die Vereinigten Staaten – selbst mit israelischer Hilfe – in Nahost keinen Bodenkrieg gewinnen können. Der US-Senat wird eine Resolution verabschieden, die Friedensverhandlungen fordert. Die Sowjets werden verlangen, daß Israel die Ölfelder an die Araber zurückgibt.

Die Israelis werden Friedensgespräche ablehnen mit der Begründung, daß Gott Abraham versprach, Israel würde eines Tages das ganze Land im Nahen Osten von Euphrat im Iran bis zum Nil in Ägypten besetzen (siehe das 1. Buch Moses 15, 18–21).

Der amerikanische Präsident wird behaupten, die Araber haben kein Recht auf die Ölfelder, weil sie diese sowieso den Vereinigten Staaten und Großbritannien weggenommen haben. Es werden weitere US-Truppen nach Nahost entsandt; amerikanische und sowjetische Bodentruppen werden in Europa mobilisiert.

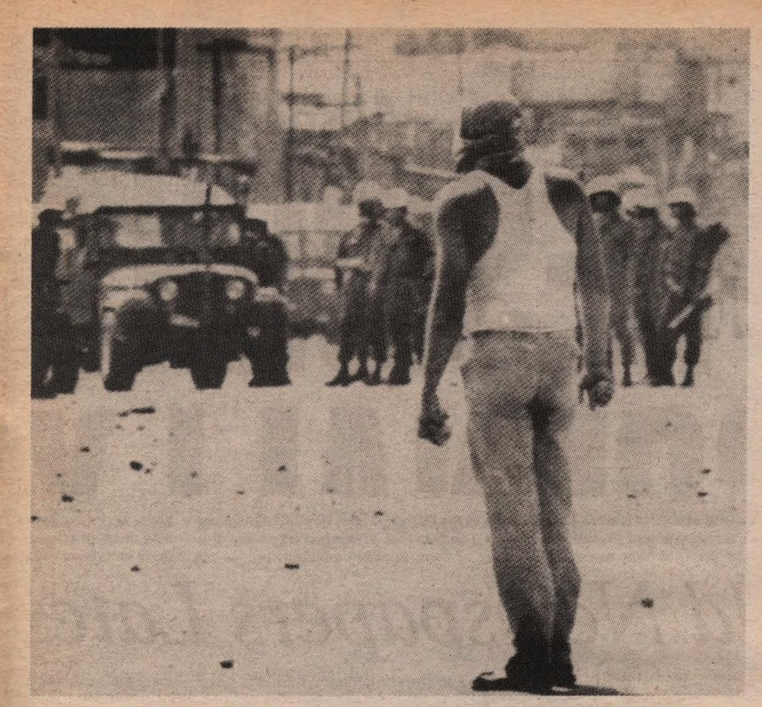
In Erinnerung an Vietnam werden die Bürger in den USA jedoch in Massen protestieren, und die Sowjetunion – die nicht den totalen Krieg will – wird ihre Friedensfühler ausstrecken.

Es fängt an deutlich zu werden, daß die Vereinigten Staaten keinen wirklichen Grund für ihre Präsenz in Nahost haben. Es gibt eine Menge Öl in Nord- und Südamerika, und wer braucht die Wüste? An diesem Punkt wirft Israel – erneut behauptend, es würde einen Angriff abwehren – eine weitere Atombombe. Sie können den Rest des Drehbuches selbst schreiben. Man muß nicht an biblische Prophezeiung glauben, um zu erkennen, daß ein finaler Krieg oder ein Harmageddon in Nahost möglich ist. Es ist bekannt, daß Israel Atombomben besitzt, und der allgemeine Rüstungsaufbau im Nahen Osten beschleunigt sich immer mehr.

Aufbau der tödlichen Bombe

Als er in Jerusalem war, warnte der amerikanische Außenminister George Shultz in einem Zusammentreffen mit der Presse speziell vor der Kriegsgefahr. »Die Ausbreitung von Langstreckenraketen und chemischen Waffen droht künftige Konflikte noch viel zerstörerischer zu machen«, sagte Shultz.

»Wir wollen jeden Krieg vermeiden, der anders als jeder Konflikt bisher mehr Todesopfer fordern und schwerer einzugrenzen sein wird. Diese Realitäten erhöhen die Chancen für regionale Konflikte dramatisch und begraben die Vorstellung, daß die



Ein Palästinenser mit Steinen in jeder Hand steht in Gaza israelischen Soldaten gegenüber.

Zeit für eine Schlichtung arbeitet.«

Ein unabhängiger Verteidigungsexperte aus Washington meint ebenfalls: »Bei dem nächsten arabisch-israelischen Krieg wird es nicht einfach nur darum gehen, daß Panzer über die Golanhöhen rollen. Wir haben hier eine ganz neue Reihe von Gefahren vor uns.«

Zu den Entwicklungen, die Anlaß zur Sorge geben, gehören auch Schritte Israels – es ist bekannt, daß das Land seit dem Ende der sechziger Jahre Atomwaffen besitzt – zur Verbesserung seiner atomar einsetzbaren Jericho-Raketen. Mitte des Jahres 1987 testeten die Israelis eine Langstreckenversion des hochtechnisierten Mittelstreckensystems Jericho II, mit dem so weit entfernte Ziele wie die Sowjetunion angegriffen werden können.

Die amerikanische Haltung zu Israels Atomwaffenentwicklung wurde bei einer Konferenz in Oslo über die Ausbreitung von Atomwaffen als die »Drei-Affen-Haltung« beschrieben – nichts Böses hören, sehen und über nichts Böses sprechen.

Ein führender amerikanischer Experte für atomare Ausbreitung soll gesagt haben: »Wir wußten seit den sechziger Jahren, daß mehr in Dimona – Israels Atomzentrum – passiert, als man mit bloßem Auge sehen kann. Wir haben offenbar nie mehr als höfliche Versuche unternommen, um herauszufinden, was es ist, trotz Beweisen dafür, daß es sich um die Produktion von Atomwaffen handelt.«

Zwei Meldungen auf der Titelseite der »International Herald Tribune« zeigen die pro-israelische Propagandalinie, die sich für einen Krieg ausspricht. Hervorstechend ist dabei die Sensationsschlagzeile »Syrien kauft vielleicht Raketen in China ein«, mit der unterbewußten Botschaft: Israel sollte Raketen besitzen und das Recht haben, sich selbst zu verteidigen.

Israel plant einen Krieg

Darunter haben wir einen Artikel, dessen Überschrift »Plan des Arafat-Beraters spaltet die PLO« zu sagen scheint, daß die PLO führerlos ist und damit impliziert, daß Israel nicht mit den Palästinensern verhandeln kann. Die Realität der zweiten Geschichte, wie Anthony Lewis in einer Kolumne der »New York Times« am nächsten Tag meint, ist die, daß der Vorschlag Yassir Arafats Sprecher, Bassam Abu Sharif, ein ehrliches Angebot zu Friedensverhandlungen ist, das Israels Existenzrecht eindeutig anerkennt.

»Es trifft sich direkt mit der von Israel seit langem vertretenen Ansicht, daß eine Friedensregelung durch direkte Verhandlungen erreicht werden muß«, schreibt Lewis. Das Abu-Sharif-Papier macht auch »unwiderstehlich klar, daß es Palästinenser gibt, die zu Verhandlungen bereit sind«.

Die Tatsache, daß zweitrangige palästinensische Splittergruppen mit Arafat nicht einer Meinung sind, spielt überhaupt keine Rolle. Arafat ist der Führer, und Abu Sharifs Aussage wurde mit seiner Zustimmung veröffentlicht.

Doch ohne die Tatsachen zu kennen – einschließlich der Tatsache, daß Arafat selbst einen unabhängigen palästinensischen Staat neben Israel befürworten soll –, würde der Durchschnittsleser den Eindruck bekommen, daß der Ruf nach Verhandlungen bedeutungslos sei, weil sich die Palästinenser nicht einigen könnten.

Bei sorgfältiger Lektüre wird klar, daß es sich bei der Geschichte über die Raketen aus China um eine Ente handelt. Der vierte Absatz in dem Artikel ist der Schlüssel dazu: »Doch israelische und amerikanische Vertreter betonten auch, daß ein Verkauf nicht unmittelbar bevorzustehen scheint.«

Somit beruht die Aussage, die Raketen »könnten über das Wochenende getestet worden sein«, die dem Ganzen ein Gefühl von Dringlichkeit verleiht, auf keinen Tatsachen und hat keinen Nachrichtenwert. Gleichermaßen trifft dies zu bei der Aussage: »Es könnte sein, daß sie nicht über das Wochenende getestet wurden.«

Unerwähnt bleibt die Tatsache, daß Israel in großem Umfang Waffen an China verkauft, die israelisches Gerät manchmal in Nahost wieder verkaufen. Doch es gab vom Nachrichtenstandpunkt keinen triftigen Grund dafür, daß die Geschichte eines »möglichen Verkaufs«, die der Tatsache Gewicht verleiht, daß es geschehen könnte oder auch nicht, auf die Titelseite einer führenden Zeitung gesetzt wurde, außer, wenn man damit versuchen wollte, das Friedensangebot der Palästinenser zu unterdrücken.

Warum wollen Israel und die pro-israelische Presse die Amerikaner davon überzeugen, daß eine Friedensregelung unmöglich ist? Es gibt nur einen Grund, der Sinn macht: Israel plant einen Krieg.

Entflammte Emotionen der Araber

Ob Israel nun sein Atomarsenal einsetzen wird oder nicht, es befindet sich auf jeden Fall auf dem Weg in ein militärisches Harmageddon und zieht die schlafwandelnden Vereinigten Staaten dabei hinter sich her.

Während die zionistischen Fundamentalisten die Kontrolle über das Land haben und die Mißhandlungen von Palästinensern an der West Bank weitergeht, tut Israel alles, was es nur tun kann, um die Friedensangebote der Palästinenser zu unterdrücken. Palästinensische Führer, die vielleicht zu Verhandlungen bereit gewesen wären, wurden verhaftet, deportiert oder ermordet; der palästinensische Widerstand hat sich so verhärtet, daß ihre Bereitschaft, friedliche Koexistenz mit den Juden zu akzeptieren – von der Israel leugnet, daß sie jemals existiert hat –, nicht ewig andauern wird.

Angesichts der entflammten Emotionen der Araber, der Tatsache, daß die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten jetzt zusammenbrechen und Israels Unnachgiebigkeit wächst, ist es jetzt keine Frage mehr, daß die arabische Welt schließlich militärische Schritte gegen Israel unternehmen wird. Die einzige Frage ist nur wann.

Somit haben die Israelis eine triftige Entschuldigung für ein Harmageddon, und die Vereinigten Staaten befinden sich nicht mehr in der Position, einen israelischen Angriff oder Gegenangriff zu stoppen. Wenn die Vereinigten Staaten den Mut aufbringen könnten, damit zu drohen, die jährliche Finanzspritze von 3,5 Milliarden Dollar an Israel zu stoppen, könnten die Israelis damit drohen, Atomwaffen einzusetzen, über die sie bereits verfügen, um die benachbarten arabischen Staaten zu erobern und zu plündern – und es gibt nichts, was die Vereinigten Staaten dagegen tun könnten. □

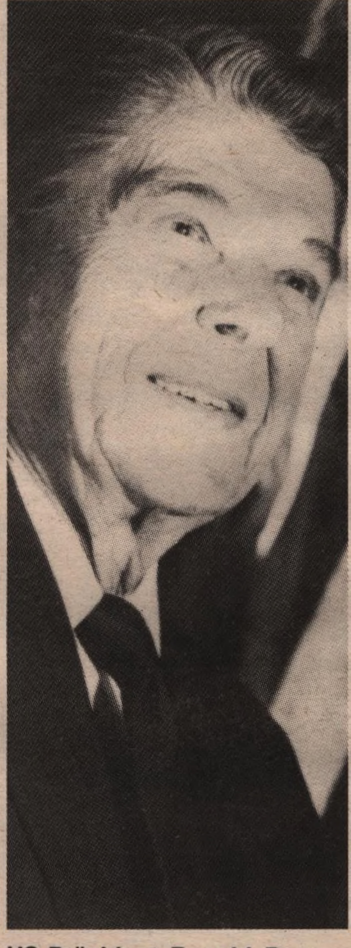
Israel

Reagans Umschmeichelung

Mark Lane

Die Tatsache ist klar. Die Regierung von Präsident Ronald Reagan hat die Bindungen zwischen den USA und Israel so stark geknüpft, daß künftige amerikanische Regierungen es fast unmöglich finden werden, Amerika aus dem Netz von Militärvereinbarungen, Handelsabkommen, Geheimdienstabkommen und Hilfeleistungen zu befreien, das zwischen den beiden Ländern in den letzten acht Jahren geschaffen wurde.

Die Vereinbarungen mit der Reagan-Administration waren von ungeheuerem Vorteil für Israel, während die Vorteile zur Förderung der US-Interessen weitaus weniger deutlich sind. Doch es hat einen Lohn gegeben für die Partei, die derzeit die Macht im Weißen Haus ausübt. Die pro-israelische jüdische Gemeinde in Amerika hat ihre jahrzehntelange traditionelle Unterstützung des liberalen Flügels der Demokratischen Partei weitgehendst aufgegeben und zunehmend die Republikanische Partei unterstützt, die durch Nutzung ihrer politischen Macht zugunsten Israels sich so eifrig um diese kleine, aber wohlhabende Gemeinde bemüht hat.



US-Präsident Ronald Reagan hat in seiner Amtszeit alles getan, was der zionistische Staat von ihm forderte.

Enthusiasmus für die Sache Israels

Die Umschmeichelung Israels durch die Reagan-Regierung ist unter den Beobachtern und Kommentatoren innerhalb der pro-israelischen Gemeinde in Amerika zu einem herausragenden Thema geworden. In Band 88 des Amerikanisch-Jüdischen Jahrbuches mit dem Untertitel »Ereignisse und Tendenzen im Leben der Juden Amerikas und auf der ganzen Welt« wird es ausführlich behandelt.

Das Jahrbuch, das vom amerikanisch-jüdischen Komitee veröffentlicht wird, präsentiert eine klare und offene Diskussion dieser Tendenz im politischen Leben der jüdischen Gemeinde. Es ist eine Tatsache, die nicht nur auf die Wahlen des Jahres 1988, sondern auch auf die im kommenden Jahrzehnt wichtige Auswirkungen haben wird.

Bei der Beschreibung des Phänomens des Umschwungs der Loyalitäten wird in dem Jahrbuch zunächst darauf hingewiesen, daß die amerikanischen Juden seit den Tagen des New Deal, aber besonders seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948, »ein leidenschaftliches Engagement für die Sicherheit ihrer jüdischen Mitbürger auf der ganzen Welt und die Sicherheit Israels verbindet, wobei sie bei anderen politischen Themen eine liberale Haltung einnehmen«.

Die Wahl und darauffolgende unermüdliche Unterstützung Israels durch die konservative Reagan-Regierung, verbunden mit einem Verlust des »Enthusiasmus für die Sache Israels« durch »Elemente in der Demokratischen Partei«, brachte eine Neuorientierung der politischen Prioritäten in der jüdischen Gemeinde. Es führte auch zu einer erhitzten, lange andauernden Debatte unter Mitgliedern der Gemeinde über die offensichtliche Aufgabe bestimmter, seit langem etablierter Traditionen in der Gemeinde.

Der Zuckerguß auf dem Kuchen

Laut des Jahrbuchs haben viele Juden die Ideologie gänzlich verworfen und »die pro-israelischen Gefühle in den Rängen der Republikaner als eine Gelegenheit angesehen, ihren jüdischen politischen Einfluß« durch Gründung einer ungeheueren Zahl jüdischer politischer Aktionskomitees – zum Beispiel PAC – so groß wie möglich zu machen. PAC macht Spenden an Kandidaten allein auf der Grundlage der Bereitschaft der Kandidaten, Israel zu unterstützen. So werden die Amtsinhaber entweder unterstützt oder bekämpft, je nachdem, wie sie sich bezüglich Israel und in geringerem Maße gegenüber dem sowjetischen Judentum verhalten.

In dem Jahrbuch wird diese Strategie als ein Versuch beschrieben, »Kandidaten beider Parteien dazu zu bringen, um die Unterstützung der Juden zu wetteifern«. In diesem Licht besehen ist die Gründung der PAC einfach nur eine Übung in politischer Machtergreifung, und die Gelder, die als Folge davon nach Israel fließen, sind nur der Zuckerguß auf dem Kuchen.

Doch diese Formel hat einen Fehler, denn Beobachtern ist deutlich geworden – und dies hat sich auch durch zahlreiche Umfragen bestätigt –, daß folgendes Thema von überragender Wichtigkeit für die jüdischen Wähler und die Spendengeber der jüdischen PAC ist: der Fortschritt Israels.

Die pro-israelische jüdische PAC, die jetzt über 100 Einzelorganisationen verfügt, ist in Washington sowohl hinsichtlich Geld als auch in bezug auf politischen Einfluß zu den wichtigsten zionistischen Einflußorganisationen geworden. Das Ergebnis der Arbeit dieser Organisation: Der amerikanische Kongreß unterstützt Israel mehr als je zuvor in der Geschichte, obwohl sich inzwischen ein paar Risse in der nahezu einstimmigen Front der Unterstützung zeigen – vor allem durch die starke Belastungen, die sich durch die brutale Reaktion des Israelis auf den Aufstand der Palästinenser ergeben haben.

Erhaltung der besonderen Beziehungen

Obwohl die Debatte darüber, ob die jüdische Gemeinde in Amerika ihre traditionellen Bündnisse aufgeben sollte, noch einige Zeit andauern wird, wird sie sich wohl doch letztendlich irgendwann totlaufen – nicht weil sie auf die eine oder andere Art gelöst sein wird, sondern eher weil sie überholt sein wird. Die organisierte, pro-israelische jüdische Gemeinde in Amerika wird bald feststellen, daß – während der Aufstand der Palästinenser weitergeht und die Chancen für einen großen Krieg in der Region immer größer werden – sich die öffentliche Meinung in Amerika gegen eine bedingungslose Unterstützung Israels wenden wird.

Das passiert tatsächlich im Augenblick. Und die pro-israelische jüdische Gemeinde beginnt zu verlangen, daß zuerst den US-Interessen gedient wird. Wenn dies in das politische Bewußtsein aufgenommen worden ist, wird die Gemeinde nur noch einen Kampf um die Erhaltung der »besonderen Beziehungen« führen und die finanziellen Überlegungen zur Unterstützung Israels werden an Bedeutung verlieren. □

Israel

Palästinenser-Problem vor die UN

Mark Lane

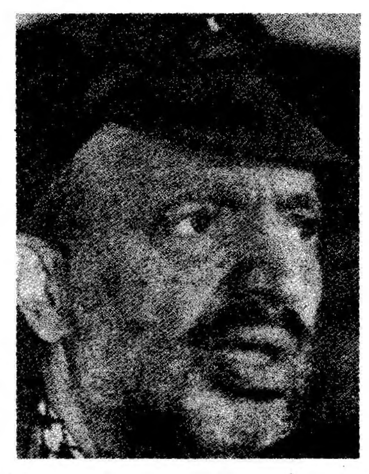
Die US-Regierung setzt Israel weiterhin entschieden unter Druck, eine friedliche Beilegung mit den Palästinensern anzustreben. Zu den jüngsten Signalen, die die Reagan-Regierung Israels hartnäckig trotziger Führung geschickt hat, gehörte die Entscheidung des Weißen Hauses, die langandauernden Differenzen mit den Vereinigten Nationen in Ordnung zu bringen, indem die Vereinigten Staaten die bisher zurückgehaltenen Beiträge und Schulden bezahlte.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wies das US-Außenministerium an, die Beiträge für die UNO zu bezahlen und einen mehrjährigen Plan auszuarbeiten, um die 520 Millionen Dollar abzuzahlen, die die USA der internationalen Organisation in den letzten Jahren vorenthalten haben.

Die versöhnliche Geste war begleitet von ungewöhnlichen Worten des Lobes aus dem Weißen Haus. Sprecher Marlin Fitzwater sagte, die Entscheidung des Präsidenten, die Konten auszugleichen, reflektiere »eine Zuversicht in Ereignisse und Umstände« – was immer dies heißen mag – und eine Verringerung der Gegnerschaft gegen die USA in der UNO sowie eine ungeheuere Verbesserung in ihren Programmen zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt.

Pro-israelische Aktivisten in Washington sind jedoch besorgt, daß die »Zuversicht in Ereignisse und Umstände«, die in der Erklärung des Weißen Hauses genannt werden, eine Bereitschaft der USA impliziert, sich bei der Lösung der Palästinenserfrage mehr auf die Vereinten Nationen zu verlassen. Ein solcher Schritt wäre ein starker Schlag für Israels beständige Politik des Hinhaltens und der Störrigkeit hinsichtlich der Verhandlungen um eine friedliche Beilegung.

Außerdem würde der Schritt eine von Israels Lieblingstaktiken untergraben, indem er ihnen die Verantwortung für ihre gewissenlose Behandlung des palästinensischen Volkes nimmt sowie ihre Weigerung, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, um die Frage der besetzten Gebiete zu regeln.



Yassir Arafat wollte vor der UNO in New York sprechen. Die USA verweigerten ihm die Einreise und zwangen damit die Weltorganisation in Genf zu tagen.

Scheitern der Pendeldiplomatie

Die Israelis und ihre Lobbyisten in den Vereinigten Staaten haben die Differenzen der USA mit den Vereinten Nationen lange Zeit verschlimmert und ausgenutzt als ein Mittel der Verleugnung der internationalen Kritik an ihrer Besetzung der West Bank und des Gaza-Streifens.

»Das letzte, was wir brauchen«, meinte ein pro-israelischer Experte, »ist das Palästinenser-Problem vor der UNO.«

Pro-israelische Aktivisten betrachten auch mit Unruhe die Tendenz seitens der Reagan-Regierung, in ihren letzten Tagen im Amt die »PLO zu legitimieren«. Sie glauben, daß das amerikanische Außenministerium seit dem Ende und Scheitern der Pendeldiplomatie-Bemühungen von US-Außenminister George Shultz um eine Friedensregelung der Situation der Palästinenser ein internationales Szenario geschaffen hat, das in der Anerkennung der PLO als des rechtmäßigen Vertreters des palästinensischen Volkes gipfeln soll.

Das jüngste Beispiel für diesen Plan war ihrer Meinung nach das Erscheinen von PLO-Führer Yasser Arafat vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Dort verkündete Arafat seine Bereitschaft, den Staat Israel anzuerkennen und UNO-Garantien für seine Sicherheit als Teil einer Vereinbarung zu akzeptieren, bei der Israel auch das Recht der Palästinenser anerkennen würde, ihren eigenen Staat zu gründen.

Pro-israelische Aktivisten sehen Arafats Auftreten als ein Vorspiel für seinen Auftritt vor den Vereinten Nationen in New York, Genf oder Wien und das alles mit dem Segen der Weltöffentlichkeit.

Ein weiteres ominöses Signal aus Washington war die jüngste Ankündigung der aus dem Amt scheidenden Reagan-Regierung, daß sie weiterhin akzeptieren wird, daß Juden die Sowjetunion als Flüchtlinge verlassen und nicht den Forderungen der israelischen Regierung nachgeben wird, sie zu zwingen, sich in Israel niederzulassen. Die Ankündigung, die der US-Außenminister Shultz vor ein paar Wochen vor dem Justizausschuß des US-Senats gemacht hat, war eine direkte Ablehnung der israelischen Bemühungen, die Emigration der Juden aus der Sowjetunion zu steuern, um die Bevölkerung des Kleinstaates besonders mit Juden aus Europa zu vergrößern. Derzeit machen nicht-europäische Juden fast 60 Prozent von Israels jüdischer Bevölkerung aus. Die Palästinenser einschließlich jener in Gaza und der West Bank stellen etwa 45 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Diesen letzten Aktionen der amerikanischen Regierung folgen drei weitere Schritte auf dem Fuße, die kürzlich erfolgten und die die widerspenstigen israelischen Führer verblüfften und die pro-israelische Lobby der amerikanischen Juden erzürnte.

Ungehalten über die Politik Israels

Im August 1988 informierte das amerikanische Außenministerium die israelische Regierung, daß man höchst ungehalten sei über die Politik der israelischen Regierung, palästinensische Aktivisten samt und sonders zu deportieren.

Fast gleichzeitig informierte der amerikanische Handelsvertreter Claytin Yeutter, daß sein Amt beabsichtige, gegen Anschuldigungen zu ermitteln bezüglich der Mißhandlung palästinensischer Arbeiter durch die Israelis.

Unterdessen verkündete das US-Justizministerium, daß man beschlossen habe, gegen eine Entscheidung des US-Distriktgerichts der UNO-Mission der PLO zu erlauben, weiterhin geöffnet zu bleiben, keine Berufung einzulegen.

Die Bedeutung dieser Signale ist der pro-israelischen Lobby nicht entgangen. Das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) klagte in einem Leitartikel, der in seinem Newsletter »Near East Report« veröffentlicht wurde: »Die Bereitschaft der Reagan-Regierung, sich gegen die Politik der Gewalt von seiten der palästinensischen Araber, besonders der PLO, zu stellen und die Propaganda, mit der diese entschuldigt wird, scheint in der Hitze des letzten Sommers in Washington verwelkt zu sein.«

In dem AIPAC-Artikel heißt es weiter, daß man dem Mitglied des Likud-Blocks, Benjamin Begin – dem Sohn des ehemaligen Premierministers Menachem Begin –, bei seinem Besuch in Washington gesagt habe, daß US-Vertreter nicht mehr glauben, daß die Camp-David-Abkommen noch gelten. Betonen wollte man damit offensichtlich, daß es in Nahost zur Zeit ein neues Ballspiel gibt, und die Israelis sollten besser lernen, wie man dieses spielt. □

Pakistan

Ein zweites Libanon

Warren Hough

Indem sie eine »Armee von Geheimagenten« mobilisierte, hat die israelische Regierung eine Reihe von Cover-Action-Schlägen zur Destablisierung der islamischen Republik Pakistan in Gang gesetzt.

»Das Ziel unserer Gegner ist es, Uneinigkeit, Blutvergießen, Streitigkeiten im Volke zu säen, um unser Land zu einem zweiten Libanon zu machen«, sagte General Aslam Beg, der Kommandeur der bewaffneten Streitkräfte Pakistans, in einem ungewöhnlichen offenen Interview mit unserem Sonderkorrespondenten Bruce Hughessen. Obwohl Aslam Israel nicht beim Namen nannte, waren andere hochplazierte pakistanische Quellen weniger zurückhaltend. »Unser seit langem gärender Streit mit Israel, der jahrelang im Verborgenen schwelte, tritt jetzt offen zutage«, behauptete Dr. Chaudrey Ghawas, ein pakistanischer Diplomat, der nach langjähriger Tätigkeit bei den Vereinigten Nationen in einem New Yorker Vorort lebt.

Ein professionell geplanter Mord

»Dieser Konflikt ist nicht neu. Was jetzt anders ist, ist, daß es jetzt zu einem Entscheidungskampf zu kommen scheint.«

Diese erschütternden Aussagen wurden nach einem wochenlangen Terror gemacht, in dem in Mord- und Sabotageaktionen über zwanzig islamische fundamentalistische Führer in Hyderabad, Karachi und 30 anderen pakistanischen Städten getötet worden waren. Auf dem Höhepunkt der Tage der Spannung und des Blutvergießens unterbrach das pakistanische Fernsehen am Nachmittag des 16. Oktober 1988 sein Programm, damit Präsident Ghulam Ishaq Khan zu der Bevölkerung sprechen konnte. Khans Thema: die Flugzeugexplosion vom 17. August 1988, bei der sein Vorgänger, General Mohammed Zia ul-Haq, und seine Spitzenberater ums Leben gekommen waren.

»Ich habe die Ergebnisse der Untersuchung dieser Katastrophe vorliegen«, verkündete der Präsident und hielt dabei ein Bündel von Geheimdokumenten hoch. »Es war, wie wir die ganze Zeit vermutet hatten, kein Unfall. Unser verstorbener Präsident, General Zia, war das Opfer eines professionell geplanten und genial ausgeführten politischen Mordes.«

Zias Flugzeug war von »ausländischen Agenten sabotiert worden, die hochtechnische Methoden verwendet haben«, sagte Dr. Fateh Khan Bandial, der pakistanische Sicherheitschef, der die Untersuchung geleitet hat.

Wende der Dinge, die Israel fürchtet

Einer Theorie der Untersuchungsbeamten zufolge verwendeten die Mörder Giftgas, da durch Fernbedienung in der C-130-Maschine freigesetzt wurde, in der sich Präsident Zia und die meisten seiner Chefs der pakistanischen Armee befanden. Über 30 wichtige Persönlichkeiten starben bei dem Flugzeugabsturz.

Die Feststellungen der prakistanischen Regierung bestätigen einen Bericht in der Dezemberausgabe von CODE. In diesem Bericht ging es um die angebliche Rolle der Khad in dem Mord, dem Geheimdienst der kommunistischen Marionettenregierung Afghanistans. Trotz früherer Meldungen, die den Verdacht auf Agenten aus Afghanistan lenkten, bestätigten die pakistanischen Untersuchungsbeamten jetzt offen, daß die hochtechnische Flugzeugexplosion über die Fähigkeiten der schlecht geschulten und ungenügend ausgerüsteten Khad hinausging. Außerdem konzentrierte sich die Untersuchung auf einen mächtigen, ausländischen Gegner, nachdem eine Welle des Terrorismus Pakistan nach Zias Tod überrollte.

»Es gab zahlreiche Morde durch maskierte Pistolenschützen und durch ferngesteuerte Bomben in einer Reihe von Großstädten«, sagte Ghawas. »Die meisten Opfer hatten eines gemeinsam; es waren Führer oder Militante der islamisch-fundamentalistischen Bewegung, die Pakistan mit anderen großen moslemischen Nationen vereinen will.«

Das ist die »Wende der Dinge, die Israel fürchtet«, bestätigte ein amerikanischer Nahostexperte bei den Vereinten Nationen. »Die Krise begann im vergangenen Sommer, als General Zia den Premierminister feuerte und sich bei den islamischen Bewegungen in seinem Land Unterstützung holte. Obwohl die westlichen Medien dies ignorierten, war das eine wichtige Wende für Pakistan. Das Konzept der ›Islamisierung‹ war lange schon General Zias Motto. Doch niemand nahm ihn ernst. Er brauchte und akzeptierte militärische Hilfe in den achtziger Jahren in Höhe von rund 4,2 Milliarden Dollar von den Vereinigten Staaten. Und viele führende Politiker in Pakistan waren korrupt, bereit, jeden Kurs einzuschlagen, der ihnen das meiste Geld für ihre eigenen Taschen einbrachte. Das gab Israel Gewißheit; es dachte, es könnte immer den Druck der USA und Bestechung einsetzen, um die Politik Pakistans zu kontrollieren.«

Eine neue internationale Krise

Doch in den letzten Monaten wandte sich Zia den unnachgiebigen islamischen Militanten und seinen vertrauten Beratern zu, um einen neuen Kurs für sein Land einzuschlagen.

»Die Verbindungen der pakistanischen Regierung zu führenden moslemischen Regierungen einschließlich Saudi-Arabien, Kuwait und sogar Syrien wurden enger und stärker«, erzählte Ghawas. »Diese islamischen Länder begannen bedeutende militärische Bündnisse zu entwickeln. Jahrelang waren drei pakistanische Elite-Regimenter als Teil einer gegenseitigen Sicherheitsvereinbarung in Saudi-Arabien stationiert gewesen. Jetzt begann Zia noch engere Bande mit seinen moslemischen Brüdern zu knüpfen.«

Selbst die Kritiker des Zia-Regimes schienen diese Ansicht zu teilen. Der wichtigste Oppositionsführer ist Benazir Bhutto, der Führer der pakistanischen Volkspartei (PPP), der der Regierungskoalition bei den Nationalwahlen gegenübergetreten war. Dr. Husain Noorani, ein pakistanischer Journalist, ist ein langjähriger Sprecher der PPP.

Noorani berichtete: »Es scheint zu stimmen, daß Zias Vorstoß, unserem Land eine wahre islamische Identität zu geben, seinen Untergang hervorrief. Amerikanische Nachrichtenorganisationen haben über das jüngste Blutvergießen wenig oder gar nicht berichtet. Niemand hat darauf hingewiesen, daß hinter diesen terroristischen Angriffen Israels Entschlossenheit steht, die Bemühungen unserer Regierung zur Entwicklung einer sogenannten ›islamischen Atombombe‹ zu blockieren.«

Israel fürchtet einen solchen Schritt, weil das ihrem Monopol von Atomwaffen in Nahost ein Ende machen würde. Außerdem würde es nicht nur Pakistan, sondern auch Saudi-Arabien und anderen moslemischen Nationen neue Macht verleihen, um gegen Israels nukleare Erpressung zurückzuschlagen.

Doch was ist, wenn Israel mit seinem versteckten Vorstoß zur Destabilisierung dieses wichtigen Landes mit einer islamischen Bevölkerung von weit über 70 Millionen Menschen Erfolg hat?

»Wenn das passiert«, versicherte Ghawas, »und Israel uns auf den Weg in die ›Libanonisierung‹ drängt, wird die Welt mit einer neuen internationalen Krise fertig werden müssen.« □



Zitate

Fortschritt

Theodor Waigl, CSU-Vorsitzender: »Das prinzipiell Neue in der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg liegt in der Geschwindigkeit, mit der der technische Fortschritt immer weitere Bereiche unserer Lebens- und Arbeitswelt durchdringt. Speziell in den letzten zehn Jahren hat sich durch Neuerungen auf dem Gebiet der Elektronik – ich nenne als Stichwort Computer, Mikro-Chips, numerisch gesteuerte Maschinen – eine Entwicklung vollzogen, die man nach der Erfindung der Dampfmaschine und nach der Nutzung des elektrischen Stroms als dritte industrielle Revolution bezeichnen kann. Diese technologische Umwälzung stellt unsere Volkswirtschaften vor außerordentliche Herausforderungen. Denn nur wer in der Spitzengruppe der Umwälzung marschiert, wird seine Stellung im internationalen Wettbewerb aufrechterhalten können.«

Blindheit

Otto von Habsburg, Europa-Abgeordneter der CSU: »Als Präsident Reagan beschloß, Tripolis zu bombardieren, um dem libyschen Terrorismus ein Ende zu setzen, war es wieder Dukakis, der die Vorgänge schärfstens ablehnte. Dabei haben die USA nur mit diesem Angriff dem Gaddafi-Terrorismus weitgehend das Rückgrat gebrochen. Diese Ereignisse haben gezeigt, daß, wenn man sich traut, gegen Gewaltverbrecher zurückzuschlagen, das meist eine segensreiche Wirkung für die Sicherheit friedlicher Bürger hat.«

Glück

Carl Hilty, Schweizer Staatsrechtsprofessor: »Ein Schriftsteller sagt mit Recht, es komme eigentlich bloß darauf an, auf dem rechten Weg zu sein, alles andere ergebe sich dann von selbst. Man kann auch sagen: Es ist bloß wichtig, in sein Leben den Geist zu bekommen, den das Evangelium den heiligen nennt, der tut dann alles weitere. So kann man auch noch weiter sagen: Mache zeitweise alle religiösen Bücher zu außer der Bibel, und selbst in dieser laß alles beiseite außer den Worten und Taten Christi. Das andere ist zur Seligkeit nicht nötig, kann aber zeitweise wieder eine brauchbare Unterstützung oder Anregung sein. Das Leben beginnt glücklich zu werden, wenn man alles, was kommt, aus Gottes Hand nehmen kann, nicht mehr viel sorgt und nur durch offene Türen geht. Vorher ist es eine einzige große Mühsal mit einigen Erholungspausen, die meistens noch mit Selbsttäuschung verbunden sind.«

Deutsche Frage

Michail Gorbatschow, sowjetischer Generalsekretär: »Die gegenwärtige Situation resultiert aus der Geschichte. Allerlei Versuche, das durch die Geschichte Hervorgebrachte umzustoßen oder die Entwicklung durch unrealistische Politik zu forcieren, sind ein unkalkulierbares und sogar gefährliches Unterfangen. An dieser Stelle ist ein Wort des großen Goethe angebracht: ›Einer neuen Wahrheit ist nichts schädlicher als ein alter Irrtum‹.«

Glasnost

Wolfgang Leonhard, Historiker: »Eine Fortsetzung der Glasnost und ernsthafte Erfolge bei der Perestrojka würde außenpolitisch die realistische, gemäßigte und kooperationswilligere Politik der UdSSR der letzten Jahre verankern. Umgekehrt aber würde eine Versandung oder gar Blockierung der Reformen nicht nur eine Rückkehr zu einem härteren innenpolitischen Kurs beinhalten, sondern sich auch negativ auf die Ost-West-Beziehungen auswirken.«

Karlspreis

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Friedrich und Voltaire, Briand und Stresemann, die sich für ihre maßvolle Locarno-Politik beide zu Hause von Nationalisten beschimpfen lassen mußten. Adenauer und Schumann, die den Plan von Jean Monnet umsetzten, jenes im Denken und Handeln gleichermaßen bedeutenden, wahrhaft europäischen Menschen, dessen Geburtstag sich in wenigen Tagen zum hundertsten Male jährt. Adenauer und de Gaulle, die Staatsmänner, die der gewachsenen Aussöhnung den festen und bleibenden Rahmen gaben. Es folgten Pompidou und Brandt in der Zeit des Berlin-Abkommens und des Weges nach Helsinki, danach die enge währungspolitische und weltwirtschaftliche Kooperation von Giscard d'Estaing und Schmidt und nun heute Mitterand und Kohl.«

Europäische Gemeinschaft

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Aber wir dürfen niemals vergessen: Die Europäische Gemeinschaft ist ebensowenig das ganze Europa, wie die Bundesrepublik Deutschland unser ganzes Vaterland ist. Auch Warschau und Prag, Kiew und Krakau gehören zu Europa – und natürlich Dresden, Leipzig und Rostock. Wenn wir die europäische Einigung vorantreiben, handeln wir auch im Interesse der Menschen im anderen Teil unseres Kontinents – und in der Hoffnung, daß sie eines Tages in freier Selbstbestimmung dieses Werk des Friedens mitgestalten können.«

Sozialismus

Alexander Dubcek, tschechoslowakischer Politiker: »Vor 20 Jahren nannten wir unsere Bewegung Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Sinn und Inhalt des politischen Programms der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei waren für den Dienst am Menschen und am Volk da und respektierten die menschlichen Werte. Damals befanden wir uns an einem wichtigen Scheideweg. Wir versuchten, einen neuen Weg für den Sozialismus zu finden. Wir haben versucht, Demokratie und Sozialismus auf einem pragmatischen Weg zu vereinigen. Wir haben damals eine Atmosphäre des Dialogs geschaffen, während der Dialog heute so gut wie unmöglich ist.«

Verteidigung

François Mitterrand, französischer Staatspräsident: »Ich habe schon mehrmals eine Meinungsverschiedenheit geschildert, die zwischen Frau Thatcher und mir anläßlich eines Gipfeltreffens der Sieben auftrat. Sie fragte mich: ›Was würden Sie machen, wenn feindliche Truppen vor Bonn stünden? Würden Sie mit Ihren Atomwaffen eingreifen?‹ Sie können sich vorstellen, mit welcher Aufmerksamkeit uns Bundeskanzler Helmut Kohl, aber auch Ronald Reagan zuhörte. Ich habe sie als meine Zeugen genommen und ganz einfach geantwortet: ›Nein. Was Sie von Frankreich verlangen, das muß vom Atlantischen Bündnis gemacht werden. Es ist Aufgabe der Allianz, von Anfang an mit Entschlossenheit zu verhindern, daß es soweit kommt. Genau diese Rolle hat die Allianz zu spielen. Dann wird Frankreich von der ersten Minute an an der Seite seiner Verbündeten stehen. Das ist sowohl Ihre als auch unsere Verantwortung. Die Sicherheit Europas verpflichtet alle drei Atomstreitmächte des Bündnisses. Es ist Aufgabe des Atlantischen Bündnisses, seine Standpunkte zu bekräftigen und zu vermeiden, sich in strategischen Feinheiten zu verlieren, die von Flexibilität zu Flexibilität jegliche Entscheidung verhindern würden, bis es vielleicht zu spät ist‹.«

Harmageddon

Horst Teltschik, außenpolitischer Berater des Bundeskanzlers: »Im Nahen Osten könnte sich ein gemeinsames europäisches Handeln sehr rasch als notwendig erweisen. Hier wissen wir noch nicht, welche Politik der neue amerikanische Präsident einschlagen wird. Wir kennen auch noch nicht die neue israelische Regierungskonstellation, die auch Auswirkungen auf die Region haben wird. In Algier haben die Palästinenser eine Entscheidung getroffen, und arabische Staaten haben darauf reagiert. Das heißt alles in allem: Der Nahe Osten bleibt eine der größten Krisenregionen der Welt. Hier können unmittelbare europäische Interessen berührt werden. Und ich bin sicher, daß die Amerikaner alleine diese Krise nicht meistern können und daß sie alsbald nach der europäischen Mitwirkung fragen werden. Und die Mitwirkung der Europäer wird sich nicht in verbalen Erklärungen erschöpfen können.« □

Gehirn-Manipulation durch gepulste Funkwellen

Michael Damböck

ELF – Extreme Low Frequences – erstrecken sich von 30 Hertz bis etwa 30 Kilohertz, also dem Niedrigfrequenzbereich und sie sind, zusammen mit langsam gepulsten kurzen Wellen, von Bedeutung für die Wettermanipulation, psychische Informationsübermittlung, Veränderung physischer Vorgänge und Navigations- und Nachrichtentechnik. Da ELF in sehr unterschiedlichen Anwendungsgebieten eine große Rolle spielen, sollen hier nicht nur die rein physikalischen Vorgänge untersucht, sondern auch die mit ihnen verbundenen Aktivitäten in einigen Ländern kritisch betrachtet werden.

Im August 1977 berichtete die »Washington Post« zum ersten Mal über ein kurz zuvor bekannt gewordenes Bulletin der US-Abwehr-Organisation DIA (Defense Intelligence Agency), indem über »psychologische« Experimente der Sowjets berichtet wurde, bei denen an Versuchspersonen auf elektromagnetisch-telepathischem Wege Angstempfindungen, in Verbindung mit Erstickungs- und Schwindelgefühlen, sowie solchen »wie nach einem Schlag auf den Kopf« hervorgerufen wurden.

Direkte Beeinflussung von Soldaten

In diesem Bericht wurde auch von der Gefahr gesprochen, die sich aus solchen »Beeinflussungsmethoden« auf amerikanisches oder alliiertes Personal, zum Beispiel in Raketensilos, ergeben könnte. Dies sei, nach den Erfahrungen aus den bekannt gewordenen Experimenten, über Fernseh-Signale oder mit anderen Übertragungsmethoden möglich. Außer den Sowjets hätten es auch die Tschechen in Versuchen zu beachtlichen Ergebnissen mit sogenannten »psychotronischen Geräten« gebracht.

Im September 1977 wurde dann ein Bericht der DIA unter dem Titel »Controlled Offensive Behavior – USSR« (bewußt gesteuertes offensives Verhalten) veröffentlicht, der vom Medizinischen Nachrichtendienst des US-Heeres-Sanitätswesens verfaßt und am 7. März 1978 vorgelegt wurde. Darin heißt es auszugsweise:

»Die Fortschritte in der psychischen Forschung der UdSSR könnten dazu führen, daß der Inhalt geheimer Dokumente, Truppen- und Waffen-Bewegungen, Details über militärische Installationen erkennbar würden; der Tod bestimmter Personen durch Ferneinwirkung erreichbar wäre; die direkte Beeinflussung (disable = Funktionsstörung) von militärischen Einrichtungen aller Art, einschließlich Raumfahrzeugen, durch Ferneinwirkung in den Bereich der Möglichkeiten rückt.«

In besagtem DIA-Bulletin werden auch Untersuchungsergebnisse und Feststellungen führender amerikanischer Wissenschaftler zu diesem Thema angeführt, die voraussagen, daß die Sowjets bis zum Jahr 1987 in der Lage sein werden, menschliches Verhalten gezielt zu beeinflussen.

Im März 1978 gelangte noch ein weiterer DIA-Bericht an die Öffentlichkeit. Darin ist von den schon erwähnten tschechischen »psychotronischen Generatoren« die Rede, mit denen man in der Lage ist, gedankliche Energie zu speichern und in Sekundenbruchteilen wieder freizusetzen.

Durch Telepathie gesundheitliche Schäden auslösen

In dem Bericht heißt es dazu, daß es bei einer weiteren Verbesserung der Generator-Technik in absehbarer Zeit durchaus denkbar erscheint, die gleichen Wirkungen auch gegenüber Menschen zu erzielen. Dies soll durch eine momentane Unterbrechung des Rhythmus der Gehirnströme, der Herzkontrolle oder anderer biologischer Mechanismen möglich sein; alles Funktionen, die im Zusammenhang mit den elektro-magnetischen Eigenschaften der ELF-Frequenzen stehen.

Auch soll es den Sowjets gelungen sein, vermittels »Telepathie« bei Versuchspersonen die Zahl der weißen Blutkörperchen zu verändern. Da diese einen der wesentlichsten Schutzmechanismen gegenüber Krankheiten bilden, kann eine willkürliche Veränderung entsprechender Werte – auf telepathischem Weg – gesundheitliche Schäden auslösen.

Im Gegensatz zum Westen, wo in weiten Kreisen der aufgeklärten Intelligenz Telepathie noch als Aberglauben abgetan wird, beschäftigt sich die Forschung in der Sowjetunion sachlich mit diesem Phänomen auf wissenschaftlicher Grundlage. Entsprechende Forschungen werden von einer besonderen Abteilung mit dem Namen »Bio-Information« an der »A.S. Popov Wissenschaftlichen und Technischen Gesellschaft für Radio-Technologie und Elektrische Kommunikation« durchgeführt.

Einer der ersten und führenden sowjetischen Wissenschaftler, der den Elektro-Magnetismus als Grundlage für telepathische Übermittlungsverfahren bezeichnet und auf diesem Gebiet gearbeitet hat, ist der Physiker Professor I. M. Kogan.

Ein anderer Forscher auf dem Gebiet der Telepathie ist Professor E. Naumov von der »Wissenschaftlichen und Technischen Gesellschaft für die Konstruktion von Meßinstrumenten«. Seine Arbeiten werden vom Präsidenten der Vereinigung sowjetischer Ingenieure, Pavel Ochtechepkow, einem Pionier der Radartechnik, unterstützt.

Es paßt in das Bild einer wissenschaftlichen Betrachtung des Themas »Telepathie« in der Sowjetunion, daß in dem 1978 erschienenen Buch der amerikanischen Autoren Gris und Dick »The New Soviet Psychic Discoveries«, einer der führenden russischen Bio-Physiker und Bio-Energieforscher, Dr. V. Inyushin, wie folgt zitiert wird:

Versuche für einen psychotronischen Krieg

»Ich komme daher zu dem Schluß, daß im lebenden Organismus ein integrales System von Elementarteilchen vorhanden ist und daß dieses ein wesentlicher Faktor aller bio-dynamischen Beziehungen innerhalb des Organismus ist. Man kann ein solches System von Elementarteilchen auch als ›biologisches Plasma‹ bezeichnen. Aus diesem Grunde müssen auch Elektronen in erheblichem Umfang biologisches Plasma enthalten. Demzufolge dürften auch elektrische und magnetische Kräfte in einem ›Umfeld‹ die Struktur eines solchen Plasmas beeinflussen.«

Kurz zusammengefaßt heißt das: Der Mensch kann also durch elektro-magnetische Kräfte beeinflußt werden. Fast alle diese Experimente finden in ELF-Bereichen statt.

Aber auch in den USA wurden sogenannte ESP-Phänomene (esp = extrasensory perception = außersinnliche Wahrnehmung) im Hinblick auf die sowjetischen Versuche für einen »psychotronischen Krieg« untersucht.

Führend dabei sind die beiden Laser-Physiker Targ und Puthoff

vom Stanford Research Institute. Sie erklärten, daß die neueren telepathischen Phänomene durchaus in Einklang mit den modernen Gesetzen der Physik stünden, wobei sie die Ansicht vertreten, daß das gesamte Spektrum der »para-normalen« Forschung in der UdSSR nur den Teil eines größeren Programms darstellt, das sich mit der Wechselwirkung zwischen elektro-magnetischen Feldern und lebenden Organismen befaßt.

Die beiden Forscher kommen zu dem Ergebnis, daß sogenannte ultra-sinnliche Wahrnehmungen und Telepathie weder durch den Faktor Entfernung noch durch den einer elektrischen Abschirmung (Faraday'scher Käfig) in der Qualität und Genauigkeit ihrer Wirkung beeinträchtigt werden.

Daß sich die sowjetischen Experimente mit niedrigfrequenten Signalen möglicherweise nicht nur auf Versuche im eigenen Land beschränken können, wurde bereits 1977 vermutet.

Schon seit Dezember 1976 wurden im Westen, aus der UdSSR kommende, niedrigfrequente Pulse auf vier Megahertz registriert, die weltweit im zivilen und militärischen Nachrichtenverkehr als Ärgernis und als teilweise erhebliche Störung empfunden und mit »Russian Woodpecker« (Specht) bezeichnet wurden. Es gab dagegen sogar Proteste zahlreicher Regierungen und der ITU (Internationale Telecommunications Union in Genf) an die Sowjetunion.

So stellte zum Beispiel die kanadische Regierung fest, daß die Signale Tausende von Kilometern östlich von Kanada ihren Ursprung hatten, und die gleichen Signale, mit unverminderter Intensität, einige Millisekunden später aus der entgegengesetzten Richtung ankamen, also auch »andersherum« um den Erdball gewandert waren.

Teslas Experimente einer Gehirn-Kontrolle

Ein Ursprung der Abstrahlungen wurde bei Semipalatinsk in Sibirien gemessen. Hier haben die Sowjets ein Testzentrum ihrer Strahlenforschung. Eine weitere solche Station liegt bei Angarsk, in der Nähe des Baikal-Sees.

Der Fachjournalist Ira Einhorn war der erste, der bereits 1978 in der Zeitschrift »CoEvolution« auf die genaue Übereinstimmung der über Kurzwellen langsam abgestrahlten »woodpekker«-Pulse mit den natürlichen »Alpha-Gehirnstrom-Frequenzen« des Menschen hingewiesen hat. Bei seiner Analyse stellte Einhorn fest, daß diese Signale genau der Charakteristika der schon von Nikola Tesla (1856 bis 1943) beschriebenen Experimente einer »Gehirn-Kontrolle« entsprachen.

Zu Teslas Entdeckungen gehören unter anderem das rotierende Magnetfeld-Prinzip, das Prinzip einer drahtlosen Übertragung von Energie, Systeme in der Funksteuerung, Telegraphie und der Hochfrequenz-Transformatorspule. Tesla vertrat auch die Ansicht, daß zwischen der Erdoberfläche und der Mesosphäre – zwischen 25 und 85 Kilometern über der Erdoberfläche – ein fast unerschöpfliches Energiepotential vorhanden sei, weit größer als alle Sonnen-, Wind- und geothermischen Quellen.

Nach Tesla soll es möglich sein, auf bestimmten Frequenzen diese Potenz »zum Schwingen« zu bringen und damit zu einer Übertragung von unbegrenzter Energie, wie etwa auch zur Beeinflussung von Wetterzonen, durch eine Veränderung der positiv oder negativ geladenen Teilchen in der Ionosphäre, die im wesentlichen den wetter-bestimmenden Jet-Luftstrom erzeugen.

Als Einhorn die Übereinstimmung seiner Analyse der sowjetischen »woodpecker«-Signale mit Teslas Experimenten feststellte, distanzierten sich sofort zahlreiche Wissenschaftler von ihm. Doch heute wissen wir, daß sowohl Tesla – der immer als sehr umstritten galt – als auch Einhorn recht hatten.

Zwar behaupteten die Sowjets, daß es sich bei ihren langsamen »Putt-Putt-Putt«-Signalen lediglich um einen »Überhorizont-Radar« handele. Aber selbst wenn man diese Erklärung als zutreffend annimmt, so sind inzwischen auch andere, weit auffälligere Nutzungen dieser Frequenzen eine erwiesene Tatsache.

Bezeichnenderweise verwenden die US-Streitkräfte für ihren Überhorizont-Radar (OTH radar) keinerlei gepulste Signale, sondern Trägerwellen, die mit Rechtecksignalen moduliert werden.

In einen tranceähnlichen Zustand versetzen

Auch Dr. Ross Adey, Leiter der Forschungsabteilung am Pettis Memorial Veterane Hospital in Loma Linda in Kalifornien, hatte Versuche mit einem aus der UdSSR stammenden sogenannten »Lida«-Gerät durchgeführt, einem »Mini-woodpecker«, der auf 40 Megahertz arbeitet.

Adey fand die von den Russen gemachten Erfahrungen bestätigt. In der UdSSR wurde schon seit Jahren das »Lida«-Gerät zur »Ruhigstellung von Patienten, anstelle von Tranquillisern, angewandt und dabei deren unerwünschte pharmakologischen Nebenwirkungen vermieden«. Die gepulsten Radiowellen des »Lida« regen die elektro-magnetischen Gehirnströme an und rufen einen tranceähnlichen Zustand hervor.

Der Forscher erklärte zudem, daß in der Sowjetunion inzwischen starke niedrigfrequente Impuls-Sender benutzt werden können, um »nicht-operative Ferneingriffe in die Gehirnstruktur« vorzunehmen. Dies kann geschehen, um Gruppenverhalten, zum Beispiel an Arbeitsplätzen, in Klassenräumen oder in Versammlungen zu beeinflussen.

Seinen Bericht schließt er mit der Vermutung, daß der »Lida« ein kleiner Vorläufer der weit stärkeren und in der Frequenz niedrigeren »woodpecker«-Signale sein könnte, mit denen der Westen seit langem im Kurzwellenbereich zwischen sechs und 30 Megahertz gelegentlich bombardiert würde – dem angeblichen »Überhorizont-Radar« der Sowjets.

Shepphard und Eisenbud erwähnten in ihrem Buch »Biological Effects of Electric and Magnetic Fields of Extremly Low Frequences« (New York, 1979) unter anderem auch den Zusammenhang zwischen ELF-Magnetfeldern und dem Calcium-Ion-Gleichgewicht der Gehirnzellen, was auf verschiedenen Frequenzen zwischen sechs und 20 Hertz nachzuweisen war. Es ist demnach unbestritten, daß schwache elektro-magnetische Felder in der Lage sind, neurophysiologische oder Verhaltensstörungen hervorzurufen.

So kommt Bowart in seinem Werk »Operation Mind Control« zu dem Ergebnis, daß auch Infra-Schall mit einem Peak-Wert von sieben Hertz zur Veränderung von Gehirnfunktionen führen kann. Er weist auf die Tatsache hin, daß zwischen der Ionosphäre und der Erdoberfläche eine natürliche »Transmissions-Schiene« vorhanden ist, die man zur gezielten Übertragung von niedrigfrequenter Strahlung zu bestimmten Punkten auf der Erde leiten kann.

Bowart geht ferner auf die Beeinflussung der Alpha-Wellen-Gehirnströme durch diese Wellen ein und weist auf »positive« wie »negative« Effekte hin, da die Alpha-Wellen sich als geeignete Träger für niedrigfrequente Schallwellen eignen. Diese Langwellen sind praktisch kaum feststellbar.

Dazu paßt auch das von einer Firma in Cannes 1983 angebotene »Prinzip« einer Infra-Schall-Waffe, mit der man töten kann, ohne den Eindruck eines unnatürlichen Todes hervorzurufen. Die Waffe funktioniert über zwei große »Scheiben«, zwischen denen die Luft – zwecks Abstrahlung unhörbarer Schallwellen – zusätzlich komprimiert wird. Lebewesen, die sich innerhalb des beschallten Gebietes aufhalten, erleiden erhebliche, oft irreparable Funktionsstörungen der weichen Organe, wie des Gehirns, die bei entsprechender Schallstärke den Tod zur Folge haben. Der gezielte Einsatz einer nach diesem »Prinzip« arbeitenden Waffe wurde bereits erfolgversprechend erprobt. Dieses »Prinzip einer Infra-Schall-Waffe wird jedoch nur an Regierungsstellen« verkauft. □

Weiterführende Informationen zu diesem Thema gibt das Buch »Geheime Nachrichten-Technik – Im Kampf um die Information«. Das Buch mit 314 Seiten können Sie über den Verlag »Pen Dragon« in A-3321 Ardagger beziehen. Preis: 80,– DM/80,– sfr/640,– öS. Vorauskasse wird erbeten.

Medizin

Sexualprobleme der Männer

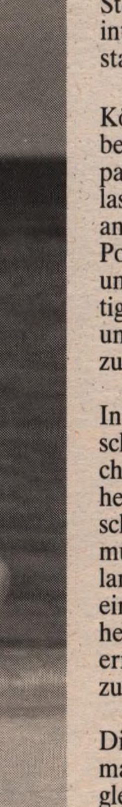
Leon Kaplan

Im deutschsprachigen Raum gibt es über fünf Millionen Männer mit sexuellen Problemen. Bei vier Millionen sind entweder organische Faktoren oder Nebenwirkungen bestimmter Arzneimittel die Ursache. Hinzu kommt, daß viel zu viele Vorurteile und angebliche Normen einem erfüllten Liebesleben entgegenstehen. Betrachtet man zum Beispiel die »Altersgrenze«, die es gar nicht gibt: Männer kommen nie in die Wechseljahre. Im Gegenteil, ein befriedigendes Liebesleben ist der beste Schutz gegen Altern und Krankheit, werden dadurch doch die Selbstheilungskräfte des Körpers aktiviert.

Sexuelle Probleme sind heutzutage wohl diejenige »Befindlichkeitsstörung« bei Männern, die zahlenmäßig am stärksten ins Gewicht fällt. Nach Untersuchungen der amerikanischen Mayo-Klinik haben zehn Millionen Männer in den Vereinigten Staaten gravierende sexuelle Probleme. Illustrierte nehmen sich zwar genüßlich oder pseudowissenschaftlich dieser Themen an. Doch bei uns in Europa, im deutschen Sprachraum, redet kaum jemand gern darüber, wenn es ihn selbst angeht.

Das Auffangen der Lebensängste

Den betroffenen Männern ist es ganz einfach peinlich. Deshalb werden Ärzte in der Bundesrepublik auch »nur« von jährlich 480 000 Männern wegen Sexualprobleme aufgesucht. Und viel zu selten ist bisher noch ein therapeutischer Erfolg zu beobachten, da in der ärztlichen Ausbildung die Andrologie (Männerheilkunde) zu kurz kommt. Nur an drei deutschen Universitäten gibt es bisher einschlägige Abteilungen.



Männer verbringen den wesentlichen Teil ihres ganzen Lebens in einem Zustand der Erwartung.

Auch viele der üblichen psychologischen »Behandlungen« nützen wenig, denn sie setzen meist nur an Begleitsymptomen an – und welcher betroffene Mann würde nicht »zusätzlich« zu einem organisch bedingten Versagen psychische »Einbrüche« erleben? Selbst die persönliche Zuwendung von Heilpraktikern und Seelenheilern »zum Auffangen der Lebensängste« nützt in diesen Fällen nur selten.

In der Mehrzahl sind es organische Ursachen, die für sexuelle Störungen verantwortlich sind, und die sind praktisch alle behandelbar. Eine ernst zu nehmende Ursache ist auch eine typische Erscheinung unserer Zeit: die sexuelle Störung als Begleitkrankheit bei der Einnahme von Medikamenten.

Wir verbringen unser ganzes Leben in einem Zustand der Erwartung – ganz besonders dann, wenn wir nicht einmal genau wissen, was wir eigentlich zu erwarten haben. Das gilt weitgehend für den Bereich der männlichen Sexualität. Durch mangelndes Wissen und durch unrealistische Leistungsnormen, wie sie etwa die Medien verbreiten, kommt es zu falschen Erwartungshaltungen, wobei die eigene latente Unsicherheit in Sachen Sex die unheilvolle Wirkung der in das Unterbewußtsein dringenden Fremdbotschaften noch verstärkt. Wenn sich solcherart übersteigerte Erwartungen im Liebesleben dann jedoch nicht erfüllen lassen, sind Männer allzu leicht enttäuscht, verunsichert, entmutigt, und es entwickeln sich nachhaltige Probleme im Sexualbereich.

In der Überbetonung liegt die Ursache vieler Probleme

Das Problem beginnt da, wo wir – unsere Tradition, unsere Zeit, unsere Gesellschaft und unsere Medien – den Geschlechtsverkehr mit gefühlsmäßigen Erwartungen überladen. Was vielen Männern und Frauen oft besser täte, wären nur ein paar ungezwungene Zärtlichkeiten, ein paar liebevolle Worte ohne die Verpflichtung, daß anschließend »etwas passieren« muß. Das zwanglose Zusammensein mit geistiger wie körperlicher Nähe kann sehr viel zu der Bindung zweier Menschen und zum gemeinsamen Glück beitragen. Es ist wohltuender als ein Leistungsdenken im Bett, bei dem ein Mann mit neuen technischen Tricks, sei es beim Vorspiel oder Stellungswechsel, alles immer intensiver und interessanter gestalten zu müssen glaubt.

Körper sind keine Roboter, die bei richtigem Knopfdruck das passende Programm ablaufen lassen. Es ist auch eine unverantwortliche Irreführung durch Pornofilme und Sexmagazine, uns vorzumachen, daß ein »richtiger« Mann immer Sex wolle und immer in der Lage sei, »es« zu bringen.

In der Überbetonung des Geschlechtsverkehrs liegt die Ursache vieler Probleme, die Männer heutzutage haben. Das fängt schon bei dem Irrglauben an, er müsse unter allen Umständen lange dauern, denn nur so würde eine Frau die erforderlichen Höhen und Wonnen des Orgasmus erreichen, um wirklich befriedigt zu sein.

Die Vorstellung vom allein seligmachenden gemeinsamen, gleichzeitigen Orgasmus muß ähnlich relativiert werden. Abgesehen davon, daß es sowieso eine Seltenheit ist, daß beide Partner zur selben Zeit den Höhepunkt erleben, hindert das intensive Bemühen darum auch viele Paare daran, überhaupt einen echten Orgasmus zu erreichen. Auch wenn Pornofilme und die erotische Literatur immer wieder darstellen, wie Männer beim Anblick einer Frau sofort »stahlharte« Erektionen be-

kommen und es dann stundenlang und auch gleich noch mit mehreren Frauen treiben können – all das sind nur Illusionen. Hier werden ganz gezielt Kunstprodukte nach den Wunschträumen der Männer fabriziert.

Nicht der Schlüssel zum Liebesglück

Da die meisten Informationen zum Thema Sex aus typischen Männergesprächen und aus der Welt der Presse und Medien kommen, muß sich ein Durchschnittsmann mehr oder weniger auf das verlassen, was ihm da aufgetischt wird. Doch kein Thema lebt so von Übertreibungen wie dieses. Ganz egal, was da so alles geschrieben und verbreitet wird – Sex ist in den allermeisten Fällen kein Erdbeben, die Frau verfällt nicht in absolute Ekstase, und ein Mann ist auch kein unermüdliches Schnellfeuergewehr.

Auch wenn in Pornofilmen die Männer reihenweise von lüsternen Frauen verführt werden, mangelt es doch an ihnen in der Realität des täglichen Lebens. Phantasievorstellungen von einem sexuellen Schlaraffenland, wo ein Mann sich ohne jede Anstrengung und ohne weiblichen Widerstand bedienen kann, schaffen eine eher schädliche Distanz zur Wirklichkeit der Beziehungen zwischen Mann und Frau und stellen den Geschlechtsakt völlig entpersonifiziert dar – als Sofortbefriedigung einer beiderseitigen Sexgier.

Es stimmt, es wird immer wieder Männer geben, die einfach keine psychischen Energien in das Werben investieren wollen – denn man weiß ja nie, ob die Frau nach dem gepflegten Abendessen auch wirklich mit einem ins Bett will. Solche Männer nehmen darum auch gern die »Liebesdienste« einer Prostituierten in Anspruch; die spielt die Rolle der sexhungrigen allzeit bereiten Frau, weil es zum Geschäft gehört.

Sie können als Mann den Blick nicht von ihr wenden, von der Frau mit dem schönen Körper, deren kurzer Blick eine Welt voller sexueller Erfüllung ahnen läßt. Diese Traumfrau mit dem Lächeln und dem Augenaufschlag der »Unschuld vom Lande« muß etwas Einmaliges sein. Vorsicht, Sie jagen einer Illusion nach! Hier läuft ein genetisch fixiertes Lockprogramm der Natur ab. Fast immer sucht eine solche Frau nur einen lebendigen Spiegel, der ihre Reize bestätigt und bewundert. Denn sie leidet unter der Sucht, gefallen zu wollen. Nur für ihr Ziel – die für sie so lebenswichtige Selbstbestätigung, die sie täglich neu braucht – setzt die »Traumfrau« alle ihre Verführungskünste ein.

Auch wenn es Sie enttäuscht – aber als Mann und gar als Mensch sind Sie solch einer Frau ziemlich gleichgültig –, denn was sie auf keinen Fall will, das ist, wirklich erobert zu werden. Sie hat in Wirklichkeit Angst vor dem körperlichen Zusammensein mit Männern. Ihr geht es nur darum, daß sie ständig umworben wird.

Karrierefrauen haben oft Pech in der Liebe

Es gibt viele gutaussehende Frauen, die im Berufsleben sehr erfolgreich sind und trotzdem im Liebesleben überwiegend frustrierende Enttäuschungen erleben. Viele Männer, die angeblich zwar nichts gegen Intelligenz oder Erfolg bei Frauen haben und auch in der Partnerschaft die Unterstützung durch eine selbstbewußte Frau als wohltuend empfinden, scheitern jedoch an starken Frauen mit überlegenem Intellekt, die die Bestimmende sein wollen.

Manche Frau, die im harten Berufsleben erfolgreich sein muß, neigt dazu, ihre Verhaltensweisen aus dem Geschäftsleben in das Geschlechtsleben zu übertragen. Was jedoch im Sitzungszimmer erfolgreich sein mag, bedingt im Schlafzimmer den Mißerfolg. Der Mann verliert die Lust und wird »impotent«. Viele solcher Frauen heiraten darum echte »Schwächlinge« – nur um hinterher noch unglücklicher zu sein.

Andere spielen dem Mann zuliebe im Anfang die Rolle von der schutzbedürftigen Frau, die bewundernd zu ihm aufblickt. Am Anfang einer Beziehung finden Männer das oft sehr schmeichelnd, macht es sie doch zum bestimmenden Teil. Wehe jedoch dem Mann, der glaubt, das wäre bei einer erfolgsgewohnten Karrierefrau ein Dauerzustand.

Natürlich gibt es auch das Gegenstück. Tief im Unterbewußtsein verwurzelt wünscht sich wohl jede Frau einen starken Mann, ihren Märchenprinzen. Erfolg im Beruf ist sicher sehr schön, doch eine Frau bleibt auch eine Frau, und manche moderne Frau bekommt Angstzustände beim Gedanken an ständige Unabhängigkeit. Doch die Männer, die wegen ihrer Bindungsängste glaubten, daß sie bei einer emanzipierten Frau »sicher« seien, ziehen sich zurück, wenn eine solche Frau plötzlich Hausfraueninstinkte entwickelt und ihnen zu verstehen gibt, daß sie gern heiraten und Kinder bekommen möchte.

Der entmannte Mann der Feministinnen

In der Zeit der »Revolution der Geschlechter« vor ein paar Jahren galt der Generalangriff dem »Macho«, der die Frauen zu »Lustobjekten« degradiert. Denn der Macho braucht das Gefühl der Überlegenheit – auch im Bett –, um sich gegenüber Frauen behaupten und durch zahllose Eroberungen bestätigen zu können. Es steht außer Frage, daß Männer über viele Generationen hinweg dazu erzogen wurden, auch das Sexualleben mit Initiative, Ausdauer und Wettkampfdenken anzugehen.

Soweit es darum ging, dem Mann klarzumachen, daß das Sichöffnen für menschliche Kontakte und das Zeigen von Gefühlen in einer Partnerschaft zwischen Mann und Frau für beide Teile beglückenden Sex ermöglichen, haben die Feministinnen sehr viel Gutes bewirkt. Wie so viele Revolutionen geriet auch diese etwas außer Kontrolle.

Jetzt ging es nur noch gegen die »ejakulatorische Sexualbefriedigung des Mannes auf Kosten der Frau«. Von nun an sollte der ideale Mann und Liebhaber ein zärtlicher »Softie« sein, der sich ständig erkundigt, ob und wie es denn der Partnerin im Bett auch angenehm sei.

Aus der Sicht des Mediziners verwundert es nicht, daß ein solcher Mann, der ständig nur den Gefühlsgehalt einer Beziehung hinterfragt und nie Eigeninitiative entwickelt, auf die Dauer langweilig auf eine Frau wirkt. Verträumte, weiche Männer, die leicht verletzbar sind, wecken dann bestenfalls noch mütterliche Gefühle.

Lassen Sie es als Mann nie wahr werden, was die französische Philosophin Elisabeth Badinter in ihrem Buch »Ich bin Du« voraussagt: »Mann und Frau werden sich in einer künftigen leidenschaftlosen Sexualbeziehung absolut ähnlich. Als gleichberechtigte Partner bringen sie die Anfangsschritte beim Kennenlernen zügig hinter sich, um schnell von der Fremdheit zur Vertrautheit zu gelangen. Keine süße Qual des Werbens und Hinhaltens mehr. ›Zur Sache, Schätzchen!‹«

Doch ein Mann muß ein Mann bleiben, und das bedeutet weiter: erobern. Denn das ganze sexuelle Programm, das ein Mann ererbt hat, ist per Urinstinkt auf Werben und Eroberung abgestellt. Wird er daran gehindert, wird er impotent. Übrigens, selbst die überzeugteste Feministin will nach meiner Erfahrung gelegentlich einmal »Gegenstand männlicher Begierde« sein.

Und wenn heute bei fast 40 Prozent der Männer kein Liebesverlangen mehr vorhanden ist, dann ist es ein erschreckendes Zeichen für unsere Gesellschaft. Interessanterweise haben darum gerade unsere Zeitgenossen uralte Liebeselexiere für sich neu entdeckt. Typisches Beispiel ist das Naturheilmittel »Regazell energen«, das auf den Erfolgsrezepten der ägyptischen Pharaonentöchter basiert. »Regazell energen« ist in der Apotheke erhältlich. □

In seinem Bestseller »Ein Mann bleibt ein Mann – Lösungen für sexuelle Probleme« beschreibt Professor Dr. med. Leon Kaplan das Mittel, das wahrscheinlich Salomon zum größten Liehaber in biblischen Zeiten gemacht hat. Es ist eine fein abgestimmte Mischung von verschiedenen Bienen- und Pflanzenwirkstoffen und ist als »Regazell energen« erhältlich. Vorausgesetzt, es wird 30 bis 40 Tage eingenommen, verbessert »Regazell energen« bei acht von zehn Männern in den nachfolgenden Monaten Liebesverlangen und Ausdauer. Vorher schwache, bioelektrische Ströme zwischen den Zellen des Sexualsystems fließen wieder mit hoher Intensität. Das Buch mit seinen vielfältigen Erfolgsrezepten für ein glückliches Liebesleben gibt es für 38,– DM in jeder Buchhandlung.

Krebs

Regeneration statt Stahl und Strahl

Günter Carl Stahlkopf

Es ist heute eine Selbstverständlichkeit, daß sogenannte Normalkrankheiten statt kausal nur symptomatisch und schädigungsvoll behandelt werden. Fast keine Krankheit wird auf diese Weise mehr nebenwirkungsfrei ausgeheilt. Seit dem Streit zwischen Virchow und Koch, mit und ohne Pasteur, trotz gewaltiger technischer Fortschritte in der Chirurgie gibt es keinen echten Fortschritt in der Inneren Medizin. Gäbe es einen, dann wären innerhalb der letzten 50 bis 60 Jahre die Krankheiten nicht um das zehnfache gestiegen. Gäbe es echte Erfolge, müßten sich diese auch in der Erfolgszahlen der Behandlung der Krebskrankheit bestätigen lassen nach dem Motto: Die Krebskrankheit nimmt ab, die Heilungschance ist überzeugend größer geworden.

In der Krebsforschung herrschen in den letzten Jahrzehnten Stagnation und Resignation. Überall ist Ernüchterung zu bemerken sowohl in der Klinik wie auch in der Grundlagenforschung. Die Tumorbildung entzieht sich nach den heute gültigen Kriterien letztlich auch den immer raffinierter werdenen Experimenten und deren Auslegung. Immer wieder müssen allgemeine, bisher gültige Hypothesen aufgegeben werden, wie jetzt die Vorstellung von der »immunologischen Überwachung« des Krebses.

Der bisherige Standpunkt

Der bisherige hypothetische Standpunkt der Schulmedizin und der Außenseiter zum Krebsgeschehen, der nach wie vor unbewiesen ist, ist folgender: Man geht davon aus, daß die normale, also die gesunde Zelle, die durch die Ernährung und ihre Zelltätigkeit anfallenden normalen Zellstoffwechselgifte und Abbauprodukte nicht mehr genügend ableiten kann, so daß es dann aus den verschiedensten Ursachen – Warburg spricht vom Sauerstoffmangel in der Zelle – zur latenten Krebs-Zelle kommt, die über den pathogenen Gärungsstoffwechsel zur Milchsäure überfüllten Zelle geworden ist.

Darauf aufbauend folgert man, daß aus dieser latenten Krebszelle schließlich eine Krebszelle wird, wenn ein Reiz, das heißt eine der vielen Krebsnoxen (Ursachen), auf den Stoffwechsel wirksam wird.

Weiter bringt man die Entstehung der Krebs-Zelle in unmittelbaren Folge-Zusammenhang mit der beim Krebskranken festgestellten erhöhten Mitose, also Zellteilung, die nach der Schulmedizin und der Außenseitermedizin unerklärbar fortschreitet, und für die Krebs-Zell-Bildung direkt verantwortlich sein soll. Das heißt, die durch die abnormale hohe Mitose gesteuerte »Krebs-Zell-Bildung« wächst sich unter dieser Vorstellung so aus, daß Krebs-Zelle an Krebs-Zelle gebunden wird und das Wachstum des Primär-Tumors bedingt.

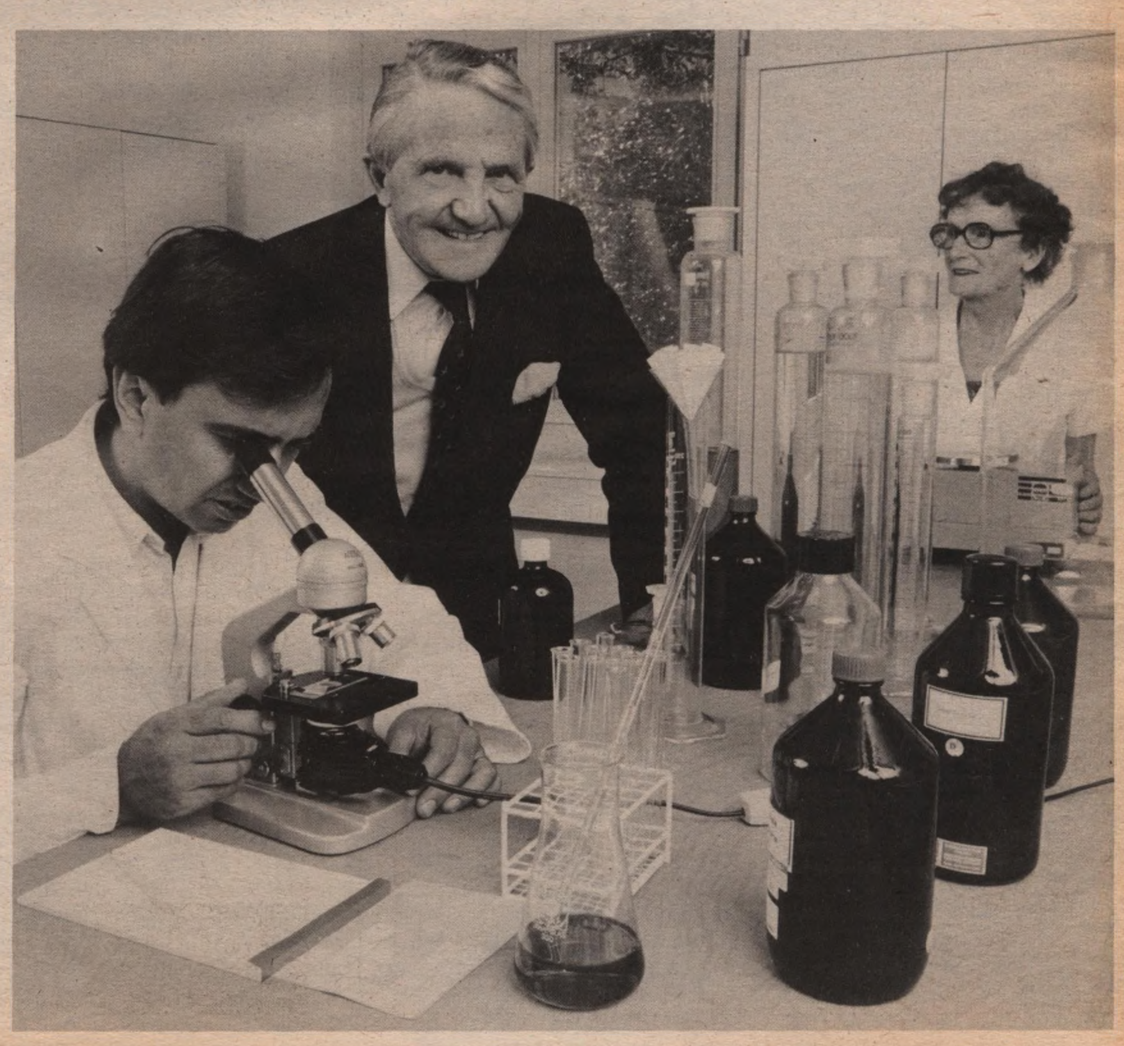
In diesem Stadium ist nach den Vorstellungen von Schul- und Außenseiter-Medizin der Zustand der sogenannten Zell-Virulenz eingetreten. Das heißt, nach dieser Auslegung soll der Organismus seine Eigen-Kontrolle und Selbstregulation aufgegeben oder verloren haben. In diesem Stadium der quasi Selbstzerstörung produziert die weiter fortschreitende abnormal hohe Mitose in Form der Zell-Virulenz Krebs-Zellen auf Krebs-Zellen, die dann über den Primärherd hinaus in das Blut des Gesamtorganismus ausgeschwemmt werden, mit dem Ergebnis der Sekundär-Tumor- oder Metastasen-Bildung.

Die alternative Regena-Krebs-Schau

Zu den dargestellten vereinfachten Auslegungen der Schul- und Außenseiter-Medizin nun meine alternative Regena-Krebs-Schau.

Das Vorhandensein einer »sagenhaften Krebszelle« ist nach wie vor nicht erwiesen, trotz der tausendfältig und weltweit be-

Günter Carl Stahlkopfs Regena-Therapie führt zur echten Ausheilung aller chronischen Krankheiten und ist damit die beste Krebs-Vorsorge.



kannten Elektronenmikroskop-Aufnahmen. Ich lehne die Krebszellhypothese mit ihrer Entstehung unter dem Begriff Carcinogenese deshalb ab.

Eine Normalzelle, also eine gesunde Zelle, kann nicht durch äußere Krebsursachen zur »latenten Krebszelle« werden. Wo dies der Fall ist, liegt doch schon eine krankheitserregend gesteuerte, und damit auch veränderte Zelle vor, die doch nicht mehr als normale, gesunde Zelle angesprochen werden kann. Eine normale und damit gesunde Zelle ist in der Lage, über ihren »normalen und gesunden« Zellstoffwechsel die dabei anfallenden Zellstoffgifte und Abbauprodukte über die Zellmembrane abzuleiten.

Erforderlich ist dabei selbstverständlich, daß die Ableitung dieser Gifte und Abbauprodukte voll funktionsfähig und damit »offen« ist bis hin zur Kapillare und dem Gefäßast. Diese »Ableitung« dient auch im umgekehrten Sinn der »Zuleitung« und damit der Ernährung der Zelle und des Zellverbandes.

Ist diese »Zu- und Ableitung« gestört, wird schon aus diesem Grund die Zelle und der davon betroffene Zellverband funktionsgestört, unterernährt, degeneriert und zur »latenten Zelle«, aus der keineswegs immer oder überhaupt eine »Krebszelle« werden muß, selbst wenn es diese geben sollte.

Ich spreche deshalb auch von einer Zell-Latenz, und ich habe diesen in der Nomenklatur von vor 10 bis 15 Jahren noch nicht gekannten Ausdruck mit allen seinen biologischen Aufbauphasen überhaupt zum erstenmal ins Gespräch gebracht. Natürlich kann man diesen Zustand der Zell-Latenz mit allen dafür verantwortlichen Vor- und Nach-Folgeschäden auch als Krebszustand bezeichnen.

Es ist aber kein Zustand wie ihn die Carcinogenese erklärt, um daraus die Entwicklung oder Entstehung der Krebszelle abzuleiten.

Krebs ist keine Sonderkrankheit

Die große Bedeutung der sogenannten Krebsursachen soll hier nicht heruntergespielt werden, da sie in jedem Fall auslösende Krebsfaktoren sind, aber nicht die eigentlichen Ursachen-Träger zur Entstehung der Krebszelle. Hier bietet sich im übrigen der Ansatzpunkt für eine kausale Krebs-Therapie, weil sie unter dem Begriff der Carcinogenese falsch erklärt, die sogenannte Normalzelle sei keine gesunde Zelle mehr. Die dadurch gestörte Zellfunktionen und Tätigkeiten haben über die Regeneration der Zellmembrane, des Zytoplasmas bis hin zur Zellkerntätigkeit genau so einzusetzen wie die Regeneration der Zu- und Ableitung zur Zell-Verbandsversorgung.

Die »funktionsgestörte latente Zelle« ist dies bereits schon vor der Einwirkung von Krebsursachen. Es gilt deshalb in erster Linie die Ursache oder besser die Ursachen für diese Funktionsstörung und Untüchtigkeit zu suchen und regenerativ abzubauen. Bei dieser Beseitigung der Zell-Latenz beginnt die kausale Regena-Therapie, ob »Krebszellen oder Krebszellverbände« in Form eines Primärtumors nun schon vorliegen oder nicht.

Wichtigste Maßnahme: Die Zuleitung zur Zelle und dem Zellverband funktionsfähig »offen« halten vom kleinen Gefäß, dem Gefäßast, der Kapillare, über die Transitstrecke, der Bindegewebszelle und der extrazellulären oder Zwischenzellflüssigkeit. Den Bereich der Grundregulation (laut Pischinger, Wien) gilt es, durch kausal zellregulative Maßnahmen gesund zu erhalten; was aber nicht nur beim Krebskranken zu beachten ist, sondern bei vielen anderen chronischen Krankheitsbildern. Wenn man es streng wissenschaftlich betrachtet, gilt dies bei allen chronischen Krankheiten wie Rheuma, Gicht, Arteriosklerose, Angina pectoris, Nierensklerose und allen Drüseninsuffizienzen.

Weil diese kausalen Zusammenhänge zu tief miteinander verwurzelt sind, sage ich mit meiner Regena-Therapie, daß eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche kausale Krebsbehandlung generell erfüllt sein sollte, nämlich, daß ich mit einer solchen Therapie zuerst die übrigen chronischen Krankheiten erfolgreich behandelt haben muß. Dies ist ein Prüfstein für mögliche Krebsheilung.

Oder anders: Krebs ist keine Sonderkrankheit! Krebs ist Endstation eines vielschichtig und vielseitig unterschiedlichen pathogenen Zellstoffwechselprozesses eines erkrankten Zellularsystems.

Wer also die weniger schweren Stoffwechselerkrankungen, die vor dem Krebs kommen nicht kausal zellregenerativ behandeln kann, wie will dieser Arzt dann mangels dieser vorausgesetzten Therapie - Vor - Möglichkeiten, Krebs heilen?

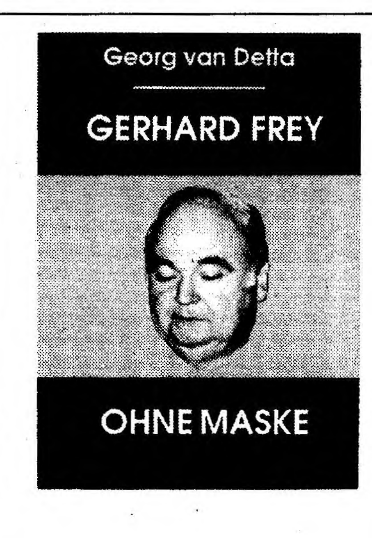
Die Natur zerstört sich nicht selbst

Deshalb gewinnt die Regena-Therapie diese umfassende Bedeutung, weil sie im umfassenden Sinn die Therapie-Voraussetzungen erfüllt, die zur kausalen Krebsheilung präzise Grundvoraussetzungen sind.

Grundhypothese der Regena-Forschung ist, daß die Natur grundsätzlich nichts falsch macht, und schon gar nicht im Krankheitszustand Maßnahmen einleitet oder zuläßt, oder sich selbst in den Lebenserhaltungsfunktionen etwa »außer Kontrolle« setzt, um wie hier jahrzehntelang von der klassischen Medizin folgern zu können, daß die erhöhte Mitose ein selbstzerstörerischer, virulenter Prozeß wäre, bei dem der Organismus »außer Kontrolle« gerät und so sich selbst umbringt.

Demgegenüber steht ein Naturgesetz: Die Natur will sich niemals selbst zerstören, sondern setzt stets Selbsterhaltungsfunktionen ein, um sich zu erhalten. Krankheit ist in ihren kausal auszuwertenden Symptomen in diesem Sinn wiederum ein Heilbestreben. Hier werden durch die erhöhte Mitose nicht Krebszellen gebildet, wie es bisher die Medizin falsch gedeutet hat, sondern nichts weiter als »Notzellen«, in denen, einfach ausgedrückt, Krebs-Gifte als Zell-Gifte aus dem humoralen Säftestrom herausgefiltert und dort »auf Halde« eingefangen oder eingelagert werden.

Sinn dieser Maßnahmen ist also nicht ein zerstörerischer oder virulenter, sondern ein lebenserhaltender, praktischer Weg, um damit die beim Krebskranken,



Krebs

Regeneration statt Stahl und Strahl

für seine Krankheit verantwortlichen speziellen Krebs-Gifte durch die Abfilterung dieser Gifte über die Einlagerung in den Notzellverband der »Krebsgeschwulst«, zu neutralisieren.

Es soll und wird damit erreicht, daß der Lymph- und Blutstrom möglichst »Krebs-Gift«-frei gehalten werden soll, damit möglichst von dort aus der Teufelskreis durch diese Maßnahme noch unterbunden wird, um bei der Ernährung der Zellen nicht wieder über den Blut- und Lymphstrom die Gifte in die Zelle zurückzuliefern.

Was bisher als zerstörerisch angesehen wurde, ist in Wahrheit ein echter Abwehrprozeß im Sinne von Lebenszeit- und Lebenserhaltungs - Gewinnung durch Selbstreinigung auf Zeit, durch Einlagerung dieser Gifte im Notzellbildungsverband, vergleichbar mit einer Müll-Abfalldeponie.

Die Tumorbildung wird also nicht ausgelöst über Mitosesteigerung durch eine dafür falsch bezeichnete Krebszelle, die es nach wie vor nicht gibt, sondern durch eine Not-Zell-Bildungskraft des Zellularsystems, indem man in dieser Notzelle Krebs-Gifte aus dem humoralen Säftestrom herausfiltert und sie in der Not-Zelle mit einer dafür konstruierten Fibrinschicht einkapselt und quasi im Tumor als Müllablageplatz deponiert zur Reinigung der Säfte.

Die Wissenschaft muß umdenken

Unter dieser Kausal-Erkenntnis des Selbst-Reinigungsbestrebens der humoralen Säfte wächst der Tumor, und er kann nur wachsen, wenn dazu sinnvoll immer wieder neue embryonal-ähnliche Notzellen aus dem tumorumgebenden, noch möglichst gesunden Zellularsystem über die bewußte gesteigerte Mitose hergestellt werden können. So werden immer wieder in richtiger Erkenntnis der lebenserhaltenden Funktionen dieses Notzell-Bildungsvorganges, Krebs-Gifte darin eingelagert, um die humoralen Säfte des Organismus möglichst rein zu halten.

Dieser Vorgang ist wissenschaftlich korrekt beweisbar, indem beim »wachsenden Tumor« verschiedene Blut-Krebsteste negativ sind, um dann positiv zu werden, wenn der Primärtumor sein Wachstum einstellt wegen erschöpfter Notzell-Bildungskraft.

Die Wissenschaft muß umdenken und erkennen, daß der zytostatische Eingriff gegen die erhöhte Mitose im doppelten Sinne schädlich ist, daß der direkte Tumorauflösungs- oder Bestrahlungsbeschuß auch hier doppelt schädlich wird, und daß der Ansatz zum Umfunktionieren der T-Lymphozyten im Sinne einer Demaskierung der angeblichen Krebszelle zum Auffressen Irrtum und Unsinn sind. Auf diese Weise werden ja echte körpereigne Abwehrfunktionen gegen das ganzheitlichte Krebsgeschehen zerstört. Hier wird mangels kausaler Denkweise Ursache mit Wirkung verwechselt.

Die kausale Beseitigung des Tumors muß von der Ursache her ganz anders regenerativ vorgenommen werden.

Zu keinem Zeitpunkt eines auch noch so schweren Krankheitsprozesses ist der Organismus ohne Eigenkontrolle. Er kennt den Begriff oder Zustand der Selbstzerstörung nicht, so daß auch noch in der Neoplasmaphase alles »zur Selbsterhaltung und Rettung im Lebenszeitgewinn« unternommen und eingesetzt wird.

Da die von mir beschriebene Notzellenbildungskraft zur Errichtung des Primär-Tumors nicht endlos durchgeführt werden kann, weil sich diese Kraft nur aus dem tumorumgebenden Zellularsystem aufbaut, tritt je nach dem Grad der Gesundheit desselben, eine frühere oder spätere Erschöpfung ein, die die Wachstumsgröße des Tumors bestimmt.

Die Folge des eingestellten Tumorwachstums ist, daß jetzt wieder die humoralen Säfte mit den aus dem Zellularsystem kommenden »Krebsgiften« plus allen möglichen Stoffwechselgiften und Toxinen in zunehmendem Maße überschwemmt und gesättigt werden. Ist der Toxinspiegel in voller Sättigung der humoralen Säfte erreicht, und würde vom Organismus her nichts dagegen unternommen werden, würde dies zwangsweise zur schnellen Selbstvergiftung des Organismus führen mit allen Folgen und damit zum schnellen Ende führen.

Vieles ist einfach und klar

Um in diesem Stadium des Krebskranken aber noch »Lebenszeit-Gewinnung« oder »Rettung auf Zeit« zu erreichen, baut er gerade unter dem Begriff der Metastasenbildung die Abwehrmaßnahmen auf, die ihm bisher völlig unsinnig als »unkontrollierte Zerstörungsmaßnahmen« ausgelegt und angelastet wurden.

Die Metastasenbildung ist nach meiner Schau nicht der virulente Eigenzerstörungsprozeß, sondern gemäß dem Erhaltungsgesetz der Natur quasi der letzte große Aufbäumungsprozeß der Natur gegen seinen Zerfall, um wie oben schon beschrieben, Lebenszeit zu gewinnen in der Hoffnung, daß einmal ein kluger Mediziner kommt und dies von der Ursache her erkennt, um dem Patienten dann ganz aus dieser Phase kausal helfen und ihn retten zu können.

Sachlich bedeutet die Metastasenbildung, als echter Abwehrprozeß, dasselbe wie die Primärtumorbildung: Es werden überall im Organismus noch einigermaßen funktionstüchtige oder gesunde Zellverbände gesucht und zur Notzellbildungskraft aktiviert, damit in diesen Notzellen dann wieder die gleichen Krebs-Gifte und Toxine aus dem humoralen Säftestrom abgefiltert, dort eingelagert und gebunden werden.

So primitiv und einfach ist dieser Vorgang, der bisher immer falsch gedeutet wurde von der in die Irre laufenden Wissenschaft. Oder besser und richtiger: So weise und groß ist die Natur in ihrer Gesetzmäßigkeit, weil alles Große und Weise einfach und klar ist.

Während alle bisherigen schulmedizinischen und auch Außenseiter-Methoden nicht in der Lage waren und sind, im letzten Stadium des Krebs-Kranken noch wenigstens schädigungslos und schmerzlindernd einzuwirken, ist dies auch hier noch mit meiner Regena-Therapie möglich. Selbstverständlich kann eine kausal-umfassende Regenerativ-Therapie nicht nur mit Medikamenten allein durchgeführt werden. Hier müssen richtige Ernährung, Umweltbedinungen und gezielte Externanwendungen nahtlos und fehlerlos ineinandergreifen.

Unter dem Begriff »Regena-Ganzheits - Zellregenerations-Therapie« wurde dieses Forschungs- wie Therapie-Ergebnis zusammengefaßt und zum patentrechtlichen Schutz vor Mißbrauch und Nachahmung angemeldet.

Wenn der Leser dieser sicherlich sehr unvollkommenen Darstellung wenigstens erfaßt, daß Krebs-Heilung niemals der Erfolg einer Spezial-Wunder-Therapie sein kann, sondern in lediglich vollkommenster Form die umfassende Regenerativ-Kausal-Therapie sein muß, die letztlich zur echten Ausheilung aller chronischen Krankheiten führen wird, dann erfüllt die Zusammenfassung ihren Sinn.

Ausheilung ist die beste Krebs-Vorsorge

Wer echt zellregenerativ generell chronische Krankheiten ausheilt, betreibt damit gleichzeitig eine echte Krebs-Ausheil-Therapie.

Dazu einige Beispiele: Echte, zellregenerative Ausheilung von Rheuma, Gicht, Arthrose, Arteriosklerose, Nieren-Gallenblasen-Blasen-Steinen, Angina pectoris, Herz-Infarkt, Prostatakrankheiten oder generell alle Drüsenerkrankungen, ist gleichzeitig ursächlichste echte Krebstherapie und damit die beste Krebsvorsorge.

Der echte wissenschaftliche Fortschritt in der Medizin verlangt, daß Schulmedizin und Außenseiter endlich erkennen, daß ihre bisherigen Wege nur der Symptombehandlung gedient haben. Dies bedeutet nicht, daß ihre bisherigen Labor-Prüfergebnisse falsch waren. Es bedeutet aber, daß aus richtigen Ergebnissen absolut falsche Schlüsse gezogen wurden durch Verwechslung von Ursache und Wirkung.

Abschließend möchte ich noch eine differenzierte Krebs-Aufzeichnung geben. In der Krebsforschung unterteile ich in Ur-Krebs, Neuzeit-Krebs und Zellular-Krebs. Alle drei Krebs-Arten gehen zumindest bei uns im »modernen und wissenschaftlichen Westen« im fließenden Übergang ineinander über.

Die »Mutter aller Krankheiten«, so sagten es früher die alten Ärzte richtig, ist die Lustseuche, oder Lues, oder Syphilis mit allen Vor- und Nachkrankheiten. Da diese alle nie kausal schädigungsfrei ausgeheilt wurden, sondern nur symptomatisch mit allen iatrogenen Nachfolgen mit über x-fachen Gen-Schäden über mehrere Generationen belastet vererbt, mit letztem Krankheitsbild, so ist das der Ur-Krebs.

Der Ur-Krebs ist eine Folge der »fortschrittlichen, oder besser modern wissenschaftlichen Medizin« seit Einführung der Impfsera-Therapie nicht nur gegen Pocken oder Blattern früher, gegen Cholera oder später »nur« gegen Diphterie, sondern heute besonders in der wissenschaftlichen Verirrung der »Erreger-Krankheits-Hypothese«, gegen alle Krankheiten von Keuchhusten, Grippe, Röteln bis hin zum normal reinigenden »Rotz-Schnupfen«.

Der »wissenschaftliche Wahnsinn« einer völlig falsch ausgelegten Immunisierung hat aus der ehemals gesunden, abwehrstarken Zelltätigkeit, eine völlig degenerierte, abwehrschwache latente Zelle und damit ein latentes Zellularsystem gemacht, die wahrhaft der latenten Krebszelle gleicht. Diese falsche Immunisierung ist die Ursache des Neuzeit-Krebses.

Riesengeschäft auf Grund von Irrtümern

Im fließenden Übergang gehört noch zum Neuzeit-Krebs der iatrogene Schaden, der nunmehr seit Generationen auf das Zellularsystem ausgeübt wird mit allen Antidoten gegen Erreger, mit der gesammelten Substitutionstherapie und den sonstigen bekannten Externeinwirkungen bis hin zu den verschiedensten Bestrahlungen aber beispielsweise auch den absolut falschen balneologischen Anwendungen – vom Moorbad, über Sauna bis hin zur »Überwärmungs-Therapie«. Alles ein »Totschlagen« von Symptomen, von der Calcium- bis zur Hormon- bis zur Vitamin- bis zur Eisen-Spritze oder Pille.

Welch ein wissenschaftlicher Irrtum hat doch dieses Riesengeschäft ausgelöst in der Pharmazie? Und welcher Wissenschaftler bringt noch die Kraft auf, dagegen an »zu stinken«?

Alle diese Einflüsse als echt iatrogene Schädigungen, bringen zusammen mit den Krebsnoxen den echten Zellular-Krebs, von dem dann nicht mehr »nur« jeder vierte oder fünfte Mensch befallen wird, sondern jeder Bürger der westlichen oder vielleicht schon der ganzen Welt.

Worin unterscheidet sich der Zellular-Krebs vom Ur- und Neuzeit-Krebs? Er kann keine eigene »Abwehr- und Rettungsaktionen« mehr aufbauen durch Primär-Tumor und Metastasenbildung. Hier ist alles latent und tot.

In dieser Gegenüberstellung wird der schon mehrmals erwähnte Hinweis bestätigt, daß jede Symptom-Therapie mit der von ihr zwangsweise auf das Zellularsystem ausgelösten Schädigung, das Zellmaterial auch genetisch mehr und mehr degeneriert. Dies trifft also nicht nur auf die Impfschädigung zu, die wissenschaftlich bereits seit zehn Jahren nachgewiesen ist, und wonach vom Impfung zu Impfung mehr die Zelle in Richtung Zell-Tod degenerativ verändert wird.

Diese Gegenüberstellung offenbart aber auch deutlich, daß die bisherigen immunologischen Vorstellungen nicht nur im Fall der Tumor-Immunologie, sondern generell bei allen Krankheitsprozessen falsch sind. Nach meiner Regena-Forschung, ist die einzige und beste und kausale »Immunisierung« in der Vorbeugung wie in der Bekämpfung des Krebses, die gekonnte und mögliche echte Regeneration des Zellularsystems. □

Die Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie wird von Hunderten von Ärzten bereits angewendet. Falls Sie eine Liste der Ärzte wünschen, die diese Therapie-Richtung verfolgen, schreiben Sie bitte an Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9229 Bischofszell.

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. Januar 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Medizin

Wenn es um die Schönheit geht

Kay Vogel

Nichts gegen Tabletten, die der Arzt verschreibt; aber müssen denn gleich bei jedem Unwohlsein Schmerztabletten geschluckt werden? Es gibt eine Behandlungsmethode, die Schmerzen und ihre Ursachen ganz ohne Nebenwirkungen beseitigt. Mit Hilfe modernster Elektronik wird Zellgewebe in Schwung gebracht. Und das hilft sogar für die Pflege der Schönheit.

Eigentlich sollte man von »Übergewicht«, der selbstauferlegten Geisel der Menschheit in Industriestaaten, schreiben. Wir wollen hier jedoch auch auf die Magersucht eingehen. Jedoch zunächst zum Übergewicht. Die meisten Dicken meinen, zu wenig zu essen. Erstaunlich, aber zuweilen wahr: ob und wo sich die überflüssigen Pfunde ablagern, hat in den seltensten Fällen etwas mit der Menge der zugeführten Nahrung zu tun.

Sondern je nach Art und Lager der Fettpolster lassen sich verschiedene Ursachen feststellen, die meist ineinandergreifen: Überlastung, Änderung der Lebensgewohnheiten, Streß am Arbeitsplatz, Stoffwechsel- und Hormonstörungen. Tatsächlich aber ißt die Mehrzahl der Übergewichtigen zu viel und falsch oder lebt, wie man landläufig zu sagen pflegt, üppig.

Diäten, in Massen angeboten, verschlimmern das Übel meist, auch wenn sie das Symptom – das Übergewicht – möglicherweise kurzfristig beseitigen. Es gibt inzwischen bessere und erfolgreichere Methoden, dem Übergewicht abzuhelfen. Wichtig ist, daß die Betroffenen lernen, richtig zu essen.

Das Sano-Sono-Gerät bringt mit Hilfe modernster Elektronik das Zellgewebe in Schwung, es hilft sogar für die Pflege der Schönheit.

Neben einer entschlackenden und entgiftenden Vier-Wochen-Diät wird ein Hauptaugenmerk auf die Gewebefestigung und den gezielten Abbau von dicken Polstern gerichtet, weil bei den üblichen Diäten zwar die Pfunde schwinden, der nun weniger Übergewichtige jedoch feststellen muß, daß sich die Haut in unschöne Falten legt.

Viele, die zunächst stolz auf den Gewichtsverlust sind, fallen nun einem psychologischen Trick zum Opfer. Da sie nicht nur schlank, sondern auch schön sein wollen, füllen sie langsam, aber sicher diese Falten wieder auf, und nicht selten endet das ganze Vorhaben in der resignierenden Feststellung: »Ich bin rund, na und?«

»Ich bin rund, na und?«

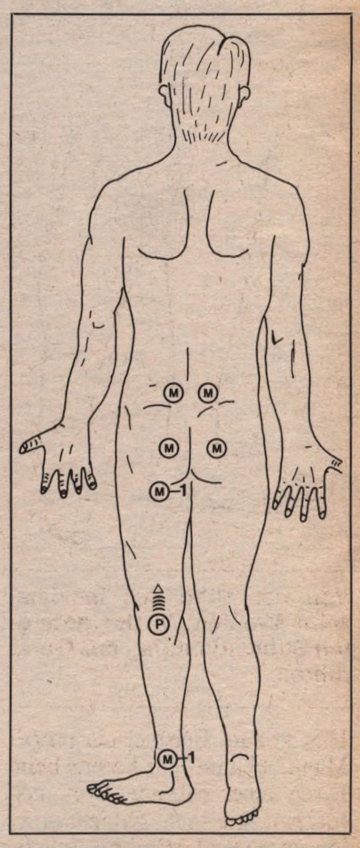
Daß Übergewicht jedoch zu erheblichen Gesundheitsstörungen und späteren Erkrankungen am Gelenkapparat führt, ist bekannt. Darum sollte eine Behandlungsmethode erwähnt werden, wenn es darum geht, das in den Brunnen gefallene Kind am Leben zu erhalten.

Mit Magnetfolien, die auf die Mitte der Oberarme geklebt werden, läßt sich ein übermäßiges Hungergefühl oder die Eßsucht dämpfen. Die Magnetfolien bleiben über eine längere Zeit aufgeklebt und werden stets bei »Hungeranfällen« mit dem Sano-Sono-Behandlungsgerät stimuliert, beziehungsweise pressiert.

Außerdem kann man mit dem Gerät und aufgeschraubtem Pressurteller zwischen Oberlippe und Nase, zwei Minuten angewandt, zusätzlich das Hungergefühl dämpfen. Das funktioniert so: von diesen Punkten wird über die entsprechende Meridianbahn das Eßzentrum im Gehirn gedämpft und somit das Hungergefühl unterdrückt.

Haut wird besser mit Nährstoffen versorgt

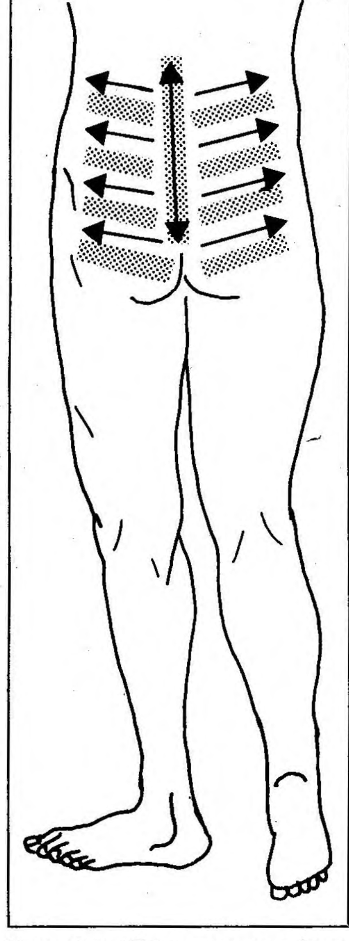
Das Fett wird im Körper in den bekannten Gewebspartien, Beispiel Bauch, Gesäß, bevorzugt gespeichert, da es dort die Beweglichkeit noch am wenigsten behindert. Was nicht stört, braucht auch nicht beseitigt zu werden. Denkt man! Darum müssen bei der Reduktionskur diese Stellen dem Körper besonders bewußt gemacht werden. Neben der sehr sinnvollen Ganzkörperbehandlung ist ein zusätzliches »Aktivieren« der Fettpolster mit dem Sano-Sono-Gerät bei tiefer Einstellung oder Automatik, systematisch durchgeführt, angezeigt.



Auf den Punkten M wird die Magnetfolie angebracht und den P-Punkt pressiert das Sano-Sono-Gerät.

Gleichzeitig wird die meist durch das blockierende Fett schlecht durchblutete Haut besser mit frischen Nährstoffen versorgt, wodurch den bei diesem Personenkreis oft auftretenden Hautunreinheiten entgegengewirkt wird. Die Haut erfährt durch die Vibrationsbehandlung eine Straffung, die den Abnahmefalten pari bietet.

Nun aber zum Gegenteil, zur Magersucht. Wie der Name schon besagt, handelt es sich um eine Suchtkrankheit. Viele Magersüchtige fallen nämlich damit auf, daß sie ihre Magerkeit selbst zur Sucht erklären und entsprechend der psychischen Ausgangslage sich danach verhalten.



Von der Mitte aus maximal zehn Minuten, in der gezeigten Streichrichtung, das Gerät führen.

Uns ist zum Beispiel ein junger Mann bekannt, der bereits beim Essen einer Scheibe Brot ausrechnet, wie viele Kilometer er joggen muß, damit diese Schnitte nicht »ansetzt«. Dieses Beispiel steht für viele; hier dient der Geist nicht mehr dem Körper und zerstört sich schließlich selbst.

Ganz klar muß man jedoch sehen, daß es auch drüsen- und stoffwechselgeschädigte Menschen gibt. Dabei kann der Aufbau der aus der Nahrung angebotenen Stoffe im Körper mangelhaft sein. Für diese Patienten hat der Arzt geeignete Medikamente.

Die Sano-Sono-Behandlungsmethode bedient sich der für die Psyche zuständigen Akupunkturpunkte.

Zur Stabilisierung des Hormonhaushaltes

Frauenleiden sind eine der natürlichsten Sachen der Welt, und viele Frauen fühlen sich in der Menstruationsphase sehr wohl. Und doch gibt es eine nicht unerhebliche Anzahl Frauen, die besonders in jungen Jahren an Regelstörungen leiden. Der Hormonhaushalt ist entweder noch nicht eingespielt, nicht stabil oder gar in Unordnung geraten. Auch können psychische Faktoren eine Rolle spielen. In jedem Fall bedarf es einer Abklärung durch den Gynäkologen.

Wenn Schmerzen, und dies ist häufig der Fall, im Vordergrund stehen, ist die Anwendung der Magnetfolien angezeigt. Auch bei schmerzhaften Eierstockentzündungen bringen Magnetfolien Erleichterung. Allerdings sollte bei der durch die Magnetanwendung erreichten Schmerzfreiheit trotzdem die Kontrolle durch den Arzt weitergeführt werden, damit die Ursache der Erkrankung wirkungsvoll behandelt werden kann.

Das elektronische Sano-Sono-Gerät ist zweckmäßigerweise nur an Fernpunkten anzuwenden, da ein entzündliches Geschehen durch Druckmanipulation zusätzlich gereizt würde. Die Behandlung ist möglich für die im Fachjargon genannten Indikationen: Dysmenorrhoe, Regelstörungen, Eierstockerkrankungen, Menstruationsstörungen. Klimakterische Störungen oder Wechseljahrbeschwerden, die bei Frauen mit etwa 45 bis 50 Jahren beginnen, werden im Bereich von Akupunkturfernpunkten mit Magnetfolien, mit Dauerstimulation, aber auch mit dem Gerät behandelt.

Alle diese Beschwerden gehen oft mit erheblichen Kreuzschmerzen einher. Hier bringt das Gerät, auf Automatik geschaltet und langsam über den schmerzenden Kreuzbereich geführt, rasch Erleichterung und nachhaltige Muskelentspannung.

Bei Kreuzschmerzen und Hexenschuß

Alle Formen von Kreuzschmerzen, die teilweise auch ins Bein ziehen, werden leichthin in den Topf »Hexenschuß« geworfen. Dennoch muß man zwei sich in der Ursache sehr unterscheidende Formen trennen. Die eine Form, der klassische Hexenschuß oder Lumbago, spielt sich mit seinem Schmerzgeschehen am Entstehungsort ab. Es handelt sich um Verrenkungen der kleinen Zwischenwirbelgelenke, oft durch Unterkühlung, Zug oder Verheben ausgelöst. Die Schmerzempfindungen sind meist sehr heftig, bei plötzlichen Bewegungen kommt es zu grotesken Ausgleichsbewegungen – das ist der Hexenschuß; selbst Atemzüge können einschließende Schmerzen verursachen.

Die zweite Form ist die klassische Ischialgie; hier wird entweder der die Wirbelsäule verlassende Nerv durch eine defekte Bandscheibe gedrückt, oder andere knöcherne, raumfordernde Prozesse drücken auf den Nerv.

Erwähnen müssen wir aber auch noch die Entzündung des Nervs durch toxische Prozesse, wie Mandelentzündung oder Giftstoffe (Alkohol- oder Nikotinneuritis).

Der Ischiasnerv verläßt den Rückenmarkkanal in einem passenden knöchernen Tunnel. Entzündet sich der Nerv durch Druck oder Gifte, schwillt er krankhaft an. Nun paßt er nicht mehr in seinen Kanal, er scheuert sich, und die Entzündung unterhält sich von selbst. Diese Beschwerden strahlen nun an den Ort der Nervenfunktion am linken oder rechten Bein aus. In schlimmen Fällen treten Lähmungen auf. Hier muß sofort ein Arzt aufgesucht werden, damit der Nerv notfalls chirurgisch entlastet werden kann. Beide Formen des Hexenschusses sprechen auf die Behandlung mit Magnetfolien und dem Sano-Sono-Gerät sehr gut an. Die Magnetfolien lindern den Schmerz, das Gerät lockert die in Schonhaltung verspannte Muskulatur.

Der Entstehungsort der Schmerzen all dieser Formen befindet sich in der Lendenwirbelsäule. Und hier muß auch mit dem Gerät zusätzlich behandelt werden.

Viele ischiasgeplagte Patienten verweisen bei der Behandlung auf ihr schmerzendes Bein. Hier sollte man aber bedenken – die Ursache, also der Druck auf den Nerv, kommt von der Wirbelsäule. Ein Vergleich: Wenn Sie an der Haustür auf den Klingelknopf drücken und dieser klemmt, läutet die Klingel unaufhörlich. Der zur Hilfe gerufene Elektriker muß aber nicht die Klingel reparieren, sondern den auslösenden Fehler am Klingelknopf beseitigen. Darum schenkt der Physiotherapeut auch der Lendenwirbelsäule erheblich mehr Aufmerksamkeit als dem schmerzenden Bein.

Bei Krämpfen einzelner Muskeln

Unter Muskelkrämpfen versteht man unwillkürlich Zusammenziehungen von Muskeln. Es gibt Krämpfe einzelner Muskeln oder Muskelgruppen und ausgedehnte Verkrampfungen, an denen mehr oder weniger die Muskeln des ganzen Körpers beteiligt sind. Muskelkrämpfe können als Zuckungen oder in Form von Dauerspannungen auftreten.

Den Krämpfen liegt eine Erregung der die Muskulatur versorgenden Nerven zugrunde oder eine Überanstrengung der befallenen Muskeln. Die krampfende Muskulatur kann bereits während des Krampfes mit dem Sano-Sono-Gerät entspannt werden. Außerdem empfiehlt sich bei häufig auftretenden Muskelkrämpfen die vorbeugende Behandlung. So können die Magnetfolien über längere Zeit auf den betroffenen Muskelsträngen plaziert werden; ebenso beugt die tägliche Anwendung des Geräts in diesen Zonen einem Fehlverhalten des Nerven-Muskel-Spiels vor. □

Weitere Informationen über das Sano-Sono-Gerät zur Heimtherapie erhalten Sie vom Pro-Vital-Versand, Postfach 2468-1, D-4460 Nordhorn.

Vertrauliches

Sekten

Selbstmord als Rollenspiel von Teenager

Neuseeland, Westdeutschland und Jugoslawien gehören zu den Ländern, in denen viele Teenager mit Verbindungen zu einer satanischen Rock-Sekte Selbstmord begehen. Unter der Überschrift »Teenager-Selbstmorde zerschlagen Neuseelands Illusionen« berichtete die Londoner »Times« über eine Welle von Teenager-Selbstmorden, die vor allem bei Anhängern der britischen Heavy-Metal-Punk-Rockgruppe »Gothic« zu verzeichnen waren.

Selbstmord liegt als Todesursache bei Jugendlichen in Neuseeland im Alter von 15 bis 24 Jahren an zweiter Stelle, so berichtet die »Times«. Die Selbstmorde passieren bei Jugendlichen, die sich in den »schwarzen und weißen Gewändern der Gothic-Sekte kleiden«. Sie malen ihre Gesichter weiß an und tragen schwarze Kleider.

Die Musik von Gothic ist »mutlos« und »vom Tode besessen«. Außerdem verwickeln sich die Jugendlichen in Rollenspiele, die angeblich aus dem 14. Jahrhundert stammen sollen.

Die »Times« weist darauf hin, daß das Problem der Demoralisierung der Jugend »verschärft wird durch die steigende Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Druck«. Die Arbeitslosigkeit liegt in Neuseeland »bei einem Rekordwert von neun Prozent«.

Im vergangenen Jahr sind auch in der Bundesrepublik, vor allem im wirtschaftlich schwer angeschlagenen Ruhrgebiet, Teenager-Sekten mit dem Namen »Gruftis« aufgetaucht, auf die die Beschreibung aus Neuseeland zutrifft. Die Jugendlichen kleiden sich im Punkerstil mit schwarzer Kleidung und weißer Farbe im Gesicht und erklären ihr Erscheinungsbild damit, daß sie behaupten, sie hätten »ihre Seele dem Satan gegeben«. Es wurde von Selbstmorden in Verbindung mit dieser Sekte berichtet.

Ähnliche Phänomene in nicht ganz so krasser Form werden aus Norddeutschland, Westberlin und kürzlich auch aus Ostberlin berichtet.

Aus Jugoslawiens wirtschaftlich angeschlagenen Region um Zagreb wird ebenfalls eine Welle von Teenager-Selbstmorden berichtet – fast 20 pro Woche –, die von Jugendlichen begangen werden, die sich schwarz kleiden, ihr Gesicht weiß färben und in Särgen schlafen. In vielen Fällen hinterlassen sie eine Erklärung, in der es heißt: »Der Herr der Dunkelheit hat mich gerufen!« □

Syrien

Keine Aufteilung des Libanon

Syrien ist gegen jeden Plan zur Aufteilung des Libanon in konfessionelle Enklaven, so die Aussage des syrischen Vizepräsidenten Zuheir Masharqa. Er äußerte dies gegenüber syrischen Studenten in Warschau, wo er sich zu einem offiziellen Besuch aufhielt.

»Syrien ist allen konspiratorischen Plänen zur Teilung des Libanon in konfessionelle Kantone entgegengetreten und wird dies auch künftig tun«, sagte er den Studenten. »Syriens Position gegenüber dem Libanon ist standfest. Wir werden weiterhin unsere nationalistische Verantwortung für das Bruderland Libanon tragen.«

Syrien hat mit 20000 Soldaten im Libanon dort die stärkste Machtstellung. Doch sein Versuch einen Marionettenpräsidenten einzusetzen, als die Amtszeit von Amin Gemayel am 23. September 1988 zu Ende war, wurde von den gut bewaffneten christlichen Streitkräften zunichte gemacht.

Derzeit gibt es zwei rivalisierende Regierungen: ein moslemisches Übergangskabinett unter Führung des amtierenden Premierministers Selim Hoss und eine christlich-maronitische Interimsregierung angeführt von General Michel Aoun. Syrien hat Hoss seine Unterstützung gegeben.

Eine militärische Konfrontation ist jetzt dabei sich aufzubauen. Beobachter in der Region berichten, daß damit gerechnet wird, daß Syrien Ostbeirut und die christliche Region mit einer Wirtschaftsblockade belegen wird. Die erste Konfrontation unter der rivalisierenden Miliz befürchtete man Ende September 1988, als die Existenz zweier Regierungen die Zahlung der regulären Löhne an die Armee und Beamten gefährdete.

Unterdessen sollen sowohl die PLO als auch der Irak ihre Unterstützung der christlichen Steitkräfte im Libanon verstärkt haben. □

Henry Kissinger

Informationen für den neuen US-Präsidenten

Wenn es einen Mann in Amerika gibt, der eine Meinung zu fast allem hat, muß das Henry Kissinger sein. Und wenn es jemanden in den Vereinigten Staaten gibt, der bereit ist, diese Meinung gegen ein entsprechendes Honorar loszuwerden, dann ist es ebenfalls der ehemalige amerikanische Außenminister und heute wichtigster Berater des Rockefeller-Clan.

Wenn also Kissinger seinen teuren Rat über internationale Beziehungen dem neu gewählten Präsidenten der USA erteilt, wie er es in einem umfassenden Bericht im amerikanischen Nachrichtenmagazin »Newsweek« getan hat, und wenn er nichts zu sagen hat über den Nahen Osten oder Israel, hat man allen Grund sich zu fragen, warum das große Orakel des Neokonservatismus so seltsam schweigend war bezüglich dieser Probleme.

In diesem Artikel tat Kissinger sein Bestes, um den neu gewählten US-Präsidenten über »die heutigen Realitäten« hinsichtlich der sowjetischen Interessen in ungefähr jeder Region auf der Welt zu informieren. Er sprach über Asien und Europa, Lateinamerika und selbst Afrika, doch er ignorierte vollständig die ölreiche arabische Welt und das schwelende israelisch-palästinensische Pulverfaß.

Das Schweigen über ein Gebiet, das häufig eine Quelle der Reibung gewesen ist zwischen den USA und der Sowjetunion, ist besonders verwunderlich, da Kissinger viel Raum der Tatsache widmete, den US-Präsidenten über die trickreichen »Vorstöße zu regionalen Themen« an solchen Orten wie Afghanistan, Kambodscha und Südafrika zu informieren.

Kissinger mag gute Gründe dafür haben das Thema zu ignorieren. Einem gut informierten außenpolitischen Experten, einem früheren Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA, zufolge, befinden sich der Nahe Osten und Israel in einem »fließenden Stadium« und das gleiche gilt für die amerikanische Politik.

Außerdem findet die Umstrukturierung in einem wichtigen Augenblick statt – wärend der alte Präsident Ronald Reagan noch im Amt ist und der neue Präsident, George Bush, bereits gewählt wurde. Kissinger ist hinter den Kulissen stark in die Debatte verwickelt, doch er weiß, daß es besser ist sich im Augenblick nicht öffentlich dazu zu äußern.

Auf die Frage, ob Kissinger meine, die USA würden eine Neueinschätzung ihrer Nahostpolitik vornehmen und nicht so sehr eine »Umstrukturierung«, sagte der Experte: »Nein. Die Neueinschätzung ist bereits abgeschlossen. Jetzt findet eine Neuformulierung und Umstrukturierung statt. Die Grundentscheidung zur Lösung der Palästinafrage in gerechter Form ist getroffen. Die Debatte dreht sich um die Frage, wie dieses Ziel genau zu erreichen ist und wie man in ausgewogener Form an die Probleme in der Region herangehen kann.«

Auf die Frage, ob die Umstrukturierung der US-Politik zu verbesserten Beziehungen mit allen Ländern in der Region, einschließlich der radikalen Regime von Syrien, Iran und Libyen füh-

ren würde, sagte der Experte: »Einige Zäune werden geflickt.«

Auf die Frage, ob die Umstrukturierung auch eine engere Kooperation mit der Sowjetunion impliziere, insbesondere im Hinblick auf das israelisch-palästinensische Problem, meinte er: »Natürlich!«

Auf die Frage, ob die israelische Regierung über die Umstrukturierung Bescheid wisse und was wohl ihre Reaktion darauf wäre, antwortete der Experte: »Sie wissen ganz sicher über die Veränderung Bescheid und es gefällt ihnen nicht. Doch wie sie reagieren werden, das bleibt abzuwarten.« □

Philippinen

Aufnahme in den Kreis der Blockfreien

Der Aussage eines Regierungsvertreters zufolge hoffen die Philippinen ein volles Mitglied der Blockfreien zu werden. In einer Rede sagte der Staatssekretär im Außenministerium, José Ingles, die US-Stützpunkte auf den Philippinen, Clark Air Base und Subic Bay Naval Station, würden als ein Hindernis für die Mitgliedschaft im Club der Blockfreien angesehen, doch sie seien lediglich »vorübergehend«.

Die Philippinen sind bemüht um die Aufnahme im Kreis der Blockfreien, führen jedoch gleichzeitig Verhandlungen mit Washington über die Verlängerung der Pachtverträge für die beiden amerikanischen Stützpunkte. □

Amnesty International

Rock-Konzert mit satanischer Musik

Kirchenführer und andere haben sich zusammengetan, um ein Wohltätigkeitskonzert für Amnesty International zu verhindern, das in San José im US-Bundesstaat Kalifornien stattfinden soll. Das Rock-Konzert, sagten die Kirchengruppen, ist satanisch.

Sowohl katholische als auch protestantische Gruppen haben sich organisiert, um die Veranstaltung zu stoppen, bei der Rockstars wie Sting und Bruce Springsteen auftreten sollen. Diese beiden und andere sollen eine weltweite Tournee machen und für die »Menschenrechte« werben.

Sting gab im Jahr 1987 in einem Interview in Italien zu, daß seine Songs satanischen Bezug haben.

Kirchenführer in Costa Rica sagten, das Konzert solle abgesagt werden, da es den Gebrauch von Drogen fördere und für satanische Sekten werben würde. □

Ägypten

Soziale Unruhen wegen IWF-Forderungen

Bei einer Massendemonstration in einer Stadt im Nil-Delta hat der ägytische Staatspräsident Hosni Mubarak in den Worten der Londoner »Financial Times« den »Internationalen Währungsfonds außerordentlich stark angegriffen«. Er verglich den IWF mit einem unqualifizierten Arzt und meinte, er verschreibe eine »hohe Dosis« Medizin, die für die Gesundheit des Patienten schädlich sei.

»Das ist genau der IWF; das gleiche Rezept für alle«, beschwerte sich Mubarak. »Erhöhen sie dies und das . . . Wenn wir das machen, werden wir untergehen.«

Der IWF besteht auf »rascheren Reformen in der schuldenbelasteten Volkswirtschaft Ägyptens«. Die Gespräche zwischen dem IWF und Ägypten »sollen zäh verlaufen«, da »der IWF Ägypten drängt die Energiepreise zu erhöhen, das Haushaltsdefizit einzudämmen und seine unterschiedlichen amtlichen Wechselkurse zu vereinheitlichen«.

Die Vertreter Ägyptens sind besorgt wegen möglicher sozialer Unruhen aufgrund der Preisanhebungen und sie wollen die Forderungen des IWF nach Anhebung der Energiepreise um 30 bis 40 Prozent nur ungern akzeptieren.

Die Zeitung zitiert aus der Rede Mubaraks im Nil-Delta: »Wir brauchen eine Wirtschaftsreform, doch ich sage dem IWF, daß diese Reform abgestimmt sein muß auf unsere soziale und wirtschaftliche Situation und unseren Lebensstandard.« □

China

Einstieg in den internationalen Waffenhandel

Israel hilft dem Militär-Establishment in Peking bei der Entwicklung eines neuen Kampfjägers, der größtenteils auf dem israelischen Lavi basiert, einem Projekt, das von Israel mit US-Technologie und US-Geld entwickelt wurde. Israel hatte die Entwicklung des Lavi-Projekts zunächst aufgegeben, als Kostenüberschreitungen in seinem Zusammenhang im amerikanischen Kongreß diskutiert wurden, doch es wurde von den Israelis dann wieder aufgenommen.

Die Rotchinesen bekommen von Israel auch große Mengen an Waffen, mit denen sie ihre Artillerie modernisieren. Und Israel beliefert die Rotchinesen auch mit Technologie, die die Israelis zum größten Teil von den Vereinigten Staaten erhalten haben.

Rotchina unternimmt alles, um an westliche Technologie heranzukommen. Und die Vereinigten Staaten helfen dabei auch direkt, indem sie Peking sowohl mit High-Tech-Wissen als auch mit vielen der modernsten amerikanischen Waffensysteme versorgen.

Folglich sind sicherheits-orientierte amerikanische Geheimdienstexperten langsam besorgt über den Militäraufbau in Rotchina. Die Chinesen im Mutterland sollen sich angeblich auf eine Art militärischen Vorstoß vorbereiten – wahrscheinlich in Südostasien – bei dem eine rasche Truppenentfaltung notwendig ist.

Einige Geheimdienstexperten sind der Ansicht, die Rotchinesen könnten eine Aktion gegen das kommunistische Vietnam, einen sowjetischen Satellitenstaat, vorbereiten und dann vielleicht nach Südostasien vordringen, über Vietnams westlichen Nachbarn, das kleine, kommunistisch kontrollierte Land Laos.

Wie Geheimdienstexperten berichten, haben die Rotchinesen seit fast zehn Jahren insgeheim Guerillas in Laos trainiert, die gegen ihre Beherrschung durch Vietnam sind. Sie haben diese in kleinen Gruppen von ein paar hundert Leuten nach Rotchina geholt, wo sie militärisches Training erhalten und mit rotchinesischen Uniformen und Waffen ausgestattet werden.

Andere China-Beobachter glauben, sie könnten die Inbesitznahme der Spratley-Inseln planen, die sich im strategischen Zentrum des Südchinesischen Meeres befinden. Die Inseln werden von Rotchina, Vietnam, der Republik Freies China auf Taiwan, Malaysia und den Philippinen beansprucht.

Ein Experte berichtet, daß rotchinesische Marineschiffe häufig in der Nähe der Inseln nördlich des ölreichen kleinen Sultanats Brunei an der nördlichen Kante der Insel Borneo patrouillieren. Die rasche Truppenentfaltungs-Streitmacht der Rotchinesen mit dem Namen »First Platoon« umfaßt sowohl Marine- als auch Fallschirmtruppen.

Außerdem versuchen die Rotchinesen den Aufbau einer Flotte von Truppentransportschiffen und Flugzeugen, für schnelles militärisches Eingreifen. Thomas W. Robinson, ein Experte in rotchinesischen Militärangelegenheiten, sagt, die Chinesen sind besorgt über die Expansionsbemühungen der Vietnamesen in Südostasien, insbesondere in Laos und dem benachbarten Kambodscha. Sie haben anti-vietnamesische Guerillas in Kambodscha regelmäßig mit Waffen versorgt.

Das rotchinesische Militär versucht jetzt die Fähigkeiten zu entwickeln, als Teil seiner Abkehr von der alten Militärstrategie unter Mao Tse Tung, »rasch auf Ereignisse zu reagieren«. Maos Strategie basierte darauf die Gegner in einem langen Krieg zu schlagen, indem man sie auf chinesischem Territorium in kostspielige Kämpfe verwikkelte. □

Briefe

Betr: Bonn »Eine neue Partei wird kommen«. Nr. 10/88

Der altgediente, ins Führungsamt gehobene Oberbeamte bildet einen Verwaltungsapparat aus machthungrigen Personen, die bereits zuvor skrupellos einem Diktator gedient, mithin Erfahrung bei der Unterdrückung des Volkes haben.

Der Apparat macht sich die Medien untertan durch versteckte Zensur mit Literatur-, Film-, Kunst- und sonstigen Preisen aus Steuergeldern. Es gibt Zuwendungen an folgsame Hofpresse auf der einen (das Zuckerbrot) und verschwiegene Verfolgungsmaßnahmen durch den geheimen »Koordinator der Dienste« auf der anderen Seite (die Peitsche). Etwa 80 Prozent der Journalisten nehmen Schmiergeld an, berichten falsch und schweigen auf Befehl (Presse- und Desinformationsämter steuern, es gibt Reptilienfonds).

Schaffung eines Beamtenrechtrahmengesetzes, das den Unkündbaren vor Wahlen (aus Fonds bezahlten) zweimonatigen Wahlkampfurlaub gewährt und somit die Freischaffenden und Kündbaren aus den sogenannten Volksvertretungen schließt.

Anpassung der Unkündbaren ans volksfeindliche System durch immer mehr Privilegien, durch rücksichtslose Stellenvermehrung, Beförderungen (ein Türhüter ist Amtmann), Besoldungsverbesserungen, mit Erholungsheimen, überdurchschnittlich vielen Krankschreibungen, durch Wohnungszuteilung in Beamten-Ghettos, mit Freikarten und Preisvergünstigungen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten. Durch Erlaubnis zur Nebentätigkeit (Schwarzarbeit) im Dienst mit behördlichem Gerät. Durch Überhäufung mit Ämtern, Aufsichtsratsposten, Beraterverträgen, durch Einschleusen in Banken und Wirtschaftsunternehmen zwecks Steuerung von Spenden und Einholung von Informationen mit wachsendem und inzwischen grenzenlosem Machtmißbrauch.

Aufhebung der Trennung von Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Gesetzesausführung) und Dritter Gewalt (Justiz). Die sogenannten Staatsdiener machen die Gesetze selbst und zu ihrem Wohlsein, die Parlamente werden zu Beamten-Vertretungen. Ämter, Richter- und Staatsanwaltsposten werden vererbbar, dort entsteht ein Feindbild: Die Kündbaren erscheinen als Faulenzer, Schwarzarbeiter, Steuerhinterzieher, Missetäter. Amtliche Korruption im Bau-, Beschaffungs-, Rüstungswesen und im Staatshandel wird erst begünstigt und dann vertuscht. Die Justiz wird zur Verfolgungsinstitution gegen Aufmüpfige, gegen Andersdenkende, sie wird entmündigt mit Hilfe Richterwahl durch die Machthaber und durch deren Weisungen.

Wer Demokratie will, muß in der Bundesrepublik Deutschland den unheimlich heimlichen § 33 Beamtenrechtrahmengesetz mit den zwei Monaten Wahlkampfurlaub für Beamte abschaffen wollen. Das heißt: Solange der besteht, kann der Beamte nicht mehr gewählt werden, gleich, in welcher Partei er sich versteckt, gleich, ob er »links« oder »rechts« oder sonstwo aufgebaut wird.

Hennicke Kardell, Hamburg

*

Landsleute, merkt ihr denn nicht, daß wir alle in dieser Republik auf einer Müllhalde leben!

Gerhard Wilke, Berlin

*

Je unfähiger die etablierten Parteien in Bonn sind und sich gegenüber den wachsenden Problemen unserer Zeit auch zeigen, um so mehr Geld brauchen sie, um den Bürgern als Wähler das Gegenteil weiszumachen. Daß sie sich 68 Milliarden DM mehr Zuwendungen aus Steuermitteln genehmigt haben sollen, dürfte ein Druckfehler in CODE Nr. 10/88 sein. Doch selbst 68 000 DM wären zuviel – es sind 68 Millionen DM?

Wenn Herr Michael Brandegger hofft, daß die Partei der Gemeinnützigen weiß sein soll, könnte man bösartig unterstellen, daß seine Forderung der Gemeinnützigkeit ganz unschuldsweiß in die Richtung eines kleinen Hitler tendiert. Wer bewertet den Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit? Er soll für alles Geschehen in allen Parlamenten und Aufsichtsgremien mehrheitlich abgesegnet werden.

Erich Dalitz, Solingen

Betr: Revisionismus »Was in der ›Kristallnacht‹ auch geschah«, Nr. 11/88

Wenn Weizsäcker und Kohl anläßlich der »Kristallnacht«-Gedenkfeiern ihre Pflichtübungen absolvieren, werden sie außer den Schuldzuweisungen an das deutsche Volk bestimmt mit keinem Wort auf die gewonnenen Erkenntnisse über die damaligen Vorkommnisse eingehen. Man wird vielmehr die bekannten Klischees auftischen, nach dem Motto: »Wie hätten Sie's denn gerne?«

Ähnlich hat es der Verfasser Ihres Berichtes getan, der offensichtlich das Original-Tagebuch von Goebbels besitzt, im Bürgerbräukeller dabei war, als »Hitler und Goebbels die Köpfe zusammensteckten« und neben Baldur von Schirach stand, als die SA-Führer ihre telefonischen Weisungen an ihre Dienststellen erteilten.

Die Spekulationen, Goebbels sei der Organisator der Ausschreitungen gewesen, sind längst widerlegt, zumal er gar keine Befehlsgewalt über irgendwelche SA- oder Hitlerjugend-Verbände hatte. Und wie das alliierte Militärgericht in Nürnberg 1946 bestätigte, hatte auch die SS-Führung mit den Pogromen nichts zu tun. Selbst ein maßgeblicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, Dr. Graml, hat zugegeben:

»Nirgends ist zu erkennen, daß Befehle höherer Stellen vorlagen. Bei den Strafverfahren nach 1945 gegen einzelne Mittäter der Zerstörungsaktionen berief sich keiner darauf, daß er auf Befehl gehandelt habe. Die Ausschreitungen entstanden spontan, von einer Urheberschaft der Partei kann kaum mehr gesprochen werden. Zweifellos lagen keine Anweisungen der obersten Parteiführung vor.«

Mit keinem Wort geht der Verfasser auf die historische Tatsache ein, daß am 8. November 1938 die Entscheidung der britischen Regierung erwartet wurde, den erwogenen Teilungsplan in Palästina (einen Teil für die Araber, einen für die Juden) aufzugeben und damit die weitere Einwanderung von Juden zu verhindern.

Für die Juden schien das das Ende jeder Hoffnung zu bedeuten. Fieberhafte Beratungen fanden statt, wie man die britische Regierung in letzter Minute umstimmen könnte. Es mußte etwas Aufsehenerregendes, etwas Abscheuliches seitens der »Nazis« ausgelöst werden!

Die zionistische Zentrale Paris wußte Rat.

Der 17jährige mittellose Herumstreuner Herschel Grünspan wurde bezahlter Terrorist; er griff zum Revolver und erschoß am 7. November 1938 den deutschen Gesandtschaftssekretär Ernst vom Rath.

Wer die anschließenden »spontanen Aktionen« ausgelöst hat, wurde nie ermittelt. Man kann nur die Frage stellen: Wem haben sie genutzt?

In diesem Zusammenhang ist es interessant, wie Dr. Hjalmar Schacht 1970, rückblickend auf 1938, den englischen Zionisten Weizmann beurteilte: »Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß Weizmann sich gesagt hat: ›Mein Ziel, Zion wieder zu erreichen, einen jüdischen Staat zu gründen, werde ich nur durchsetzen, wenn ich große Opfer geschehen lasse, die der Sache einen Aufschwung geben.‹ Ich glaube, er hatte die Idee gehegt, Opfer zu schaffen.«

Wilhelm Hillen, Wangen

*

Die Vorgänge spielten sich in aller Öffentlichkeit ab, sind nicht bestreitbar oder abzuschwächen. Doch wer waren die »Veranlasser«? Bisher konnte es nicht ermittelt werden, auffällt aber auch, daß man sich darum nicht bemüht. Viele Bücher sind erschienen, doch in jedem steht es anders, so daß man annehmen muß, hier wurde von dritter Seite etwas ganz geschickt eingefädelt.

So ohne weiteres Dr. Goebbels den schwarzen Peter zuzuschieben, scheint mir doch recht gewagt, der Bezug auf Baldur von Schirach kaum beweiskräftig, angesichts der unterschiedlichen Darstellungen. Doch Dr. Goebbels war bemüht, das Ansehen des neuen Regimes in aller Welt anzuheben. Warum sollte ausgerechnet er bestrebt gewesen sein, dies zu gefährden? Die immer wieder herangezogene Rede von ihm ist nirgendwo schriftlich festgehalten, und sei es auch nur bruchstückweise. Sicher, Dr. Goebbels hatte eine spitze Feder und spitze Zunge, doch immer war er beherrscht, den »Erfolg« seiner Reden nicht durch eventuell unkontrollierbare Emotionen zu gefährden.

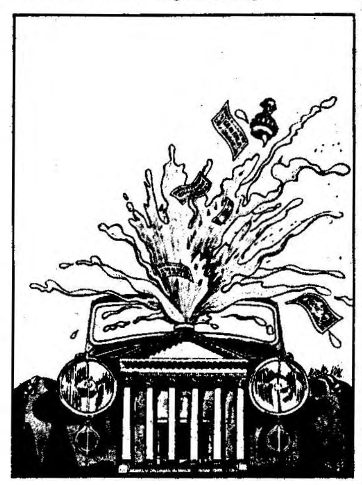
Dem Verfasser des Beitrages hätte es gut angestanden, auch das Buch »Feuerzeichen« von Ingrid Weckert heranzuziehen. Frau Weckert durfte in der DDR nicht studieren, ging in die Schweiz, studierte katholische Theologie, lange Jahre lebte sie in Israel, vertiefte dort ihre Kenntnisse über das jüdische Volk. Sachlich geht sie an die Untersuchung auch des Umfeldes heran. So berichtet sie über eine persönliche Mitteilung des damaligen Staatssekretärs im Propagandaministerium, Dr. Naumann, die er ihr bei ihren Nachforschungen gab:

»Der Verantwortliche für die Kristallnacht kann Dr. G. schon deshalb nicht sein, weil er keine Hausmacht besaß und keine Möglichkeit hatte, mit ihm unterstellten Mitarbeitern solche Aktionen durchzuführen.«

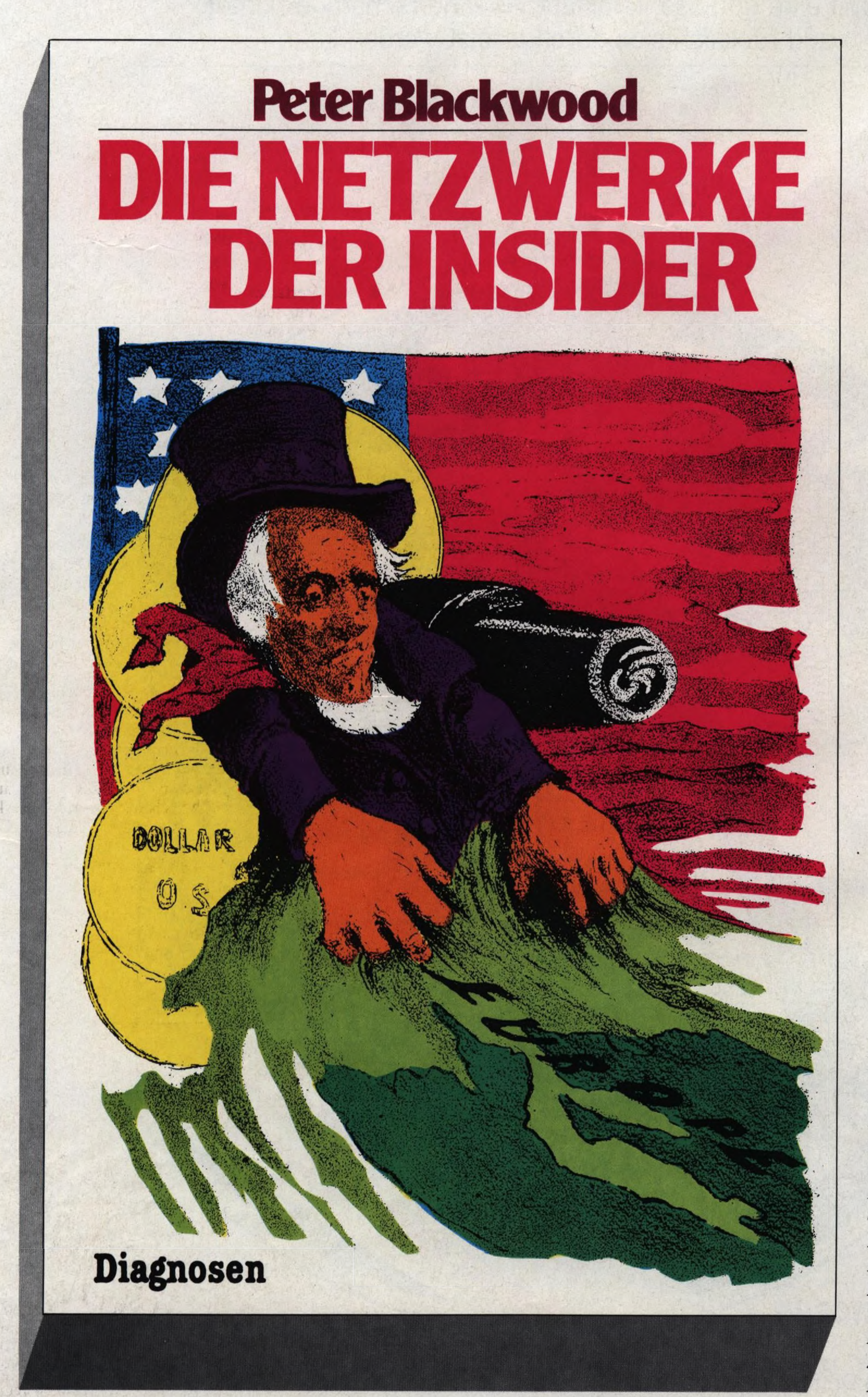
Man muß doch unbedingt auch den Mord an W. Gustloff heranziehen und die Aktivitäten der LICA (»Ligue international contre l'antisemitismus«). Der Attentäter auf Ernst vom Rath, Herschel Grünspan, wurde in Frankreich verhaftet, doch erfolgte kein Prozeß. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs wurde er zwar nach Deutschland überführt, doch auch hier kein Prozeß.

So Frau Weckert: »Erst nach dem Krieg tauchte er – mit neuem Namen und neuen Papieren – wieder auf und zwar in Paris.«

Herbert Bolz, Regensburg



Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,– ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Zu beziehen über den Buchhandel.